REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 376 · 8.3.1995

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Irische Hoffnungen. Sinn-Féin-Kongreß bekräftigt Friedenswillen - Winfried Wolf
2. Hamburger Polizei: Folter ist Alltag - Ein Genosse der anti-rep-Kommission
3. Trauer um Sammy Nelson, Flüchtling aus Liberia - umgekommen im Gewahrsam der Münchner Polizei - Antifaschist. Nachrichten
4. In eigener Sache: Spendenziel noch nicht erreicht - ak-Debatte - ak-Redaktion
5. Strategie der Bomben. Der Nazi-Terror in Österreich und seine Profiteure - gaf
6. Wird Nordirland "ausverkauft"? - Dietrich Schulze-Marmeling
7. Subalterner SPD-Sieg in Hessen - Georg Fülberth
8. Metalltarifrunde wieder in ruhigeren Gewässern? - gg.
9. Beschuldigungen durch Folter erpreßt. Keine Auslieferung von Benjamin Ramos Vega an Spanien!
10. Barings-Pleite ein Familienproblem? - Winfried Wolf
11. Finanzcrash in Mexiko. Götterdämmerung für das neoliberale Modell? - J., Westberlin
12. Der Zapata-Effekt - Al., Nürnberg
13. Chiapas: Militärischer Vorstoß gegen die EZLN - Juan Chicoy
14. Die EZLN- Auf der Spur eines Phänomens - Norbert Glaser
15. Theresienstadt: Tarnung für Auschwitz - KM
16. ak-Serie: Kapitulation und Befreiung, Teil 3 - Editorial
17. Vor 50 Jahren. Chronologie Teil 3: März 1945
18. Kapitulation oder Befreiung? Die Kriegsniederlage des faschistischen Deutschland und die Aufhebung ihrer Folgen - Werner Röhr
19. Nationale Mobilmachung zum 50. Jahrestag in Dresden. Tränen lügen - nicht? - M. und mb., Berlin
20. Unbequeme Erinnerungen ... Zur Autobiographie Raul Hilbergs - Katja Leyrer
21. Hamburg: "Auschwitz-Mythos" straffrei? - ES, Hamburg
22. Nachrichten von Rechts - ES, Hamburg
23. Die Akteure und ihre Hintermänner. Der "Einblick"-Prozeß in Groß-Gerau - Bildungswerk Anna Seghers, Wiesbaden
24. Seemannsgarn. Nachträgliche Überlegungen über das Ende einer "Antifa"-Soliarbeit im Fall der Tötung des Faschisten K. - Tom Sailor
25. Der Klimagipfel in Berlin: Mehr als ein Überlebenskampf absaufender Inseln - Ann Stafford
26. Klimaschutz als universelles Anliegen? Die Länder des Südens und des Ostens sind keine Verbündeten im Kampf ... - Peter Schott
27. England goes to Ireland. Fußballrandale in Dublin - Dietrich Schulze-Marmeling
28. Der Streit um die Bananen - Rudi Pfeifer, BanaFair
29. Bombenzensur bei "Özgür Ülke" - ja.
30. Krieg im Flüchtlingscamp. Deutsche Politik zwischen Halabja und Main-Aschaff - Thomas Uwer, WADI
31. "Sozialismus" mit Dschutsche-Prägung. Biographische Mitteilungen über Kim Il Sung, Teil 3 - nyg., Berlin
32. Die Zunge hat keine Knochen. Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien - Al., Nürnberg
33. Uruguay. Präsident Lacalle übergibt Tupamaro- Radio an Freund - Boris Scharlowski
34. Rwanda: Nach dem Ende - J., Westberlin
35. Migration und Rassismus. Ein Kongreßbericht - Andreas Skrypietz
36. Linkes Unverständnis. Nachgedanken zum Kongreß "Migration und Rassismus" - Andreas Skrypietz
37. Generalstab in spe? Das "Führungszentrum" der Bundeswehr - Markus Kemper
38. Bundestag für Atomwaffenbesitz der Großen. Der Atomwaffensperrvertrag muß in eine ... - Komitee für Grundrechte und Demokratie
39. "Feministinnen sind wirklich heimatlos." Gespräch mit Christina Schenk über feministische Politik in der PDS ... - kuk

40. Presseerklärung von Birgit Hogefeld: ... eine der schlimmsten Fehlentscheidungen der RAF
41. Palästina abgehakt? - Ali Qleibo-Buch und -Rundreise
42. Frauen in der Resistenza. Interview mit Priama Gelati aus Reggio Emilia - Heike Herrberg, Sanne Kaperlat
43. Quelldatei 24bu.htm
44. Quelldatei 25.htm
45. Quelldatei 31.htm
46. Dissidenten olé
47. Quelldatei dietrich.htm
48. Quelldatei polhh1.htm
49. Quelldatei polizei.htm
50. Quelldatei spende-3.htm

1. Irische Hoffnungen. Sinn-Féin-Kongreß bekräftigt Friedenswillen

Autor: Winfried Wolf · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:35

Der Ort des Sinn-Féin-Kongresses, ein Auftakterfolg: Zum ersten Mal seit vier Jahren fand am 25. und 26. Februar Sinn Féins "Ard Fheis" - etwa: Hoher Rat, jährlicher Parteitag - inmitten von Dublin, im Mansion Haus statt, ein historisches Gebäude, das gewöhnlich offiziellen Anlässen wie Festakten der Stadtverwaltung bzw. der Regierung vorbehalten ist. Vor der Halle dokumentierten dann die rund zehn Transporter mit den großen Antennen der internationalen Fernsehstationen das große Interesse am Friedensprozeß in Irland und an Sinn Féin. Beim Betreten des Gebäudes schließlich wurde deutlich, auf welch wankendem Boden um diesen Frieden auf der grünen Insel gerungen wird: Sinn-Féin-Männer mit Walkie Talkie untersuchten mitgebrachte Taschen nach Sprengstoff. Ähnlich zwei Tage später, nach Ablauf des Ard Fheis, auf der "Hangover-Party": Am Eingang zum republikanischen Pub "Widows Scallanf" kontrollierten Sinn-Féin-Männer die Gäste: Nur zwei Jahre zuvor hatten Unionisten einen Bombenanschlag auf diesen republikanischen Pub versucht; der IRA-Mann Martin Dogherty konnte den Anschlag im letzten Augenblick verhindern, wurde dabei jedoch von Unionisten getötet.

Die Rede ist von Dublin und von der Republik Irland bzw. von den 26 Counties; nicht von Belfast und Nordirland, den 6 Counties.

Historischer Durchbruch möglich

Der diesjährige Ard Fheis ist der neunzigste in der langen Geschichte von Sinn Féin, der ältesten Partei des Landes. Er markiert eine Wende, möglicherweise einen historischen Durchbruch, im 800 Jahre langen Kampf der irischen Bevölkerung gegen die britische Kolonisierung. Kurz vor dem Sinn-Féin-Parteitag veröffentlichten die Regierungen in London und Dublin ein Rahmenabkommen zur Zukunft Irlands. Kernstück des Textes ist das Projekt zur Bildung einer Nord-Süd-Behörde, die sich mit den "wichtigen Aspekten der irisch-nordirischen Beziehungen" befassen soll. Die protestantischen Unionisten in Belfast sprechen von "Verrat". Sie befürchten einen gleitenden Übergang zu einem Rückzug Großbritanniens aus der nordirischen Kolonie.

Umgekehrt, und gewissermaßen in Übereinstimmung mit ihren Gegnern, konstatierten führende Sinn-Féin-Mitglieder unter großem Beifall auf dem Ard Fheis, mit diesem Abkommen gestehe London ein: "Die britische Herrschaft erwies sich als ein Fehlschlag!" (Martin McGuiness) Sinn Féin interpretiert die jüngsten Konzessionen Londons als Zwischenstadium zu einem vereinten Irland. Just so lautete das Motto des Sinn-Fein-Parteitags: "Cothaigh Siochán Aontaigh Eireann - Macht Frieden, vereint Irland!" Die meist in englischer Sprache gehaltenen Reden wurden im übrigen simultan ins Irische (Gälische) übersetzt; das Kongreßmaterial lag ebenso vorbildlich komplett zweisprachig vor.

Immer wieder brach das Thema "Frieden jetzt" auf dem Kongreß durch. Mit den stärksten Beifall erhielt ein Delegierter aus Belfast für die Äußerung: "Ich möchte den Tag erleben, an welchem unsere Kinder in den Schulbussen zur Schule fahren können, ohne daß wir Angst haben müssen, daß Kugeln der RUC (Royal Ulster Constabulary, nordirische Polizeitruppe; Anm. W.W.) oder der britischen Soldaten sie treffen."

Der Satz aus Gerry Adams' Rede, der in der Öffentlichkeit am meisten zitiert wurde, zeugt von demselben Engagement für den Frieden: "Ich appelliere an die Unionisten: Bringt eure Hoffnungen und Träume, eure Bedenken und eure Befürchtungen mit an den Konferenztisch und laßt uns alle, unter Gleichen, nach Wegen suchen, um uns wechselseitig von unseren guten Absichten zu überzeugen. Laßt uns übereinstimmen in einer demokratischen Grundlage, auf welcher wir alle auf dieser Insel in Frieden werden leben können."

Sensible Themen des Kongresses

Die Sinn-Féin-Konferenz debattierte in nur wenigen Punkten kontrovers. Der Waffenstillstand, den die IRA im vergangenen Sommer - zunächst einseitig - erklärt hatte, wurde nicht offen kritisiert. Die Gefahr, daß Sinn Féin zu weitgehende Geständnisse machen würde, wurde nur vereinzelt und vorsichtig, so von Dubliner Delegierten, angesprochen. Einig waren sich alle in der Forderung nach einem Abzug der Briten im Norden und der Auflösung der RUC. Kein Wunder, stellen die Six Counties doch das am meisten militarisierte Gebiet

Europas dar; in den Worten des verabschiedeten Antrags 39: "Dieser Ard Fheis verurteilt die fortgesetzte Existenz der britischen Garnison in den Six Counties, welche beinhaltet: 161 militärische Einrichtungen der RUC, 13.085 Mann an RUC-Personal; 135 militärische Einrichtungen der britischen Truppen mit 19.000 Mann; ein Mitglied der RUC respektive der britischen Truppen auf 3,7 katholische Männer im Alter von 16 bis 44 Jahren."

Ungeteilte Zustimmung fanden auch die Anträge für ein Verbot der "friedlichen" Nutzung der Atomenergie (Anträge 68, 69); für eine scharfe Verfolgung des sexuellen Mißbrauchs von Kindern, breit debattiert wegen Verbrechen, in welche Angehörige des katholischen Klerus verwickelt sind, (Anträge 76, 77); für die Verteidigung der Rechte der verarmten "travellers", herumziehende Menschen, deren Ursprünge auf die große Hungersnot im 19. Jahrhundert zurückgehen (82, 83); gegen die Diskriminierung von Homosexualität (86); für eine strikte Trennung von Kirche und Staat (u.a. in der "Charter for Justice and Peace in Ireland").

Eine Kontroverse gab es bei den Anträgen zu Frauenrechten und Abtreibung. Hier hat die patriarchale Führung einen - knappen - Sieg davongetragen. Das Recht auf Abtreibung wurde nur dort akzeptiert, wo durch die Austragung eines Kindes "das psychische und physische Wohlergehen der Frau oder ihr Leben in Gefahr ist" (137). Knapp abgelehnt wurden zwei Anträge, die sich prinzipiell dafür aussprachen, daß "Frauen das letzte Recht haben, über ihren eigenen Körper zu entscheiden" (138, 139). Ebenso abgelehnt wurde ein Antrag, welcher für die Sinn-Féin-Frauenkonferenz das Recht einklagte, "diejenigen Themen, welche sie als Frauen... betreffen", zu debattieren und zu entscheiden (136). Peinlich, aber aus der Praxis hierzulande bekannt, war, daß die Ablehnung dieser Anträge durch die Sinn-Féin-Führung von deren prominenten weiblichen Mitgliedern vorgetragen wurde. "Im gegenwärtigen Stadium" wäre ein entsprechender Beschluß "nicht im Interesse von Sinn Féin".

Die Philosophie von Grußbotschaften

Die Gefahr, daß Sinn Féin in die bürgerliche Gesellschaft integriert wird, dürfte vor allem auf der Ebene der Ökonomie und der internationalen Politik liegen. In einem getrennt vorgelegten und verabschiedeten Dokument zur "Transformierung von Irlands Ökonomie", das Forderungen für eine Demokratisierung und Dezentralisierung der Wirtschaft enthält, wird tunlichst vermieden, das Wort "Europäische Union (EU/EEC)" auch nur auszusprechen. Auch das irische große Kapital findet keine Erwähnung. Es sind jedoch diese beiden Adressen, an welche die Klage wegen der Rekordarbeitslosigkeit und wegen des sich verbreiternden Massenelends auf der ganzen irischen Insel zu richten wäre.

Zur internationalen Politik wurden viele Anträge angenommen, denen zuzustimmen ist: Verurteilung der US-Blockade gegen Kuba, Solidarität mit dem kurdischen Volk, mit dem ANC in Südafrika, Forderung nach einer nationalen Unabhängigkeit Osttimors. Aufschlußreicher waren hier die Grußbotschaften: Großer Beifall, wenn baskische und galizische Vertreter die Gemeinsamkeit des baskischen respektive galizischen Kampfes und desjenigen in Irland reklamierten. Unangenehm das Anbiedern des PASOK-Vertreters aus Griechenland und der ebenfalls große Beifall für denselben (die PASOK-Regierung verhält sich unzweifelhaft rassistisch gegenüber der albanischen Immigration). Spätestens der Auftritt zweier Vertreter des US-Kongresses, der eine von der Demokratischen, der andere von der Republikanischen Partei, war peinlich. Diese erhielten für ihre Grußbotschaften die größten Beifallsbekundungen.

Die verhängnisvolle Instrumentalisierung der "irischen Sache" für imperialistische Interessen hat Tradition. Darauf verwies auf dem Ard Fheis der Vertreter eines nordamerikanischen Indianerstamms. Er erinnerte an die Hunderttausende irischer Flüchtlinge, die im 19. Jahrhundert nach Nordamerika kamen. Zwar hätten viele von ihnen für die irische Bevölkerung gespendet, als diese von der großen - von London bewußt akzeptierten - Hungersnot dahingerafft wurden. "Ich erinnere aber auch an die vielen Iren", so der Indianer-Vertreter, "welche in Nordamerika an der Ausrottung der indigenen Bevölkerung beteiligt waren. General Custer zum Beispiel stammte aus Irland. Wäre es nicht viel besser gewesen, er wäre in Irland geblieben und hätte gegen die britischen Besatzer gekämpft, anstatt sich an dem Morden der indianischen Völker zu beteiligen?"

Winfried Wolf (Redakteur der Sozialistischen Zeitung/SoZ)

Zitate nach: Cork Examiner, 27.2.1995; The Irish Times, 27.2.1995; Irish Independent 27.2.1995; Guardian (London) 27.2.1995; 28.2.1995; Financial Times 25.2. und 28.2.1995.

Sinn-Féin-Dokumente: Create Peace, Unite Ireland, 1995 Sinn Féin Ard Fheis; Transforming Irelands Economy, Sinn Féin 1995; Charter for Justice and Peace in Ireland, Sinn Féin 1995.

Irische Hoffnungen

Fortsetzung von Seite 1

Sie befürchten einen gleitenden Übergang zu einem Rückzug Großbritanniens aus der nordirischen Kolonie.

Umgekehrt, und gewissermaßen in Übereinstimmung mit ihren Gegnern, konstatierten führende Sinn-Féin-Mitglieder unter großem Beifall auf dem Ard Fheis, mit diesem Abkommen gestehe London ein: "Die britische Herrschaft erwies sich als ein Fehlschlag!" (Martin McGuiness) Sinn Féin interpretiert die jüngsten Konzessionen Londons als Zwischenstadium zu einem vereinten Irland. Just so lautete das Motto des Sinn-Fein-Parteitags: "Cothaigh Siochán Aontaigh Eireann - Macht Frieden, vereint Irland!" Die meist in englischer Sprache gehaltenen Reden wurden im übrigen simultan ins Irische (Gälische) übersetzt; das Kongreßmaterial lag ebenso vorbildlich komplett zweisprachig vor.

Immer wieder brach das Thema "Frieden jetzt" auf dem Kongreß durch. Mit den stärksten Beifall erhielt ein Delegierter aus Belfast für die Äußerung: "Ich möchte den Tag erleben, an welchem unsere Kinder in den Schulbussen zur Schule fahren können, ohne daß wir Angst haben müssen, daß Kugeln der RUC (Royal Ulster Constabulary, nordirische Polizeitruppe; Anm. W.W.) oder der britischen Soldaten sie treffen."

Der Satz aus Gerry Adams' Rede, der in der Öffentlichkeit am meisten zitiert wurde, zeugt von demselben Engagement für den Frieden: "Ich appelliere an die Unionisten: Bringt eure Hoffnungen und Träume, eure Bedenken und eure Befürchtungen mit an den Konferenztisch und laßt uns alle, unter Gleichen, nach Wegen suchen, um uns wechselseitig von unseren guten Absichten zu überzeugen. Laßt uns übereinstimmen in einer demokratischen Grundlage, auf welcher wir alle auf dieser Insel in Frieden werden leben können."

Sensible Themen des Kongresses

Die Sinn-Féin-Konferenz debattierte in nur wenigen Punkten kontrovers. Der Waffenstillstand, den die IRA im vergangenen Sommer - zunächst einseitig - erklärt hatte, wurde nicht offen kritisiert. Die Gefahr, daß Sinn Féin zu weitgehende Geständnisse machen würde, wurde nur vereinzelt und vorsichtig, so von Dubliner Delegierten, angesprochen. Einig waren sich alle in der Forderung nach einem Abzug der Briten im Norden und der Auflösung der RUC. Kein Wunder, stellen die Six Counties doch das am meisten militarisierte Gebiet Europas dar; in den Worten des verabschiedeten Antrags 39: "Dieser Ard Fheis verurteilt die fortgesetzte Existenz der britischen Garnison in den Six Counties, welche beinhaltet: 161 militärische Einrichtungen der RUC, 13.085 Mann an RUC-Personal; 135 militärische Einrichtungen der britischen Truppen mit 19.000 Mann; ein Mitglied der RUC respektive der britischen Truppen auf 3,7 katholische Männer im Alter von 16 bis 44 Jahren."

Ungeteilte Zustimmung fanden auch die Anträge für ein Verbot der "friedlichen" Nutzung der Atomenergie (Anträge 68, 69); für eine scharfe Verfolgung des sexuellen Mißbrauchs von Kindern, breit debattiert wegen Verbrechen, in welche Angehörige des katholischen Klerus verwickelt sind, (Anträge 76, 77); für die Verteidigung der Rechte der verarmten "travellers", herumziehende Menschen, deren Ursprünge auf die große Hungersnot im 19. Jahrhundert zurückgehen (82, 83); gegen die Diskriminierung von Homosexualität (86); für eine strikte Trennung von Kirche und Staat (u.a. in der "Charter for Justice and Peace in Ireland").

Eine Kontroverse gab es bei den Anträgen zu Frauenrechten und Abtreibung. Hier hat die patriarchale Führung einen - knappen - Sieg davongetragen. Das Recht auf Abtreibung wurde nur dort akzeptiert, wo durch die Austragung eines Kindes "das psychische und physische Wohlergehen der Frau oder ihr Leben in Gefahr ist" (137). Knapp abgelehnt wurden zwei Anträge, die sich prinzipiell dafür aussprachen, daß "Frauen das letzte Recht haben, über ihren eigenen Körper zu entscheiden" (138, 139). Ebenso abgelehnt wurde ein Antrag, welcher für die Sinn-Féin-Frauenkonferenz das Recht einklagte, "diejenigen Themen, welche sie als Frauen... betreffen", zu debattieren und zu entscheiden (136). Peinlich, aber aus der Praxis hierzulande bekannt, war, daß die Ablehnung dieser Anträge durch die Sinn-Féin-Führung von deren prominenten weiblichen Mitgliedern vorgetragen wurde. "Im gegenwärtigen Stadium" wäre ein entsprechender Beschluß "nicht im Interesse von Sinn Féin".

Die Philosophie von Grußbotschaften

Die Gefahr, daß Sinn Féin in die bürgerliche Gesellschaft integriert wird, dürfte vor allem auf der Ebene der Ökonomie und der internationalen Politik liegen. In einem getrennt vorgelegten und verabschiedeten Dokument zur "Transformierung von Irlands Ökonomie", das Forderungen für eine Demokratisierung und Dezentralisierung der Wirtschaft enthält, wird tunlichst vermieden, das Wort "Europäische Union (EU/EEC)" auch nur auszusprechen. Auch das irische große Kapital findet keine Erwähnung. Es sind jedoch diese beiden Adressen, an welche die Klage wegen der Rekordarbeitslosigkeit und wegen des sich verbreiternden Massenelends auf der ganzen irischen Insel zu richten wäre.

Zur internationalen Politik wurden viele Anträge angenommen, denen zuzustimmen ist: Verurteilung der US-Blockade gegen Kuba, Solidarität mit dem kurdischen Volk, mit dem ANC in Südafrika, Forderung nach einer nationalen Unabhängigkeit Osttimors. Aufschlußreicher waren hier die Grußbotschaften: Großer Beifall, wenn baskische und galizische Vertreter die Gemeinsamkeit des baskischen respektive galizischen Kampfes und desjenigen in Irland reklamierten. Unangenehm das Anbiedern des PASOK-Vertreters aus Griechenland und der ebenfalls große Beifall für denselben (die PASOK-Regierung verhält sich unzweifelhaft rassistisch gegenüber der albanischen Immigration). Spätestens der Auftritt zweier Vertreter des US-Kongresses, der eine von der Demokratischen, der andere von der Republikanischen Partei, war peinlich. Diese erhielten für ihre Grußbotschaften die größten Beifallsbekundungen.

Die verhängnisvolle Instrumentalisierung der "irischen Sache" für imperialistische Interessen hat Tradition. Darauf verwies auf dem Ard Fheis der Vertreter eines nordamerikanischen Indianerstamms. Er erinnerte an die Hunderttausende irischer Flüchtlinge, die im 19. Jahrhundert nach Nordamerika kamen. Zwar hätten viele von ihnen für die irische Bevölkerung gespendet, als diese von der großen - von London bewußt akzeptierten - Hungersnot dahingerafft wurden. "Ich erinnere aber auch an die vielen Iren", so der Indianer-Vertreter, "welche in Nordamerika an der Ausrottung der indigenen Bevölkerung beteiligt waren. General Custer zum Beispiel stammte aus Irland. Wäre es nicht viel besser gewesen, er wäre in Irland geblieben und hätte gegen die britischen Besatzer gekämpft, anstatt sich an dem Morden der indianischen Völker zu beteiligen?"

Winfried Wolf (Redakteur der Sozialistischen Zeitung/SoZ)

Zitate nach: Cork Examiner, 27.2.1995; The Irish Times, 27.2.1995; Irish Independent 27.2.1995; Guardian (London) 27.2.1995; 28.2.1995; Financial Times 25.2. und 28.2.1995.

Sinn-Féin-Dokumente: Create Peace, Unite Ireland, 1995 Sinn Féin Ard Fheis; Transforming Irelands Economy, Sinn Féin 1995; Charter for Justice and Peace in Ireland, Sinn Féin 1995.

2. Hamburger Polizei: Folter ist Alltag

Autor: Ein Genosse der anti-rep-Kommission · Rubrik: Ausländerpolitik; Klassenjustiz, Repressionen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/polhh2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:polhh2

Der Platz im Bericht von amnesty international dürfte der Hamburger Polizei wieder sicher sein: "Nachdem sie ihn festgenommen haben, fahren sie (zwei Angehörige der Spezialeinheit Kora) mit dem Afrikaner in den Hamburger Hafen. Dort muß der Schwarze sich ausziehen und vor den Beamten niederknien. Einer der Beamten zückt seine Dienstpistole, hält sie dem Opfer an den Kopf - und drückt ab. Ein Knall hallt durch die Nacht. Der Schwarze denkt, er ist tot. Ist er aber nicht. Denn abgedrückt hat der andere Polizist. Um den Knall zu erzeugen, hat er in die Elbe geschossen." (HH 19, Stadtmagazin, 3/95) Hinterher brüsten sich die uniformierten Folterer: "Der Neger hat sich fast bepißt und beschissen." Die Aussage stammt aus einem Vernehmungsprotokoll. Ein Kollege, der zwei Jahre an der berüchtigten Revierwache 11 Dienst tat, hat ausgepackt. Von dieser Wache gegenüber dem Hauptbahnhof aus operierte die Kora-Truppe gegen schwarzafrikanische Dealer und alles, was sie dafür hielt.

Die Scheinexekutionen sind nur ein Ausschnitt aus dem Spektrum außergesetzlicher Polizeipraktiken, die jetzt durch einen Bericht des ARD-Magazins "Panorama" öffentlich wurden:

"Ich ging in den Vorraum zur Sammelzelle. Die Tür war offen. Von dort heraus habe ich gesehen, wie sich sechs Farbige nackt ausziehen mußten ... Dann mußten alle in die Sammelzelle hinein. Ich sah, wie der Kollege ... mit einer Tränengas-Spraydose ... in die Zelle hineinsprühte, bis die Dose leer war. Dann hat er die Zellentür ‚fast fluchtartig` zugeschlagen." (nach Bild, 3.3.)

Deutsche Polizeidenke:

Neger - Ungeziefer - Gas

"Ich hörte einen Schrei ... und bin zum Vorraum der Sammelzelle gegangen. Ich sah dort einen nackten Farbigen stehen, der vom Hals über die Achseln bis zum Genitalbereich feucht glänzte. Ich vernahm den Geruch des Flächendesinfektionsmittels Incidur". Ähnliche Mißhandlungen mit Desinfektionsspray, das "normalerweise zum Reinigen der Toiletten gebraucht wird", gab es mehrfach (nach HH 19) Auch daß Brechmittel verabreicht wurden, läßt sich nach den Worten von Justizsenator Hardraht beweisen.

Zu den Übergriffen habe weiter gehört, "zugeführte Personen ‚in die Tür laufen zu lassen`, jeden Mauervorsprung auszunutzen, um die Person ‚sich daran stoßen zu lassen`, oder auch persönliche Gegenstände zu vernichten". (Welt, 3.3.) In mehr als 130 Fällen wurden festgenommene Farbige nachts in den Freihafen, in die Boberger Dünen oder in die Harburger Berge verfrachtet und dort ohne Geld ausgesetzt.

Oliver Neß, einer der Autoren des Panorama-Beitrags, betonte auf einer Pressekonferenz am 3.3.95, seine Recherchen hätten ergeben, daß die Mißhandlungen sich keineswegs auf die Wache 11 beschränken, sondern sie auf diversen Wachen "durchgängig durch ganz Hamburg" zum "Alltag" gehören. Gegen insgesamt mindestens 80 Beamte wird ermittelt. Zehn von ihnen hätten ebenfalls gestanden, bei Mißhandlungen oder Gewaltaten gegen Ausländer "Mittäter oder Mitwisser" gewesen zu sein. (taz, 3.3.)

Deckung von ganz oben

Kein einziger der seit Frühjahr 1994 bekannt gewordenen Täter wurde aus dem Polizeidienst entlassen. Nicht einmal der als einer der übelsten Folterer beschuldigte Hauptkommissar Hermann B., Ex-Reviereinsatzführer an Wache 11 und führender Mann bei Kora, wurde suspendiert - im Gegenteil: Heute ist er Leiter Organisation und Einsatz an Wache 34 in Langenhorn. (Bild, 4.3.) Offizielle Verfahren gegen die Täter sind nach Recherchen von HH 19 bis heute nicht eingeleitet worden. Der erste, gegen den überhaupt ermittelt wurde, war - wegen "Strafvereitelung im Amt" - genau der Beamte, der die Praktiken aufgedeckt hatte.

Das ist typisch für die Art, in der die Ermittlungen geführt werden. Einerseits öffentliche Appelle von beispielsweise Bürgermeister Voscherau an alle Beamte, zur "Aufklärung der Vorwürfe vorbehaltlos beizutragen" - andererseits keinerlei Zusicherung, daß Zeugen, die bisher geschwiegen haben, nicht ihrerseits wegen Mitwisserschaft bestraft werden. Und auch keine Schutzzusagen für diejenigen, die brutalem Druck ihrer Kollegen ausgesetzt sind: Ein Beamter, der gegenüber den Tätern geäußert hatte, er halte die

allnächtlichen Mißhandlungen nicht mehr aus und werde gegebenenfalls Meldung machen, wurde massiv bedroht. Das ging so weit, "daß an seinem Auto der Luftdruck in den Reifen so verringert wurde, daß er lebensgefährlich hätte verunglücken können". (Oliver Neß, Pressekonferenz, 3.3.)

Nachdem der Kronzeuge im Februar 94 gegenüber dem zuständigen Polizeidirektor Peters seine Aussage gemacht hatte, soll er von diesem "zum Schweigen verdonnert" worden sein (was Peters dementiert - er habe lediglich "Vertraulichkeit zugesichert"). (Bild, 4.3., HA, 3.3.)

In einem "Vertraulicher Vermerk" berichtete der Leiter der Landespolizeischule ebenfalls bereits im April 94 Erkenntnisse seiner Konflikttrainer, die es offenbar immer wieder mit Rambos zu tun hatten, die mit ihrer Form der Konfliktlösung renommierten: "... von massiven und systematischen Einschüchterungsversuchen (bis zum Psychoterror) (...) über disziplinar- und strafrechtlich relevante Ereignisse wie Beleidigungen, Freiheitsberaubungen, Körperverletzungen im Amt etc. durch ‚Strafe vor Ort` (Originalsprachgebrauch von Kollegen der Basis) bis hin zu menschenverachtendem und menschenunwürdigem Verhalten gegenüber Personen oder Personengruppen mit besonders geringer Beschwerdemacht (z.B. Asylbewerber)". (nach HH 19)

Polizeispitze in den Knast?

Landespolizeidirektor Heinz Krappen und LKA-Chef Wolfgang Sielaff ließen den Vermerk wie Peters den Kronzeugenbericht in der Versenkung verschwinden. Weder die Staatsanwaltschaft noch die interne Ermittlungsstelle der Polizei PS3 wurden eingeschaltet - was eindeutig den Tatbestand der Strafvereitelung im Amt erfüllt. Und nicht nur das: Der renommierte Kieler Strafrechtler Prof. Samson machte gegenüber Panorama darauf aufmerksam, daß "die Polizeiführung ja selbst davon ausging, daß diese Straftaten weiterlaufen würden. Und dafür gilt, daß ein Vorgesetzter, der Derartiges geschehen läßt, genauso bestraft wird, als hätte er diese Taten selbst begangen." (nach taz, 3.3.)

Aber auch über den Spitzen der Hamburger Polizeiführung gibt noch eine schützende Hand - die des Senats und der Innenbehörde. Schon bei der Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Hamburger Polizei" hatte Innensenator Wrocklage versucht, diesem die polizeilichen Ermittlungsakten mit allen Mitteln vorzuenthalten. Aus Datenschutzgründen sollen Beamte auch nicht in öffentlicher Sitzung aussagen müssen. Weil nämlich "der Vorwurf des pflichtwidrigen Verhaltens als solcher und insbesondere seine Erörterung in öffentlicher Sitzung den Bereich der verfassungsrechtlich geschützten persönlichen Ehre berührt". (Brief Wrocklages an den PUA, nach HA 3.12.94)

Nach einer ganzen Serie von Gerichtsverfahren um die Ermittlungsakten, die bis zu einem Beschlagnahmebeschluß eines vorwitzigen, aber offenbar gleich zurückgepfiffenen Amtsrichters gingen, gibt es nun eine vorläufige Entscheidung des Hamburgischen Verfassungsgerichts, die beide Seiten als Erfolg feiern: 1800 Akten muß der Senat herausgeben, erörtert werden dürfen sie aber nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Die Forderungen nach Rücktritt von Landespolizeichef Krappen (er war als Verantwortlicher für den Hamburger Kessel von Innensenator Hackmann demonstrativ in sein Amt befördert worden) und LKA-Chef Sielaff sind - bis hin zur Bildzeitung - inzwischen Gemeingut. Ausgespart wird zumeist der "seit Jahren als Hardliner berüchtigte" (HH 19) Chef der Polizeidirektion Mitte, Richard Peters. Peters unterstehen nicht nur die Wachen 11 und 16, unter seiner Einsatzverantwortung gab es auch immer wieder sehr gezielte und brutal ausgeführte Übergriffe - bis hin zu bleibenden körperlichen Schäden - gegen polizeikritische JournalistInnen.

Ob die Verantwortlichen jemals disziplinar- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, steht in den Sternen. Innensenator Wrocklage jedenfalls sieht auch nach dem öffentlichen Bekanntwerden der Foltervorwürfe keinen akuten Handlungsbedarf. Er könne "Anschuldigungen in den Medien" nicht zur Grundlage von Entscheidungen machen. "Den Wahrheitsgehalt der jetzigen Anschuldigungen wird die Staatsanwaltschaft zu bewerten haben."

Diese Schlüsselposition wurde vorsorglich mit einem echten Spezialisten besetzt: Martin Slotty, als in den Osten entsandter Oberstaatsanwalt zuständig für die juristische Aufarbeitung des Rostocker Pogroms. Slotty hatte während der rechten Exzesse Antifaschisten inhaftieren lassen und war danach mit aller Härte gegen die "Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden" vorgegangen, die eine Gedenktafel an das

Pogrom im Rostocker Rathaus anbringen wollten. Sie müßten, so Slotty, "mit Haftstrafen zwischen sechs Monaten und fünf Jahren rechnen" (nach taz, 21.10.92). Erst auf heftige internationale Proteste hin wurden die Verhafteten nach mehr als einer Woche wieder freigelassen. Das Verfahren gegen die für Rostock verantwortlichen Politiker stellte die Staatsanwaltschaft Rostock ebenso ein wie das gegen den beifallklatschenden Mob. Es gebe, so Slotty, "keinen sicheren Nachweis dafür, daß die Sympathiekundgebung der Unterstützung einer strafrechtlich relevanten Aktion galt" (nach taz, 9.1.93)

. Ein an Deutlichkeit kaum zu überbietendes Signal gegen mögliche "Verunsicherung" im Apparat hat Innensenator Wrocklage ausgesendet: die berüchtigten E-Schichten werden unter geändertem Namen, aber mit identischer Aufgabenstellung fortgeführt. Der zurückgetretene Innensenators Hackmann hatte noch ihre Auflösung angekündigt, nachdem sie wegen übler Gefangenen-Mißhandlungen mehrfach Gegenstand von amnesty-Berichten geworden waren.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

3. Trauer um Sammy Nelson, Flüchtling aus Liberia - umgekommen im Gewahrsam der Münchner Polizei

- umgekommen in Gewahrsam der Münchner Polizei

Autor: Antifaschist. Nachrichten · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:42

"Wer Tränen hat, vergieße sie jetzt!!!

Darf die Polizei einen Mann töten, weil er kein Rechte hat? Was ist Gerechtigkeit?

Die deutsche Polizei tötete einen afrikanischen Asylbewerber am 2. Februar 1995 in der Triebstraße 1e in München bei dem Versuch, ihn festzunehmen. Wir sind betroffen und empört, denn es gibt kein Gesetz irgendwo auf der Welt, das die Polizei ermächtigt, einen Verdächtigen zu töten. Wir fordern, daß Gerechtigkeit geübt wird. Aufgrund dieses und anderer ähnlicher Fälle von politischer Brutalität und parteiischer Justiz demonstrieren wir unseren Protest gegen diese Vorfälle. Eine Ungerechtigkeit, die irgendwo stattfindet, verletzt die Gerechtigkeit überall. Gewalt erzeugt Gewalt. Wir hatten genug davon."

(Flugblatt afrikanischer Asylbewerber der Asylbewerberunterkunft in der Triebstraße, München)

In der Nacht von Donnerstag, dem 2. Februar 1995, auf Freitag versuchten vier Zivilpolizisten, den liberianischen Flüchtling Sammy Nelson in der Asylbewerberunterkunft Triebstraße 1e in München zu verhaften. Laut Augenzeugenberichten erfolgte ein gezielter Zugriff durch die Polizei. Die vier Beamten in Zivil, die offensichtlich wußten, in welchem Zimmer Sammy untergebracht war, stellten ihn in seinem Zimmer in der oberen Etage der Containerunterkunft. Dann wurde er, bereits an Händen und Füßen gefesselt, auf den Gang gebracht und dort, in Anwesenheit der anderen Bewohner dieses Stockwerks, von eben diesen Polizisten brutal mißhandelt. Sie prügelten auf Sammy, der gefesselt und wehrlos am Boden lag, ein, bis dieser, stark blutend, sich nicht mehr bewegte. Nach Meinung der diesen Vorgang beobachtenden Asylbewerber wurden die Polizisten nun gewahr, daß Sammy im Sterben lag und drängten die anwesenden Asylbewerber in ihre Zimmer zurück. Dann schleppten zwei der Polizisten Sammy den Gang entlang zur Außentreppe, wo ihn die Polzisten die Treppe hinunterfallen ließen.

Der weitere Vorgang wurde dann hauptsächlich von den Bewohnern des unteren Geschosses der Unterkunft beobachtet. Sammy lag auf dem Boden vor der Unterkunft und blutete stark. Eine Rotkreuzambulanz traf ein. Die Ärzte oder Sanitäter waren offensichtlich schockiert von dem Zustand, in dem sich Sammy befand und gerieten in eine heftige Auseinandersetzung mit den Polizisten. Nach einer kurzen Untersuchung verhüllten sie Sammy in einem weißen Laken, bevor sie ihn in die Ambulanz einluden, was von den Augenzeugen so interpretiert wurde, daß Sammy tatsächlich tot war.

Ungefähr zeitgleich mit dem Rettungswagen kamen dann ca. 40 uniformierte Polizisten als Verstärkung. Mit Rauschgifthunden wurde Sammys Zimmer nach Drogen durchsucht. Laut Auskunft der Mitbewohner von Sammys Zimmer fanden sie aber rein gar nichts und beschlagnahmten auch keinerlei Gegenstände. Dann säuberten die Polizisten den mit Blut völlig bespritzten Gang.

Unmittelbar nach der Polizeiaktion erschien die für ihre Zusammenarbeit mit der Polizei bekannte Lagerleiterin Frau Stüz in der Unterkunft und räumte alle persönlichen Gegenstände von Sammy aus seinem Zimmer. Anstatt Sammys Anwalt zu verständigenn brachte sie diese zur Polizei, identifizierte Sammys Leiche und erklärte am nächsten Morgen den Bewohnern der Unterkunft, Sammy wäre in der Nacht im Krankenhaus verstorben.

Von dem Vorfall völlig betroffen und aufgebracht, marschierten ca. 50 Bewohner der Unterkunft als Spontandemonstration am Sonntag zum Olympiazentrum. Dabei verteilten sie ein eiligst mit Schreibmaschine geschriebenes Flugblatt. (Siehe Vorspann)

Natürlich löste die Polizei die Demonstration schon nach kurzer Zeit auf, da sie nicht angemeldet gewesen sei.

Zwei der Asylbewerber, die angeblich besonders aktiv bei der Vorbereitung der Demo gewesen sein sollen, wurde am Dienstag den 7. Februar von Frau Stüz eröffnet, daß sie in eine andere Unterkunft verlegt werden,

und daß sie Hausverbot für die Unterkunft in der Triebstraße erhalten hätten. Als die beiden ein diesbezügliches Dokument unterschreiben sollten, weigerten sie sich. Dabei entbrannte ein hitziger Wortwechsel, und Frau Stüz rief abermals die Polizei, die die beiden Asylbewerber schließlich abführte. Sie befinden sich nun in einer Unterkunft in Rosenheim.

Nach den Darstellungen von AZ, TZ und SZ ergibt sich ein völlig anderes Bild vom Tod des Asylbewerbers Sammy Nelson: Sammy habe vor seiner Festnahme - während einer Razzia in der Asylbewerberunterkunft Triebstraße (TZ vom 6.2.) - noch Gelegenheit gehabt, ein mit Heroin gefülltes Kondom zu schlucken. Auf der Fahrt zum Polizeirevier sei er dann im Streifenwagen kollabiert, nachdem er vorher Würgeanfälle gehabt habe. Nach der Version der TZ (6.2.) sei vom Streifenwagen aus daraufhin ein Notarztwagen verständigt worden, der Sammy Nelson in ein Krankenhaus gebrachte habe, in dem er kurze Zeit später gestorben sei. Ebenfalls in der TZ vom 6.2. wird von einer Polizeisprecherin nicht Ersticken, sondern Vergiftung durch im Kondom befindliches Heroin angenommen.

Nach Informationen der AZ vom 6.2. wurde der Asylbewerber ebenfalls in ein Krankenhaus gebracht, wo jedoch nur noch der Tod durch Ersticken festgestellt werden konnte. Die Süddeutsche Zeitung hingegen berichtet bereits am 4./5.2. von einem Rettungswagen, der Sammy Nelson bereits am Asylbewerberheim abgeholt und in ein Krankenhaus gebracht habe, wo er kurze Zeit später gestorben sei. Wodurch entstehen die Widersprüche zwischen den Darstellungen der Presse und der der Augenzeugen? Die bisherige Berichterstattung bezieht sich nur auf Informationen der Polizei. Diese variieren scheinbar vom Freitag zum Samstag erheblich. Die Polizei hat offensichtlich über ihr Vorgehen unterschiedliche Versionen verbreitet.

Ist Sammy Nelson während des Transports, erst im Krankenhaus, oder - wie Augenzeugen berichten - schon in der Unterkunft gestorben?

Woran ist Sammy Nelson gestorben? An Ersticken, einer Überdosis Rauschgift, oder an Mißhandlungen, die ihm von den Polizisten beigebracht wurden?

Beruhen die von Tag zu Tag unterschiedlichen Polizeischilderungen auf neuen Erkenntnissen oder auf der wachsenden Notwendigkeit, ein brutales Verbrechen zu vertuschen?

Letzteres würde auch erklären, warum Polizeibeamte dafür eingesetzt wurden, den blutverschmierten Gang der Asylbewerberunterkunft zu reinigen und so die Spuren der "Festnahme" Sammy Nelsons zu beseitigen. Der liberianische Asylbewerber Sammy Nelson ist mit ziemlicher Sicherheit weder erstickt, noch an einer Überdosis Rauschgift gestorben. Die Darstellungen der Polizei, auf die sich die Münchner Presse beruft, stehen in krassem Widerspruch zu dem, was ca. 30 Zeugen in der Nacht seines Todes beobachtet und miterlebt haben. Nach dem jetzigen Stand der Dinge müssen als Todesursache schwerste Mißhandlungen durch die genannten Polizisten angenommen werden.

Aus: Antifaschistische Nachrichten 4/95

4. In eigener Sache: Spendenziel noch nicht erreicht - ak-Debatte

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/verlag.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:verlag

Gut 41.000 Mark sind in der diesjährigen Spendensammlung bisher zusammengekommen. Das ist ein an sich gutes Ergebnis, aber es reicht noch nicht ganz für die finanzielle Absicherung dieses Jahres. Wir bitten alle, die sich bisher noch nicht ganz entschließen konnten, ihren Teil zum Erreichen der 50.000-Marge beizutragen.

LeserInnenumfrage verlängert

Die in der vergangenen Ausgabe begonnene LeserInnenumfrage wird verlängert. Einsendeschluß ist der 28.3.1995. Also, nichts wie ran an den Fragebogen!

ak-Debatte

Die ersten Beiträge zur Debatte um die Zukunft von ak, zu der wir im letzten Heft aufgerufen hatten, sind eingetroffen. Wir werden ab ak 377 mit der Veröffentlichung beginnen.

Wir danken allen, die sich durch Spenden, durch Beteiligung an der Umfrage und durch Debattenbeiträge für unsere Zeitung engagiert haben.

5. Strategie der Bomben. Der Nazi-Terror in Österreich und seine Profiteure

Autor: gaf · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:26

Oberwart, ein Ort im Burgenland, Österreichs östlichstem Bundesland, ist zu trauriger Berühmtheit gelangt: In der Nacht zum 5. Februar 1995 starben vier Roma bei einem Attentat. Die Männer hatten ein verdächtiges Auto in der Nähe ihrer isoliert etwas außerhalb des Ortes liegenden Siedlung bemerkt. Bei einem Kontrollgang stießen sie auf ein Schild mit der Aufforderung "Roma zurück nach Indien". Bei Berührung explodierte die in Brusthöhe im Stiel eingebaute Bombe, die Männer starben mit zerfetzten Brustkörben und grauenhaften Kopfverletzungen.

Einen Tag später wurde im nahegelegenen Stinatz, einem vorwiegend kroatisch besiedelten Ort, einem Arbeiter die Hand abgerissen, als er einen Müllcontainer entleeren wollte, in dem eine weitere Bombe versteckt war.

Dies ist das größte rassistisch motivierte Attentat seit Bestehen der Zweiten Republik Österreich. Die Reaktionen von Politik und Polizei darauf waren so beschämend und empörend, aber auch so typisch und ritualisiert, daß sie einer Beschreibung des "Normal"zustandes dieses Landes im Jahre 1995 gleichkommen.

Die Polizei ...

... informiert die Medien, vier Roma hätten sich bei dem Versuch, eine Tafel mit der Aufschrift "Roma zurück nach Indien" zu sprengen, selbst in die Luft gesprengt. Die Darstellung der Polizei, es sei wahrscheinlich ein Unfall gewesen, wird bis zum nächsten Tag aufrechterhalten. Weder zur zweiten Briefbombenserie noch zu dem Anschlag in Stinatz am nächsten Tag könnten Gemeinsamkeiten festgestellt werden. Die Ermittlungen gehen infolgedessen in eine offensichtlich gewünschte falsche Richtung: Die Opfer werden zunächst einmal als Täter abgestempelt, am Abend des 6.2., nach Abreise der JournalistInnen vom Tatort, werden "Hausdurchsuchungen durchgeführt - nicht bei Rechtsextremisten, sondern bei den Familien der Opfer. Alle Vorurteile, die in den Sicherheitsbehörden gehegt werden, wurden da mit einem Schlag offenkundig: Zigeuner sprengen sich allenfalls selbst in die Luft." (profil 7/95)

Die Politik ...

... verfällt 24 Stunden lang in Stillschweigen. Der Anschlag wird nicht zur Kenntnis genommen, die Tragweite nicht erfaßt. Der Bundespräsident entgegnet während seines Englandaufenthalts auf Journalistenfragen: "Es redet mich keiner an, und ich werde das Thema auch nicht von mir aus ansprechen." (profil 7/95) Der Bundeskanzler bastelt am Sparpaket, der Innenminister schweigt.

Als sich nichts mehr verleugnen läßt, werden die Angehörigen der Opfer, ohne vorher gefragt oder auch nur informiert worden zu sein, beim Begräbnis von der Staatsrepräsentanz überfallen, die sich bei dem Medienereignis um einen Platz in der ersten Reihe drängeln.

Was fordern SPÖ und ÖVP - mensch muß schon sagen - "selbstverständlich"? Den großen Lauschangriff, verdeckte Ermittler (bisher in Österreich strikt verboten), Rasterfahndung, Kronzeugenregelung. Wie in der BRD wird der Ruf nach der Polizeistaatlichkeit die Aufklärung neonazistischer Verbrechen nicht voranbringen: Zwei von 294 Seiten im neuen Sicherheitsbericht des Innenministers Löschnak setzen sich mit Rechtsextremismus in Österreich auseinander.

Die Opfer

Die Roma in Oberwart leben isoliert am Rande der Ortschaft, in einfachsten von der Gemeinde gebauten Häusern. Die Asphaltstraße endet vor der ausgegrenzten Siedlung, die Kinder werden in die Sonderschule abgeschoben, die Aussichten auf einen Arbeitsplatz in der ohnehin strukturschwachen Gegend sind gering, manche Gaststätten haben Lokalverbot für "Zigeuner".

Bei der Beerdigung der vier Ermordeten stellten die sechs anerkannten Volksgruppen in ihrer "Oberwarter Erklärung" in bezug auf die faschistische Vergangenheit Österreichs fest: "50 Jahre nach Auschwitz werden Angehörige der österreichischen Volksgruppen wieder ermordet oder müssen um ihr Leben fürchten. Das

heutige Schicksal der Roma ist auch eine Folge der nicht erfolgten österreichischen Vergangenheitsbewältigung." (Tagesspiegel, 13.2.95) Während die Polizei untätig und erfolglos ist, bekommen die Roma in Oberwart anonyme Drohanrufe: "Die nächsten seid's ihr!" - nach dem Attentat!

Der gebürtige Oberwarter Michael Horvath, 73, der sechseinhalb Jahre in den KZs Dachau, Buchenwald und Gusen bei Mauthausen überlebte, verlor jetzt zwei seiner Enkel, Karl und Erwin Horvath, bei dem Attentat.

Das Feindbild

Die "Bajuwarische Befreiungsarmee" (BBA) verfolgt offensichtlich alles, was in ihrem Weltbild nicht in das Schema des "klassischen" Ariers fällt, mit tödlichem Haß. Der jüngste BBA-Bekennerbrief behauptet: "Deutsch-Österreich als Stammgebiet der Bajuwaren benötigt keine Ausländerindustrie, bestehend aus Ausländerlobbyisten, aus Aufwieglern, Förderern und Erfindern immer neuer Volksgruppen, aus Amateurdolmetschern, Fremdspracheneinpeitschern, Integrationsprojektanten, Menschen- und Waffenschmugglern, Rassentheoretikern und Menschenzüchtern nach dem Vorbild des marxistischen Einheitsmenschen." Wer das anders sieht, soll verschwinden: "die Clans der Schifkowits, Grandits, Stoisits, Resetarits und Janisch - zurück nach Dalmatien". (Die Zeit, 10.2.95)

Aufgezählt werden hier exponierte VertreterInnen der SOS-Mitmensch-Bewegung, die als Gegenbewegung zu Haiders Ausländervolksbegehren gegründet wurde und nach wie vor aktiv für Flüchtlinge und ImmigrantInnen in Österreich eintritt. Dazu gehören:

- Terezija Stoisits von den Grünen, Österreichs engagierteste Minderheitenpolitikerin, die schon bei der ersten Briefbombenserie am 3.12.1993 eine Bombe geschickt bekam und glücklicherweise unverletzt blieb;

- Willi Resetarits ("Ostbahn-Kurti"), den älteren ak-LeserInnen noch als Sänger der "Schmetterlinge" bekannt, der jetzt ein Integrationshaus für bosnische Flüchtlinge in Wien initiiert hat;

- sein Bruder Lukas Resetarits, Kabarettist und "Kottan"-Darsteller, einer der rührigsten SOS-Aktivisten;

- Marijana Grandits, die als Grünen-Politikerin den Einzug ins Europa-Parlament knapp verfehlte.

Die Bedrohten stammen - wie weitere ungewöhnlich viele erfolgreiche und engagierte Intellektuelle, Medien- und Kulturschaffende - aus der kleinen südburgenländischen Gemeinde Stinatz, in der die letzte der drei Rohrbomben explodierte. In der klassischen Auspendlergemeinde, in der es nahezu keine Arbeitsplätze gibt, leben 90 Prozent kroatisch-stämmige ÖsterreicherInnen inmitten eines deutschsprachigen Umfelds. Stinatz wurde im Laufe der letzten Jahre zu einem Symbol für kroatisches Selbstbewußtsein in Österreich. (Vgl. news 6/95)

Rechte Zusammenhänge

Die Bombenattacken fallen zusammen mit Neonazi-Prozessen vor österreichischen Strafgerichten. Die erste Briefbombenserie im Dezember 1993 folgte unmittelbar auf die Verurteilung des Chefs der militanten VAPO (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition), Gottfried Küssel, zu zehn Jahren Haft. Franz Radl hatte in einer deutschen Neonazi-Postille offen dazu aufgefordert, "10 Briefe für 10 Jahre Küsselhaft" zu versenden. Gegen eben diesen Franz Radl und zwei weitere Neonazis erhob die Wiener Staatsanwaltschaft am 2.2.1995 Anklage wegen der Briefbombenserie vom Dezember 1993 - also in der selben Woche, in der die Bomben in Oberwart und Stinatz explodierten.

Franz Radl pflegte engste Kontakte zur deutschen Neonazi-Szene, insbesondere zur seit 1992 verbotenen "Nationalistischen Front" (NF). Laut Recherchen von news (6/95) bestehen Kontakte der österreichischen Bombenverdächtigen zu einer 50 Mitglieder starken Neonazi-Gruppe in Traunstein in Bayern, die sich seit dem NF-Verbot "Bajuwarische Befreiungsfront" (bzw. "Befreiungsarmee") nennt. Im November 1994 hob das bayrische Landeskriminalamt bei Durchsuchungen bei 27 Neonazis das "größte Waffenlager seit 20 Jahren" aus: Neben Maschinengewehren und -pistolen, Sprengstoff, Handgranaten, Zündern und Munition wurde auch eine professionell konstruierte Rohrbombe gefunden.

Die bei den letzten drei Anschlägen verwendeten Rohrbomben weisen markante Ähnlichkeiten in ihrer Bauweise auf. Alle drei waren kompliziert aus bis zu 121 Bauteilen zusammengesetzt.

Die Bekennerbriefe

Die Bekennerschreiben der "Bajuwarischen Befreiungsfront" sind gespickt mit Details der südösterreichischen Regionalgeschichte. Die als Absender oder Unterschrift angegebenen Namen historischer Personen verweisen auf Gestalten angeblich stolzen und edlen Deutschtums und die Befreiung von fremden Mächten. "Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg" verteidigte 1683 Wien gegen das türkische Heer, "Andreas Hofer" kämpfte für ein eigenständiges Tirol, "Friedrich II., der Streitbare, Herzog von Österreich, Steiermark und vier Burgenland" kämpfte gegen die Mongolen. "Vier Burgenland" ist kein Schreibfehler, sondern die spätmittelalterliche Bezeichnung für jenen Landstrich, dessen vier Burgen vormals den Ansturm der Türken aufhalten sollten.

In der Südsteiermark und in Kärnten besteht eine "Historiker-Arbeitsgemeinschaft", die sich mit solcherart Geschichtsinterpretation beschäftigt. Zu deren aktivsten Mitgliedern zählt der im Zusammenhang mit der ersten Briefbombenserie Angeklagte Franz Radl, bei dem stapelweise einschlägige Literatur sichergestellt werden konnte.

Der oder die Verfasser lesen ganz offensichtlich regelmäßig neonazistische "Geschichtsbetrachtungen". Terminologie und Stil lassen den Schluß zu, daß die Verfasser mit der Sprache, mit der Österreichs Nazis das NS-Verbotsgesetz umgehen, gut vertraut sind. Reizwörter sind Begriffe, die auch in "Halt", "Sieg" oder der VAPO-"Sturmfahne" üblich sind: z.B. "marxistische Einheitsfront", "Volksverräter und Partisanenfreunde", "Tschuschendiktatur".

Das gesellschaftliche Klima

Wie sieht dieses Österreich aus, in dem Menschen rassistischen Morden und Bedrohungen ausgesetzt sind? Seit 1989 sind die Grenzen zum Osten geöffnet, seit 1990 steht das Bundesheer des neutralen Österreich an der Grenze und fungiert als Erfüllungsgehilfe der Festung Europa gegenüber Flüchtlingen und EinwanderInnen aus dem Osten und Süden. Im Januar 1993 scheitert Jörg Haider mit seinem von hetzerischer Propaganda gegen Ausländer vorgetragenen Volksbegehren "Österreich zuerst!" Die Initiative SOS Mitmensch organisiert mit 300.000 Menschen ein Lichtermeer auf dem Wiener Stefansplatz. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien wütet direkt vor Österreichs Haustür, in der Bevölkerung gibt es große Hilfsbereitschaft für die Kriegsflüchtlinge. Die Regierung, eine große Koalition aus SPÖ und ÖVP, gießt jedoch die Hetze Haiders in Asyl- und Ausländergesetze, die die Forderungen des Volksbegehren an Schärfe noch übertreffen. Flüchtlinge finden kaum noch Zuflucht. Mit unerfüllbaren Auflagen bringt das Gesetz Tausende auch schon jahrzehntelang in Österreich lebende ImmigrantInnen in einen illegalen Status. Die prompt einsetzende Hetze gegen 100.000 Illegale schürt Ängste und lenkt von innenpolitischen Schwierigkeiten ab, hin zur "Ausländerfrage".

Dieses Klima verstärkt Ausgrenzung und Rassismus auch gegenüber ethnischen Minderheiten im eigenen Land. Haider treibt die Demagogie weiter, indem er - nach dem Attentat(!) - die Ausgrenzung der Roma kritisiert, "eine ethnische Minderheit, die schon einmal vor 50 Jahren fast vernichtet wurde in den Straflagern des Nationalsozialismus." (Süddeutsche Zeitung, 10.2.95) "Straflager" statt Konzentrationslager - das ist ein Signal an die Neonazi-Szene und legt nahe, daß die Volksgruppe der Roma nicht aus rassistischen Gründen vernichtet werden sollte, sondern als "Asoziale" und "Kriminelle" - offensichtlich zu Recht - "bestraft" wurde.

Wer hat von dieser Hetze Nutzen? "Denen nutzt's am meisten, die eine Doppelstrategie verfolgen: einerseits Destabilisierung des Staates durch Verunsicherung und andererseits Stärkung des Staates durch das Versprechen einer starken Führung." (TATblatt 3/95)

Innenminister Franz Löschnak verantwortet nicht nur die unmenschliche Ausländer- und Asylgesetzgebung, sondern auch die Erfolglosigkeit im Kampf gegen den rechten Terror. Im Prozeß zur ersten Briefbombenserie gibt es zwar zwei Angeklagte, aber das Netz der rechten Terroristen funktioniert unverändert. Der Innenminister stellt Existenz, Organisiertheit und Verbreitung des Rechtsextremismus in Österreich immer wieder in Abrede.

Die Bundessprecherin der österreichischen Grünen, Madeleine Petrovic, ist sich sicher, daß es innerhalb der Polizei "braune Zellen" gibt. (taz, 8.2.95) "Die Rechts- und Rechtsextremlastigkeit der Exekutive (wie auch des Bundesheeres, der privaten Wachdienste, der Justiz ...) darf nie unterschätzt werden. Die Zahl der F-nahen (Haiders neue Freiheitlichen-Bewegung, bis Januar 1995 FPÖ; Anm. ak) PolizistInnen (bei den letzten Wahlen im Bereich der Sicherheitswache ein Drittel der Stimmen), der uns immer wieder begegnende Rassismus, Sexismus und faschistoide Tendenzen innerhalb der Polizei, die schon sprichwörtliche Blindheit auf dem

rechten Auge, ... sind zum einen nicht zu unterschätzender Faktor für die sogenannte ‚Erfolglosigkeit` in den bisherigen Ermittlungen, zum anderen muß zwingendermaßen auch von Urheberschaft zumindest von Randbereichen der Exekutive ausgegangen werden." (TATblatt 3/95)

Der Naziterror in Österreich hat das Stadium von einzelnen, "demonstrativen" Aktionen hinter sich gelassen. Aus einer kroatischen, slowenischen, tschechischen, slowakischen, ungarischen, einer Roma-Familie oder aus einem anderen Land zu stammen, "nicht-arisch" zu sein, Asyl zu suchen, sich für Flüchtlinge, multikulturelles Miteinander einzusetzen, die Grundlagen der Demokratie und Mitmenschlichkeit zu verteidigen, ist in Österreich zu einer tödlichen Gefahr geworden - sowohl für beliebige Angehörige der jeweiligen Bevölkerungsgruppe als auch für gezielt ausgesuchte prominente Einzelpersonen. Ziel ist die Vertreibung der Minderheiten und das Verstummen ihrer FürsprecherInnen.

Das Innenministerium befördert diese Kampagne durch hartnäckige Leugnung der politischen Zusammenhänge und durch die immer wieder demonstrierte "Erfolglosigkeit" beim Schutz der Opfer und bei der Verfolgung der Täter.

gaf

Chronologie der Attentate

3. Dezember 1993: Erste Briefbombenserie. Vier Personen werden schwer verletzt: Silvana Meixner, aus Split stammend, moderiert die Minderheitensendung "Heimat - Fremde Heimat" beim ORF; "Ausländer"pfarrer August Janisch in Hartberg; Helmut Zilk, Wiener Bürgermeister, müssen drei Finger der linken Hand amputiert werden; die Sekretärin einer Wiener Anwaltskanzlei wird schwer verletzt.

Sechs Personen bleiben unverletzt: Madeleine Petrovic, Fraktionssprecherin der Grünen im Nationalrat; Terezija Stoisits, Grüne Minderheitenpolitikerin; Helmut Schüller, Präsident der katholischen Caritas, der erklärt hatte, er werde Flüchtlinge notfalls verstecken; Wolfgang Gombocz, im Vorstand des steirischen Kulturvereins Artikel VII (benannt nach dem Minderheitenartikel des Staatsvertrags), der Interessenvertretung der slowenischen Minderheit in der Steiermark; Frauenministerin Johanna Dohnal; die Arbeitsgemeinschaft für Ausländerbeschäftigung bei der Bundeswirtschaftskammer.

Ein vierseitiger Bekennerbrief wird vom Innenministerium zurückgehalten und erst nach den Morden von Oberwart der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

24. August 1994: Vor der einzigen zweisprachigen (deutsch-slowenischen) Volksschule in Klagenfurt wird eine Rohrbombe deponiert. Beim Versuch der Entschärfung explodiert sie in den Händen des Sprengstoffexperten Theo Kelz und reißt ihm beide Unterarme weg.

Innenminister Löschnak ortet die Täter im "Rotlichtmilieu". Nach wochenlanger Falschorientierung der Ermittlungen trifft beim damaligen slowenischen Außenminister Lojze Peterle ein Bekennerschreiben der "Bajuwarischen Befreiungsarmee" (BBA) ein. Der Brief wurde am 2. Oktober 1994 im Postamt Kirchdorf in Tirol aufgegeben.

3. und 4. Oktober 1994: Zweite Briefbombenserie. Vier Briefbomben, ebenfalls am 2. Oktober in Kirchdorf aufgegeben, erreichen ihre Adressaten - die Halleiner Papierfabrik, ein in der Nazi-Diktion "überfremdeter" Betrieb, der zu viele Ausländer beschäftige; die Ausländerberatungsstelle in Dornbirn; das Innsbrucker Stift Wilten, dessen Abt Raimund Schreier in der ORF-Sendung "Orientierung" für die Integration von Flüchtlingen geworben hatte; den Verleger Lojze Wieser, der Bücher in slowenischer und deutscher Sprache herausgibt und mit der Reihe "Bosnische Bibliothek" bosnische Flüchtlinge mit Literatur unterstützt. Eine Fehlschaltung verhindert, daß die tödliche Post explodiert. Absender ist wiederum die "Bajuwarische Befreiungsfront".

4. Februar 1995: In Oberwart im Südburgenland werden vier Roma, Josef Simon, 40, Peter Sarközi, 27, Karl Horvath, 22 und Erwin Horvath, 18, in eine Falle gelockt und durch die Explosion einer Rohrbombe getötet.

6. Februar 1995: In Stinatz im Südburgenland detoniert in einer Mülltonne eine Rohrbombe und verletzt Erich Pressler, Mitarbeiter eines Umweltdienstes, schwer.

Fast zeitgleich wird in der Bushaltestelle des Nachbarorts Ollersdorf ein neunseitiges Bekennerschreiben der "Bajuwarischen Befreiungsfront" gefunden, das im klassischen Neonazi-Stil die Vertreibung von Minderheiten und UnterstützerInnen von ImmigrantInnen und Flüchtlingen propagiert.

Roma in

Österreich

Schon seit dem 15. Jahrhundert leben Roma im Burgenland, unter Kaiserin Maria Theresia wurden sie zwangsangesiedelt, integriert wurden sie nie. Jahrhundertelang wurden Verfolgungsgesetze geschaffen. Die Eisenstädter Polizei führte ab 1928 eine "Zigeunerkartothek" mit Namen und Fingerabdrücken von rund 8.000 "Zigeunern". Der Burgenländische Gauleiter Tobias Portschy bezeichnete in seiner 1938 verfaßten "Denkschrift" Zigeuner als "Nichtstuer, Arbeitsscheue, Lungerer und Verbrecher" sowie als "Schmarotzer am Volkskörper". Portschys Einschätzung führte zur Einrichtung des Zigeunerlagers Lackenbach, das wie das Zigeunerlager Maxglan bei Salzburg amtlich bis heute nicht als KZ anerkannt ist.

Ex-Gauleiter Portschy, bis 1991 FPÖ-Mitglied, lebt noch heute, 90jährig, als angesehener Bürger und Integrationsfigur der Rechten in Rechnitz im Burgenland, unweit von Oberwart. 1941 wurden aus dem KZ Lackenbach 5.007 Roma, davon jedeR zweite ein Kind, über Lodz ins Vernichtungslager Chelmno deportiert, kein einziger überlebte. 1943 kam es zu groß angelegten Deportationen nach Auschwitz. Von 11.000 Roma in Österreich wurden im Nationalsozialismus drei Viertel ermordet.

1954 beantwortete das Sozialministerium Ansuchen von Lackenbach-Überlebenden auf Anerkennung als NS-Opfer abschlägig mit der Begründung, dort seien bloß "arbeitslos herumziehende Zigeuner, die eine Gefahr für das Eigentum Dritter darstellten, zusammengefaßt" gewesen. (vgl. profil 7/95)

Aufgrund des überall gegenwärtigen Rassismus verleugneten in der Nachkriegszeit viele junge Roma ihre Herkunft, erst seit 1989 wurden Kultur- und Interessenvereine gegründet, die schnell an Zulauf gewannen. Gefordert wurden die rechtliche und soziale Besserstellung der Roma und Sinti und ihre Anerkennung als Volksgruppe.

Im Dezember 1993 wurden die Roma - neben Slowenen, Ungarn, Kroaten, Tschechen und Slowaken - per Gesetz als Volksgruppe anerkannt. Das bedeutet Kindergärten und Sonderregelungen im Schulwesen, um die eigene Sprache zu pflegen und zu erhalten, Förderungen im Kulturbereich, Präsenz in den Medien sowie die Vertretung durch einen Beirat bei der Bundesregierung. Anerkennung und Gleichberechtigung im Alltag bedeutet es nicht.

6. Wird Nordirland "ausverkauft"?

von Dietrich Schulze-Marmeling

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:20

Am 1. Februar präsentierte die konservative "Times" ihrer Leserschaft den Entwurf eines gemeinsamen Rahmenabkommens der Regierungen in Dublin und London, den beide bis dahin unter Verschluß gehalten hatten. Das Dokument, ein Vorschlag für die Zukunft Nordirlands, war bereits vor mehr als einem Jahr angekündigt worden, aber seine Ausarbeitung hatte sich immer wieder verzögert.

Die "Times" behauptete, die Umsetzung des Dokuments würde die irische Insel einer Wiedervereinigung so nahe bringen wie seit ihrer Teilung 1920/21 nicht mehr. Deshalb seien Nordirlands Unionisten "alarmiert". Angeblich habe man das Dokument aus dem Dunstkreis der irischen Regierung erhalten. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß rechte Hardliner aus dem Nordirlandministerium das Papier der Zeitung zuspielten. Wohl in der Absicht, durch eine Mobilisierung der Unionisten auf die endgültige Fassung des anglo-irischen Rahmenabkommens einzuwirken oder dies gar frühzeitig zu torpedieren. Hierfür spricht auch der Autor der Enthüllungsstory: Matthew Ancona ist ein überzeugter Unionist.

Das Vorgehen der "Times", das von der Regierung wie der Opposition scharf kritisiert wurde, darf als Indiz dafür gewertet werden, daß es im britischen Establishment Widersprüche bezüglich des nordirischen "Friedensprozesses" gibt. Extrem konservative Elemente teilen offensichtlich die Befürchtungen der nordirischen Unionisten, daß die Regierung gegenüber Dublin, der SDLP und Sinn Féin zu nachgiebig agiere und einen Ausverkauf britisch-unionistischer Interessen betreibe.

Premierminister Major bemühte sich um Schadensbegrenzung. In einer dramatischen Fernsehansprache an die Nation, erst die dritte seiner Amtszeit, versicherte er den Unionisten, daß die Union nicht zur Disposition stünde. Nordirlandminister Mayhew verwies darauf, daß das Dokument den Unionisten ein mehrfaches Vetorecht einräume.

"Frameworks for the Future"

Am 22.2. wurde das anglo-irische Rahmenabkommen schließlich von Mayor und seinem irischen Kollegen Bruton der Öffentlichkeit präsentiert. Es muß noch einmal betont werden, daß es sich dabei zunächst nur um einen Diskussionsvorschlag handelt, der jedem Bürger auf Wunsch zugeschickt wird und als Basis für die anvisierten Gespräche zwischen den nordirischen Parteien dienen soll. Jeder Partei steht frei, das Dokument zu kritisieren oder gar zu verwerfen sowie eigene Vorschläge vorzulegen. Trotzdem hat es natürlich eine besondere Bedeutung, da ohne die Zustimmung der Regierungen in London und Dublin nichts laufen wird.

Die Kernelemente des Abkommens, "Frameworks for the Future" (etwa: "Grundlegende Strukturen für die Zukunft"): Nordirland erhält wieder eigene, von der nordirischen Bevölkerung demokratisch legitimierte Strukturen. Ein Teil der Kompetenzen, die London heute ausübt, wird an nordirische Institutionen (zurück)delegiert. Ein Mißbrauch dieser Institutionen durch die protestantische Mehrheit soll durch diverse Mechanismen verhindert werden. Die beiden irischen Parlamente, das bereits existierende in Dublin und ein neu einzurichtendes in Belfast, beschließen und beschicken eine gesamtirische Behörde, die sich vor allem ökonomischen Fragen widmet. Die Behörde erhält im Rahmen der EU eine gewisse Eigenständigkeit. Ihre Kompetenzen können - im Einvernehmen mit den beiden irischen Parlamenten - sukzessive ausgedehnt werden. Ziel der Behörde soll offensichtlich sein, einen Konsultationsprozeß zwischen Norden und Süden (wie er bereits zwischen Dublin und London existiert) in Gang zu setzen und zu institutionalisieren, der eine Harmonisierung der Politik beider Landesteile bewirkt.

Das Rahmenabkommen ähnelt einer überarbeiteten und erweiterten Fassung des Sunningdale-Abkommens von 1973, das ebenfalls die Wiederbelebung nordirischer Institutionen, auch hier unter der Bedingung der Einbindung der Katholiken/Nationalisten, sowie die Schaffung eines gesamtirischen Körpers vorsah. Allerdings vermeidet das Rahmenabkommen die Reizwörter "power sharing" (= automatische Beteiligung der Minderheit an der Machtausübung) und "Council of Ireland". Sunningdale war damals an der Ablehnung der IRA, die ihren bewaffneten Kampf unbeeindruckt fortsetzte, vor allem aber am unionistischen/loyalistischen Widerstand gescheitert. Ein wesentlicher Unterschied zwischen damals und heute ist: Als Sunningdale verkündet wurde,

tobte die militärische Auseinandersetzung, während aktuell die Waffen schweigen. Die überwiegende Mehrheit der nordirischen Bevölkerung genießt den "Frieden", was das Verhalten der IRA wie der loyalistischen paramilitärischen Organisationen zweifellos beeinflußt. Auch wenn der Waffenstillstand noch immer fragil ist: Die Schwelle zur Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes dürfte mittlerweile gestiegen sein.

Von seiner Tendenz her ist das Dokument eher "pro-nationalistisch" als "pro-unionistisch", da es sich vom (konstitutionellen) Status quo wegbewegt. Entsprechend fielen auch die Reaktionen aus. Die SDLP zeigte sich sehr zufrieden. Sinn Féins unmittelbare Reaktion fiel gespalten aus. Für Vizepräsident Martin McGuiness blieb das Rahmenabkommen zwar deutlich unter seinen Erwartungen, aber in Bausch und Bogen mochte auch er es nicht verdammen. Präsident Gerry Adams versprach eine eingehende Prüfung und hob den "gesamtirischen Charakter" des Dokuments hervor.

Die unionistischen Politiker reagierten verärgert und frustriert, drohten der Major-Regierung mit der Aufkündigung ihrer parlamentarischen Unterstützung sowie einem Boykott der geplanten Gesprächsrunden. Im Parlament ist die Regierung wegen der "Euro-Rebellen" von der Unterstützung der neun UUP-Abgeordneten abhängig.

Einige unionistische Politiker versuchen nun die Labour-Karte zu spielen. Um die unionistische Prinzipienlosigkeit zu verstehen, muß man den besonderen Charakter des nordirischen Parteiensystems kennen. Zwar sind die Unionisten nicht nur in der konstitutionellen Frage sehr konservativ eingestellt. Dennoch würde ein gewisser Teil ihrer Politiker und Wähler bei einem Verschwinden der Polarisierung zwischen irischen Nationalismus und britischen Unionismus eher Labour als die Tories wählen. Dies gilt natürlich vor allem für Teile der Arbeiterschaft. Wenn es in Nordirland einen die sektiererische Spaltung überwindenden Konsens gibt, dann besteht dieser in der breiten Befürwortung einer eher keynesianistisch denn thatcheristisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik.

Zwar werden die Unionisten von Labour keine andere Nordirlandpolitik erwarten können als von der Major-Regierung, aber damit wäre auch die Überlegung hinfällig, die Konservativen aufgrund ihrer traditionellen Beziehungen zum nordirischen Unionismus als "kleineres Übel" zu unterstützen. Die Labour-Führung hat erklärt, daß sie in der Nordirlandpolitik keine Koalition mit den Unionisten gegen die Regierung eingehen würde. In anderen Fragen, beispielsweise der EG-Politik, hält sie dies allerdings durchaus für möglich. Deshalb ist denkbar, daß die Regierung über Nordirland stürzt, ohne daß die Provinz konkret zur Debatte steht. Die republikanische Bewegung befindet sich hier in einem gewissen Dilemma. Zwar steht ihr die Labour Party naturgemäß näher, aber aktuell muß sie an einer starken konservativen Regierung interessiert sein: Ansonsten stünde zu befürchten, daß ein konservatives Establishment in der Oppositionsrolle gegen den "Friedensprozeß" operiert und sich mit den Unionisten verbündet, wie dies bereits bei Sunningdale der Fall war.

Was die Unionisten besonders in Rage bringt, sind die Vorschläge der beiden Regierungen bezüglich gesamtirischer Institutionen. Allein schon die Tatsache, daß London über solche nachdenkt, belegt, daß man dort Nordirland nicht in gleicher Weise als Teil des britischen Staates betrachtet wie Schottland und Wales, geschweige denn England.

Eine Revision des Government of Ireland Act von 1920, die in Aussicht gestellt wird, würde eine weitere Lockerung der britischen Souveränität über Nordirland bedeuten, auch wenn die Republik gleichzeitig ihren territorialen Anspruch auf die sechs Grafschaften (Art. 2,3 der irischen Verfassung) aufgeben würde. Bereits in der Downing-Street-Erklärung vom Dezember 1993 hatte London zu Protokoll gegeben, keine strategischen und ökonomischen Interessen in Nordirland zu verfolgen. Dies darf man der britischen Regierung - zumal angesichts der veränderten Weltlage - durchaus abnehmen. Allerdings hat sie sich noch nicht explizit zu ihren politischen Interessen geäußert. Major betont, ein Unionist zu sein, aber wie er dies genau meint, ist nicht klar. Wenn der Premierminister gleichzeitig erklärt, er würde sich einer irischen Wiedervereinigung nicht entgegenstellen, können die nordirischen Unionisten mit seinem Bekenntnis nicht viel anfangen.

Die Unionisten fürchten folgendes Szenario, das in der Tat nicht ganz unrealistisch ist, weshalb auch die alarmistische Einschätzung der "Times" nicht völlig von der Hand zu weisen ist: Durch die Relativierung der britischen Souveränität entsteht ein Vakuum, in dem die gesamtirischen Institutionen eine Dynamik entwickeln, die letztlich in einen irischen Einheitsstaat mündet. Hier spielt auch die besondere Beschaffenheit der

unionistischen Ideologie eine Rolle, die von der Abgrenzung lebt. Eine Normalisierung des Verhältnisses zum Gegner bedroht den Unionismus in seiner Substanz, zumal sein materielles Fundament kaum noch existiert. Sind die Unionisten in einen Nord-Süd-Dialog erst einmal eingebunden, bewegen sie sich auf einer schiefen Ebene. Derartige Überlegungen bestimmen möglicherweise auch den (neuen) Opportunismus Sinn Féins gegenüber der Politik Dublins und Londons.

Das Rahmenabkommen bedeutet keine "interne Lösung", wie sie Sinn Féin rigoros ablehnt, aber auch die SDLP und Dublin für unzureichend erachten. Diese (positive) Feststellung muß allerdings zugleich wieder eingeschränkt werden, da London zusätzlich zum anglo-irischen Dokument noch einen Vorschlag für die Wiedereinrichtung eines nordirischen Parlaments präsentierte, der die Unionisten wohl beruhigen soll. Die mit der Downing-Street-Erklärung begonnene Strategie wird also fortgesetzt: hier etwas für die nationalistische und republikanische Seite, nämlich gesamtirische Institutionen; dort etwas für die Unionisten, nämlich ein eigenes Parlament, in dem sie, aufgrund des konfessionellen und politischen Kräfteverhältnisses, über eine klare Mehrheit verfügen würden. Ähnlich auch die Politik in Sachen Referenda: Der nationalistischen und republikanischen Seite wird mitgeteilt, daß es erstmals eine Abstimmung im gesamten Irland geben wird. Die Unionisten werden damit beruhigt, daß deren Auszählung getrennt erfolgen wird. Stimmen die Nordiren mehrheitlich gegen das Ergebnis, dann nützt es den Nationalisten/Republikanern auch nichts, wenn sie gesamtirisch eine klare Mehrheit verbuchen können.

Das alte nordirische Parlament ("Stormont"), das 1972 abgeschafft wurde, war ein Instrument protestantischer Vorherrschaft, das von den Nationalisten deshalb bekämpft wurde. Die neuen Institutionen sollen mit Sicherungen gegen protestantischen Machtmißbrauch ausgestattet sein, die zum Konsens nötigen. Man kann die Wiedereinrichtung eines nordirischen Parlaments durchaus auch unter dem Aspekt der Abkoppelung betrachten. An die Stelle der Beziehungen zwischen London und den Unionisten würden Schritt für Schritt innernordirische und innerirische treten. Außerdem ist unwahrscheinlich, daß die Unionisten "ihr" Parlament bekommen werden, ohne gleichzeitig in die Errichtung gesamtirischer Institutionen einzuwilligen. Der Gewinn von Souveränität, der den Unionisten offeriert wird, könnte sich deshalb als Bumerang erweisen. Nicht von ungefähr existiert im unionistischen Lager bezüglich einer stärkeren Autonomie keine einhellige Meinung. Einerseits wird der durch die Direktherrschaft bedingte Verlust an Macht beklagt. Andererseits würde die Existenz eines eigenen Parlaments nur einmal mehr bestätigen, daß London die Provinz nicht in gleicher Weise als Bestandteil des Vereinigten Königreichs betrachtet wie Schottland oder Wales, wo derartige Strukturen von den dortigen Nationalisten vergeblich gefordert werden. Nordirland ist ein Sonderfall, und ein nordirisches Parlament würde dies - zumal in Verbindung mit gesamtirischen Strukturen - lediglich unterstreichen.

Der hauptsächliche Knackpunkt des anglo-irischen Vorschlags dürfte aus republikanischer Sicht sein, daß er den Unionisten, nun auch mit Zustimmung der südirischen Regierung, unverändert das Recht zugesteht, jede positive Entwicklung in Nordirland und im Verhältnis der Provinz zur Republik durch ein simples "No" zu blockieren. Zum einen über das nordirische Parlament, zum anderen - wie bereits dargestellt - über getrennte Referenda im Süden und Norden eine endgültige Vereinbarung bezüglich der Zukunft der Insel betreffend. Außerdem ist nicht erkennbar, daß London, wie von Sinn Féin gefordert, bereit ist, auf die Unionisten im Sinne einer Wiedervereinigung aktiv einzuwirken.

Trotzdem ist eine Lockerung des unionistischen Vetorechts unverkennbar. Die Message der britischen Regierung an die Adresse der Unionisten lautet letztendlich: Ihr dürft so lange im Vereinigten Königreich bleiben, wie ihr wollt. Aber ihr werdet euch damit abfinden müssen, daß der Zug in Richtung irgendeiner Form von gesamtirischer Übereinkunft - Wiedervereinigung nicht ausgeschlossen - fährt. Wir werden euch nicht aus dem britischen Staat herausschmeißen, aber wir werden euch auch nicht drängen, dort drin zu bleiben.

Das Dilemma der Unionisten

Das Gefühl der Unionisten, von London permanent hintergangen zu werden, hat durchaus seine Berechtigung. Es begann mit dem Anglo-Irischen-Abkommen (AIA) von 1985, über dessen Inhalt die nationalistische SDLP eher informiert wurde als die pro-britischen Kräfte in der Provinz. Seit dem AIA laufen die Unionisten der politischen Entwicklung hinterher. Die entscheidenden Weichenstellungen der britischen Nordirlandpolitik erfolgen nicht im Dialog mit den Unionisten, sondern mit der südirischen Regierung, die ihrerseits im Dialog mit der SDLP und (neuerdings) Sinn Féin steht.

Die Enthüllungen der "Times" hatten zunächst eine Schwächung der Position des UUP-Führers Molyneaux zur Folge, dem parteiinterne Kritiker Naivität vorwarfen. Bereits beim AIA wollte Molyneaux die Entwicklung nicht wahrhaben, sprach Thatcher von der politischen Verantwortung frei und beschuldigte statt dessen das Außenministerium, einen negativen Einfluß auf die Premierministerin ausgeübt zu haben. Jetzt waren es zunächst einige Diplomaten, die der Unionistenführer eines Alleingangs beschuldigte.

Am vehementesten wetterte erwartungsgemäß DUP-Führer Ian Paisley gegen das Rahmenabkommen, der es als "Einbahnstraße nach Dublin" denunzierte und Major des "Ausverkaufs" bezichtigte. Zugleich wirkte der alte Demagoge dabei auffallend isoliert.

Die politischen Parteien der paramilitärischen Organisationen UDA und UVF, die Ulster Democratic Party (UDP) bzw. die Progressive Unionist Party (PUP), hatten sich hingegen bereits nach der "Times"-Veröffentlichung auffallend zurückgehalten. Beide Parteien bemühen sich nicht erst seit dem loyalistischen Waffenstillstand, politischer, moderner und konstruktiver als die alten Parteien des Unionismus zu erscheinen.

Die hauptsächliche Differenz zwischen den "neuen" politischen Organisationen der Paramilitärs und den etablierten unionistischen Parteien UUP und DUP liegt darin, daß UDP und PUP der Auffassung sind, daß das unionistische Establishment die Community in eine Sackgasse geführt habe. Außerdem besteht ein großes Unbehagen gegenüber den Instrumentalisierungsversuchen der Paisley und Co. Unionistische Politiker haben die Paras immer wieder für ihre Zwecke eingespannt und als militärisches Drohpotential strapaziert, ohne sich selbst die Hände schmutzig zu machen. Schlugen die Paras dann militärisch zu, wollten sie hingegen mit deren Greueltaten nichts zu tun haben. Innerhalb der protestantischen Arbeiterschaft ist das Gefühl weit verbreitet, von den unionistischen Politikern, die in der Regel den Mittelschichten angehören, mißbraucht worden zu sein.

Der Waffenstillstand hat UDP und PUP einen Status verschafft, der dem Sinn Féins nicht ganz unähnlich ist, obwohl beide Formationen wahlpolitisch bei weitem nicht die Bedeutung der republikanischen Partei genießen. Bereits seit einigen Jahren versuchen protestantischen Paras, Sinn Féins "Doppelstrategie" zu imitieren. Dabei erwies sich allerdings als Manko, daß es den Paras und der protestantischen Arbeiterschaft an politisch qualifiziertem Führungspersonal mangelte. Statt dessen steckten ihre vermeintlichen "Führer" immer wieder bis zum Hals in kriminellen Aktivitäten.

Bislang gestalten sich die Reaktionen der Unionisten/Loyalisten auf den neuerlichen "Verrat" insgesamt betrachtet also eher vorsichtig - zumal verglichen mit den militanten Massenmobilisierungen, die 1973/74 das Sunningdale-Abkommen und 1985/86 das AIA auslösten. Natürlich spielt dabei eine Rolle, daß es aktuell nur um Vorschläge geht. Aber auch, daß die traditionelle "No Surrender"-Politik von vielen Protestanten als gescheitert betrachtet wird. Teilen der protestantischen Community beginnt zu dämmern, daß man einen "Ausverkauf" Nordirlands nicht wird verhindern können - jedenfalls dann nicht, wenn dies dem politischen Willen Londons entspricht. Deshalb ist es besser, mit dem "Feind" zu reden, um für sich zu retten, was noch zu retten ist.

Typisch für die gegenwärtige Stimmung innerhalb der protestantischen Unterschichten mögen die folgenden Kommentare sein, die der "Independent" am Tag der Vorstellung des Rahmenabkommens in einem East Belfaster Pub einfing, das als Treffpunkt protestantischer Arbeiter und Sympathisanten der Paras gilt: "Viel zu viele junge Leute sind im Gefängnis gelandet, weil sie auf Paisley gehört haben." "Wir müssen abwarten und schauen, und wenn Gespräche stattfinden, müssen wir dabei sein. Es ist total bescheuert von den unionistischen Politikern, wenn sie behaupten, daß wir nicht teilnehmen würden. Am Ende werden sie dabei sein, und wir alle wissen, daß dies so sein wird." "Am Ende wird man (gemeint ist die britische Regierung; Anm. d.A.) uns verkaufen. Aber wir können uns jetzt nicht einfach verweigern. Dann würde man die Protestanten beschuldigen, den Frieden gebrochen zu haben." "Wir fragen uns, wer wir sind, wohin wir gehören, und wer uns haben möchte. Wir wissen, daß die Briten hier bereits seit Jahren hinaus wollen." "Wir werden miteinander reden müssen, auch wenn wir uns gegenseitig hassen. Die Leute hier werden nicht noch einmal an einem Generalstreik wie nach Sunningdale teilnehmen." "Persönlich identifiziere ich mich mehr mit den nordirischen Katholiken als mit den Walisern oder Engländern. Nordirland benötigt etwas, was uns zusammenbringt."

Für die Unionisten und Loyalisten rächt sich seit dem Waffenstillstand, daß sich ihre Politik in den vergangenen 25 Jahren kaum weiterentwickelt hat. Wer etwas moderner, liberaler und unorthodoxer dachte, wurde gnadenlos ausgebremst. Einen nordirischen De Klerk gibt es bis heute nicht. Die Professionalisierung und Modernisierung, die die Politik der Nationalisten/Republikaner während der "troubles" erfuhr, fand auf seiten der protestantischen Community keine Entsprechung. Die politische Dynamik liegt nun eindeutig bei der katholischen/nationalistischen Community, die mit einem enormen politischen Selbstbewußtsein agiert. Dieses Selbstbewußtsein wie die Ermüdungserscheinungen bei den Protestanten/Unionisten sind vielleicht die wichtigsten Unterschiede zur Situation vor dem Ausbruch der "troubles" (1968/69).

Der Waffenstillstand in Nordirland basiert nicht auf einem Kompromiß zwischen den beiden Communities, die weiterhin ein getrenntes Dasein fristen, wenngleich einige optimistische Beobachter behaupten, die sektiererischen Barrieren seien in den letzten sechs Monaten niedriger geworden. Der Waffenstillstand ist in allererster Linie ein Resultat des neuen katholischen/nationalistischen Selbstbewußtseins. Dies ist auch der Grund, warum er von vielen Protestanten mit Skepsis betrachtet wird. Gleichzeitig genießt aber auch die protestantische Community die Vorzüge des Friedens. Jedenfalls ist sie in ihrer Mehrheit nicht dazu bereit, den Waffenstillstand vorschnell aufs Spiel zu setzen. Deshalb dominiert bei den Protestanten die Haltung, erst einmal abzuwarten, anstatt hektisch zu reagieren und den Aufwieglern à la Paisley zu folgen. Obwohl den allerwenigsten von ihnen der Inhalt des Rahmenabkommens schmeckt.

Das Dilemma der Republikaner

Aber auch Sinn Fein/IRA befinden sich in einer schwierigen Situation. Sollte sich die britische Regierung bezüglich der politischen Gefangenen und in der Abrüstungsfrage nicht bald bewegen, wird die Republikanische Bewegung den Waffenstillstand überdenken müssen. Die Regierung fordert unverändert die einseitige Waffenabgabe der IRA als Vorbedingung für eine Beteiligung Sinn Féins an politischen Gesprächen. Daran ist allerdings überhaupt nicht zu denken, da der Preis hierfür die Spaltung der Bewegung wäre, was Adams und Co. tunlichst vermeiden wollen. Das Waffenarsenal der IRA bzw. die Möglichkeit, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen, ist Sinn Féins stärkstes Druckmittel.

Je länger die Regierung Sinn Féin hinhält, desto komplizierter wird die Situation innerhalb der Republikanischen Bewegung. Längst regt sich Widerspruch gegen den Kurs der Führung. Die Zentren sind dabei Dublin und die nordirische Grenzregion South Armagh, wo traditionell ein Verständnis von Republikanismus dominiert, das den bewaffneten Kampf zum Prinzip erhebt.

25.2.1995

Kleines Glossar

Stormont-Regime/Stormont-Parlament: Bis 1972 besaß Nordirland - im Gegensatz zu Schottland und Wales - ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung, nach dem Amtssitz, einem Belfaster Vorort, Stormont-Parlament bzw. -Regime genannt. Die Regierung, die innenpolitisch über sehr weitreichende Kompetenzen verfügte, wurde über den gesamten Zeitraum von einer einzigen Partei, der protestantischen Unionist Party, gestellt. Die innenpolitische Autonomie, die London der Provinz gewährte, war quasi eine Gegenleistung für die pro-britische Loyalität der protestantischen Mehrheit.

Unter der Kampagne der IRA brach dieses System in den Monaten nach dem "Bloody Sunday" (Januar 1972) schließlich zusammen. Mit der Einführung von "direct rule" übernahm London selbst die Verwaltung Nordirlands. Nordirland wird heute von gesichtslosen Beamten regiert, die von der nordirischen Bevölkerung nicht zur Rechenschaft gezogen werden können.

UUP/DUP/UDP/PUP/Alliance: Die Ulster Unionist Party (UUP) ist die Nachfolgerin der alten unionistischen Einheitspartei, die Nordirland bis 1972 regierte. Seither hat sich das unionistische Lager allerdings ausdifferenziert; der traditionelle Unionismus hat Konkurrenz bekommen. Die Democratic Unionist Party (DUP) des fundamentalistischen Predigers Ian Paisley ist die zweitgrößte unionistische Partei Nordirlands. Ulster Democratic Party (UDP) und Progressive Unionist Party (PUP) sind die politischen Arme der paramilitärischen Organisationen Ulster Defence Association (UDA) bzw. Ulster Volunteer Force. Während die UUP mehrheitlich integrationistisch ausgerichtet ist, d.h. eine möglichst starke Integration Nordirlands in das Vereinigte Königreich befürwortet, präferiert die DUP eine möglichst große Autonomie innerhalb des britischen

Staatsverbands. UDP-/UDA-Kreise haben in der Vergangenheit gar mit einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung Nordirlands für den Fall eines "Ausverkaufs" durch London gedroht. Autonomie und Separatismus im unionistischen Lager sollen dafür garantieren, daß die Provinz ein "Protestant State for Protestant People" bleibt.

Neben den genannten "U"-Formationen gibt es noch die Alliance Party, an der Wahlurne die drittstärkste Partei des Unionismus. Bei ihr handelt es sich um eine liberale Abspaltung der alten Unionist Party, die auch für Katholiken offen ist. Die Alliance Party, eine Partei der modernen (protestantischen) Mittelschichten, kommt der Politik der britischen Regierung und des Nordirlandministeriums am nächsten. Sie ist z.Zt. die einzige unionistische Partei, die an dem von der Dubliner Regierung organisierten "Forum for Peace and Reconciliation" teilnimmt.

Waffenstillstand: Am 31. August 1994 erklärte die IRA einen unbegrenzten Waffenstillstand. Einige Wochen später folgten auch die loyalistischen Paramilitärs UDA und UVF. Bislang haben die "Paras" ihre Waffen noch nicht abgegeben. Sinn Féin und IRA haben erklärt, daß die Entwaffnung der republikanischen Guerilla nur im Kontext einer allgemeinen Demilitarisierung Nordirlands erfolgen könnte, die nicht nur die IRA und die loyalistischen "Paras", sondern auch die offiziellen "Sicherheitskräfte" erfaßt.

Die IRA ist seit dem Waffenstillstand nicht in einen Tiefschlaf gefallen, sondern betreibt weiterhin die Sammlung von Informationen und verübt sogenannte "Scheinattacken" gegen die "Sicherheitskräfte". So hält sie sich die Möglichkeit offen, die militärische Kampagne jederzeit wieder aufzunehmen, und übt damit Druck auf die britische Regierung aus - auch und gerade die Zukunft der politischen Gefangenen betreffend. Eine einseitige Waffenabgabe der IRA würde die Republikanische Bewegung spalten, da viele Republikaner dies als Kapitulation betrachten würden. Die britische Regierung versucht der Forderung nach einer umfassenden Demilitarisierung mit gewissen Abrüstungsgesten nachzukommen. Zunächst wichen die Helme auf den Köpfen der Soldaten "zivi leren" Baretten. Mittlerweile ist die Armee tagsüber von den Straßen verschwunden. Patrouillen finden nur des Nachts statt. Außerdem wurde von einigen Armeeforts die provokativen Union Jacks entfernt. Z.Zt. wird über neue Fahrzeuge für die Polizei nachgedacht.

Allerdings kommt es immer wieder zu Provokationen der nordirischen Polizei (Royal Ulster Constabulary/RUC). Erst kürzlich überfiel die RUC das Sinn-Féin-Büro in Derry und nahm dabei sechs Republikaner fest. Unter ihnen Mary Nelis und Dodie McGuinness, Sinn-Féin-Delegierte beim Dubliner "Forum for Peace and Reconciliation".

Die Zukunft der RUC dürfte ein wichtiger Knackpunkt für den weiteren "Friedensprozeß" werden. Aufgrund ihrer konfessionellen/politischen Zusammensetzung (über 90% ihrer Mitglieder sind Protestanten) und ihres paramilitärischen Selbstverständnisses fordern nicht nur Republikaner, sondern auch viele moderate Nationalisten die Auflösung der RUC. Sollte sich der Waffenstillstand als permanent erweisen, muß die RUC, ein wichtiger Arbeitgeber der protestantischen Community, einen erheblichen Statusverlust befürchten. Abrüstung und Stellenabbau wären dann unvermeidbar.

7. Subalterner SPD-Sieg in Hessen

von Georg Fülberth

Autor: Georg Fülberth · Rubrik: Wahlen; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:06

Der Ausgang der hessischen Landtagswahl am 19. Februar entsprach den Prognosen. Sie fand im Schatten der elektoralen Haupt- und Staatsaktionen von 1994 statt und interessierte nur noch die unmittelbar Betroffenen. Das aber waren nicht die Wählerinnen und Wähler, sondern die Mitglieder der Politischen und der Kommentierenden Klasse in Wiesbaden und Bonn. Der Wahlkampf verlief langweilig, das Resultat war es auch.

All dies schien nicht nur einer aktuellen politischen Situation, sondern sogar einem regionalen Dauerzustand zu entsprechen. Hessen sei halt ein sozialdemokratisches Land - so versuchten sich die CDU-Granden nach der Wahl zu trösten. Mit diesem Argument haben sie einen ihrer großen Erfolge verdrängt: den Wahlsieg Walter Wallmanns 1987. Zehn Jahre vorher hatte derselbe Politiker den Oberbürgermeister-Stuhl von Frankfurt/Main, auf dem seit 1945 bislang nur Sozialdemokraten gesessen hatten, erobert.

Für die SPD waren diese Einbrüche ein Schock. Wenn sie mittlerweile wieder den Oberbürgermeister der größten Stadt und den Ministerpräsidenten stellt, dann mag sie sich einreden, daß sie damit nur wahlpolitische Ausreißer wieder eingefangen hat. Denkbar ist aber auch, daß ein gründlicher Wandel stattfand, der dadurch, daß inzwischen wieder dieselben Firmenschilder an den Bürotüren kleben, allenfalls notdürftig verdeckt wird.

Ein deutsches Schweden?

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es in Hessen eine jahrzehntelange sozialdemokratische Hegemonie. Die SPD regierte zunächst in einer großen Koalition mit einer weit links stehenden CDU, bei der zeitweilig Eugen Kogon, Walter Dirks und der Buchenwald-Häftling Werner Hilpert den Ton angaben. 1950 gewannen die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit. Als sie diese wieder verloren, gewannen sie den eher rechtsgewirkten "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)" zum Koalitionspartner. Diesen integrierten sie so erfolgreich, daß seine Kader, die inzwischen meist Posten im Landesdienst erhalten hatten, schließlich der SPD beitraten und diese erneut die absolute Mehrheit hatte.

Das waren die goldenen fünfziger und sechziger Jahre der hessischen Sozialdemokratie. Sie nutzte sie, um ein deutliches Profil in der Sozial-, Bildungs- und Infrastrukturpolitik zu entwickeln. Hessen war das erste Bundesland, in dem das Schulgeld für Gymnasien abgeschafft wurde. Die einst in Selbsthilfe von der Arbeiterbewegung erstellten "Volkshäuser" fanden hier besonders früh Nachfolger in staatlich geförderten Dorfgemeinschafts- und Bürgerhäusern. Zuletzt wurden unter dem Kultusminister Ludwig von Friedeburg (1969-1974) die Gesamtschulen durchgesetzt, konfliktorientierte "Rahmenrichtlinien" für den Unterricht erprobt, eine neue Hochschule in Kassel gegründet und die bestehenden Universitäten reformiert. Bis Mitte der siebziger Jahre war Hessen das einzige Land, in dem es keine offenen und offiziellen Berufsverbote gab (verdeckte und inoffizielle aber doch).

Erosion und Umgruppierung

Unter Dregger, Wallmann und Schwarz-Schilling begann schließlich der Aufstieg der hessischen Union. Eine bundesweit unbedeutende Spaltung der FDP Mitte der fünfziger Jahre hatte in dieser Region ein vergleichsweise großes nationalliberales Potential heimatlos gemacht. Es landete bei der CDU, teils direkt, teils über lokale Bürgerlisten, teils über die NPD (Letzteres galt allerdings nur für die Wähler, nicht für Funktionäre). In Frankfurt/Main fand sich Anfang der siebziger Jahre in der CDU eine "IG Adel & Banken" zusammen, die sich mit der untergeordneten Stellung der eigenen Partei nicht mehr abfand und die Entfesselung der Marktkräfte gegen die spezifisch hessische Variante von Sozialstaatlichkeit setzte.

1970 verlor die SPD wieder die absolute Mehrheit und mußte mit der FDP koalieren. In den folgenden Jahren wandten sich die Spätfolgen ihrer eigenen Reformpolitik gegen sie. Die Kinder aus kleinen Verhältnissen, welche sie so kräftig gefördert hatten, machten Karriere im Staatsdienst, traten, wenn sie mit dem SPD-Ticket Oberstudiendirektor geworden waren, der CDU bei oder kritisierten, falls sie es nicht ganz schafften, ihre mütterliche Partei von links. Handarbeiter, die für einen solchen Aufstieg zu spät kamen oder ihn aus anderen

Gründen nicht schafften, blieben ressentimentgeladen zurück, wählten im Extremfall auch einmal Union oder übten - besonders häufig - Stimmenthaltung.

Zu schweren wahlpolitischen Rückschlägen für die SPD führte diese Entwicklung in dem Jahrzehnt 1977-1987. Ihre handarbeitende Basis entzog ihr die Loyalität, und eine neue Intelligenz-Schicht, die sich schließlich bei den "Grünen" band, instrumentierte das von der CDU aufgebrachte Deregulierungs-Thema auf schichtspezifische Weise. Die Interessen, die sie artikulierte, waren nicht die des großen und kleinen Kapitals, sondern der Dienstleister(innen) mit Selbständigen-Merkmalen (unabhängig davon, ob sie als Angestellte, Beamte oder auf eigene Faust ihr Geld verdienen). Das Anschwellen des tertiären Sektors gab diesem Element parteienübergreifend ein ständig zunehmendes Gewicht. Es fühlte sich bei der Wallmann-CDU und bei Fischers "Grünen" gut aufgehoben.

Die FDP spielt seit ihrer Trennung von der SPD 1982 zwar nur noch eine Rolle als Unterstützungs-Partei für die Union, aber weil sie hierfür unentbehrlich ist, garantiert ihr dies die parlamentarische Existenz. Eine konzeptionelle Eigenständigkeit hat sie in Hessen nicht.

Schwarz-grüne Hegemonie, rot-grüne Regierung

Am 19. Februar erzielte die SPD ihr schlechtestes Landtags-Ergebnis seit 1946. Die CDU gab Leihstimmen an die FDP ab, erlitt dadurch zwar Einbußen, wurde aber dennoch stärkste Fraktion - eine Position, die sie 1991 hatte räumen müssen. Der Ministerpräsident Eichel verlor seinen Wahlkreis, war aber vergnügt, denn die Zugewinne der Grünen sichern ihm das Amt. Somit fügt sich die Sozialdemokratie nunmehr notgedrungen in eine Konstellation, die nur Gewinner kennt:

CDU, FDP und SPD sind in Hessen Parteien der Automobil- und Chemie-Industrie sowie des forcierten Ausbaus des Frankfurter Großflughafens. Die Sozialdemokratie begründet ihre Teilnahme an diesem Kartell mit dem Kampf um Arbeitsplätze. Allerdings sind die Investitionen in der Chemie- und in der Automobilbranche mit Entlassungen verbunden gewesen. Flughafen und Dienstleistungsgewerbe in und um Frankfurt/Main expandieren, doch der personelle Zuwachs dort gehört nicht zur Klientel der SPD, sondern der drei anderen Parteien. In der Gesamtheit der abhängig Beschäftigten schrumpft somit das sozialdemokratische Rekrutierungspotential. Die Partei sucht sich durch die Konzentration auf verbleibende Gewinner-Kerne zu stabilisieren, findet dort aber eine zunehmende Tendenz hin zur CDU vor. Das klassische Motiv ihrer Aufstiegs-Phase: Ausbau des Öffentlichen Sektors fällt einer Sparpolitik zum Opfer, für welche CDU, FDP und Grüne die hegemoniale Parole vom schlanken Staat bereithalten. Die sozialdemokratische Basis in den Kommunalverwaltungen ist durch Zugewinne der CDU in diesem Bereich geschwächt, in Schulen und Universitäten sind die Linkeren unter denjenigen, die ihr einst nahestanden (oder als Mitglieder angehörten), zu den Grünen übergeschwenkt.

Die Wahlbeteiligung war mit 65 Prozent die geringste in der Nachkriegszeit. Fern blieben nicht nur diejenigen, denen die bestehenden Zuständen gefallen und die aufgrund ihrer komfortablen Lage mit jeder Regierung leben können. Zu den Verweigerern gehören viele, welche aus dem Kartell der Gewinner herausfallen. Einige von ihnen haben die - diesmal schwächer werdenden - "Republikaner" gewählt. Im übrigen haben es die vier dominanten Parteien nicht für nötig halten müssen, die Verlierer politisch in Rechnung zu stellen. Die PDS trat nicht an, die DKP brachte nur eine Nominal-Kandidatur zustande, ohne Kraft für einen Wahlkampf.

8. Metalltarifrunde wieder in ruhigeren Gewässern?

Autor: gg. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:44

Kurz vor Fertigstellung dieser Zeitung gehen die Streiks in der bayrischen Metallindustrie zwar weiter. Auch hat das Arbeitgeberlager einen "Vorratsbeschluß" in Sachen Aussperrung getroffen. Dennoch deutet vieles darauf hin, daß die diesjährige Metalltarifrunde nunmehr auf dem Verhandlungswege zum Abschluß gebracht wird. Aber gegen Überraschungen ist man heuer ja nicht gefeit. Eigentlich war die diesjährige Tarifrunde in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie im Vergleich zur letztjährigen weniger konfliktträchtig angelegt. Die Arbeitgeberseite verzichtete diesmal auf vorzeitige Vertragskündigungen. Die IG Metall stellte ihrerseits eine "Vernunftforderung" von 6% mehr Lohn und Gehalt auf, um damit dem "katastrophalen Einbruch der Gewinne in den Jahren 1992 und 1993" Rechnung zu tragen, wie es der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel ausdrückte. Als Grundlage für die Lohnforderung diente der erwartete gesamtwirtschaftliche Produktivitätsanstieg von 3,5% und die dazu addierte erwartete Inflationsrate von 2,5%. Anzumerken bliebe, daß in der Metallindustrie der Produktivitätsanstieg bei rund 6,5% liegen wird. (FAZ, 24.11.94)

Bei dieser Ausgangslage wurde noch im Oktober erwartet, daß beide Seiten "eine friedliche Runde wollen". (Handelsblatt/HB, 12.10.94) Übersehen wurde, daß das Arbeitgeberlager keineswegs mit dem bis dato Erreichten zufrieden war. Der faktische Nullabschluß des Jahres 1994 hatte offensichtlich Begierde nach mehr geweckt. Angesichts erheblicher Mitgliederverluste der IGM (das "Arbeitgeber"-Institut der deutschen Wirtschaft spricht von 150.000 im Jahr 1994) und angesichts des vorhandenen Arbeitslosenheeres sah der Arbeitgeberverband die Möglichkeit, einen Tarifvertrag zu vereinbaren, der den Unternehmen weitere Kostensenkungen beschert hätte.

Geringere Personalkosten, größere Flexibilisierung der Arbeitszeiten und weitere Öffnungen der Tarifverträge für betriebliche Lösungen waren schon im Frühjahr 1994 als Ziele für die diesjährige Tarifrunde definiert worden. Gesamtmetall-Präsident Gottschol sprach von einer Personalkostensenkung von 10-15%, die es in den nächsten Jahren zu erreichen gelte. Der 94er Abschluß war für Gottschol "tarifliches Neuland", da erstmals in der Tarifgeschichte Firmen der M+E-Industrie keine Mark mehr an Personalkosten zahlen mußten. (Frankfurter Rundschau, 15.4.94)

Gewinne steigen, Löhne sinken

Die Arbeitgeberverbände hatten insofern kein Interesse an der Veröffentlichung von Prognosen über die Gewinnentwicklung in der M+E-Branche. Die Research-Abteilung der Commerzbank prognostizierte für 1994 der Automobilindustrie ein Gewinnplus von 190,5%, den Autozulieferern von 119,6% und den Unternehmen im Maschinenbau von 45,7%. Für 1995 wurden sogar noch größere Gewinnsprünge vorausgesagt. (HB, 2.8.94) IGM-Vorsitzender Klaus Zwickel: "Alles in allem sind die operativen Gewinne der Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie in der Zeit von Januar bis August 1994 um 80% angestiegen." (HB, 23.11.94) Daran hat sich in den letzten Monaten des Jahres 1994 mit Sicherheit nichts mehr zum Negativen hin verändert.

"Nach der letztjährigen kräftigen Ausweitung der Gewinn- und Vermögenseinkommen je Einheit reales Sozialprodukt um 7,4% ist nun mit einem Anstieg von 6,5% zu rechnen. In dieser Entwicklung spiegelt sich zum einen die Normalisierung der Gewinnmargen nach dem rezessionsbedingten Einbruch in den Jahren 1992 und 1993 wider. Zum anderen hat die bisherige Lohnzurückhaltung Zusatzgewinne entstehen lassen ..." (ifo-Schnelldienst 5/95)

Diesen gestiegenen Gewinnen und Vermögenseinkommen steht die Entwicklung der Realeinkommen der abhängig Beschäftigten gegenüber. 1993 sanken die Realeinkommen um 0,9%, 1994 um 2,5%, und für 1995 wird ein weiteres Sinken dieses Einkommen um 2,5% prognostiziert.

Man erinnere sich an das Standortgeschrei, daß in den letzten beiden Jahren die wirtschaftspolitische Diskussion bestimmte. Angesichts rückläufiger Auslandsaufträge wurde die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie beklagt. Der Grund wurde in zu hohen Personal- bzw. Lohnnebenkosten gesehen. Heute sieht die Welt aus der Perspektive der Kapitalisten wieder freundlicher aus. Der Export boomt, vor allem in Südostasien, Nordamerika und Mitteleuropa werden deutsche Investitionsgüter nachgefragt - trotz wachsender D-Mark-Stärke. Doch Vorsicht, so die mahnenden Worte des Chefvolkswirtes der Bayrischen Vereinsbank, Häfner: Die Stärke der D-Mark könnte sich 1996 negativ auf den Export auswirken. Und wer

könnte dies besser auffangen als die Lohn- und GehaltsempfängerInnen - am besten schon im voraus. Der Banker fordert in weiser Voraussicht, daß "die sich abzeichnenden Aderlässe für die Unternehmensgewinne in den laufenden Lohnverhandlungen" berücksichtigt werden müßten. (HB, 1.3.95)

Diese Forderung dürfte voll nach dem Geschmack des Arbeitgeberverbandes sein, dessen Ziel für die Tarifrunde 1995 klar definiert war. Die Lohnstückkosten sollen um rund 7% gesenkt werden. Bei dem erwarteten Produktivitätsanstieg von rund 6,5% bedeutet dies nichts weniger als eine weitere Nullrunde. Und so wurde in den Verlautbarungen von Gesamtmetall gebetsmühlenhaft wiederholt: Lohn- und Gehaltserhöhung ja, bei gleichzeitiger Kompensation. Im Klartext: In die eine Tasche hinein, aus der anderen heraus - Nullrunde 2.

Die "Kompensationsforderungen" beinhalten:

1. Verschiebung der Einführung der 35-Stunden-Woche zum 1.10.95 oder Verzicht auf den Lohnausgleich und größere Flexibilität und Kostenminderung bei Mehrarbeit.

2. Verlängerung des Beschäftigungssicherungsvertrages über 1995 hinaus. Dieser Vertrag besagt, daß auf freiwilliger Ebene Betriebsvereinbarungen getroffen werden können, die bei einem Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen seitens der Unternehmen die Möglichkeit einräumen, die Arbeitszeit für die Gesamtbelegschaft auf 30 Stunden ohne Lohnausgleich zu reduzieren. Sind nur einzelne Betriebsteile von der Arbeitszeitverkürzung betroffen, gibt es einen teilweisen Lohnausgleich, aber auch die Möglichkeit, betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen.

3. Die Verlängerung des "Beschäftigungsvertrages" müßte nach Gesamtmetall ebenfalls bedeuten, daß je nach Arbeitsanfall gearbeitet werden kann. Lediglich eingeschränkt durch die Arbeitszeitverordnung kann die tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit verkürzt oder verlängert werden. Innerhalb eines Jahres müßte dann die ungleiche Verteilung der Arbeitszeit auf der Basis der 36-Stunden-Woche (bzw. der 35-Std.-Woche) ausgeglichen werden.

4. Für Langzeitarbeitslose soll ein besonderer Einstiegslohn (10% unter dem Tariflohn) vereinbart werden, analog dem Modell in der Chemie-Industrie. Zusätzlich verlangen die Metallarbeitgeber bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen noch die Zuzahlung von Einarbeitungszuschüssen aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit.

5. Als weitere Kompensation von Lohnerhöhungen wünscht Gesamtmetall sich eine Aussetzung und Umschichtung tariflicher Leistungen, vor allem im Bereich der Lohnzusatzkosten. Hier ist insbesondere an das Weihnachtsgeld gedacht.

Angesichts der Reallohnverluste der letzten Jahre, angesichts der Gewinnentwicklung in der Metall- und Elektroindustrie, angesichts der Produktivitätssteigerungen und der gefüllten Auftragsbücher war klar, daß die IG Metall auf die Blockadepolitik der Metallarbeitgeber reagieren mußte. Da die Gewerkschaft schon vor Beginn der Verhandlungen ihre Kompromißbereitschaft signalisiert hatte, konnte die Vorgehensweise von Gottschol, Kirchner und Co. von der IGM nur als Provokation verstanden werden. Ihr blieb nichts anderes übrig, als die Urabstimmung einzuleiten, Streikbereitschaft zu signalisieren und schlußendlich den Streik zu beginnen, um diese Tarifrunde ohne Gesichtsverlust zu überstehen.

Es ist gut möglich, daß von Gesamtmetall die Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder unterschätzt wurde. Der Blick auf die Lohn- und Gehaltsabrechnungen zu Beginn des Jahres 1995 dürfte die Empörung über die Verhandlungsblockade der Arbeitgeber und einen weiteren Reallohnverlust bei den MetallerInnen noch gesteigert haben. Denn der Solidaritätszuschlag und der Beitrag zur Pflegeversicherung reduzieren die Nettoeinkommen erheblich.

Die IGM versuchte, diesen Mißmut zumindest teilweise aufzunehmen. Lautete bisher der Sprachregelung, "daß falsche Weichenstellungen der staatlichen Finanzpolitik nicht durch gewerkschaftliche Tarifpolitik korrigierbar sind" (Klaus Zwickel, HB, 29.11.94), so soll nun eine "soziale Komponente zugunsten der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen" (Metall Nr. 25-26, 12.12.94) die gröbsten Härten auffangen.

Auch dieses Jahr wird von der Gewerkschaft wieder ein reiner Abwehrkampf geführt. Im günstigsten (aber eher unwahrscheinlichen) Falle führt dies dazu, daß es in diesem Jahr ohne Reallohnverlust abgeht.

Offenkundige Differenzen im Arbeitgeberlager über die Vorgehensweise (Verhandlungsangebot ja oder nein) können nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Frage der Personalkostenreduzierung bei den Unternehmern Übereinstimmung besteht. Einige Unternehmer der jetzt bestreikten bzw. vom Streik bedrohten Betriebe waren der Ansicht, daß dieses Ziel auch ohne die harte Vorgehensweise erreicht worden wäre - zumal sich ein Streik (genauso wie eine Aussperrung) angesichts voller Auftragsbücher nach überwundener Rezession im wahrsten Sinne des Wortes "kontraproduktiv" auswirkt. Es ist gut möglich, daß die harte Linie von Gesamtmetall die Unternehmen den einen oder anderen Prozentpunkt hinter dem Komma mehr kosten wird.

Die Verhandlungsführer der IG Metall werden bei den Tarifgesprächen mit den bayrischen Metallunternehmen mit Sicherheit auf die große Streikbeteiligung verweisen können. Viel mehr als eine "reale Null" ist dennoch für die Metall-KollegInnen nicht zu erwarten.

gg., 4.3.95

9. Beschuldigungen durch Folter erpreßt. Keine Auslieferung von Benjamin Ramos Vega an Spanien!

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:16

Am Samstag, den 28.1.95, wurde der 32jährige Spanier Benjamin Ramos Vega, der von der spanischen Polizei wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (ETA) sowie "Sprengstoffbesitz" und "Besitz von Kriegswaffen" mit internationalem Haftbefehl gesucht wurde, in Berlin verhaftet. Die Festnahme erfolgte, nach Hinweisen der spanischen Behörden, durch das Sondereinsatzkommando der Berliner Polizei. Ramos sitzt zur Zeit in der Untersuchungshaftanstalt Moabit in Einzelhaft und wartet auf sein Auslieferungsverfahren.

Seine Familie stammt aus einem Dorf in der ländlichen Provinz Caceres im Westen Spaniens. Als er neun Jahre alt war, ging die Familie auf der Suche nach Arbeit in die Nähe von Barcelona. Bis zur Fahndung nach ihm im Mai 1994 lebte er in Barcelona und war seit vielen Jahren in der katalanischen Linken aktiv. Er hat vor allem als Internationalist in der Solidarität mit den revolutionären Bewegungen in Palästina, Westsahara und besonders Euskadi gearbeitet. Wie viele legale AktivistInnen der katalanischen Linken wird auch er für seinen politischen Kampf verfolgt: Die Polizei behauptet, er habe die "Logistik", zwei Wohnungen und ein Auto, für das Comando Barcelona der ETA organisiert.

Jone Goirizelaia Ordorika, Abgeordnete der linken baskischen Partei Herri Batasuna (HB) und Anwältin baskischer politischer Gefangener, Blanka Kalzakorta, Mitarbeiterin der internationalen Abteilung der baskischen Menschenrechtsorganisation Gestoras Pro Amnistia, sowie Iñigo Elkoro, Anwalt baskischer politischer Gefangener, kamen nach der Verhaftung nach Berlin, um Möglichkeiten zu prüfen, die drohende Auslieferung an den spanischen Staat zu verhindern.

Frage: Könnt ihr die Umstände der Festnahme beschreiben?

Jone: Sie war gewalttätig. Ramos wurde zusammen mit seiner deutschen Freundin und seiner Schwester von ungefähr zehn Zivilpolizisten auf der Straße verhaftet. Sie wurden zu Boden geworfen, die Köpfe wurden ihnen auf die Straße gedrückt, und ihnen wurden Revolver an die Schläfen gehalten. Die Polizisten gehörten zu einem Elitekommando.

Iñigo: An den Verhören nahmen auch spanische Polizisten teil. Benjamins Schwester hat einen von ihnen erkannt, der sie schon im Mai letzten Jahres in Barcelona verhört hatte. Die Schwester und auch Benjamins Freundin sind inzwischen wieder frei. Die Polizei wirft ihnen nichts vor.

Was ist der Hintergrund der Fahndung und Verhaftung?

Iñigo: Im Mai 1994 wurde "Pipe", Felipe San Epifanio San Pedro, in Barcelona verhaftet. Fünf Tage lang war er völlig unter der Kontrolle der Polizei, ohne die Möglichkeit zu telefonieren oder mit einem Anwalt oder einer Anwältin zu sprechen. Niemand außer der Polizei wußte, wo er ist.

In dieser Zeit wurde er gefoltert und verhört. Unter der Folter nannte er u.a. den Namen von Benjamin Ramos Vega. Die Polizei löste eine Fahndung aus, woraufhin er hierher nach Berlin zu seiner Lebensgefährtin floh. Die spanische Polizei folgte der Spur von seiner Schwester und konnte ihn so letztendlich ausfindig machen und die Verhaftung veranlassen.

"Pipe" hat vor Gericht in einer Erklärung alle Aussagen, die er unter der Folter gemacht hat, widerrufen, und auch verneint, daß er Ramos überhaupt kennt.

Wie sieht die Kooperation der deutschen und spanischen Polizei aus?

Iñigo: Die Deutschen sind in vielerlei Hinsicht einfach die Pioniere gewesen. Das betrifft Techniken der sozialen Kontrolle, der Überwachung und der Repression, z.B. die Überwachung durch Videokameras, bestimmte Fahndungsmethoden oder besondere Methoden zur Unterdrückung von Demonstrationen. Viele Erfahrungen wurden aus Deutschland nach Spanien übertragen und dort auf Initiative der Deutschen eingeführt. Ein Beispiel ist der ganze Bereich der Isolationshaft, die hier in Deutschland entwickelt, an den

gefangenen Militanten der RAF getestet und in Spanien gegen die baskischen Gefangenenkollektive eingesetzt wurde.

Die Erzaintza, die autonome baskische Polizei, ist die am besten organisierte und bewaffnete Polizei des spanischen Staates. Sie wurde hier in Deutschland ausgebildet, von dem Polizisten und Geheimdienstler Hans Horchem. Er ist eine der zentralen Figuren, ein Spezialist der Antiguerillakriegsführung in Europa, der u.a. Verbindungen zum Mossad, CIA und der italienischen Geheimloge P2 hat. Deutsche Polizisten haben auch Anfang der 80er Jahre an der Entwicklung des "Plan Zen", der damals zentralen Strategie zur Zerschlagung des baskischen Befreiungskampfes, mitgewirkt.

Wie ist die Menschenrechtssituation in Spanien, besonders in bezug auf die Behandlung der baskischen politischen Gefangenen?

Iñigo: Für sie gibt es keine Menschenrechte.

Jone: Man muß da differenzieren. Zunächst einmal ist es so, daß für das gesamte baskische Volk zentrale Rechte nicht existieren. In der spanischen Verfassung, die 1978 verabschiedet wurde, wird dem baskischen Volk das Recht, über sich selbst zu bestimmen, verweigert - genauso wie unter Franco und auch schon vor dem Faschismus. Für das Recht auf Selbstbestimmung, für unsere Unabhängigkeit einzutreten, ist vom spanischen Staat per Gesetz verboten. Das ist der Kern, aus dem sich die vielfältigen Verletzungen der Menschenrechte, die am baskischen Volk begangen werden, ableiten.

Es gibt weder Presse- noch Meinungsfreiheit: Sie schließen unsere Radios und verbieten unsere Zeitungen; der Chefredakteur von Egin, einer baskischen Zeitung, wurde einfach in den Knast gesteckt. Es gibt keine Versammlungsfreiheit: Sie unterdrücken die Demonstrationen und schießen auf die Leute. Der spanische Staat versucht auch uns, die Abgeordneten von HB, zum Schweigen zu bringen: Sie zahlen uns unsere Gehälter nicht aus.

Die Folter, die menschenverachtenden Haftbedingungen der politischen Gefangenen, sind letztlich auch nur ein, wenn auch besonders krasser, Ausdruck der Lage, in der sich das gesamte Volk befindet.

Wieviele Gefangene gibt es?

Iñigo: Schwer zu sagen, weil ständig welche entlassen werden und neue dazu kommen. Aktuell sind es 500 bis 600 im spanischen Staat. Darüberhinaus sitzen 60 weitere in französischen Knästen, zwei in Belgien und jetzt Ramos in Berlin.

Wie sind die Haftbedingungen der Gefangenen?

Blanka: Sie werden voneinander und von ihren FreundInnen und GenossInnen draußen isoliert. Sie sind auf Knäste im ganzen spanischen Staat verteilt, nicht nur auf der iberischen Halbinsel, sondern auch auf den Balearen und Kanaren, so daß es möglichst schwierig für ihre Angehörigen wird, sie regelmäßig zu besuchen. Die Gefangenen werden gefoltert. Bei über 120 Gefangenen, die ihre Strafe längst abgesessen haben, weigert sich der Staat, sie zu entlassen - während José Amedo und Michel Dominguez, zwei Mitglieder der G.A.L., die zu 107 Jahren Gefängnis verurteilt sind, nach sieben Jahren bereits wieder frei herumlaufen dürfen.

Ihr sagt, daß sie gefoltert werden. Welche Arten von Folter werden gegen sie verwendet?

Jone: Es gibt die "Tüte", das heißt, dem Gefangenen wird eine Plastiktüte über den Kopf gestülpt und zugezogen, bis der Gefangene keine Luft mehr bekommt. Ähnlich ist die "Wanne": Gefangene werden solange in einer vollen Badewanne untergetaucht, bis sie fast ersticken. Sie verwenden alle Arten von Schlägen. Die Folterer schlagen ihnen z.B. mit Stöcken auf die Ohren oder die nackten Fußsohlen. Weitere gängige Foltermethoden sind Essens- und Schlafentzug sowie Elektroschockbehandlung. Gegen Frauen wird zunehmend sexuelle Folter verwendet, das reicht vom Nacktausziehen bis zur Vergewaltigung. In letzter Zeit haben Gefangene außerdem berichtet, daß ihnen halluzinatorische Drogen injiziert wurden.

Blanka: Ich möchte betonen, daß dies hier nichts mit unserer Weltanschauung oder persönlichen Meinung zu tun hat. Daß in spanischen Gefängnissen und Polizeiwachen gefoltert wird, wurde mehrfach von der UNO-Menschenrechtskommission angeklagt, in jedem Jahresbericht von amnesty international läßt sich nachlesen, was in den Knästen geschieht.

Iñigo: Es ist wichtig, die Verantwortlichen zu benennen. Zuerst einmal sind natürlich die Folterer verantwortlich. Sie sind maskiert, damit sie nicht erkannt werden können, und sie werden in der Regel vom Staat beschützt. Wenn ausnahmsweise einmal Polizisten der Folter angeklagt werden, können sie mit Freisprüchen oder nur geringen Strafen rechnen. Es ist auch vorgekommen, daß verurteilte Folterer, an anderer Stelle versteht sich, wieder in den Polizeidienst aufgenommen wurden.

Für die Folter verantwortlich sind auch diejenigen im Staatsapparat, die ihre schützende Hand über die Folterer halten, genauso wie diejenigen, die die Folter erst ermöglicht haben, indem sie ihr einen rechtlichen Rahmen gaben: die PolitikerInnen, die im spanischen Parlament das Gesetz verabschiedet haben, das der Polizei erlaubt, Gefangene fünf Tage lang ohne jede Kontrolle in ihrer Gewalt zu behalten. Aktuell versuchen sie, ein weiteres solches Gesetz durchzubringen, das uns Anwältinnen und Anwälten den Zugang zu den Gefängnissen erschweren soll, weil wir die einzigen ZeugInnen sind, die das, was den Gefangenen geschieht, an die Öffentlichkeit bringen - und das ist ihnen unangenehm. Die Folter ist eine systematische Politik des spanischen Staates.

Selbstverständlich ist aber auch der Staat verantwortlich für das Leben und die Gesundheit eines Gefangenen, der einen Menschen bewußt an einen Folterstaat ausliefert. Ramos wird, im Falle einer Auslieferung, der Unterstützung der ETA angeklagt werden. Es ist bekannt, wie der spanische Staat diese Angeklagten behandelt.

Für wie realistisch haltet ihr die Möglichkeit, die Auslieferung zu verhindern?

Jone: Das können wir noch nicht sagen. Wir müssen erst die Akten sehen, die gibt es allerdings noch nicht. Wir werden alle juristischen Möglichkeiten prüfen. Darüberhinaus müssen wir aber auf allen Ebenen arbeiten und alle Hebel in Bewegung setzen, um die deutsche wie auch die baskische Öffentlichkeit zu informieren. Wir möchten an dieser Stelle die sozialen und politischen Organisationen, die Menschenrechtsvereine und überhaupt alle Menschen hier in Berlin und in Deutschland zur Solidarität mit den baskischen Flüchtlingen auffordern und sie bitten, sich gegen die Auslieferung von Ramos einzusetzen.

Iñigo: Wir möchten auch dazu auffordern, Benjamin Ramos Vega persönlich Mut und Kraft zu geben. Er kann ein wenig Deutsch lesen und versucht jetzt, die Sprache richtig zu lernen. Es wäre sicher gut, wenn ihm Leute schreiben würden. Die Solidarität ist in seiner Situation lebensnotwendig. Man darf nicht vergessen, daß er in einem fremden Land, dessen Sprache er nur bruchstückhaft beherrscht, im Gefängnis sitzt. Er hat Einzelhofgang und 23 Stunden Einschluß. Außer seiner Anwältin und uns hat er noch keinen Besuch erhalten. Der Besuchsantrag seiner Freundin wurde abgewiesen. Er will kämpfen, um nicht dem spanischen Staat in die Hände zu fallen. Wir hoffen, daß ihm viele Mut machen und ihn unterstützen. Wir werden alles tun, um die Auslieferung zu verhindern.

Weitere Informationen bei: Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, c/o Palästinabüro, Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin, Tel/Fax: 030 - 2518539.

Schickt Solidaritätstelegramme/-postkarten und schreibt in einfachem Deutsch oder in Spanisch mit beigelegter vereidigter deutscher Übersetzung an: Benjamin Ramos Vega, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin.

10. Barings-Pleite ein Familienproblem?

Autor: Winfried Wolf · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:37

Der 14jährige Schuljunge Peter Kerry verglich aufmerksam das langweilige Leben in Schule und Familie im Londoner Nordwesten mit dem bunten Treiben in der großen weiten TV-Welt von Coke & Marlboro. Nach zwei probeweisen Ausbruchtrips nach Schottland und Paris drehte er am 21. Februar sein bisher größtes Rad: Ausgestattet mit Ausweis und Kreditkarten seines Vaters passierte er mit einem Paßbild des um 30 Jahre älteren Seniors die Hightech-Kontrollen auf diversen Airports, flog nach Malaysia, Thailand und Singapur und schnupperte den Denver & Dallas-Lifestyle in Luxushotels. Die Diners-, Visa- und EuroCard-Zentralen übermittelten dem Familienvorstand John Kerry, wo Sohnemann jeweils wieviel Geld tankte. Der "runaway schoolboy" nutzte die Kreditlinien jeder einzelnen Karte bis zum Anschlag und überschritt in der Summe bei weitem die Kreditfähigkeit der Familie.

Der Brite Nick Leeson, gerade mal 13 Jahre älter als Peter Kerry, verglich aufmerksam das langweilige Berufsleben bei Londons ältester Bank, Barings, mit dem bunten Treiben der entfesselten Kapitalmärkte in Fernost, das ihm auf dem Barings-Bildschirm vorflimmerte. Dann katapultierte die Baring-Familie Nick Leeson an die Spitze ihrer Firmentochter Baring Securities in Singapur. Während Baring, London, den grundsoliden Familienvorstand spielte und u.a. das Vermögen der Queen verwaltete, drehte Leeson bei der Tochter in Singapur das große Spekulationsrad. Er nutzte alle Kreditlinien, die er für einzelne Geschäfte und Märkte erhalten hatte und überzog am Ende die Kreditfähigkeit von Barings um 1,3 Milliarden Dollar. Barings ging Pleite, der Nikkei in die Knie, Leeson vier Tage auf Tauchstation.

Während Zockersohn Peter wieder in den Schoß der Familie Kerry aufgenommen wurde, wollen die Konkursverwalter von Barings Nick Leeson in London nicht sehen. Nach Leesons Festnahme in Frankfurt/M. stellten nur die Behörden Singapurs einen Auslieferungsantrag. Dabei dürften die Abenteuer, von denen Leeson zu berichten hat, ähnlich aufregend wie diejenigen des Peter Kerry sein. Die Fachwelt könnte spannende Fragen stellen: Wie erklärt es sich, daß Barings noch Anfang 1995 einen Anstieg der Profite um 54% melden konnte? Wie kommt es, daß die "Wirtschaftswoche" am 23.2. meldete: "Die Party in Asien ist nicht vorbei", um am 2.3. angesichts des Barings-Desasters von einer der "schwersten Krisen der internationalen Finanzmärkte", inclusive der "Gefahr eines Super-Gau für das weltweite Finanzsystem" zu berichten? Wie kann die "Financial Times" am 3.3.1995 die Forderung aufstellen: "Macht die Derivative (Wertpapiere, die u.a. auf die Entwicklung anderer Wertpapiere, z.B. des Aktienindex Nikkei, spekulieren; Leesons Hauptengagements; W.W.) nicht zum Sündenbock" und in derselben Ausgabe minutiös am Beispiel Leeson/Barings berichten, daß gegen derartige Milliardenverluste im Derivativen-Geschäft keine Notbremsen eingebaut sind. Sind die Finanzmärkte aktuell, wie im "Guardian" unter der Überschrift "Panic in the Pacific" geschildert (27.2.), in einem Zustand, wo es den berüchtigten Tropfen (Tequila-Krise in Mexiko (s. Seite 8), Kobe-Erdbeben, Barings-Pleite ...) braucht, um das Faß zum Überlaufen zu bringen? Bleibt die Frage an uns: Sind das interne Probleme in der großen bürgerlichen Familie, die sich in ein weltumspannendes Casino zu transformieren beginnt?

1987 gab es bei VW, 1992 bei Klöckner & Co. und der DG-Bank, 1993/1994 bei der Metallgesellschaft vergleichbare Spekulationsdesaster. Immer mündeten sie darin, daß die Verluste durch ein härteres Unternehmensregime wettgemacht wurden: bei VW folgte der brutale Kurs des Managements gegen den VW-Streik 1987 in Puebla, Mexiko. Bei der Metallgesellschaft und ihrer Tochter Kolbenschmidt werden derzeit nicht zuletzt wegen des 1 Mrd. Mark teuren Desasters 10.000 Arbeitsplätze abgebaut.

Winfried Wolf

11. Finanzcrash in Mexiko. Götterdämmerung für das neoliberale Modell?

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:28

Seit über einem Jahrzehnt gilt der herrschenden Auffassung das neoliberale Regulationsmodell als Erfolgskonzept. Doch mit dem Zusammenbruch des Peso-Kurses kurz vor Weihnachten traten erstmals die inneren Widersprüche dieser auf dem Glaubenssatz des knappen Geldes beruhenden Wirtschaftspolitik in aller Deutlichkeit zu Tage. Mit sage und schreibe 50 Milliarden Dollar mußten die führenden kapitalistischen Staaten und ihre Institutionen in die Bresche springen. Doch auch jetzt (Anfang März) hat sich die wirtschaftliche Lage in Mexiko noch nicht beruhigt. Kein Wunder, fordern doch die USA von Mexiko einen noch brutaleren wirtschaftlichen "Anpassungskurs" als bisher.

Irgendein phantasievoller Mensch hatte dem mexikanischen Finanzcrash die Bezeichnung "Tequila-Brand" verpaßt. Das klang aus der Ferne betrachtet zunächst ganz witzig und transportierte genug Lokalkolorit, um in hiesigen Breitengraden keine größere Beunruhigung zu verursachen. Doch als sich die mexikanische Währungs- und Finanzkrise Woche um Woche fortschleppte und weltweite Auswirkungen zeitigte, verschwand der lustige Begriff in der Versenkung. Der Kurs des US-Dollar wurde merklich in Mitleidenschaft gezogen, wie auch eine verstärkte Hinwendung der internationalen Kapitalströme zur D-Mark zu verzeichnen war. Eine Kapitalflucht aus weiteren lateinamerikanischen Staaten stand als Schreckgespenst an der Wand und an den jungen osteuropäischen Börsen wurden leichtere Absetzbewegungen des internationalen Kapitals beobachtet.

Aufgezehrte Devisenreserven

Mit der Länge der Krise stiegen auch die Beträge, die die führenden imperialistischen Staaten zur Beruhigung der Lage aufwenden mußten. Diese finanziellen Zuwendungen hatten folgende unmittelbare Funktionen: Zum einen mußte sichergestellt werden, daß für die internationalen Kapitalanleger bei ihrer Flucht aus der mexikanischen Währung der Rücktausch in Dollar gewährleistet war - und zwar nicht auf einem in den Keller gefallenen Peso-Kurs basierenden Kursverhältnis, sondern in einer Umtauschrelation, welche die Verluste der internationalen Anleger möglichst begrenzt halten sollte. Mexiko selbst war zur Stützung des Peso-Kurses nicht mehr in der Lage, denn es hatte seine Devisenreserven schon in den Monaten zuvor bei dem Versuch, den (überbewerteten) Kurs des Peso zu halten, fast vollständig aufgezehrt. (Sie waren von 25 Mrd. Dollar Anfang 1994 über 17 Mrd. Dollar Anfang November auf 6 Mrd. Dollar zu Ende des Jahres abgeschmolzen, was die Regierung schließlich nach einer eintägigen Abwertung des Peso um 15 Prozent am 21. Dezember zur völligen Freigabe des Peso-Kurses veranlaßt hatte; mit der Folge, daß der Peso bis Ende des Jahres schon 40 Prozent seines Wertes gegenüber dem Dollar eingebüßt hatte.)

Zum anderen aber sollte mit den Kreditzuwendungen die Lage möglichst schnell beruhigt werden und internationales Kapital zu neuerlichem Engagement in mexikanischen Anleihen ermutigt werden. (Natürlich auf Grundlage einer noch höheren Risikoverzinsung: So hatte die Bank von Mexiko die Zinsen für kurzfristige Peso-Anleihen am 28. Dezember um 100 Prozent erhöht.)

Schon in der letzten Dezemberwoche hatten die USA und Kanada eine Kreditlinie von 6,72 Mrd. Dollar zur Verfügung gestellt, "um dem internationalen Vertrauensverlust in die mexikanische Wirtschaft und in die Währung des Landes entgegenzuwirken". (FAZ, 30.12.94) Aber es zeichnete sich wohl schon zu diesem Zeitpunkt ab, daß dieser Betrag nicht ausreichen würde, denn das US-Finanzministerium setzte vorsichtshalber die Meldung in die Welt, daß die USA auch 15 bis 25 Mrd. Dollar zur Verfügung stellen könnten. Und gleichzeitig ging das Gerücht um, daß die G-7-Staaten eine konzertierte Stützungsaktion vorbereiteten - von 10 bis 13 Mrd. Dollar war die Rede.

Heraus kam dann am 3. Januar ein 18 Mrd. Dollar umfassendes Stützungspaket, finanziert zu 8 Mrd. von den USA, 1 Mrd. von Kanada, 5 Mrd. durch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sowie 3 Mrd. durch internationale Großbanken aus Großbritannien, Japan und der BRD. "Seit der Schuldenkrise vor 12 Jahren ist dies der erste ungesicherte Zahlungsbilanzkredit, den die Großbanken Mexiko zur Verfügung stellen", registrierte die FAZ diesen fürwahr außergewöhnlichen Vorgang. (4.1.95) Nichtsdestotrotz war die Verkündung des Hilfsprogramms gewissermaßen von einem bösen Omen begleitet: Während die Hilfsgeber

bei Bekanntgabe ihrer Leistungen das "starke Wirtschaftsprogramm" von Präsident Zedillo lobten, hatte dieser es nicht wie geplant zeitgleich verkündet, sondern seine Rede wegen heftigen Widerstands der Gewerkschaften um einen Tag verschieben müssen.

Für die zweite Januarwoche wurden sodann Verhandlungen Mexikos um einen Beistandskredit des IWF angekündigt. In diesem Zusammenhang wurde vorgerechnet, daß es sich hierbei um eine Summe von höchstens 2 bis 2,5 Mrd. Dollar handeln könne, da Mexiko noch Außenstände von mehr als 3 Mrd. Dollar beim IWF hätte und die vom IWF gewährten Tranchen die Summe von 300 Prozent der Einlagen eines Landes nicht überschreiten. Immerhin: Mit dem internationalen 18 Mrd.-Paket (hier war offensichtlich der von den USA und Kanada Ende Dezember zur Verfügung gestellte Betrag eingerechnet), den vom IWF zu erwartenden gut 2 Mrd. Dollar und den Mexiko zu diesem Zeitpunkt noch verbliebenen rund 4 Mrd. Devisenreserven konnte das Land nun auf einen Reservepool von ca. 24 Mrd. Dollar zurückgreifen. Und der mexikanische Finanzminister hatte zusätzlich erklärt, daß Mexiko aus dem Verkauf von Staatsunternehmen mindestens 13 Mrd. Dollar erlösen wolle.

Fürs erste hätte diese Summe genügen können. Zur Auszahlung standen kurzfristige Anleihen (sogenannte tesobonos) im Wert von 3,6 Mrd. bis Anfang Februar und weitere 10,6 Mrd. Dollar Ende März an. Freilich: Ausreichend wären die von den imperialistischen Staaten und ihren Agenturen bis dato bereit gestellten Summen nur dann gewesen, wenn sich die Situation so weit beruhigt hätte, daß neuerliches Risikokapital nach Mexiko geflossen wäre. Denn Mexiko hatte 1994 hauptsächlich wegen seines erneut gestiegenen Handelsbilanzdefizits ein neues Rekord-Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 28 Mrd. Dollar eingefahren, was ebenso wie die vorjährigen Defizite im Endeffekt mit ausländischen Anleihen finanziert worden war. Daß dieses etwas modernere Schuldenkarussell auch für 1995 bei neuerlich zu erwartendem Leistungsbilanzdefizit in Gang gehalten werden mußte, lag auf der Hand.

Vorsichtshalber kündigte die Clinton-Regierung darum am 13. Januar an, daß sie für Mexiko Kreditgarantien in einer Höhe zwischen 25 und 40 Mrd. DM bereitstellen wolle - ein Vorhaben, das allerdings der Zustimmung des US-Kongresses bedurfte, in welchem sich nach wie vor zahlreiche Gegner der erst 1994 in Kraft getretenen nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA (bestehend aus Kanada, den USA und Mexiko) befinden. Des weiteren erklärte die mexikanische Regierung ihre Bereitschaft, Einnahmen der staatlichen Erdölgesellschaft Pemex als Garantie für den amerikanischen Beistand zurückzustellen. Und schließlich deutete der IWF am 20. Januar erstmals an, daß er Mexiko wegen "außerordentlicher Umstände" mehr Geld zur Verfügung stellen könnte, als dem Land nach den IWF-Regeln eigentlich zusteht.

"Riesenkredit" des IWF

Das offensichtliche Kalkül, mit den geschilderten Ankündigungen die Märkte zu beruhigen, ging jedoch nicht auf. Dafür sorgte schon der erhebliche Widerstand, der sich im US-Kongreß gegen Clintons beabsichtigte Kreditgarantien im speziellen und aus diesem Anlaß gegen NAFTA im allgemeinen artikulierte, obwohl die republikanische Fraktionsführung die Clinton-Regierung in dieser Angelegenheit eindeutig unterstützte. Der Peso-Kurs sank weiter und die Versteigerung neuerlicher Tesobono-Anleihen verlief nur schleppend und wurde zudem noch durch Scheinkäufe von mexikanischer Seite atmosphärisch getrübt.

Ende Januar spitzte sich die Vertrauenskrise dann offenbar rasch zu, die Maßnahmen seitens der Imperialisten überschlugen sich. Zunächst hatte der IWF angekündigt, Mexiko im Rahmen eines über 18 Monate laufenden Beistandsabkommens nun insgesamt 7,76 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen, rückzahlbar in drei bis fünf Jahren. "Riesenkredit des Währungsfonds für Mexiko" staunte die Neue Zürcher Zeitung, und weiter: "Der Kredit ist in verschiedener Hinsicht bemerkenswert. Trotz gewissen Schwierigkeiten hat sich der Fonds mit der mexikanischen Regierung überraschend schnell - in nur zwei Wochen - über die Konditionalität, das heißt über ein griffiges Wirtschaftsprogramm, einigen können, während dieser Prozeß üblicherweise Monate dauert. Es handelt sich außerdem um den größten bisher vergebenen Kredit des Währungsfonds in seiner 50jährigen Geschichte." (NZZ, 28.1.95)

Doch die NZZ-Rekordmeldung war kurze Zeit später schon überholt. Die Lage richtig eingeschätzt hatte offenbar ein FAZ-Kommentar, der am 31.1. erschien: "Aus der Vertrauenskrise kann jetzt sehr schnell eine Zahlungskrise werden. Sie würde nicht nur Mexiko zum zweiten Mal (nach 1982; Anm. ak) in einen De-facto-Bankrott treiben, sondern zugleich ganz Lateinamerika mit sich reißen." Und tatsächlich: Am selben

Tag ließ die Clinton-Regierung ihre bisherige Absicht fallen, gegenüber dem Kongreß die geplanten Kreditgarantien durchzuboxen. Statt dessen stellte sie nun einen 20 Mrd. Dollar-Kredit aus einem sogenannten "Währungsstabilisierungsfonds" des Finanzministeriums, der eigentlich zur Absicherung des Dollarkurses bestimmt ist (und ein Volumen von insgesamt 25 Mrd. Dollar besitzt), für Mexiko zur Verfügung. Doch damit nicht genug. Zugleich erklärte der IWF, er werde nun nicht weniger als 17,5 Mrd. Dollar bereitstellen. Und schließlich erhöhte die BIZ den von ihr Anfang Januar zugesagten Kredit von 5 auf 10 Mrd. Dollar, darin enthalten die 3 Mrd.-Zusage der privaten Großbanken sowie 1 Mrd. Dollar, die von Argentinien, Chile, Brasilien und Kolumbien zusammengetragen wurden. Insgesamt eine Summe von 47,5 Mrd. Dollar, der eventuell noch die im ursprünglichen 18 Mrd.-Dollar-Hilfspaket von Anfang Januar enthaltenen, von den USA und Kanada zugesagten 9 Mrd. Dollar zugerechnet werden müssen. (Hierzu lagen keine weiteren Informationen vor.)

Verstimmung beim G-7-Treff

Schenkt man dem US-Finanzminister Glauben, dann stand Mexiko Ende Januar "unmittelbar vor dem Konkurs". Die Anleger hätten bei mexikanischer Zahlungsunfähigkeit generell das Vertrauen in Schwellenländer verlieren können. (SZ, FR, 2.2.95) Ob diese Aussage so richtig ist, läßt sich derzeit nicht überprüfen. Einkalkuliert werden muß auf jeden Fall, daß die USA ein strategisches Interesse an der wirtschaftlichen Verfaßtheit Mexikos haben - steht das Land doch durch seine Einbeziehung in die NAFTA-Gemeinschaft als Modell für die weitere Integration Lateinamerikas in den US-amerikanischen Markt.

Äußerst verstimmt zeigten sich hingegen einige der europäischen "Partner". Aufgrund der Überstürztheit der ganzen Aktion waren sie bei der Bereitstellung des IWF-Kredits (der fast doppelt so hoch ist wie alle IWF-Kredite des Vorjahres zusammen) lediglich telefonisch informiert worden. Die BRD, Großbritannien, die Niederlande, Belgien, Dänemark und die Schweiz verweigerten ihre Zustimmung, um sich sodann zu enthalten. IWF-Direktor Camdessus konnte nichtsdestoweniger darauf hinweisen, daß die Entscheidung für den Mexiko-Kredit mit einer Mehrheit von 85 Prozent gefaßt wurde - ein kleiner Hinweis darauf, wie sehr der IWF immer noch von den USA dominiert wird.

Auf dem vier Tage später stattfindenden G-7-Treffen (umfassend die USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada) der Finanzminister und Notenbankpräsidenten wurde "nach ungewöhnlich heftiger Kritik an den Vereinigten Staaten ... das internationale Kreditpaket für Mexiko einstimmig gebilligt". (FAZ, 6.2.95) Der vorgebrachte Unmut betraf zum einen die einseitige Bevorzugung Mexikos als drittwichtigstem Handelspartner der USA, welche zu Lasten Rußlands und anderer Länder gehen könne. Zum anderen wurde die Befürchtung geäußert, daß diese Aktion völlig falsche Signale für Anleger setzen könne, denen in diesem Fall das Risiko, daß sie um einer hohen Rendite willen bewußt eingegangen seien, abgenommen würde. Schließlich, so BRD-Finanzminister Waigel treffend, würde die Lösung der Schwierigkeiten nur in die Zukunft verlagert.

Freilich zeichnet sich auch für die Gegenwart trotz der bereitgestellten 50 Mrd. Dollar eine zumindest vorübergehende Lösung der Krise nicht ab. Das Gegenteil ist möglich. Zwar sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt Einzelheiten eines mexikanischen Krisenprogramms noch nicht bekannt, aber natürlich ist der Rahmen durch die USA, den IWF und die anderen Kreditgeber schon vorgegeben. Verlangt wird eindeutig eine weitere Verschärfung des neoliberalen Anpassungsprogramms - und damit wird die Politik nur beschleunigt, die die aktuelle Krise hat vorbereiten helfen.

Neoliberale Wirtschaftspolitik zielt auf die möglichst vollständige Integration einer nationalen Ökonomie in den kapitalistischen Weltmarkt. Von den dabei zur Anwendung kommenden Mitteln profitieren zuallererst die international operierenden Konzerne, sodann unter Umständen diejenigen Schichten eines Landes, die auf die eine oder andere Weise von der Weltmarktausrichtung profitieren können. Natürlich ist es fester Bestandteil der neoliberalen Ideologie zu behaupten, daß die allgemeine Wohlstandsmehrung einer Gesellschaft um so erfolgreicher ist, je besser sich die Wirtschaft eines Landes in den Weltmarkt zu integrieren und auf ihm zu behaupten vermag. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen allerdings der jeweiligen Wirtschaft bzw. den in dieser lebenden und arbeitenden Menschen "vorübergehende" Anpassungsleistungen abverlangt werden: die Schließung "unrentabler" Betriebe, die Verdrängung einer auf "veralteten" Anbaumethoden beruhenden Landwirtschaft, die Streichung "unproduktiver" Sozialausgaben, Arbeitslosigkeit. Der entscheidende ökonomische Hebel zur Durchsetzung dieser Maßnahmen ist dabei eine Politik des knappen Geldes, die nach innen ein hohes Zinsniveau und nach außen einen hohen Wechselkurs installiert. Die Folge: Die

einheimischen Produktionssektoren geraten unter doppelten Druck. Im Innern müssen sie sich über teure Kredite finanzieren, während ihre Produkte beim Verkauf im Ausland relativ teuer sind. Umgekehrt jedoch verbilligen sich relativ die Einfuhren. Das setzt die einheimische Produktion der ausländischen Konkurrenz aus, aber vor allem fördert es die Erhöhung des Produktionsniveaus. Denn wer es sich leisten kann (in erster Linie die international operierenden Konzerne) importiert nun den höchsten Produktionsstandard.

Das Kartenhaus

der Regierung Salinas

Die Bilanz des von 1988 bis 1994 Mexiko regierenden Präsidenten Salinas ist ganz in diesem Sinne. Auf der einen Seite finden sich eine steigende Produktivität der Wirtschaft, eine starke Erhöhung vor allem ausländischer Investitionstätigkeit, eine stark reduzierte Inflationsrate (von weit über 100 Prozent noch Ende der 80er Jahre auf rund 10 Prozent 1994) und die Beseitigung des jährlichen Budgetdefizits. Außerdem erhöhte sich die Auslandsverschuldung nur noch in Maßen wie auch die Zentralbankreserven bis Anfang 1994 auf die schon erwähnten 25 Mrd. Dollar hochgefahren werden konnten. Herbeigeführt wurden diese Effekte unter anderem durch eine deutliche Senkung der Einfuhrzölle, die deutliche Verringerung von für den Import erforderlichen Einfuhrgenehmigungen, die starke Förderung der Wirtschaftssonderzonen an der Grenze zu den USA und durch den massiv betriebenen Ausverkauf staatlicher Betriebe.

Auf der anderen Seite von Salinas neoliberaler Bilanz finden sich sinkende Reallöhne, steigende Verarmung und vor allem ein geradezu explodierendes Handelsbilanzdefizit als Hauptursache für ein entsprechendes Leistungsbilanzdefizit (Anstieg von 4,0 Mrd. Dollar 1989 auf 28 Mrd. Dollar 1994). Jedoch: "Angesichts des Kapitalzuflusses, der (1992) 21 Mrd. Dollar (1993 erwartet: 25,5 Mrd. Dollar) betragen haben soll, kann sich Mexiko das Defizit in der laufenden Rechnung allerdings vorerst noch irgendwie erlauben, ohne massive Abwertungen des Pesos zu riskieren", wurde in der NZZ schon 1993 (15.4.) etwas orientierungslos konstatiert.

Wie wir nun seit Ende 1994 erleben konnten, ist dieses von der NZZ festgestellte "Irgendwie" gleich einem Kartenhaus zusammengefallen. Der Neoliberalismus erweist sich als glänzende Fassade, die freilich solange nicht einstürzt, wie das internationale Anlagekapital die wahrscheinlich immanenten Handelsbilanzdefizite (gegen entsprechende Risikoprämie) vorfinanziert: im Vertrauen darauf, daß die jeweilige Volkswirtschaft bzw. die in ihr lebenden und arbeitenden Menschen für die steigende Zinslast aufzukommen vermögen. Dieses Vertrauen allerdings kann sich rasch in Mißtrauen verwandeln, wenn die politische "Stabilität" gefährdet erscheint. Im Falle Mexikos geschah dies zum einen, weil der wirtschaftliche Spielraum für die traditionelle Klientelversorgung enger wurde und die regierende Staatspartei PRI sich darum in einer Dauerkrise befindet; zum anderen, weil sich diejenigen, die den liberalen Glitzerkurs letztlich bezahlen müssen, zum Widerstand formiert haben. Die Feststellung, daß in der Rechnung des Neoliberalismus "soziale Kosten" nicht existieren, findet ihre Entsprechung in der historischen Tatsache, daß die Etablierung der neoliberalen Konterrevolution in Lateinamerika in vielen Fällen nur auf der politischen Basis blutiger Militärdiktaturen und der Zerschlagung der Arbeiter- und Campesinobewegungen durchgesetzt werden konnte.

Mexiko als

Bundesstaat der USA?

Keinesfalls jedoch ist das neoliberale Wirtschaftsmodell in Mexiko nun am Ende seines Lateins. Für seine Strategen muß es jetzt erst recht um die weitere, noch beschleunigte Integration Mexikos in den (US-)Weltmarkt gehen. Das von Staatspräsident Zedillo Anfang Januar verkündete "Notprogramm" weist die entsprechende Richtung: Ausländische Investoren sollen noch mehr Möglichkeiten der Beteiligung auch in Schlüsselsektoren erhalten; entsprechende Beschränkungen etwa im Banksektor werden aufgehoben. Zugleich sollen jetzt auch Teile der petrochemischen Industrie, der Stromversorger, der Telekommunikation, Straßen und Flughäfen verkauft und privatisiert werden. Während als Folge der Abwertung des Peso (auf Grund der Verteuerung der Importe) mit einer Erhöhung der Inflationsrate auf bis zu 30 Prozent gerechnet wird, sollen die Mindestlöhne um höchstens 10 Prozent steigen.

Den Forderungen von USA und IWF nach massiver Erhöhung der Zinsen ist Mexiko ohnehin sogleich nachgekommen. Dadurch geraten aber immer mehr mexikanische Firmen in Zahlungsschwierigkeiten, weil sie, auch angesichts des eingebrochenen inländischen Marktes, ihre Kredite nicht mehr begleichen können.

Dies wiederum hat zur Folge, daß immer mehr Banken auf faulen Krediten sitzen und ihrerseits Probleme bekommen. Mit 3 Mrd. Dollar sollen daher mexikanische Banken aus Mitteln des internationalen Hilfspakets gestützt werden. Insgesamt haben schon jetzt 250.000 Menschen in Mexiko seit Jahresbeginn ihre Arbeit verloren, 1.200 Firmen sind geschlossen worden. (FR, 1.3.95)

Verlangt wird von Mexiko zudem die strikte Unabhängigkeit der Notenbank. Deren Geldmengenpolitik soll sich einzig am Ziel der Geldwertstabilität orientieren. Diese Forderung nähert sich dem immer öfter ins Spiel gebrachten Vorschlag an, "die mexikanische Notenbank durch einen ‚Currency Board` zu ersetzen, dessen einzige Aufgabe die Stabilisierung des Außenwerts der Währung gegenüber dem US-Dollar wäre". (NZZ, 7.2.95) Mexiko würde dann geldpolitisch faktisch zu einem Bundesstaat der USA. Eine verwandte Variante wird seit einiger Zeit in Argentinien praktiziert: Die Menge des im Umlauf befindlichen Geldes ist gedeckt durch entsprechende Dollarreserven der Nationalbank. Beiden Methoden ist gemeinsam, daß eine politisch bestimmte Beeinflussung der Geldmenge nicht mehr möglich ist. Die Gesellschaft wird unmittelbar der Profitlogik des Kapitals unterworfen, für einen staatlich vermittelten Interessenausgleich zwischen Kapital und Gesellschaft besteht kein Platz mehr.

J., Westberlin

12. Der Zapata-Effekt

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:34

"Eine Mischung aus romantischem Robin Hood und Sex-Appeal" stelle er dar, so die Korrespondentin der "Frankfurter Rundschau" in einem Artikelvorspann. Eine Woche zuvor hatte sie ihn zum "mexikanischen Che Guevara und Sex-Symbol aufsteigen" lassen. (1) Er sei "der Traum so vieler revolutionär gesinnter Frauen" sekundierte "die tageszeitung" auf der ersten Seite. Es bestehe aber leider, leider die Gefahr, daß in Zukunft mehr als nur seine "sanften braunen Augen" abgebildet sein könnten. (2) Eine große spanische Tageszeitung schrieb von seinen "geheimnisvollen Augen, welche die Herzen so vieler Frauen höher schlagen ließen". (3) Ich könnte fortfahren und ähnliche Passagen aus anderen großen Tageszeitungen zitieren.

Mit derartigen Details angereicherte Berichte und Einschätzungen irrlichterten durch die Nachrichtenseiten, nachdem die mexikanische Regierung vor der internationalen Presse mit Hilfe zweier Photos den Kinderauszählreim "Eene, meene, muh und das bist Du!" inszenierte und die angebliche Identität des Subkommandanten Marcos enthüllte. Die alles andere als neue Botschaft: Ein Intellektueller, Städter, ein unverbesserlicher Linksradikaler und Gewalttäter mißbraucht arme und unschuldige Indianer für seine sinistren Zwecke. Am Tag darauf marschierten die Regierungstruppen in Chiapas auf, angeblich um die wenigen Unruhestifter und Indianerverführer festzunehmen. Diesem billigen Ablenkungsmanöver war nur kurze Dauer beschieden. Das ist im wesentlichen zwei Gründen zu verdanken: Erstens roch die mexikanische Öffentlichkeit den Braten und mobilisierte schon zwei Tage nach dem Armeeaufmarsch zu einer ersten Großdemonstration in Mexiko-Stadt. Weitere folgten. Zweitens flog auf, daß die Chase Manhattan Bank ein Papier erarbeitet hatte, in dem die mexikanische Regierung im Gegenzug für Finanzhilfen aufgefordert wurde, die Zapatisten zu "eliminieren".

Diese Enthüllung war für die herrschende PRI höchst gefährlich. Denn angesichts der ohnehin verbreiteten sozialen Unrast kann der Vorwurf, die Regierung stehe im Solde des US-Finanzkapitals und habe sich diesem nachweislich verpflichtet, Mexikaner umzubringen, eine ungeahnte politische Dynamik auslösen. Zusammen mit der geschickten Taktik der Zapatisten, Gefechten mit der aufmarschierenden Armee auszuweichen, bewirkte dies, daß die Armee ihren Vormarsch stoppen mußte. Wie schon vor einem Jahr zauderte die PRI erneut, eine längere blutige Konfrontation mit den Aufständischen zu suchen. Dies wird der Regierung völlig zurecht als Schwäche ausgelegt. Nach diesem zweiten Fehlschlag sind die Karten für die seit 65 Jahren an der Macht befindliche "Partei der institutionalisierten Revolution" (PRI) schlechter als noch vor einem Jahr.

Im Januar 1994 und im Februar 1995 waren es in erster Linie die hohen politischen Kosten, die ein zeitlich und finanziell kaum kalkulierbares Kriegsabenteuer in Chiapas notwendigerweise nach sich ziehen würde, welche die PRI letztlich davor zurückschrecken ließ. Mittlerweile kommt aber noch ein weiterer Faktor hinzu, der den Handlungsspielraum für die PRI erheblich einschränkt: Die mit dem Zapatisten-Aufstand ausgelöste innenpolitische Krise hat ihrerseits eine gravierende Wirtschaftskrise ausgelöst.

Die Dimension dieser Wirtschaftskrise ist so relevant, daß sich die US-Regierung sowie der IWF zu einmalig hohen Kreditzusagen in Höhe von 50 Mrd. US-Dollar genötigt sehen. Um nicht mißverstanden zu werden: Die strukturellen Defizite der mexikanischen Wirtschaft, die im letzten ak (Nr. 375, Feb. 1995, S. 11) detailliert nachgezeichnet wurden, bestanden selbstverständlich schon vor dem 1. Januar 1994. Die massenhafte Beteiligung am Aufstand in Chiapas sowie die Sympathie im ganzen Land dafür waren bereits eine Folge dieser ökonomischen und sozialen Defizite. Aber es sollte nicht übersehen werden, daß ungeachtet der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten das neoliberale Wirtschaftsprogramm von Teilen der mexikanischen Unternehmer und vor allem vom internationalen Kapital bis dahin als Erfolgsstory gefeiert wurde. Wichtige makroökonomische Kennziffern (Wirtschaftswachstum, geringe Inflation, steigender Handel, zunehmende Direktinvestitionen und beträchtliche Devisenreserven etc.) schienen ihnen Recht zu geben. Die Goldgräbermentalität drückte sich unter anderem darin aus, daß allein 1993 10 Mrd. US-Dollar an Spekulationskapital nach Mexiko flossen und die Börsennotierungen steil nach oben gingen. Die Aktivitäten der Zapatisten und die unklare Haltung der mexikanischen Regierung verunsicherten die Wirtschaft im ersten Halbjahr 1994 bereits spürbar. Kaum wurde nach dem Wahlsieg der PRI im August 1994 wieder aufgeatmet, waren die anhaltenden Unruhen in Chiapas gegen Jahresende Anlaß für eine massive Welle der Verunsicherung. Jetzt, nach dem Scheitern der Militäroperation, die nach der Marcos-Enthüllungsstory

eingleitet wurde, geriet Mexiko in eine weitere Krisenphase. "An der Börse macht sich Verzweiflung breit", betitelte die "Süddeutsche Zeitung" am 1. März eine Meldung im Wirtschaftsteil. Die Aktien büßten seit Jahresbeginn 40% ihres Wertes ein, der Pesokurs gab gegenüber dem Dollar erneut nach (bei einem Peso-Dollar-Kurs von rund 6 zu 1 Anfang März hat die mexikanische Währung gegenüber ihrem Vorkrisenstand über 70% ihres Wertes eingebüßt) und statt des angekündigten Wirtschaftswachstums von 4% wird nun mit einem Minus von 2 bis 4% gerechnet. Rigorose Sparprogramme sind angekündigt. In der Folge werden die sozialen Spannungen weiter zunehmen.

Daß sich die politische und die wirtschaftliche Krise Mexikos wechselseitig weiter hochschaukeln, ist nicht auszuschließen. Ob es dazu kommt, wird wesentlich vom Agieren der Zapatisten abhängen. Meine These: Gelingt es Regierung und Armee, die Zapatisten in abgelegene Zonen des Lakandonen-Urwaldes abzudrängen und dort militärisch zu binden, hat die PRI eine Chance, ihr Machtmonopol zu erhalten. Sind jedoch die Zapatisten in der Lage, der Einkreisung auszuweichen und können sie wie bisher auf die Debatte im Land Einfluß nehmen, ohne sich entwaffnen zu lassen, so bleibt die PRI in der Zwickmühle. Denn die Zapatisten stehen für die große Mehrheit derer, die unter der Herrschaft des international orientierten Neoliberalismus nichts zu erhoffen haben. Da die PRI den Vollzug dieses Modells organisiert, hängen die Stabilität der PRI-Herrschaft und der Fortbestand stabiler Rahmenbedingungen für das internationale Kapital eng zusammen. Die USA werden alles in ihrer Macht stehende tun, die politische Stabilität zu erhalten. Ein blutiger Bürgerkrieg in Chiapas, noch dazu einer, der sich länger hinzöge oder gar ausbreitete, ist für sie eine Schreckensvision. Denn dies würde nicht nur Flüchtlingsströme in die USA zur Folge haben, sondern auch ihr strategisches Wirtschaftsprojekt, die Freihandelszone NAFTA, schwächen. Mit Chiapas steht und fällt die Stabilität Mexikos. Und Mexiko (90 Mio. Einwohner, 3000 km Grenze zu den USA) ist nicht einfach irgendeine wirtschaftlich bedeutungslose mittelamerikanische Minirepublik mit drei bis fünf Millionen Einwohnern. Mir scheint, daß in Mexiko das Wohl und Wehe des neoliberalen Wirtschaftsmodells für Lateinamerika auf dem Prüfstand steht. Gute Gründe also für die Solidarität mit den Zapatisten, die mit ihrer bewaffneten Kritik diese Fragen auf die Tagesordnung zu setzen vermochten.

Al., Nürnberg, 1.3.1995

Anmerkungen:

1) FR, 20.02.1995; FR, 14.2.1995

2) Taz, 11.2.1995

3) El Mundo, 11.2.1995

13. Chiapas: Militärischer Vorstoß gegen die EZLN

Autor: Juan Chicoy · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:22

Am 9. Februar brach die mexikanische Regierung den erst drei Wochen zuvor vereinbarten Waffenstillstand mit der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN). Diese Wende kam für die meisten politischen Beobachter einigermaßen überraschend.

Wie die FAZ treffend bemerkt, nötigt "die Währungskrise und die Bedingungen der amerikanischen und internationalen Finanzhilfe, mit der sie abgefangen werden soll, die Regierung Zedillo zu einer Politik der Einschränkungen, die soziale Spannungen, vielleicht auch Ausbrüche hervorrufen wird. Bei dieser Perspektive konnte die EZLN, deren Ambitionen von Anfang an über die Region Chiapas und über rein soziale Forderungen hinausreichten, der Regierung als Kristallisationskern für eine eventuelle landesweite Radikalopposition und damit als potentiell gefährlich erscheinen." Jedoch: "Massives Vorgehen gegen die EZLN", bringt die Zeitung das Dilemma des Präsidenten auf den Punkt, "könnte freilich auch gerade den Effekt haben, in anderen Regionen Mexikos vorhandenen Zündstoff zu entflammen."(1)

Die Abwertung des Peso am 20. Dezember letzten Jahres und das darauf folgende wirtschaftliche Notstandsprogramm hatten das Ansehen des - oder genauer: die Nachsicht mit dem - frisch ins Amt eingeführten Präsidenten Zedillo bis zur Schmerzgrenze strapaziert. Dadurch schien der Spielraum für innenpolitische Abenteuer eingeschränkt, die zivile Opposition in Mexico-City erwachte aus ihrer Lethargie und mobilisierte einige zehntausend Menschen gegen die unsozialen Krisenbewältigungspläne des Präsidenten. Die Regierung schien dieser schwierigen Lage Rechnung zu tragen, indem sie am 15. Januar einen formellen Waffenstillstand mit der EZLN vereinbarte. Am 9. Februar setzte sie dagegen alles auf eine Karte, die absolut nicht gewinnen konnte.

Skizzieren wir zunächst das Panorama, innerhalb dessen sich die jüngsten Ereignisse entwickelten.

Autonome Municipios,

befreite Gebiete

Die linke Opposition fand sich nach den Wahlen vom August nahezu im gesamten Land in einer recht desolaten Lage wieder, mit der allerdings bedeutsamen Ausnahme des Bundesstaates Chiapas. Nur durch den massiven Druck der Zentralregierung konnte der PRIist Eduardo Robledo Rincón als Gouverneur gegen den Widerstand des überwiegenden Teils der Campesinos und Indígenas, der "demokratischen Zivilgesellschaft" und ihres Kandidaten Amado Avendaño Figueroa durchgesetzt werden. Das regionale Kräfteverhältnis in diesem südostlichen Bundesstaat hatte sich im Verlauf des letzten Jahres eindeutig zugunsten der Linken verschoben, und das nicht nur aufgrund des direkten Einflusses der EZLN. Dieser beschränkte sich schließlich auf Teile von vier der insgesamt 110 chiapanekischen Municipios. Entscheidender war die Signalwirkung für die radikalen Campesino- und Indígenaorganisationen des Bundesstaates, die die Forderungen der Zapatistas übernahmen und mit militanten Land-, Straßen- und Rathausbesetzungen im gesamten Staatsgebiet agierten. Die Regierung versuchte, dieses unabhängige Potential frühzeitig mit der Bildung des "Rates der Indígena- und Campesino-Organisationen" CEOIC) in eine gemeinsame Föderation mit regierungstreuen Bauernverbänden einzubinden - aber bald befanden sich letztere in der Minderheit und spalteten sich (als CEOIC oficial) ab. Die Situation im gesamten Bundesstaat polarisierte sich zusehends nach den Wahlen, wobei die Initiative in jedem Moment auf Seiten der Linken blieb. Die chiapanekische herrschende Klasse, Großgrundbesitzer - vor allem Viehzüchter und Kaffeeplantagenbetreiber - befand sich durch den Preisverfall ihrer Produkte in den letzten Jahren ohnehin in einer ökonomisch geschwächten Lage. Ein größerer, "realistischer" Teil sah, daß kurzfristig staatliche "Verlustausgleichszahlungen" für besetzte Ländereien viel lukrativer sein würden, als deren militärische Rückeroberung, die - sei es durch die Armee, sei es durch eigene "Weiße Garden" - in jedem Falle nicht gerade einfach gewesen wäre. Andere, eher "altmodische" Kreise versuchten, das Problem auf eigene Faust zu lösen. Dem Terror der "Weißen Garden" fielen permanent Campesinos und Führer der Organisationen zum Opfer, aber die Besetzungswelle war damit nicht zurückzudrängen. Das städtische Bürgertum schloß sich mit den Großgrundbesitzern in der "Koordination der Bürgerorganisationen" (COCECh) zusammen. Die COCECh organisierte mehrere Unternehmer- und Gewerbestreiks in Tuxtla und San Cristóbal zur Unterstützung von Robledo. Den

Streikaufrufen wurde weitgehend Folge geleistet. Aber auch diese Aktionen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die chiapanekische Oligarchie nicht mehr in der Lage war, aus eigener Kraft zu herrschen, sondern mehr denn je von der Zentralmacht abhing.

Die Offensive der Campesinos und Indígenas erreichte ihren ersten Höhepunkt im Oktober. Am 12. Oktober erklärte der CEOIC independiente die Autonomie der indigenen Völker von Chiapas. Diese Forderung war in der lateinamerikanischen Indígenabewegung nicht neu, aber hier und jetzt hatte sich ihr sozialer Inhalt auf radikale Weise konkretisiert. Schon am 3. Oktober hatte der CEOIC faktisch ein revolutionäres Programm beschlossen: "Die Volksmacht von unten aufbauen, indem man sich in den ejidos, Gemeinden, Regionen, Stadtteilen, Municipios, Schulen, Arbeitsplätzen organisiert und Volksversammlungen realisiert, in denen sich das Projekt des Staates und Landes, das wir wollen, entscheiden wird."(2) Das wurde jetzt umgesetzt, nicht zufällig zuerst dort, wo die soziale Organisation besonders stark war: in den Indígenagemeinschaften. So bildeten sich zwei autonome Regionen: die der choles im Norden von Chiapas und die autonome tojolabal-Region im Zentrum/Südosten. Damit existierten Ende Oktober drei Enklaven im Bundesstaat, in denen die radikalen Volksorganisationen die Macht ergriffen hatten. Die EZLN war zwar militärisch eingekesselt, aber das Problem war gar kein rein militärisches mehr. "In diesem Winkel des México profundo (3) entfaltet sich seit Monaten ein Prozeß von Veränderungen, der - vorläufig - kein Zurück kennt: Revolution (oder gibt es einen anderen Namen dafür?) oder Konterrevolution; Veränderungen, die eine grundlegende ökonomische, soziale und politische Umstrukturierung verlangen - oder einen schmerzhaften und blutigen Restaurationsprozeß." (4)

"Willkommen im Alptraum"

Die chiapanekische Oligarchie ist keineswegs einfach eine geographische Unterabteilung der herrschenden Klasse Mexikos, die im Wesentlichen aus der siegreichen kleinbürgerlichen Fraktion der Revolution von 1910-20 hervorgegangen ist. Die chiapanekische Oligarchie ist vorrevolutionären kolonialistischen Ursprungs. Das Verhältnis zwischen ihr und der Zentralmacht kann als "strategische Allianz" beschrieben werden. Die Oligarchie könnte sich ohne die direkte Intervention der Zentralmacht nicht halten. Die Zentralmacht ihrerseits profitierte lange Zeit von dem beinahe vorrevolutionären diktatorischen Regime an der südöstlichen Peripherie. Es herrschte eine Art interner Kolonialismus: so werden beispielsweise etwa 60% der hydroelektrischen Energie Mexikos in diesem Bundesstaat erzeugt, gleichzeitig haben über 40% der Haushalte keinen Strom- und Wasseranschluß. Weit über die Hälfte der ökonomisch aktiven Bevölkerung ist jedoch in der Landwirtschaft beschäftigt (nur 10% in der Industrie). Chiapas war eine große Hacienda, die Regierung in Mexico City kassierte ihren Tribut und ließ ansonsten der Oligarchie freie Hand. Die Herausbildung einer modernen Bourgeoisie wurde damit aber behindert, was das chiapanekische System unflexibel machte: als die Krise 1994 offen ausbrach, wurde der herrschende Block binnen kurzem völlig an den politischen Rand der Gesellschaft gedrängt. Soziologisch unfähig, in dieser ungeheuren, fremden Masse des Volkes, deren Sprachen, Werte und Kultur die Oligarchie und die Privilegierten nicht verstehen, irgendwelche Schritte zu unternehmen, die gesellschaftliche Hegemonie wiederzugewinnen, bleibt als Ausweg nur die nackte Repression. Die Regierung in Mexico City verlegte im Laufe des Jahres ein Drittel (!) ihrer Truppen nach Chiapas. Natürlich diente nur ein kleiner Teil zur Einkreisung der EZLN-Zone. Der gesamte Staat wurde militarisiert. Die Regierung hatte kaum eine Wahl: die herrschenden Sektoren fallenzulassen, hätte bedeutet, daß unmittelbar die radikalen Campesinoorganisationen an die Macht gekommen wären.

Präsident Zedillo übernahm sein Amt am 1. Dezember. "Ich stimme für den Frieden" war eine seiner zentralen Wahlkampflosungen gewesen. In keiner seiner Reden versäumte er, seine Bemühungen um eine Wiederaufnahme des Dialogs mit der EZLN zu betonen. Die allerdings glaubte kein Wort. "Willkommen im Alptraum", überschrieb Marcos sein "Glückwunschtelegramm" zur Amtseinführung. Die Nagelprobe kam eine Woche später. Am 8. Dezember war der Termin der Regierungsübergabe in Chiapas. Obwohl der Präsident die Möglichkeit gehabt hätte, Robledo zurückzuziehen und einen Interimsgouverneur einzusetzen, stellte er sich unmißverständlich hinter den Kandidaten der Oligarchie. Von der EZLN wurde dies - und wie sich zwei Monate später zeigen sollte zurecht - als faktische Kriegserklärung aufgefaßt. Die Linke bildete ihrerseits ihre eigene "Übergangsregierung in Rebellion", mit Amado Avendaño an der Spitze. (4a) In der Nacht auf den 19. Dezember überwanden mehrere hundert Militante der EZLN unbemerkt (!) den Belagerungsring der Armee und nahmen Positionen in insgesamt 38 Municipios des Bundesstaates ein. Nirgends kam es zu einem Zusammenstoß mit der Bundesarmee. Am Abend des darauffolgenden Tages rückten 1.500 Bewaffnete der

Armee und Polizei in die Hauptstadt der autonomen zona norte, Simojovel, ein, in der am Tag zuvor 70 Guerilleros der EZLN Präsenz gezeigt hatten. Zwar hatte das EZLN-Generalkommando am 19. noch verkündet, die Bundesarmee nicht angreifen zu wollen, sich jedoch "zu verteidigen, in den Zonen, die wir heute morgen erobert haben". (5) Aber hier wie überall zogen sich die Zapatistas in die Wälder zurück, sobald sich die Regierungstruppen näherten.

Am 20. Dezember begannen der Bischof von San Cristóbal, Samuel Ruiz, Mitarbeiter seiner Diözese und der von ihm initiierten "Nationalen Vermittlungskommission" (CONAI) ein "Fasten für den Frieden". Etwas profaner ausgedrückt ging es um die Anerkennung der CONAI durch den Präsidenten, der bis dahin seine eigene Verhandlungskommission vorschicken wollte, die jedoch weder von EZLN noch der Rebellions-Regierung Avendanos anerkannt wurde. Bekannte und weniger bekannte Menschen im ganzen Land schlossen sich dem Hungerstreik an.

Die Dinosaurier

werden immer trauriger

Die Regierung und ihre glorreiche Armee hatten sich von ein paar schlecht bewaffneten Indios an der Nase herumführen lassen. Als jetzt auch noch der Peso abstürzte und Zedillo im Fernsehen verkünden mußte, daß es mit dem "Wohlstand für deine Familie" (sein Hauptslogan im Wahlkampf) nichts werden würde, hielt das Land die Luft an. Marcos, dozierte Zedillo, sei schuld an der Währungsabwertung. Aber das glaubte schon keiner mehr. Anfang Januar erkannte Zedillo Samuel Ruiz' CONAI als offizielle Vermittlungsinstanz zwischen EZLN und der Regierung an. Alle Zeichen deuteten auf Dialog. Aus heutiger Sicht muß man sich fragen, inwiefern diese Linie von vornherein nur als äußerst kurzfristige Atempause bis zum Erreichen der internationalen Finanzgarantien gedacht war. Am 15. Februar begab sich Innenminister Moctezuma persönlich in die zapatistische Zone. Kontakte auf so hoher Ebene hatte es bisher nicht gegeben, ja seit mehr als acht Monaten war überhaupt kein direkter Kontakt mehr zustande gekommen. Es wurde ein Waffenstillstand, die Räumung vorgeschobener Truppenpositionen auf beiden Seiten und die Schaffung entmilitarisierter Sicherheitszonen als Voraussetzungen für einen weiteren Dialog beschlossen.

Offensichtlich befanden sich zum selben Zeitpunkt die geheimdienstlichen Tätigkeiten zur Feststellung (oder "Konstruktion") der Identität der zapatistischen Anführer in ihrer Endphase. Verschiedene journalistische Quellen, einschließlich der New York Times, deuteten eine Verstrickung nordamerikanischer Geheimdienste in diese Aktivitäten an. (6)

Der Wende zur militärischen Option am 9. Februar gingen augenscheinlich einige Kräfteverschiebungen innerhalb des Apparates voran. Am 2. Februar - mit einem Frühstück, das die Armeeführung für den Präsidenten ausrichtete - begann eine Serie öffentlicher Umarmungen zwischen Zedillo und der Generalität, bei denen die Militärs ihre Loyalität dem Präsidenten gegenüber bekundeten, während dieser im Gegenzug die Armee als wichtigsten Garanten des Friedens lobte. Ähnliche Treffen wurden am 9. und 10. Februar durchgeführt. Aber das wichtigste Treffen fand offenbar am 6. Februar zwischen dem Innenminister und ausgewählten Offizieren des Militärkollegiums, angeführt von Verteidigungsminister Enrique Cervantes Aguirre, hinter verschlossenen Türen statt. Was dort besprochen wurde, "war absolut privat", erklärte Moctezuma gegenüber der Presse. Der Washingtoner Korrespondent der mexikanischen Tageszeitung "El Financiero" berichtete am 11. Februar, daß "Quellen aus der Umgebung des US-Geheimdienstes versicherten, daß die Haftbefehle gegen die zapatistischen Anführer die Antwort auf ein Ultimatum der mexikanischen Armee gegenüber Präsident Zedillo darstellen. Die Militärs sagten Zedillo, daß, wenn er nicht mit Entschlossenheit gegen die Zapatisten vorgehe, seine Tage als Präsident von Mexiko gezählt wären (...) die Militärs beabsichtigten keinen Staatsstreich, sondern würden ihre Unterstützung den Hardliner-Fraktionen innerhalb der Partei geben, um ihnen ihr Ziel, Zedillo abzusetzen, zu erleichtern." (7)

Die sogenannten "Dinosaurier", die traditionellen Bürokraten der Parteimassenorganisationen, haben seit der Einleitung der neoliberalen Wende unter Miguel da la Madrid (1982-88) konstant an Einfluß in der Partei verloren. Solange den neoliberalen Technokraten kein neuer politischer Herrschaftsmechanismus zur Verfügung steht, bleiben sie wichtig - speziell in Wahlkampfzeiten, denn sie sind es, die die berüchtigte "korporative Stimmabgabe" organisieren. Nach den Gouverneurswahlen im Bundesstaat Tabasco trat der Konflikt innerhalb der Partei offen zu Tage. Präsident Zedillo war offenbar bereit, der linken PRD, die

behauptet, von der PRI durch massiven Betrug um den Wahlsieg gebracht worden zu sein, in Verhandlungen hinter verschlossenen Türen den Gouverneursposten nachträglich zuzugestehen. (Im Gegenzug sollte die PRD in Chiapas Avendaño fallenlassen.) Die Dinosaurier mobilisierten daraufhin die Partei. PRI-Militante lieferten sich tagelange Straßenschlachten mit der Polizei, um eine Absetzung ihres Gouverneurs zu verhindern.

Ein weiterer Druck auf den Präsidenten kam direkt aus der Richtung der internationalen Finanzzentren. In einer Studie der Markterschließungsabteilung der Chase Manhattan Bank heißt es: "Die Regierung wird die Zapatisten eliminieren müssen, um ihre wirksame Kontrolle des nationalen Territoriums und der Sicherheitspolitik zu demonstrieren." (8) Die Chase Manhattan ist einer der wichtigsten Anleger in Mexiko. Natürlich sind die direkten wirtschaftlichen Auswirkungen des Konfliktes in Chiapas vernachlässigenswert, darüber ist sich die Bank im klaren: "Während in unseren Augen Chiapas keine fundamentale Bedrohung der politischen Stabilität in Mexiko darstellt, so wird Chiapas bei vielen Investoren als eine solche Bedrohung wahrgenommen." (9) Im Klartext: Das kurzfristig in Mexiko geparkte Spekulationskapital ist bedroht von einer fiktiven Bedrohung - nicht vom realen Konflikt oder politischer Instabilität, sondern von der Gefahr hysterischer Panikreaktionen anderer Investoren und einem daraus resultierenden Finanzcrash - es ist eben ein gehöriger Schuß Irrationalismus in der Funktionsweise des modernen Finanzkapitalismus.

Die Armeeführung könnte die Chance gewittert haben, in diesem Moment den angeschlagenen Präsidenten zur Absegnung ihrer schon seit langem favorisierten militärischen Option zu bringen. Oder Zedillo ergriff in seiner schwierigen Situation die Möglichkeit, sowohl Parteiapparat als auch Parlament "abzuhängen" und sich nunmehr in erster Linie auf die Armee zu stützen. Letztendlich laufen beide Interpretationen auf dasselbe hinaus: verschiedene politische Beobachter in Mexiko sprechen von einer Tendenz zur fujimorización oder von einem selbstinszenierten Staatsstreich (autogolpe). (10)

Herbst des Patriarchen?

Am 9. Februar verkündete Zedillo im Fernsehen die Haftbefehle gegen die zapatistischen Anführer. Gerechtfertigt wurde diese Entscheidung mit dem Fund zweier Waffendepots bescheidenen Ausmaßes und dem Vorliegen von Erkenntnissen über geplante zapatistische Gewaltakte im ganzen Land. Mit 2.500 Soldaten, Panzerfahrzeugen und Luftunterstützung marschierte die Armee in die EZLN-Zone ein. Die Zapatisten hatten sich taktisch in die Berge zurückgezogen, so daß es zu keinen nennenswerten Zusammenstößen kam. Damit waren die Haftbefehle nicht mehr zu vollstrecken und die Armee ging zur Bombardierung der Zivilbevölkerung in der Zone über. Aber auch in anderen Regionen wurden oppositionelle Aktivisten unter der Anschuldigung, EZLN-Mitglieder zu sein, verhaftet und mißhandelt. Während dessen mobilisierte die Opposition in Mexico City. Am 11. Februar gingen über 100.000 Menschen unter der Losung "Wir alle sind Marcos" auf die Straße. Seitdem reißt die Welle von Protestaktionen nicht ab.

Gleichzeitig wurde klar, daß die Militäraktion zumindest teilweise ein Mißerfolg war. Die Regierung reagierte anscheinend ziemlich kopflos. Am 14. Februar wurde der chiapanekische Gouverneur Robledo zurückgezogen. Bundesstaatsanwalt Antonio Lozano erklärte, es gebe "keine direkte Verfolgung des Subcomandante Marcos mehr", während der Innenminister verkündete, die Haftbefehle blieben jedoch bestehen. Zedillo versicherte, die "verfassungsmäßige Verantwortung" für die "interne Souveränität" bestehe fort, was immer das heißen mag. Offenbar wurde die Armee vorläufig angewiesen, keine offensiven Aktionen gegen die EZLN mehr zu unternehmen, die Zone jedoch weiterhin besetzt zu halten.(11)

Nachdem die militärische Option augenscheinlich zunächst aufgegeben wurde, dürfte es jedoch für Zedillo nicht gerade leichter geworden sein, wieder zu einer "sanften Lösung" zurückzufinden. Der Alptraum, den der Präsident mit der Bombardierung der Selva über die chiapanekischen Campesinos gebracht hat, könnte sich angesichts seiner komplizierten Lage leicht in seinen eigenen verwandeln.

Juan Chicoy, 27.2.95

Anmerkungen:

1) FAZ, 11.2.95

2) Manifiesto del CEOIC, 3.10.94

3) Der Begriff México profundo wurde von dem bedeutenden mexikanischen Anthropologen Guillermo Bonfil Batalla geprägt und bezeichnet die indigene Kultur, die nach seiner Ansicht die moderne mexikanische Gesellschaft unter der Oberfläche bis heute prägt. Vgl. Ders., México profundo, México D.F. 1990

4) Julio Moguel u.a., Chiapas: Los caminos del cambio, La Jornada, 13./14.11.94

4a) Siehe Interview mit Amado Avendano in ak 375, 8.2.95

5) Péndulo de Chiapas, 20.12.94

6) Nach: Inprecor para América Latina, no. 46, En./feb. 95

7) El Financiero, 11.2.95

8) Counterpunch, vol. 2, no. 3, Feb. 1/95

9) Ebda. (Hervorhebung J.Ch.)

10) Proceso, 20.2.95

11) POONAL, 21.2.95

14. Die EZLN- Auf der Spur eines Phänomens

Autor: Norbert Glaser · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:03

"Die politische und wirtschaftliche Macht halten einige wenige Familien in der Hand, die praktisch die Besitzer des gesamten Staates sind. Der Gouverneur von Chiapas, Absalon Castellanos Dominguez, zeichnet sich dadurch aus, einer der aggressivsten und brutalsten der Geschichte zu sein. Gemeinsam mit den wichtigsten Großgrundbesitzern hat er Schrecken und Tod in den kleinen Gemeinden und den ejidos gesät. Die Aktionen gegen die Bauern gehen von Verletzungen der Menschenrechte und Attentaten bis hin zur direkten Ermordung."

Wer vermutet, der Text sei - wie viele ähnliche - nach dem Aufstand der Zapatistas im Januar 1994 entstanden, irrt. Der Berliner "Informationsdienst El Salvador" veröffentlichte ihn bereits im Februar 1988.

In der Neujahrsnacht 1994 besetzten maskierte indianische Aufständische die alte Kolonialstadt San Cristobal de las Casas sowie mehrere weitere Ortschaften im südlichen mexikanischen Bundesstaat Chiapas. Die Männer und Frauen mit den schwarzen "pasamontanas" vermasselten der Elite des lateinamerikanischen Landes nicht nur den erhofften feierlichen Eintritt in die "Erste Welt": Statt von erfolgreicher neoliberaler Politik und den Segnungen der "North American Free Trade Associacion" (NAFTA) war auf einmal von der Armut und der Unterdrückung der Indianer die Rede. Rätsel gab und gibt dabei vor allem die Trägerin der Bewegung, das "Zapatistische Nationale Befreiungsheer" EZLN und ihr Sprecher, Subcommandante Marcos, auf. Licht in das Dunkel bringen will ein "Lesebuch", das rechtzeitig zum Jahrestag des Aufstandes im Verlag "Libertäre Association" erschienen ist: "Ya basta! - Der Aufstand der Zapatistas". Die HerausgeberInnen, MitarbeiterInnen des Informationsbüros Nicaragua in Wuppertal, des Genarchivs Essen, der Kölner Fotoagentur Transparent sowie der Informationsstelle Lateinamerika zeichnen den Indianeraufstand nach und machen sich auf die Suche nach Ursachen und Hintergründen.

"Basta - Es reicht!" Mit diesem Aufschrei hatte sich die EZLN in ihrem ersten Manifest aus dem Urwald von Lakadonien an die Öffentlichkeit Mexikos und der Welt gewandt. 75 Jahre nach dem Sieg der mexikanischen Revolution schrieb sie sich erneut die alte Losung von Emiliano Zapato und Pancho Villa auf ihre Fahnen: "Land und Freiheit". Während sich in Zentralamerika die Revolutionäre von einst in den parlamentarischen Mainstream integrieren, betritt im Land der "institutionalisierten Revolution" eine mit alten Gewehren, Macheten und Holzstöcken ausgerüstete Armee der Armen die politische Bühne. Nicht von Machteroberung und Diktatur des Proletariats ist bei ihr die Rede, sondern von Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit. Die EZLN - eine Guerillaarmee neuen Typs? Chiapas - ein Vorgeschmack auf die Auseinandersetzungen des 21. Jahrhunderts? Schlagen die als lethargisch abgestempelten indianischen Massen nun zurück? Eine Antwort darauf haben auch die "Topitas" nicht. Doch die "kleinen Maulwürfe", wie sich die Herausgeber von "Ya basta!" nennen, tun ihr möglichstes, um Informationen zutage zu fördern, die den LeserInnen eine eigene Meinungsfindung erlauben.

"Ya basta!". Das sind Dokumente und Kommentare, Berichte und Essays, Reportagen und Geschichten. Eine Lesebuch eben, das es bewußt vermeidet, vorschnelle Urteile abzugeben oder Neues in altbekannte Theoreme zu pressen: "Wir begaben uns auf die tastende Suche nach diesem Anderen und fielen immer wieder auf die Füße unserer traditionellen Erklärungsmuster", schreiben die "Topitas" in ihrem Vorwort. Keine ultimativen Erkenntnisse also, aber viele fruchtbare Verunsicherungen, gesteuert von dem Bemühen, die verschiedenen Facetten eines Phänomens deutlich zu machen, das nicht nur die politische Kultur Mexikos über Nacht verändert und in bisher unbekannter Art und Weise bereichert hat.

Wer sind die Zapatistas? Wie kam es zur Entstehung der EZLN und warum hat sie sich schon vor Jahren vom traditionellen Avantgardismus der lateinamerikanischen Guerillabewegungen verabschiedet? Warum ist der Bundesstaat Chiapas so reich, das Gros der Bevölkerung aber so arm? Fragen, zu denen das Buch Antworten beisteuert. Bei aller Sympathien für "Subcommandante Marcos", die sich im Umfang seiner abgedruckten Erklärungen, Stellungnahmen und Briefe niederschlagen, waren die HerausgeberInnen doch bemüht, der Faszination des Medienstars EZLN nicht völlig zu erliegen. Das Buch geht denn auch über eine Ansammlung von Kommuniques hinaus. Es regt an, unter neuen Blickwinkeln auch über die eigene Geschichte nachzudenken. Denn unabhängig davon, ob "Marcos" nun enttarnt ist oder nicht - "Marcos" ist letztlich irgendein Mensch in dieser Welt", hatte der geheimnisumwitterte EZLN-Sprecher im Mai 1994 aus den Bergen

von Chiapas geschrieben. Marcos sei Schwuler in San Francisco, Schwarzer in Südafrika, Chicano in San Isidro, Palästinenser in Israel, Jude in Deutschland, Pazifist in Bosnien. "Marcos sind all die nicht tolerierten, unterdrückten Minderheiten, die nicht aufgeben, die explodierend ‚Ya basta` schreien."

Norbert Glaser

Topitas (Hrsg.)

Ya basta! Der Aufstand der Zapatistas

Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation, 1994

368 Seiten, 28 DM

15. Theresienstadt: Tarnung für Auschwitz

Autor: KM · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:24

Das "Ghetto" Theresienstadt stand nicht im Gegensatz zur Todesfabrik Auschwitz, es war vielmehr Bestandteil der "Endlösung". Dieses Konzentrationslager war zugleich

- "Schleuse" zu den Vernichtungslagern;

- einer der Orte zur "Vernichtung durch Aussiedlung";

- und Instrument der Propaganda, das zudem nach der Niederlage in Stalingrad an außenpolitischer Bedeutung gewann.

Wegen der Überlastung der Vernichtungslager im Osten beschloß die Nazi-Führung, sog. Durchgangslager und -ghettos zu errichten. Am 10.10.41 wurde bei einer Konferenz in Prag, an der u.a. der Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), Heydrich, und Adolf Eichmann teilnahmen, Theresienstadt als "Ghetto" für die Juden der Tschechoslowakei bestimmt.

Theresienstadt ist eine Ende des 18. Jahrhunderts im damals k.u.k. Österreich-Ungarn gegründete Garnisonsstadt, in der zu Beginn der Besetzung von Böhmen und Mähren (15.3.39) 3700 Menschen lebten. Nach der Umwandlung der Stadt in ein Konzentrationslager am 24.11.1941 wurden die bisherigen Bewohner bis zum Sommer 1942 ausgesiedelt. Im September 1942 erreichte das Konzentrationslager mit 53.004 Personen die höchste Häftlingszahl, es lebten fünfzehnmal mehr Menschen in den Gebäuden der Stadt als vor November 1941.

Die Führung der tschechoslowakischen Juden unterstützte den Plan zur Errichtung eines "Ghettos" in der Annahme, daß die Juden dann nicht in den Osten "umgesiedelt" werden würden und während des Krieges in ihrer Heimat bleiben könnten. Die "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" des RSHA untermauerte ihr Täuschungsmanöver, indem sie noch vor der Errichtung des "Ghettos" die Bildung eines jüdischen Ältestenrats verlangte, dem die Regelung der inneren Angelegenheiten obliegen würde.

Bei der Wannsee-Konferenz am 20.1.42, bei der (formell) die "Endlösung der Judenfrage" beschlossen wurde, erklärte Heydrich: "Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersghetto - vorgesehen ist Theresienstadt - zu überstellen." (1) Neben diesem Personenkreis "finden in den jüdischen Altersghettos weiterhin schwerkriegsbeschädigte Juden und Juden mit Kriegsauszeichnung (EK I) Aufnahme. Mit dieser zweckmäßigen Lösung werden auf einen Schlag die vielen Interventionen ausgeschaltet." Später wurde noch die Gruppe prominenter Juden, deren Verschwinden in den Vernichtungsstätten unangenehme Fragen des Auslands nach sich ziehen könnte, für die "Umsiedlung" nach Theresienstadt bestimmt.

Transport

Vom 24.11.1941 bis zum 9.5.1945 sind 139.564 Jüdinnen und Juden (bzw. als Juden bezeichnete Personen) in das KZ Theresienstadt deportiert worden. Sie kamen aus der Tschechoslowakei (75.666), Deutschland (42.104), Österreich (15.2549, den Niederlanden (4897), Polen (1200, ein Kindertransport aus Bialystok, der nach kurzem Aufenthalt in Theresienstadt in ein Vernichtungslager geschickt wurde), Ungarn (1150), Dänemark (466) und Danzig (117).

Von den insgesamt fast 140.000 Häftlingen wurden 86.934 (und die 1200 Kinder aus Bialystok) in den Osten geschickt. Und zwar bis zum Oktober 1942 in verschiedene Vernichtungszentren, von da an, mit Ausnahme einiger kleinerer Transporte nach Bergen-Belsen, in die Todesfabrik Auschwitz- Birkenau.

"Grauen und Angst vor den Transporten erfüllte uns immer", berichtete der ehemalige Theresienstädter Häftling Max Berger. "Bereits Tage vor einer Transportwelle herrschten im Ghetto Angst und Aufregung. (...) Überall bildeten sich Gruppen verängstigter, aufgeregter Menschen."

Von den über 88.000 aus Theresienstadt in den Osten Deportierten überlebten das Kriegsende 3097 Personen. Im Februar und im April 1945 konnte das Internationale Rote Kreuz 1613 Jüdinnen und Juden in die Schweiz und nach Schweden retten. 700 Häftlingen gelang die Flucht aus Theresienstadt.

Aufgrund unzureichender Ernährung, an grassierenden Krankheiten und Epidemien starben 33.430 Häftlinge. Die "Vernichtung durch Aussiedlung" erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 1942, als 15.891 Häftlinge, d.h. 50,4 Prozent der durchschnittlichen Gesamtbevölkerung in diesem Jahr im KZ Theresienstadt starben.

Theresienbad

Die Standardbegründung der Nazis für die Deportation der Juden war, daß sie eine Gefahr für das Reich seien. Sie müßten deshalb "nach dem Osten evakuiert" werden und hätten dort Schwerarbeit zu verrichten. Von alten und gebrechlichen Juden ließ sich jedoch schwerlich behaupten, daß sie eine Gefahr seien - Goebbels erwähnte in seinem Tagebuch Proteste ("häßliche Szenen") nicht-jüdischer Deutscher bei der Räumung eines jüdischen Altersheims -, und daß sie keine Schwerarbeit verrichten könnten, verstand sich von selbst. Heydrich umging dies Problem, indem er Theresienstadt als "Altersghetto" propagieren ließ.

An den alten Juden und den "bevorzugten" jüdischen Kriegsteilnehmern verübten die Nazis einen unvorstellbar zynischen Betrug. Ihnen war vorgespiegelt worden, sie kämen in ein "Reichsaltersheim" mit dem Namen "Theresienbad", in einen "Kurort Theresienstadt" mit Villen, Hotelpensionen und angenehmen Altersheimen. Für Summen bis zu mehreren hunderttausend Reichsmark waren ihnen "Heimeinkaufsverträge" für das Recht auf lebenslänglichen Aufenthalt samt Verpflegung in Theresienstadt aufgezwungen und ihr gesamtes Vermögen geraubt worden. (Rund 400 Millionen Reichsmark erschlichen sich die Nazis mit diesem Betrug.)

Der ehemalige Theresienstädter Häftling und spätere Chronist des KZ, H.G. Adler, schrieb: "Diese Juden, unter denen sich Tausende von Kriegsverletzten und Kriegsdekorierten befanden, waren in einer festen Ordnung auferzogen und an sie gewohnt; schließlich in blindem Glauben an sie erstarrt, merkten sie nicht, daß diese Ordnung längst entwertet und von Lüge und Bosheit zerfressen war. (...) Die Ankömmlinge fragten manchmal schon auf dem Bahnhof oder in der ‚Schleuse`, ob ein oder zwei Zimmer für sie reserviert wären, oder wünschten sich Südseite oder Balkon."

Stalingrad

Die Niederlage der Nazi-Truppen bei Stalingrad, die am 2.2.1943 mit der Kapitulation von 91.000 deutschen Soldaten besiegelt wurde, war der Wendepunkt des Krieges. Während der Völkermord an den europäischen Juden in allen von Deutschen noch besetzten Gebieten ungehemmt fortgeführt wurde, begann am Tag der Stalingrader Kapitulation eine siebenmonatige Deportationspause in Theresienstadt.

Ein Gesuch des Gestapochefs Heinrich Müller vom Dezember 1942, 5000 arbeitsunfähige Juden aus dem überfüllten Theresienstadt nach Auschwitz abzutransportieren, wurde von Reichsführer SS Heinrich Himmler ignoriert. Auf ein zweites Gesuch vom 1.2.43, jetzt von Ernst Kaltenbrunner, dem Nachfolger Heydrichs im Amt des RSHA-Chefs, ließ Himmler am 16.2.43 antworten: "Der Reichsführer SS wünscht die Abtransportierung von Juden aus Theresienstadt nicht, da sonst die Tendenz, daß die Juden im Altersghetto in Ruhe leben und sterben können, damit gestört würde."

In der Zeit der Niederlage von Stalingrad, urteilt der Prager Historiker Miroslav Karny, blieb der Nazi-Führung nur noch die Hoffnung, "die Antihitlerkoalition zu zersetzen und sie durch einen separaten Frieden mit den Westmächten in eine Antisowjetfront umzuformen." Eines der Mittel hierzu sollte die Verwendung von u.a. der Theresienstädter Juden als "Verhandlungsmasse" sein. (Im Laufe des Jahres 1942 waren Nachrichten über die Vernichtung der Juden Europas in die Weltöffentlichkeit gelangt. Die Deklaration der, z.T. im Exil befindlichen, Regierungen Belgiens, Griechenlands, Großbritanniens, Jugoslawiens, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Polens, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, der USA und des Französischen Nationalkomitees über die Vernichtung der europäischen Juden war am 18.12.42 veröffentlicht worden.)

Im Zeitraum von etwa Februar bis April 1943 verhandelten in der Schweiz Vertrauensleute Himmlers mit Alan Dulles, dem Chef des amerikanischen Geheimdienstes in Europa und dessen ökonomischen Experten Royal Taylor. In den Berichten der deutschen Unterhändler heißt es u.a., Taylor habe geäußert, daß Deutschland ohne Krieg ganz Südeuropa beherrschen und "dann einen Einfrontkrieg gegen Rußland hätte führen können". In diesem Falle hätte die öffentliche Meinung Großbritanniens und der USA niemals zugelassen, daß durch den Kriegseintritt dieser Staaten ein Sieg Deutschlands über Rußland verhindert worden wäre. Taylor, der im übrigen mit seiner Abneigung gegenüber Juden nicht hinterm Berg hielt, habe sein Unverständnis darüber

geäußert, daß die Nationalsozialisten "durch die brutale Behandlung der Judenfrage die ganze Welt auf die Beine gebracht hätten." Dulles habe den Rat gegeben, man solle die deutschen Bischöfe ausnutzen, damit sie sich in den USA für Deutschland einsetzen, denn "in solch einem Falle wäre selbst der Haß der Juden hiergegen zu schwach".

Die Schweizer Verhandlungen führten zwar nicht zu dem gewünschten Ergebnis, enthielten aber Hinweise für die "Judenbehandlung", die nach der ersten großen Täuschung - das KZ Theresienstadt als "Altersheim" - zu einem zweiten nicht minder zynischen Betrug führten.

Verschönerung

Heydrich hatte, um etwaigen Nachfragen aus dem Ausland zu entgehen, die das Verschwinden prominenter Juden im Osten auslösen könnte, Theresienstadt zum Aufenthaltsort für diese im Nazijargon "Begünstigten" bestimmt. Ein Ergebnis dieser taktischen Maßnahme war, daß im KZ Theresienstadt die - verglichen mit anderen Lagern - größte Anzahl von Wissenschaftlern, Musikern, Malern, Schriftstellern, Sängern und Schauspielern lebte.

Die Inhaftierten nutzten diese Situation zur Gestaltung eines Kulturprogramms, das auch einer regulären größeren Stadt zur Ehre gereicht hätte. Die "Ghettozentralbücherei Theresienstadt" besaß annähernd 50.000 Bände. In den zumeist von Wissenschaftlern und Hochschullehrern gehaltenen Vorträgen wurde sowohl auf das Verlangen nach Allgemeinbildung (Dr. Weinberger über "Konjunktur und Wirtschaftskrise") wie das Interesse an höchst speziellen Themen (Prof. Dr. Blumenthal über "Kreisverwandtschaft und stereometrische Projektion") bedient. Es wurden Konzerte und Opern mit z.T. großem Chor aufgeführt, es gab ein Kabarett und mehrere Jazzensembles. In Theateraufführungen wurden die Dramen von Shakespeare und Tschechow, von Schiller und Molière und vielen andere großen Autoren gegeben. Überliefert sind Kompositionen, die im KZ entstanden, und zahlreiche Chansons und Satiren.

Diese "Freizeitgestaltung" war 1942 im Rahmen der "Abteilung für innere Verwaltung", die Teil der jüdischen Selbstverwaltung war, gegründet worden. Anfänglich war diese Tätigkeit bloß geduldet und wurde strafweise mehrfach eingestellt. Ab Herbst 1942 machten sich die Organisatoren der "Endlösung" die kulturellen Aktivitäten der Häftlinge zunutze, um die Legende vom "Musterghetto" auszubauen. Unbewohnbare Räume und ehemalige Kinosäle wurden für Theateraufführungen und Konzerte und auch als Betstuben zur Verfügung gestellt. Im Dezember 1943 wurde ein "Kaffeehaus" eingerichtet, in dem auf SS-Befehl eine Kapelle aufzuspielen hatte.

Dies waren die Vorläufer der Aktion "Verschönerung", mit der die Besichtigung von Theresienstadt durch eine internationale Delegation vorbereitet wurde. (Himmler gab seine offizielle Zustimmung zur Besichtigung durch einen Delegierten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes unter schwedischer und dänischer Teilnahme am 11.5.44.)

Der erste Teil der "Verschönerung" bestand darin, daß im September 1943 die Deportationen nach Auschwitz-Birkenau wieder aufgenommen wurden, um die "Überbevölkerung" des KZ zu vermindern. D.h., daß der zeitweilige Stopp der Deportationen nach Auschwitz-Birkenau ebenso wie deren Wiederaufnahme dem selben Zweck diente: Galt es im Frühjahr und Sommer 1943, Juden als eventuell vorzeigbare "Verhandlungsmasse" zu erhalten, galt es nun, die Anzahl der Häftlinge in Theresienstadt auf einen Stand zu senken, der erlaubte, das KZ als fast "normale Stadt" vorzuführen. Kurz vor dem Besuch der Kommission wurden Mitte Mai 1944 noch 7500 Alte und Kranke, die das Bild hätten trüben können, nach Auschwitz-Birkenau ins Gas geschickt.

Im Frühjahr 1944 wurde der Besuch der internationalen Kommission intensiv vorbereitet. H.G. Adler schrieb: "Um den Marktplatz wurden die Zäune abgerissen und Rosenbeete angelegt (...), in zarten Pastelltönen erstanden die Kasernen, hellgelb leuchtete der Musikpavillon. Ein Kinderparadies entstand, niedliche Häuschen, blumengeschmückt, bevölkert von Schaukelpferdchen und anderen Tieren auf Rädern; die Wände zierte ein Fries mit Motiven der Arche Noah; wie in einem Schaufenster ausgestellt, standen die Bettchen, die bunte Steppdecken trugen. Und hinter dem putzneuen Häuschen wartete ein Spielplatz mit Sandkasten, Wippe, Ringelspiel und Schaukeln, denen der Glanz unberührter Schönheit anhaftete."

In dieser fortgeschrittenen Phase der "Verschönerung" gab es unerwartete Vergünstigungen für die Häftlinge. Ihnen wurde etwas mehr Bewegungsfreiheit eingeräumt; Auslosungen wurden veranstaltet, bei denen man ein winziges Stück Land gewinnen konnte. H.G. Adler: "Viele Gefangene verfielen in eine Art Euphorie, nahmen die Verbesserungen beim Wort und spannen sie weiter aus zu Hoffnungen für die Zukunft."

Das Verhalten der Häftlinge während des Besuchs der Kommission wurde bis ins kleinste Detail geplant. Überliefert ist ein vom damaligen Vorsitzenden des Ältestenrats, Dr. Paul Eppstein, diktiertes Schreiben, das der Lager-Kommandantur vorgelegt wurde, um deren Einverständnis mit den von ihm geplanten Antworten auf etwaige Fragen der internationalen Kommission einzuholen. Auf die Frage z.B. nach "Transporten" beabsichtigte er zu antworten: "Es haben eine Reihe von Austauschtransporten stattgefunden. Theresienstadt als Beispiel für andere Lager, ohne Hinweis auf besondere Bevorzugung."

Am 23.6.44 besichtigte eine Kommission bestehend aus dem Schweizer Dr. Rossel als Vertreter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK), zwei Vertretern der dänischen Regierung und einem Vertreter des deutschen Roten Kreuzes sechs Stunden Theresienstadt. (Die schwedische Gesandtschaft in Berlin, deren Regierung sich um eine Besichtigung bemüht hatte, sagte ab, "weil durch einen schwedischen Feiertag an dem fraglichen Tag kein Angestellter der Gesandtschaft Berlin verlassen konnte".)

Obwohl die Verschönerungsprozedur und die Regie der Besichtigung so vollkommen waren, daß jedermann die propagandistische Absicht hätte durchschauen können, schrieb Dr. Rossel in seinem Bericht: "Wir werden sagen, daß unser Erstaunen außerordentlich war, im Ghetto eine Stadt zu finden, die fast ein normales Leben lebt." Rossel bezeichnete weiter in seinem Bericht Theresienstadt als "Endlager", aus dem normalerweise niemand weitergeschickt würde. "Es ist kaum zu begreifen", schrieb Miroslav Karny, "wie sich Rossel zur Weitergabe der Nazilüge über Theresienstadt als ‚Endlager` hergeben konnte. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hatte doch authentische, zuverlässige Nachrichten über die Theresienstädter Deportationen nach Auschwitz-Birkenau zur Verfügung."

Jüdisches Siedlungsgebiet

Theresienstadt wurde ein drittes Mal zur Tarnung von Auschwitz eingesetzt, als im August/September der Progagandafilm "Theresienstadt - Ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet" gedreht wurde. (2)

Kommandant Rahm beauftragte Kurt Gerron, ein zur Zeit der Weimarer Republik bekannter Schauspieler und Regisseur, mit der Gesamtproduktion. Die Mitwirkenden des Films waren die zu dieser Zeit 30.000 Häftlinge. Das total verfälschte Bild des KZ Theresienstadt, das kurz zuvor der internationalen Kommission vorgeführt worden war, wurde in seinen Grundzügen wiederholt: glückliche Alte im "Kaffeehaus", trautes Familienglück, Szenen aus der Kinderoper "Brundibár", Mädchen auf dem Sportplatz, Kinder in netten Kleidchen im Sandkasten, ein Konzert im Musikpavillon mit fröhlichen Zuhörern, alte Männer beim Schachspiel, das Freiluftkabarett. So sollte dieses Machwerk den Beweis dafür liefern, daß "die Juden von Theresienbad in aller Gemütlichkeit bei Kaffee und Kuchen das Ende des Krieges abwarten, während die deutschen Soldaten an der Front verbluten", wie das Reichspropagandaministerium Ausschnitte des Films, die im Herbst 1944 in deutschen Wochenschauen gezeigt wurden, kommentieren ließ.

Die Menschen auf der Leinwand lebten zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht mehr. Unmittelbar nach Abschluß der Dreharbeiten waren das gesamte Produktionsteam (außer den Prager Kameraleuten), die "Statisten" einschließlich vieler Jugendlicher und Kleinkinder nach Auschwitz geschickt und dort ermordet worden.

Die Lagerkommandanten Seidl (1941-43) und Rahm (1944-45) wurden nach dem Krieg von einem österreichischen bzw. einem tschechoslowakischen Gericht zum Tode verurteilt und gehängt. Der Lagerkommandant Burger (1943-44) entkam und wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Er lebte unbehelligt unter falschem Namen bis zum seinem Tod 1991 in der BRD.

KM

Anmerkungen

(1) Die Organisatoren der "Endlösung" bedienten sich auch intern meist einer Tarnsprache. "Evakuieren" steht in Heydrichs Äußerung für Ermordung. Dies gilt entsprechend für die weiter unten zitierte Äußerung Himmlers, die Juden sollten ungestört eines natürlichen Todes sterben können, womit im Klartext gemeint war: an

KZ-bedingten Krankheiten und Hunger zugrundegehen. - Mit den "Interventionen" spielte Heydrich auch auf das Militär an, dem zwar der einzelne Jude völlig gleichgültig war, das es aber nicht in seinem Weltbild unterbringen konnte, daß ein ehemaliger und womöglich noch dekorierter Träger einer deutschen Uniform "wie ein Jude" behandelt wird.

(2) Der niederländische Wissenschaftler Karel Magry hat - nach langer Forschungsarbeit - Anfang der 90er Jahre nachgewiesen, daß der Titel des Films nicht, wie überwiegend noch heute behauptet wird, "Der Führer schenkt den Juden eine Stadt" lautet, sondern "Theresienstadt - Ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet". Der Film ist Ende des Kriegs verschwunden und konnte bis heute nur bruchstückhaft rekonstruiert werden.

Quellen:

Chansons und Satiren aus Theresienstadt. Hg. Theater in der Josefstadt, Wien 1992; Ludmilla Chládková: Ghetto Theresienstadt, Terezin 1991; Encyclopaedia Judaica, Jerusalem 1972 ff.; Enzyklopädie des Holocaust, Berlin 1993; Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982; Miroslav Karny: Theresienstadt und Auschwitz,. in: 1999 - Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 3/1988, Hamburg 1988; Ota Kraus, Erich Kulka: Massenmord und Profit, Berlin 1963; Karla Müller-Tupath: Verschollen in Deutschland. Das heimliche Leben des Anton Burger, Lagerkommandant von Theresienstadt, Hamburg 1994; Käthe Starke: Der Führer schenkt den Juden eine Stadt, Berlin 1975; Theresienstadt. Hg. Rat der jüdischen Gemeinden in Böhmen und Mähren, Wien 1965.

Ein Gerücht geht durch die Stadt

(Theresienstädter Chanson

von Walter Lindenbaum)

Zuerst ist es ein kleiner Satz,

behütet wie ein großer Schatz,

halb gefragt, halb gesagt,

plötzlich durch die Stadt gejagt,

springt der Satz mit einem Satz,

von Platz zu Platz,

und es pfeift ihn jeder Spatz,

von den Dächern diesen Satz.

Und der Satz, er wächst und wächst

zur Lawine wie verhext.

Immer wilder wird der Text.

Und er schwillt von Stund zu Stund,

wie aus einem Riesenmund,

flüsterschreits der Riesenschlund:

Ein Gerücht geht durch die Stadt.

Von Mann zu Mann,

springt jeden an.

Von Haus zu Haus,

läßt keinen aus.

Und es flüstert

Und es knistert

Und es funkelt

Und es munkelt

Und ein Staunen

Und ein Raunen,

geht durch die Häuser, Höfe, Zimmer.

Wird es besser, wird es schlimmer?

Manchmal huscht ein

Hoffnungsschimmer

von Gesicht dann zu Gesicht,

wenn man's leise weiterspricht,

ein Gerücht, ein Gerücht, ein Gerücht

geht durch die Stadt!

Offensive! - Defensive!

50 Kilometer Tiefe?

Keine Grußpflicht - Keine Kohlen!

X hat Y bestohlen!

Statt Kartoffeln gibt's Pastete!

Neue Vorschrift für Pakete!

Registrierung aller Männer!

Große Luftschacht überm Brenner!

Nur für ein Gerücht, da fehl'n die

Worte

Gehn Transporte? - Gehn Transporte?

- Gehn Transporte?

Walter Lindenbaum, der Verfasser dieses im KZ Theresienstadt geschriebenen Chansons, wurde am 11. Dezember 1907 in Wien geboren. Gemeinsam mit Jura Soyfer und Peter Hammerschlag schrieb er Texte für das Kabarett "ABC im Regenbogen" und für die "Kleinkunst in den Colonnaden". Er war Mitglied der Sozialistischen Schriftsteller und Mitglied des Österreichischen Arbeiter-Schriftstellerverbandes. Walter Lindenbaum wurde am 1. April 1943 nach Theresienstadt deportiert, gemeinsam mit seiner Frau Rachel und der Tochter Ruth. Er starb am 20. Februar 1945 im Konzentrationslager Buchenwald.

Theresienstädter Requiem

Zu den anspruchsvollsten musikalischen Darbietungen in Theresienstadt gehörte die Aufführung des "Requiem" von Verdi. Josef Bor, ehemals Häftling in Theresienstadt, schrieb in seiner Novelle Theresienstädter Requiem über diese Unternehmung: "Für Schächter wurde es immer klarer, daß er gerade hier im Theresienstädter Ghetto das Requiem einstudieren mußte; wohl kaum ein zweites Mal würde sich ihm eine so einzigartige Gelegenheit bieten. Wo sonst könnte er aus einem so großen Überfluß an hervorragenden und kultivierten Musikern ohne jede Beschränkung nur nach seinem künstlerischen Geschmack auswählen?

Wo sonst fände er so sensible Zuhörer? Alle dürsteten hier nach Kunst, sehnten sich inbrünstig nach jeder Regung eines menschlichen Gefühls. Je unsinniger, widerwärtiger und roher die Umwelt war, in die sie gewaltsam gestoßen wurden, desto leidenschaftlicher und inniger wurde ihr Verlangen. Weder Eifersucht noch wechselhafte Launen von verzärtelten Primadonnen störten hier den Dirigenten, jeder Künstler gab sich dankbar auch mit dem letzten Platz im Chor zufrieden. Keine Konzertagentur würde ihn belehren wollen, was dem Publikum gefällt und was nicht. Hier konnte er eine Aufführung schaffen, deren künstlerischer Rang allein von den Fähigkeiten des Dirigenten selbst abhängig war. Hier mußte der das Requiem einstudieren, sagte er sich. Das von Haydn oder Mozart zu spielen, würden die Deutschen vielleicht nicht einmal erlauben, zudem wäre dies auch eine zu religiöse Musik, ohne die elementare Schroffheit; nein, nur Verdi, nur er allein konnte es sein. Was aber würde die Totenmesse den Gefangenen im Lager geben können? Würde sie die Verzweifelten beruhigen, die Schwachen stärken? Für wen sollten die Gefangenen beten? Für die Gestorbenen oder etwa für die Tausende von Verschwundenen, die in den Transporten von Theresienstadt mit unbekanntem Ziel abgingen?"

Über den realen Verlauf der Bemühungen um die Aufführung berichtete der ehemalige Theresienstädter Häftling und spätere Chronist des KZ, H.G. Adler: "Nachdem der Dirigent Rafael Schächter im September des Jahres 1943 neben den vier Solisten glücklich einen Chor von etwa 150 Sängern versammelt und die Premiere glücklich über die Bühne gegangen war, wurde dem Unternehmen ein jähes Ende gesetzt: Eine Wiederholung konnte nicht stattfinden, weil ein Osttransport den gesamten Chor ausradierte. Schächter verzweifelte nicht. Er stellte einen neuen Chor von gleicher Größe zusammen und studierte das Werk neu ein. Als sei dies nicht genug, ereilte das Vorhaben noch einmal ein vernichtender Rückschlag in Gestalt eines weiteren Osttransports, der den Chor zerstörte. Wieder begann Schächter von vorn, stellte zum dritten Mal einen Chor zusammen; diesmal vermochte er aber nur sechzig Sänger zu versammeln, und mit dieser Gruppe gab er dann fünfzehn Aufführungen. Die Opfer feierten ihre eigene Totenmesse."

Nachdem die "Verschönerung" des KZ bei der Delegation des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes den erwünschten positiven Eindruck hinterlassen hatte und der Propagandafilm über das "jüdische Siedlungsgebiet" Theresienstadt abgedreht war, wurde Schächter, wie Tausende vor ihm, am 16. Oktober mit dem Transport H unter Nr. 28 in die Todesfabrik Auschwitz deportiert.

16. ak-Serie: Kapitulation und Befreiung, Teil 3

Autor: Editorial · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:43

Im vollgestopften Programm offizieller Erinnerungsveranstaltungen konnte ein weiterer Punkt abgehakt werden. Nach dem offenen Streit um die Gedenkveranstaltungen zur Befreiung von Auschwitz, der Ende Januar fast zum Eklat geworden wäre, verlief die politische Auseinandersetzung in den vergangenen Wochen erheblich moderater. Das - aus Sicht der überwiegenden Mehrheit der Deutschen - zentrale Ereignis des Februar 1945, die Bombardierung Dresdens, war Gegenstand einer Trauerfeier, deren Tenor nicht auf eine griffige Formel gebracht werden kann. Der vielzitierte, weil skandalöse Satz des Intendanten der Dresdner Musikfestspiele, die Zerstörung der Stadt sei "wie kein zweites" Ereignis Symbol menschlichen Leidens durch Krieg, wurde durch Roman Herzogs "falsche leise Töne" (Frankfurter Rundschau) nur scheinbar gemildert. Ralph Giordano, der frühzeitig vor der Aufrechnung "Auschwitz gegen Dresden" gewarnt hatte, kritisierte an der Rede des Bundespräsidenten drei Punkte: seine Formulierung von der "Sinnlosigkeit moderner Kriege" - bezogen auf den Befreiungskrieg der Anti-Hitler-Koalition -, sein Gerede von "Versöhnung" und die von ihm zum Ausdruck gebrachte Trauer um ausnahmslos alle Toten des Weltkrieges.

Herzogs Dresdner Rede, an der die Beamten des Bundespräsidialamtes - mit Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit - monatelang gefeilt haben, ist für das Bild, das die Deutschen von sich und ihrer Geschichte haben, nur ein Indikator unter vielen. Vielleicht noch repräsentativer für das dominante Geschichtsbild ist eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 1. März. Abseits spektakulärer Gedenkveranstaltungen ging das höchste deutsche Gericht für Zivil- und Strafsachen seiner Alltagsarbeit nach, als es über ein von deutschen Soldaten im Oktober 1943 verübtes Massaker zu urteilen hatte. Damals waren nahe der süditalienischen Kleinstadt Caiazzo 22 Menschen, darunter zehn Kinder im Alter zwischen vier und 14 Jahren, "grausam und aus niedrigen Beweggründen" (BGH) ermordet worden. Der namentlich bekannte Haupttäter, in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt, geht straffrei aus, weil die Tat verjährt sei. Nach Meinung des BGH hat die Verjährungsfrist schon am Tag der Tat begonnen und nicht erst nach der Kapitulation. Denn der Mörder habe mit Strafverfolgung durch die Wehrmacht rechnen müssen, die solche Taten schon zur Aufrechterhaltung der "Manneszucht" verfolgt hätte. Hitlers Soldaten (die große Mehrheit der "anständigen" Deutschen) als "faire Kämpfer", die mit den Greueltaten der SS (eine fanatische Minderheit) und anderer schwarzer Schafe nichts zu tun hatten - das ist die Sichtweise der staatlichen Elite, die noch heute den Nachgeborenen als höchst aktuelle Lehre mit auf den Weg gegeben wird: Die in der Debatte um Auslandseinsätze der Bundeswehr vorgebrachten Mahnungen zur Rücksichtnahme "aus historischen Gründen" (wegen der von der Wehrmacht begangenen Verbrechen) - erscheinen gänzlich unangebracht, wenn diese Wehrmacht doch nur eine Armee wie jede andere war.

In unserer Serie Kapitulation und Befreiung geht es diesmal zum einen um Dresden: die historische Wahrheit des Februar 1945 und seine Verarbeitung bei den Gedenkveranstaltungen 50 Jahre danach.

Klaus Mellenthin beschreibt das Lager Theresienstadt, oft beschönigend "Ghetto" genannt. Theresienstadt, die "Tarnung für Auschwitz", diente den Nazis als Schleuse zu den Vernichtungslagern und als Instrument der Propaganda.

In einem längeren Beitrag behandelt der Historiker Werner Röhr die "Kriegsniederlage des faschistischen Deutschland und die Aufhebung ihrer Folgen". Er fragt nach den Kontinuitäten deutscher Großmachtpolitik. Die bedrohlichste: "der vernehmliche Anspruch, die Nachfolger der Wehrmacht für ‚deutsche Interessen` bei Bedarf an jedem Punkt der Erde einzusetzen."

17. Vor 50 Jahren. Chronologie Teil 3: März 1945

Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:07

Diese Chronologie entstand durch die Auswertung verschiedener Quellen; darunter das Kalendarium der Geschehnisse im KZ Auschwitz von Danuta Czech, die Enzyklopädie des Holocaust, die Deutsche Chronik - Alltag im Faschismus von Heinz Bergschicker, der Endlösung-Atlas von Gilbert und verschiedene andere. Der Vergleich dieser Quellen ergab, daß manche Datumsangaben um Tage differieren. Dies liegt in einigen Fällen daran, daß Ereignisse ihrem Beginn bzw. - bei militärischen Operationen - ihrem Endpunkt zugeordnet werden. Teilweise sind die Abweichungen aber auch darin begründet, daß insbesondere in der Endphase des Krieges die Unterlagen über einige "Maßnahmen" gar nicht mehr geführt wurden und außer den Erinnerungen der wenigen Überlebenden keine anderen Quellen vorhanden sind.

März 1945

Im März eröffnen die Westalliierten die Kampfhandlungen an der Westfront und rücken mit großer Geschwindigkeit in mehreren Stoßkeilen nach Osten vor. Der große Ruhrgebietskessel wird erst Ende März/Anfang April geschlossen. Im Verlauf des März wird nicht nur das gesamte linksrheinische Gebiet erobert, sondern speziell im Süden in breiter Front der Rhein überschritten und weiter in Richtung Österreich, Böhmen und Thüringen vorgerückt. Ende März ist an allen Frontabschnitten der deutsche Machtbereich (incl. Österreich) auf weniger als die Vorkriegsgrenzen zusammengeschmolzen.

Die deutsche Rüstungsindustrie kann die Munitionsanforderungen der Wehrmacht nicht mehr erfüllen. Die Durchhalteparolen, Drohungen gegen die kriegsmüde Bevölkerung (Sippenhaft) und immer wahnsinnigere Versprechen auf "geschichtliche Wenden" nehmen angesichts einer in Auflösung befindlichen staatlichen Ordnung zu.

Ebenso mehren sich Versuche von NS-Größen, mit den Westmächten zu einem Separatfrieden zu kommen. Risse in der NS-Spitze zwischen Vertretern des Durchhaltens bis zum letzten (Hitler, Bormann) und anderen Kräften, die in einem Westbündnis eine Chance zum politischen Überleben sehen (Schwerin von Krosigk, Himmler, Ribbentrop etc.), werden deutlicher.

Anfang März sind immer noch 700.000 Menschen, darunter 200.000 Frauen, in KZs gefangen, bewacht von etwa 40.000 SS-Leuten.

Im Komplex des KZ Mauthausen werden neue Nebenlager zur Aufnahme der Überlebenden der "Evakuierungen" eingerichtet: Amstetten (ca. 3.000 Gefangene), Frauenlager Amstetten (500), Gunskirchen (17.000-22.000).

Tag für Tag - Chronologie des März 1945

1. März 1945: Deutscher Gegenangriff in Niederschlesien mit begrenzten Gewinnen.

Amerikanische Truppen besetzen Trier.

2. März 1945: Lediglich Schwerbeschädigte mit über 70% Beschädigung bleiben vom Volkssturm ausgenommen.

3. März 1945: (Rückdatierte) Kriegserklärung Finnlands an Deutschland.

Zusammentreffen von Amerikanern und Kanadiern; Trier wird erobert.

4. März 1945: Die Rote Armee erreicht die Ostsee westlich von Kolberg.

5. März 1945: Amerikanische Truppen rücken in Köln ein.

Vom NS-Staat wird der Jahrgang 1929 einberufen.

Durchbruch im Norden von Köslin; die Heeresgruppe Weichsel der deutschen Wehrmacht ist eingeschlossen. Graudenz kapituliert, Bormann ordnet den Einsatz der NS-Gaufunktionäre zur Krisenbekämpfung in frontnahen Gebieten an.

6. März 1945: Deutsche Offensive am Plattensee (Ungarn).

7. März 1945: Amerikanische Truppen überschreiten den Rhein bei Remagen.

Zusammenbruch der deutschen Westfront. Köln wird endgültig erobert.

Beginn der faschistischen Massenmorde in der Bittermark und im Rombergbark.

In Belgrad wird eine Regierung Jugoslawiens mit Tito an der Spitze gebildet.

8. März 1945: Das deutsche Oberkommando in Italien nimmt auf Befehl Himmlers Kontakt mit den Alliierten auf.

Hitler droht Sippenhaft für jeden an, der nachweislich unverwundet oder ohne bis zum Äußersten gekämpft zu haben in Gefangenschaft gerät.

Von Wien geht ein Transport mit rund 1.070 Menschen nach Theresienstadt. Es sind ungarische Juden, die zum Arbeitseinsatz nach Österreich deportiert worden waren.

9. März 1945: Bormann gibt als grundsätzlichen Befehl zur Verteidigung Berlins die Parolen "bis zum letzten Mann und bis zur letzten Patrone" aus.

10. März 1945: Generalfeldmarschall Kesselring löst von Rundstedt als Oberbefehlshaber West ab.

Bormann fordert von der Bevölkerung die Erfassung von Deserteuren, Versprengten und "Drückebergern, die rücksichtslos ausgemerzt werden sollen".

12. März 1945: Heinz Priess, Mitglied der Hamburger Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe, wird in Brandenburg hingerichtet.

13. März 1945: Angriff auf die deutschen Truppen bei Braunsberg.

15. März 1945: Beginn der Offensive der Roten Armee in Oberschlesien im Raum Grottkau sowie im Norden von Ratibor.

In einer Denkschrift kündigt Rüstungsminister Speer den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Deutschen Reiches für die nächsten vier bis acht Wochen an.

16. März 1945: Sowjetische Gegenoffensive am Plattensee, die nach neun Tagen erfolgreich abgeschlossen wird.

17. März 1945: Koblenz wird erobert.

18. März 1945: Einschluß einer deutschen Armeegruppe bei Oppeln. Kolberg wird eingenommen.

19. März 1945: In Hitlers "Nero-Befehl" wird die Zerstörung aller Industrie-, Verkehrs- und Versorgungsanlagen in Deutschland angeordnet.

Ein Geheimbeauftragter des deutschen Außenministers von Ribbentrop sondiert in Stockholm die Möglichkeit eines Separatfriedens mit den Westalliierten.

20. März 1945: Jugoslawische Offensive in Dalmatien; der Frontbogen bei Sarajewo wird geräumt.

Hitler dekoriert im Garten der Reichskanzlei Jugendliche ab zwölf Jahren mit Eisernen Kreuzen.

21. März 1945: Gründung des "Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" in Aachen.

Beginn des Todesmarsches von 35.000 Häftlingen des KZ Sachsenhausen. Er dauert bis zum 1. Mai 1945 und führt durch Mecklenburg. Rund 10.000 Menschen sterben dabei oder werden ermordet.

In einem Brief an seinen Leibmasseur Dr. Kersten spricht Himmler davon, daß er seit 1936 immer wieder gemeinsam mit jüdischen amerikanischen Vereinigungen den Weg beschritten habe, die Juden aus Deutschland ausreisen zu lassen, bis "der Krieg und die mit ihm einsetzende Unvernunft in der Welt seine Durchführung unmöglich machten."

22. März 1945: Himmler wird als militärischer Befehlshaber wieder abgelöst; deutscher Angriff auf den Brückenkopf bei Küstrin an der Oder.

Amerikanische Truppen überschreiten bei Oppenheim den Rhein.

Der ehemalige Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk schlägt Goebbels Kontakte zu den Westmächten vor.

23. März 1945: Britische Truppen setzen bei Wesel über den Rhein.

Amerikanische Truppen stoßen bis Mainz vor.

Die deutsche Front in Hinterpommern (Danziger Bucht) zerreißt.

Hitler befiehlt den Ausbau der Berliner Ost-West-Achse als Start- und Landebahn.

24. März 1945: Die Rote Armee erobert die Neiße.

25. März 1945: Die gesamte Pfalz (Worms, Germersheim, Ludwigshafen) ist besetzt.

26. März 1945: Die Rote Armee beginnt den Vormarsch auf Wien.

US-Truppen überqueren den Rhein bei Worms. Deutsche Verbände werden im Westerwald zerschlagen. US-Truppen nehmen Darmstadt ein und erreichen den Main bei Hanau und Aschaffenburg.

27. März 1945: Acht führende Mitglieder - darunter zwei Frauen - des "A.N.V." (Antinationalsozialistischer Verband) werden unter Anklage des Hochverrats verhaftet.

28. März 1945: Die Rote Armee überschreitet die Raab in Ungarn; die Wehrmacht zieht sich vom Ölzentrum in Nagykarniza zurück.

Erneute Kürzung der deutschen Lebensmittelrationen. Pro Woche erhalten "Normalverbraucher" 1.700g Brot, 250g Fleisch, je 125g Fett und Zucker und 250g Grundnahrungsmittel.

29. März 1945: Amerikanische Truppen in Wiesbaden und Frankfurt/Main. Vernichtung deutscher Verbände bei Idstein. Mannheim wird erobert.

Angriff der Roten Armee auf Maribor bis zur Mur (Jugoslawien). Vernichtung der Braunschweiger Gruppierung an der Adria-Küste.

30. März 1945: In Frankfurt/Main werden Antifaschistische Stadtteilausschüsse gegründet.

Die Rote Armee erreicht das Stettiner Haff und die Danziger Bucht. Danzig wird erobert. Im Süden wird die österreichische Grenze erreicht.

Im Westen werden Bocholt und Emmerich von anglo-amerikanischen Truppen besetzt.

In einem Durchführungserlaß wird der "Nero-Befehl" relativiert; zumindest die Industrieanlagen sollen funktionstüchtig erhalten bleiben. Das US-Außenministerium berichtet von Plänen des "Monopols", nach dem Krieg erneut an die Macht zu kommen.

31. März 1945: Die Rote Armee errichtet eine Frontlinie Strehlen/Neiße/Ratibor.

Ende März 1945: Vom Lager Buchenwald aus beginnen die ersten Todesmärsche.

In der Slowakei haben sowjetische Einheiten eine Frontlinie östlich Ostrava/Istebna/Vrutky errichtet.

18. Kapitulation oder Befreiung? Die Kriegsniederlage des faschistischen Deutschland und die Aufhebung ihrer Folgen

Autor: Werner Röhr · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:08

Von Werner Röhr

Hans Peter Schwarz, Mitherausgeber der "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte", Adenauer-Biograph und einer der Rechtsaußen bundesdeutscher Politikwissenschaft, äußerte kurz nach dem 9. November 1989, der 8. Mai 1945 sei eigentlich ein belangloses Datum. Der 1. September 1994 dagegen, an dem der letzte russische Soldat verabschiedet würde, sei eine Epochenzäsur. Die Katastrophe ist für Schwarz eben nicht, was das faschistische Deutschland über die Völker brachte, sondern sein Scheitern als autonome Großmacht. Wenn auch nur zähneknirschend, die Bedeutung des definitiven Scheiterns des zweiten deutschen Anlaufes zur europäischen Vorherrschaft in einem Halbjahrhundert konnte nicht geleugnet werden.

Was der Revision des 8. Mai 1945 als Zäsur folgen soll, hat Schwarz inzwischen in einem Buch nachgeliefert: "Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne." (1) Titel und Untertitel sind Anspruch und Programm zugleich. Denn Deutschland sei endlich wieder dreierlei in einem: Nationalstaat, europäische Großmacht und europäische Zentralmacht. Die Aufgabe einer Zentralmacht habe es wahrzunehmen, ob es wolle oder nicht, schließlich sei es "Zur Großmacht verdammt". (2)

"Geschichtliche Erkenntnisse, die nicht analytisch auf die aktuellen Orientierungsfragen bezogen werden, bleiben politisch folgenlos." (3) Diese seit 1989 von den Linken in Deutschland konsequent ignorierte, aber zweifellos zutreffende Erfahrung bildet das Leitmotiv von Schwarz. Sein offenes Bekenntnis verdient ernst genommen zu werden. Verweist es doch darauf, welche Aufgabe Historikern und Politikwissenschaftlern "im Kontext der Umgestaltung Europas" bei "Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne" zukommen soll.

Kapitulation und/oder Befreiung?

Am 8. Mai 1945 hat das faschistische Deutschland vor den Mächten der Antihitlerkoalition bedingungslos kapitulieren müssen. Die Niederlage war vollständig, und sie wurde im Unterschied zu 1918 konsequent exekutiert. Es war nun nicht mehr möglich, sich als "im Felde unbesiegt" darzustellen.

Nicht nur die Wehrmacht wurde besiegt, sondern der kriegführende deutsche Staat. Mit der Vier-Mächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 "In Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme höchster Autorität hinsichtlich Deutschlands" hörte er auf zu bestehen.

Wer mußte befreit, wer mußte niedergeschlagen werden? Kapitulation und Befreiung bilden nicht nur seit 50 Jahren die Ausgangspunkte gegensätzlicher Bewertungen und Traditionslinien. Sie stehen tatsächlich in einem dialektischen Verhältnis zueinander und verteilen sich nicht nur auf verschiedene Parteien. Niederschlagung, Niederlage der faschistischen Eroberer und Unterdrücker bedeuteten Befreiung für die Völker der okkupierten Länder, für die noch lebenden Juden wie für die Häftlinge in Konzentrationslagern und Gefängnissen, für Antifaschisten und Hitlergegner.

Als am 27. Januar 1945 die Soldaten der Roten Armee das Konzentrationslager Auschwitz befreiten, gab es für niemanden auf dieser Welt eine Frage, wer wen wovon befreit hat. Ein halbes Jahr zuvor, im Juli 1944, hatte die belorussische Operation der Roten Armee, die die deutsche Heeresgruppe Mitte zerschlug, das KZ Majdanek befreit. Damals waren erstmals Fotodokumente über die Massenvernichtungsstätten der Nazis von sowjetischen Kriegskorrespondenten in die Weltöffentlichkeit gebracht worden.

Die Tatsache der militärischen Befreiung Polens durch die Rote Armee läßt sich nachträglich nicht aus der Welt schaffen und somit auch nicht die Tatsache der Befreiung der von den Nazis auf polnischem Territorium eingerichteten Vernichtungsstätten. Selbst die blindesten antikommunistischen und antisowjetischen Historiker können diese Tatsachen nicht leugnen. Aber sie bestreiten deren Charakter als Befreiung, um politische Folgerungen zu begründen. Hätte ich es nicht mit eigenen Ohren 1993 auf einer Konferenz in Auschwitz

vernommen, würde ich es kaum glauben: Die Rote Armee habe Auschwitz nicht befreit; das Regime Stalins - selbst unfrei und "totalitär" - hätte nie und nimmer irgend jemanden befreien können. Eine terroristische Diktatur habe nur die andere abgelöst. (4) Zu den offiziellen Feiern der Befreiung von Auschwitz am 50. Jahrestag wurden die Befreier nicht einmal als Redner zugelassen.

Das Beispiel ist instruktiv: Das KZ Auschwitz konnte sich schwerlich selbst befreien, es wurde befreit. Befreit von den SS-Schergen, befreit zum Leben. Gleiches gilt für die von der deutschen Besatzungsherrschaft geknechteten Völker: Die Bedingung ihrer Befreiung bzw. Selbstbefreiung war die Niederschlagung der faschistischen Okkupanten.

Unmittelbar befreit wurden in Deutschland die Antifaschisten aus Gefängnissen und Konzentrationslagern, die wenigen überlebenden Juden, Sinti und Roma und die Millionen ausländische Zwangsarbeiter. Die Träger und Stützen des faschistischen Regimes, die Millionenmasse seiner Soldaten, die Schergen und Henker des Naziterrors mußten besiegt und niedergeschlagen werden, um die Völker und das ganze deutsche Volk von ihnen zu befreien.

Mittelbar war es auch eine Befreiung für all diejenigen, die besiegt werden mußten. Ihre Niederschlagung war auch für sie eine Chance zur Befreiung vom Faschismus. Im Museum für Deutsche Geschichte in Berlin hing zu DDR-Zeiten ein Bild von Fritz Duda "Der Heimkehrer", gemalt 1947. Es zeigt den Soldaten der faschistischen Wehrmacht, der nur befreit werden konnte, indem er besiegt wurde.

Ob diese Niederlage als Chance zur Befreiung begriffen und ergriffen wurde oder nur als Katastrophe, von der sie sich künftig wiederum zu befreien hätten, das macht den entscheidenden Unterschied aus. Das Bekenntnis zur Befreiung auch des deutschen Volkes, wie vor zehn Jahren in der Rede Richard von Weizsäckers, ist respektabel. Doch es ist kein Gegenbeweis gegen eine Staatspolitik, die seit Adenauer systematisch darauf abzielte, sich von den durch die Niederlage Hitlerdeutschlands auferlegten Beschränkungen zu befreien.

Ich halte nichts davon, jenen, denen der 8. Mai als Tag der Niederlage Symbol der Katastrophe ist, einreden zu wollen, sie seien befreit worden. Denn für die interessierten Nutznießer des Raubkrieges war es in der Tat eine Katastrophe: Die Vorherrschaftsansprüche, mit so viel Mord in Szene gesetzt, erlitten Schiffbruch. Ihren Trägern wurden Fesseln angelegt, ihre Soldaten marschierten in die Kriegsgefangenschaft.

Für das deutsche Volk war eine Katastrophe, daß es in seiner Mehrheit erst besiegt werden mußte, um die Chance eigener Befreiung zu erhalten. Wer allerdings die eigene Niederlage nicht in die eigene Befreiung verwandelte, der blieb und bleibt nur besiegt. Und für ihn wäre "Befreiung" nur eine Befreiung von der Niederlage, d.h. die Aufhebung ihrer Folgen.

Die Katastrophe bestand in der faschistischen Diktatur und ihren Verbrechen, sie bestand in Aggressionskrieg und Okkupationsherrschaft, in Vernichtungskrieg und Völkermord. Mit dem Sieg über Hitlerdeutschland wurde dieser Katastrophe endlich ein Ende gesetzt. Die Katastrophe für das deutsche Volk bestand und besteht darin, daß es in seiner Mehrheit Vollstrecker dieser Verbrechen war bzw. sie unterstützte, und daß die Alliierten ihm den Antifaschismus verordnen mußten.(5)

Das Ende der Nachkriegszeit für Deutschland

Die Nachkriegszeit ist nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland zu Ende gegangen, aber für sie mit dem größten Erfolg: Die DDR existiert nicht mehr, die Barriere gegen Expansion und Krieg von deutschem Boden aus ist entfallen. Die vier Besatzungsmächte haben auf ihre Siegerrechte verzichtet, ihre Truppen wurden zurückgezogen. Die Bundesrepublik Deutschland ist außenpolitisch souverän, fast alle aus der Niederlage herrührenden Beschränkungen wurden aufgehoben.

Der erfolgreiche Abschluß jenes Eroberungsprogramms namens "Wiedervereinigung" (6) schuf mehr als einen deutschen Nationalstaat mit außenpolitischer Souveränität. Mit dem Ende des Staates DDR - Mitglied der UNO, der KSZE und des Warschauer Vertrages - konnte die BRD 1. sämtliche Kräfteverhältnisse in Europa zu ihren Gunsten verschieben, 2. Deutschlands Stellung als Militärmacht und den deutschen NATO-Auftrag neu definieren und 3. ihre Währungshoheit nicht nur ausdehnen, sondern eine neue Stellung der D-Mark durchsetzen.

Aber gerade wegen der macht- und militärpolitischen Verschiebungen haben die Nachbarn mit diesem Deutschland ihre Schwierigkeiten. Das deutsche Großkapital hat mit seinem Nationalstaat, mit seiner D-Mark und seiner Militärmacht eine Weltgeltung erobert, die es ihm ermöglicht, andere Konkurrenten nunmehr erfolgreicher auf die Respektierung und Bedienung "deutscher Interessen" festzulegen. Dies mußten einige Mitglieder der "Europäischen Gemeinschaft" bei der erzwungenen Abwertungen ihrer nationalen Währungen in jüngster Zeit recht schmerzlich erfahren.

Doch wäre es irreführend, aus der Aufhebung so gravierender Folgen der Kriegsniederlage von 1945 schlußfolgern zu wollen, dieses Deutschland habe den verlorenen imperialistischen Krieg nun nachträglich gewonnen. Die bedingungslose Kapitulation kann wie jedes historische Ereignis nicht ungeschehen gemacht werden. Das Deutsche Reich von 1871 ist 1945 untergegangen und 1990 nicht wiederhergestellt worden. (7) Allerdings hat die Bundesrepublik den Kalten Krieg gewonnen und mit diesem Sieg wesentliche Folgen des 8. Mai 1945 in der Tat aufgehoben. Die vier wichtigsten Siegermächte des zweiten Weltkrieges haben mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von ihren Kriegszielen und Nachkriegszielen Abschied genommen. (8)

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom September 1990 ist keine friedensvertragliche Regelung, auch wenn er an die Stelle einer solchen trat. (9) Die Bundesregierung wollte jeden Anschein vermeiden, den Vertrag mit den Siegern des zweiten Weltkrieges aus der Position des Besiegten abzuschließen. Es gibt keinen Hinweis auf den zweiten Weltkrieg und die deutsche Verantwortung. So entwertet dieser Vertrag die Friedensverträge der Alliierten mit Italien, Bulgarien, Finnland, Rumänien und Ungarn, indem zahlreiche ihrer Bestimmungen hinfällig werden oder zur Disposition stehen. Mit dem Ausschluß der anderen Staaten der Antihitlerkoalition aus den Verhandlungen wurde Ländern ein Mitspracherecht verweigert, die unter der deutschen Okkupation schwer zu leiden hatten, z.B. Jugoslawien, Griechenland, Norwegen, die Tschechoslowakei.

Die rechtliche Form des Verzichtes Deutschlands auf Gebietsansprüche ist ambivalent. Nach dem Rechtsverständnis der BRD ist sie mit dem Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 identisch, d.h. einschließlich der ehemals deutschen, heute polnischen und russischen Gebiete. Der Grundgesetzartikel 116 wurde nicht geändert. Damit enthält das Grundgesetz nach wie vor Bestimmungen, die dem Artikel 1 des Zwei-plus-Vier-Vertrages widersprechen. Die polnische Forderung, alle rechtlichen Festlegungen der Bundesrepublik außer Kraft zu setzen, die dem Artikel 1 des Zwei-plus-Vier-Vertrages widersprechen, wurde nur reduziert erfüllt. Die geforderte völkerrechtliche Garantie der vier Mächte für die deutsch-polnische Grenze wurde umgangen. (10)

Auf Forderung der Bundesregierung wurden entscheidende Punkte, die in den Vertrag gehört hätten, in einen Brief beider deutscher Außenminister gesetzt. Da ein Brief nicht ratifiziert zu werden braucht, ging es eindeutig um eine rechtliche Herabstufung der aufgenommene Zusicherungen. Es handelt sich erstens um die Anerkennung der Enteignungen durch die Besatzungsmächte. Doch die BRD hat sich ein Schlupfloch gelassen, die enteigneten Nazi- und Kriegsverbrecher durch staatliche Ausgleichszahlungen zu entschädigen. Zweitens geht es um die Denkmäler für die Opfer des Faschismus und für die Gefallenen der Alliierten. Hier sollte noch einmal nachgelesen werden, daß die von Kohl durchgesetzte neue Inschrift an der "Neuen Wache" in Berlin bereits mit diesem Text von Gorbatschow und Schewardnadse gebilligt wurde, ebenso von de Maiziere.

Im Unterschied etwa zum Saarvertrag vom 27.10.1956 enthält der Zwei-plus-Vier-Vertrag keinerlei Schutzbestimmungen gegen Verfolgung oder Benachteiligung von Bürgern der DDR. Auch der "Einigungsvertrag" wies solche Schutzbestimmungen nicht auf, dafür aber solche ausdrücklicher Diskriminierung. (11)

Die Erlangung der Souveränität war an zwei Bedingungen geknüpft: Die Bestätigung der gegenwärtigen Grenzen und den Verzicht auf Atomwaffen. Sie war verbunden mit dem Fortbestand der deutschen NATO-Verpflichtungen und der militärischen Präsenz der USA in Deutschland. Während die USA diese beiden Punkte durchsetzen konnten, bedeutete diese Verschiebung aller politischen Kräfteverhältnisse in Europa für England und Frankreich zweifellos keinen Gewinn. Doch der große Verlierer war die Sowjetunion.

Deutschlands alte neue "Normalität"

Das Ende der Nachkriegszeit sieht vielfach wie die Wiederkehr einer im 20. Jahrhundert mehrfach erfahrenen "Normalität" aus. Nicht der zweite Weltkrieg, sondern die Niederlage des Faschismus habe die deutsche

Nationalgeschichte ruiniert, so Hans Peter Schwarz, nunmehr aber sei die deutsche Geschichte ins alte Stromtal des Nationalstaates zurückgekehrt. "Jetzt aber, nachdem Deutschland gewissermaßen wieder frei im Sattel sitzt, muß es selber reiten." (12) Vordenker wie Schwarz drängen die Politiker, dieser neuen alten "Normalität" selbstbewußt zu entsprechen und nicht mehr "Weltmacht wider Willen" zu sein. "Deutschland (steht) jetzt wieder am Anfang einer neuen Epoche seiner Nationalgeschichte und seiner Aufgabe als Zentralmacht Europas. Ob es das bereits klar erkennt, ob es das will oder nicht, ob seine Politiker die Intelligenz und die Kraft zur Gestaltung aufbringen, das ändert wenig an dem grundlegenden Sachverhalt." (13)

Solche "Intelligenz und Kraft zur Gestaltung" aber vermißt er. "Wo bleiben die Parteiführer, die dem trägen Koloß ein Fitneßtraining verordnen? Wo bleibt die Bundesregierung, die aus diesem Ritter der traurigen Gestalt wieder einen Mann macht?" (14) Wer "zur Großmacht verdammt" sei, mache sich mit "Winseln und Zähneklappern" nur lächerlich. Schwarz ist keineswegs der einzige konservative Autor, der als Orientierungshelfer der Regierungspolitik darauf drängt, die "Angst vor der Macht" abzuwerfen und die "Machtvergessenheit", die nach der Niederlage der "Machtbesessenheit" gefolgt sei, als schädlich für die "deutschen Interessen" zu erkennen. (15)

Am Beginn einer neuen Epoche der Nationalgeschichte sei es erforderlich, die "deutschen Interessen" klar zu benennen und nicht nur in europäische einzubetten. Deutschland müsse seine Macht vielmehr international zur Geltung bringen, denn es sei nun eine "ziemlich ausschlaggebende Macht". Für die deutsche Außenpolitik gelte es, die bisherige Unterschätzung des Machtfaktors endlich aufzugeben und die eigene Macht auch einzusetzen.

Der durch die Niederlage 1945 "traumatisierte Riese" habe sich in "deutschem Legalismus" vom Grundgesetz irritieren lassen, das militärische "Teilnahme an Friedenssicherung" doch gar nicht verbiete. Die militärische Abstinenz Deutschlands im Golfkrieg und in Jugoslawien erklärt Schwarz für sträfliche Fehler.

Ein Blick auf die tatsächliche Politik, und nicht allein auf die in den Medien dargestellte, läßt erkennen: Die politischen Konzepte sind vorsichtiger und mehrgleisiger, aber hinsichtlich der Zielstellung kein bißchen bescheidener.

Deutsche Interessen und deutscher Militäreinsatz

Als das Bundesverfassungsgericht am 12. Juli 1994 befand, der Einsatz der Bundeswehr an jedem Punkt der Erde sei auch ohne Grundgesetzänderung legal, folgte es der Logik der Bundeswehrführung. Deren Generalinspekteur Naumann hatte schon vor geraumer Zeit über die Rolle des militärischen Instruments für die künftige Politik Deutschlands und seine "größere Verantwortung" in der Welt nachgedacht. (16) Es ist keine deutsche Besonderheit, eigenes Vormachtstreben mit dem Etikett "größere Verantwortung" zu schmücken. Ebensowenig blieben Naumanns Überlegungen seine Privatsache. Sie wurden von der Bundesregierung offiziell bestätigt und alsdann am 26. November 1992 von Minister Rühe als offizielle "Verteidigungspolitische Richtlinien" des Bundesministeriums für Verteidigung erlassen. (17)

Die Bedeutung der "Verteidigungspolitischen Richtlinien" wird auch durch die Tatsache bestimmt, daß seit den Tagen General Schleichers erstmals wieder eine deutsche Militärführung eine ähnliche politische Stellung einnimmt. Dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes folgte der Bundestag auf der Stelle mit einem Beschluß. Am 22. Juli 1994 erteilte er die konstitutive Zustimmung zu den Einsätzen der Bundeswehr in der Adria und zu den AWACS-Flügen über Bosnien-Herzegowina.

Auch die SPD stimmte der Beteiligung an Einsätzen des NATO und der WEU zur Durchsetzung von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates zu. Die bisherige Salamitaktik, die deutsche und die Weltöffentlichkeit schrittweise und sehr allmählich wieder an deutsche Soldaten im Einsatz außerhalb Deutschlands zu gewöhnen, hatte damit ein Ende. Beschränkungen und verschämte Bemäntelungen, wie sie auf dem Schleichweg über Einsätze in Kampuchea oder Somalia noch unerläßlich schienen, wurden von einem Tag zum anderen über Bord geworfen.

Über den Auftrag der Bundeswehr heißt es in den "Richtlinien": Sie "trägt entscheidend dazu bei, die politische Handlungsfähigkeit und Bündnisfähigkeit Deutschlands zu erhalten." Da Rußland seine Fähigkeit zur strategischen Offensive grundsätzlich aufgegeben habe, sei eine Gefährdung Deutschlands von hier aus

auszuschließen. Als künftige Schwerpunktaufgabe wird "Krisenmanagement" benannt. Da Sicherheitspolitik sich weder inhaltlich noch geographisch eingrenzen lasse, wird ein flexibles Instrumentarium internationaler Politik gefordert. Dazu geeignete "Krisenreaktionskräfte" sollten den schnell verfügbaren Teil der Hauptverteidigungskräfte bilden. "Militärische Solidarbeiträge" bestimmten künftig den "politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden können."

Nun war erwiesen, daß die D-Mark unter den Bedingungen der Nachkriegszeit als Expansions- und Herrschaftsmittel von größerer Effizienz bei der Durchsetzung "deutscher Interessen" war als seinerzeit die Wehrmacht. Ungeachtet dessen glaubt man jetzt, auf das militärische Instrument nicht verzichten zu können (18) und verpflichtet es, "die deutschen Interessen international zur Geltung" zu bringen: "Ein Teil der deutschen Streitkräfte muß daher zum Einsatz außerhalb Deutschlands befähigt sein."

Ob auf traditionelle Weise oder als NATO-Krisenkräfte, deutsche Streitkräfte im Kampfeinsatz außerhalb Deutschlands rufen bei den Völkern Europas unweigerlich Erinnerungen an jenen letzten Einsatz deutscher Truppen wach, von dem sie selbst betroffen waren. Und sie stellen die Frage nach den "deutschen Kontinuitäten". Der bei Festreden zum 20. Juli 1994 öffentlich geäußerte Respekt für Graf Stauffenberg und seine Gefährten kann nicht vergessen machen, daß nicht sie, die den Verbrechen ein Ende setzen wollten, sondern jene Generale und Offiziere, die die Verschwörer aus der Wehrmacht und vor den Volksgerichtshof Freislers stießen, später als Offiziere der Bundeswehr deren Traditionsverständnis wesentlich bestimmen sollten. Kein General wurde in der Bundesrepublik wegen seiner Rolle beim Rachefeldzug der Hitlerclique nach dem 20. Juli 1944 gerichtlich zur Verantwortung gezogen.

Deutschland als NATO-Macht in Gegenwart und Zukunft

Welche Stellung nimmt das neue, vergrößerte, imperialistische Deutschland in der NATO ein? Es beschreitet einen spezifischen Weg, die neue Souveränität und die sukzessive Hegemonie auch militärpolitisch auszugestalten. Dieser Weg ist durch zwei Momente gekennzeichnet: Das eine ist die deutsch-amerikanische Achse. Das andere ist die widersprüchliche Bündniskalkulation: Durch Verzicht auf bisher eigenständige Militäreinsätze und Teilhabe an den gemeinsamen Einsätzen der NATO zugleich die Militärpotentiale der Konkurrenten für sich zu instrumentieren.

Zwar hat die Bundesregierung Clintons Aufforderung zur Partnerschaft "in leadership" nicht mit gleichem Pathos erwidert, aber sie erfüllt genau jene amerikanischen Erwartungen, die in sie gesetzt werden: den USA auch weiterhin den Status einer europäischen Macht zuzubilligen. Die USA fürchten den Trend zu einem "geschlossenen Europa" - nicht zuletzt auch hinsichtlich der Marktanteile. Ihr Wunsch nach einer deutscher Führerschaft mit amerikanischer Rückendeckung ist keineswegs selbstlos. Die USA setzen auf einen deutschen Hegemonialanspruch in Europa und einen globalen Willen von solcher Reichweite, daß diese Ambitionen ohne Unterstützung der USA gar nicht realisierbar sind. Also werden deutsche Hegemonievorhaben ermuntert, um die Unentbehrlichkeit Amerikas für die deutsche Politik zu begründen. So wird die NATO für deren Führungsmacht erneut bedeutsam, nämlich als Versicherung gegen einen strategischen Macht- und Bedeutungsverlust.

Was aber die Bundesregierung angeht, so hütet sie sich vorerst vor einer allzu offenen und offensiven Inanspruchnahme einer europapolitischen Rolle. Schließlich hat ihr der erfolgreiche Alleingang in Jugoslawien auch einen amerikanischen Rüffel eingetragen. Auch die deutschen Imperialisten kleiden ihre Machtansprüche in das pathetische Bekenntnis zur "gewachsenen Verantwortung". Aber die Art, neue deutsche Ansprüche anzumelden, ist auf besondere Weise verlogen. Die heuchlerische Selbstkritik, bislang beim militärischen Teil der ordnenden Aufsicht der imperialistischen Hauptmächte über den Rest der Staatenwelt "beiseite gestanden" zu haben, drückt nur die tiefe Unzufriedenheit mit den gegebenen militärpolitischen Verhältnissen aus. Die bisherige "Drückebergerei" deutscher Streitkräfte vor den imperialistischen Kriegs- und Ordnungsfeldzügen hält Helmut Kohl inzwischen für "nicht akzeptabel mit der Würde unseres Landes".

Der vernehmliche Anspruch, die Nachfolger der Wehrmacht für "deutsche Interessen" bei Bedarf an jedem Punkt der Erde einzusetzen, und die Absage, die Entscheidungen darüber dem Bündnispartner unterzuordnen - "Wann und wo Deutschland sich engagiert, wird in Deutschland entschieden" (19) - steht allerdings in merkwürdigem Kontrast zum gegenwärtig verfolgten Weg dieser Politik: Die Bundesrepublik war integraler

Bestandteil, aber unselbständiger Teilhaber einer supranationalen Weltmacht. Der jüngste Entschluß zu mehr bewaffneter Weltpolitik bricht nicht mit der gegebenen militärischen Arbeitsteilung in der NATO. Vielmehr wird demonstrativ versucht, diese zu erhalten, zu erneuern und auszubauen. Gegenwärtig bilden die Erneuerung der NATO und der Ausbau der deutsch-amerikanische "Achse" den Hauptweg, auf dem bundesdeutsche Militärmacht entfaltet werden soll. Konkurrierende Wege zu selbständigerer Militärmacht bleiben vorerst untergeordnet.

Das vergrößerte Deutschland meldet sich also noch nicht offen in den Klub der eigenständigen militärischen Großmächte zurück. Es verzichtet vorerst auf Aktionen auf eigene Faust und mit eigenen Mitteln. Doch künftig will es sich nur noch an diesen Großmächten messen lassen. So beansprucht die BRD in Jugoslawien eine Schiedsrichterrolle, die ohne massiven Militäreinsatz nicht durchzusetzen ist. Einen solchen Einsatz nimmt sie aber nicht in Angriff. Umgekehrt entspricht der militärischen Zurückhaltung keine politische. Wenn die fehlenden eigenen Mittel von den Verbündeten bereitgestellt werden, ist die bewußt eingegangene militärische Unselbständigkeit in der NATO-"Arbeitsteilung" von Vorteil. Denn um die Militärmacht der Verbündeten für die eigenen Interessen zu nutzen, bleibt die Integration unerläßlich.

Diese Politik fährt zweigleisig: Priorität hat vorderhand die Achse mit den USA in der NATO. Die BRD braucht die Präsenz und den Status der USA als einer europäischen Militärmacht, um ihr militärisches Defizit gegenüber England und Frankreich auszugleichen. Aber untergeordnet, doch keineswegs unterschwellig, wird gleichzeitig auf die Karte des europäischen Anti-Amerikanismus gesetzt. Während alle Vorteile der transatlantischen Achse genutzt werden, soll deren Nachteil, nämlich die Abhängigkeit von den USA, durch die Beseitigung ihres Vorrangs in der NATO abgebaut werden. Die Bundesrepublik meldet innerhalb der NATO das Bedürfnis nach "Europäisierung" an, sprich den Anspruch auf allmähliche Gleichberechtigung der europäischen und der amerikanischen Seite.

Parallel dazu aber bedient sie neben der NATO die WEU als weiteren militärischen Zusammenschluß, als künftige militärische Komponente der EU. Mit der WEU will sie auch dann "militärisch handlungsfähig" sein, wenn die USA an Kriegsaktionen nicht interessiert sind. Wer definiert dann die "Lage", denn die Konkurrenz der Lagebeurteilung ist die Konkurrenz der Strategien?

Wie das Ende der Nachkriegszeit als Zäsur für die endgültige Befreiung von jenen historischen Schranken verstanden wird, die der Macht und der Expansion des deutschen Großkapitals, seiner D-Mark und seiner Streitkräfte noch hindernd im Weg stehen, verdeutlichen als jüngstes politisches Dokument die "Überlegungen zur europäischen Politik", welche die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgerechnet am 1. September 1994 über die künftige "Ordnung des Kontinents" vorstellte. (20) In ihnen wird prognostiziert, daß die Bundesrepublik "aus eigenen Sicherheitszwängen" versucht sein könnte, "die Stabilisierung des östlichen Europa allein und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen." (21)

Das Jus ad bellum als Recht auf "legitime Intervention"

Anscheinend ging die Nachkriegszeit in Europa gleich zweimal zu Ende: Das erste Mal mit dem Abkommen von Helsinki 1975, das zweite Mal mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990. Beide Male wurde verkündet, damit sei auch der Kalte Krieg zu Ende. Und in beiden Fällen stimmt es nicht. Die Konferenz und die Abkommen von Helsinki hätten eine europäische Friedensordnung begründen können. Doch sie wurden zu einem Instrumentarium, das sozialistische Weltsystem "durch Annäherung" zu beseitigen. Mehr noch, unmittelbar danach wurde eine neue Phase des Kalten Krieges eingeleitet, in der die Sowjetunion totgerüstet und als "Reich des Bösen" vernichtet werden sollte.

Mit dem Ende der Sowjetunion und der staatlichen Existenz des Sozialismus in Europa scheint jene imperialistische Weltordnung wiedergekehrt zu sein, wie sie vor dem ersten Weltkrieg bestand. Die Interessenkonstellation der kapitalistischen Hauptländer, welche über Jahrzehnte durch den Gegensatz zum sozialistischen Lager kanalisiert wurde, wirkt in ihrer aggressiven Konkurrenz nun ungehemmt. Nationalitätenkonflikte und andere Gegensätze, die gedämpft waren, werden kriegerisch ausgetragen. In der Regulierung des Krieges gegen Bosnien-Herzegowina durch konkurrierende imperialistischer Mächte sind alle drei Momente gleichzeitig wirksam. Wir scheinen in die Situation der Balkankriege zurückversetzt, selbst die Konstellationen der einzelnen europäischen Staaten zu den Nachfolgestaaten Jugoslawiens scheinen sich zu wiederholen.

Das Ende der Nachkriegszeit bedeutet, daß der Krieg in neuer Weise zum akzeptierten Mittel imperialistischer Politik geworden ist. Nicht, daß es von 1945 bis 1989 nicht Dutzende Kriege gegeben hätte. (22) Die "grundlegenden Muster der früheren Eroberungszüge bestehen bis zum heutigen Tage fort", schrieb Noam Chomsky 1993. (23) Doch bildet der Golfkrieg als imperialistische Strafaktion den ersten Meilenstein der "Neuen Weltordnung", nachdem das sozialistische Lager als Barriere entfallen ist und das Jus ad bellum von den führenden imperialistischen Mächten offen beansprucht wird. (24) Mehr noch: Erstmals in der Geschichte des Imperialismus wird eine Art Monroe-Doktrin für die ganze Welt aufgestellt. Sie dekretiert das Recht auf Krieg als "legitime Intervention", wenn sich ein Staat nicht konform genug gegenüber jenen Mächten verhält, die sich "im Rahmen einer Hegemonialordnung" als "ordnungsstiftend" verstehen. (25) Und deren "ordnungsstiftende" Völkerrechtsbrüche dekretiert niemand anders als sie selbst als "rechtens". (26)

Krieg und Militärintervention sind nunmehr auch für Deutschland wieder denkbar geworden, als ein legales politisches Instrument. Die BRD plant an "ordnungsstiften-den" "Friedenssicherungen" künftig teilzunehmen, um gerade durch sie die eigenen weltpolitischen Interessen durchzusetzen. Das Ende der Nachkriegszeit ist daher als Zäsur gleichbedeutend mit einer neuen Stellung der imperialistischen Hauptmächte zum Krieg: Ihr Anspruch bezeichnet nicht eine Vorkriegszeit, sondern bereits die unmittelbare Gegenwärtigkeit des Krieges. (27)

Was nun die NATO insgesamt angeht, so ist ihr zwar der entscheidende Gegner abhanden gekommen, doch hat sie deshalb noch lange nicht ihre Gründe, Kriege ins Auge zu fassen und vorzubereiten, aufgegeben. Sie bleibt ein Kriegsbündnis, das mit "Krisenreaktionskräften" weltweit intervenieren will, ob mit oder ohne die UNO. Das Ende der Nachkriegszeit bringt 50 Jahre nach dem 8. Mai 1945 keine Friedensordnung, (28) sondern einen neuen Militärinterventionismus als Instrument imperialistischer Großmachtpolitik. Es bringt die Ängste der Völker vor deutschem Vorherrschaftsstreben zurück. (29)

Die neuen Inhalte der "europäischen Sicherheitsidentität" sind in der WEU genau dieselben wie in der NATO:

1. die militärische Integration Westeuropas;

2. die organisatorische Einbindung der Armeen der ehemals sozialistischen Länder;

3. die Neutralisierung Rußlands;

4. die Kontrolle der Kriege auf dem Balkan und

5. die perspektivisch wichtigste Aufgabe: weltweite Einsatzfähigkeit der "Krisenreaktionskräfte".

Revision der Geschichte oder der Geschichtsschreibung?

Historische Ereignisse sind nachträglich nicht zu ändern. Weder das Verschweigen noch das Verdrängen, weder das Verfälschen noch jede andere Anstrengung des Willens vermögen historische Ereignisse ungeschehen zu machen. Aber Verschweigen und Verdrängen, Verfälschen und Neu-Bewerten sind selbst historische Tatsachen und vermögen durchaus etwas zu ändern. Sie verändern die Interpretation historischer Ereignisse und begründen die gewünschten Folgen. Dies ist selbst wiederum ein historischer Sachverhalt. So ist die Fiktion der staatsrechtlichen Weiterexistenz des Deutschen Reiches über den 5. Juni 1945 hinaus und seiner Identität mit der Bundesrepublik zwar historisch falsch, gleichwohl sind die durch staatliche Macht gestützten Folgerungen daraus sehr wohl eine eigene Realität.

Zur Veranschaulichung einer Revision der Geschichte, ohne daß eine Revision der historischen Tatsachen erforderlich wäre, sei auf eine sehr alte Erzählung verwiesen. Der biblische Esau verkaufte bekanntlich sein Erstgeburtsrecht an seinen jüngeren Bruder für ein Gericht Linsen. Unterstellen wir Esau nicht als weltfremden Träumer, sondern als nüchternen Denker, so mag er sich gedacht haben: Vertrag hin, Vertrag her, an der Tatsache, daß ich vor meinem Bruder geboren bin, vermag niemand und nichts nachträglich etwas zu ändern. Zwar nicht die Tatsache der früheren Geburt, wohl aber die daraus entspringenden Rechte übernahm sein Bruder Jakob, und er wurde der Erbe, während Esau leer ausging.

Geschichte ist jener Prozeß, in dem die historisch produzierten Tatsachen selbst geändert werden. Die Interpretation vergangener Tatsachen ist dem unter- und eingeordnet. So ist Revanchismus das politische Bestreben, die Resultate eigener Niederlage durch neue Tatsachen aufzuheben.

Deutschland hat den zweiten Weltkrieg verloren und bedingungslos kapituliert. Doch der anstelle eines Friedensvertrages abgeschlossene Zwei-plus-Vier-Vertrag sieht die Bundesrepublik in der Position des Siegers und die Sowjetunion in der des Verlierers. Hat das imperialistische Deutschland nun den zweiten Weltkrieg nachträglich gewonnen? Oder, wie einige meinen, vielmehr den ersten? In der Tat erscheint eine Reihe von Expansionszielen, die im letzten Anlauf zur europäischen Vorherrschaft zeitweise erreicht wurden und dann aufgegeben werden mußten, heute erreicht oder erreichbar ohne militärische Unterwerfung und Eroberung.

Nun hat es wenig Sinn, darüber zu befinden, ob mit dem vorläufigen Ende des Sozialismus in Europa Deutschland den zweiten Weltkrieg oder nur den ersten nachträglich gewonnen habe. Wichtiger erscheint mir, nach den Grundlagen der Expansionsinteressen zu fragen, die Wiederholungen nicht nur hinsichtlich der Konstellationen und Interessenkonflikte, sondern selbst bis in detaillierte Praktiken expansiver Politik hervorbringen.

"Volksgruppenrecht" und "Deutschtumspolitik"

Das faschistische "Volksgruppenrecht" schien für immer mit der deutschen Niederlage im zweiten Weltkrieg untergegangen zu sein. Doch neben Großmachtstreben und Militärinterventionismus wurden seine Elemente als brauchbare Instrumente expansiver Vorherrschaftspolitik längst wieder aus der Mottenkiste geholt. Seit 1990 haben sie erneut die Dignität außenpolitisch legitimer Mittel erlangt. Seit Jahrzehnten waren es vor allem zwei formell private Organisationen, die mit enormen staatlichen Mitteln ausgestattet, grenzüberschreitend tätig sind: Das ist einmal der "Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA), zum anderen die "Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV). (30) Beide haben eine ebenso lange wie schlimme Tradition im Dienste deutscher Großmachtpolitik hinter sich, und beide dienen heute der "auswärtigen Minderheitenpolitik". Diese ist kein Tabu mehr, verkündete Ministerialdirektor Barthold C. Witte, Abteilungsleiter für auswärtige Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, im Oktober 1989 vor dem VDA. Die "Deutschstämmigen" im Ausland sind dabei die Adressaten des VDA, die FUEV erfaßt auch die "volklichen Gemeinschaften" nichtdeutscher Nationalität in den Ländern Europas.

Auf die Tätigkeit beider Organisationen kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Belgische und dänische Proteste haben in jüngster Zeit diesen sonst mehr im Schatten verbleibenden Strang bundesdeutscher Einflußnahme ins Licht der Öffentlichkeit gerückt: Die grenzüberschreitende Tätigkeit dieser angeblich privaten Organisationen wird vor allem aus öffentlichen Geldern finanziert, so vom Bundesinnenministerium, vom Auswärtigen Amt und von einzelnen Bundesländern.

Hier sei vor allem auf jene schrittweise Rückkehr zum sog. Volksgruppenrecht hingewiesen, das Hitlerdeutschland nach dem Auslaufen der Minderheitenschutzbestimmungen der Pariser Vorortverträge Ende 1937 bilateral weitgehend durchsetzen konnte, und dann rücksichtslos in den von ihm besetzten Ländern praktizierte. Dieses "Volksgruppenrecht" schien nach 1945 auf immer in der Versenkung verschwunden, bis die Bundesregierung darauf zurückgriff, ohne es bei diesem Namen zu nennen. Wohl aber fordert sie die Respektierung seiner beiden konstitutiven Bestimmungen ein und versucht, sie schrittweise wieder durchzusetzen. Die erste lautet: Die Volksgruppe ist innerhalb des jeweiligen Staatsverbandes eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die zweite: Ihre rechtliche Vertretung wird nicht durch die Gesetze dieses Staates geregelt, vielmehr wird sie rechtlich von dem Staate vertreten oder zunächst "in Obhut genommen", in dem sie keine Minderheit, sondern das Staatsvolk bildet.

Scheinbar bedeutet die Anerkennung einer Minderheit als Rechtssubjekt im Staatsrecht eine Erhöhung, insbesondere was ihre verfassungsrechtlich gesicherten Möglichkeiten betrifft, eigene Rechte hinsichtlich Sprache, Schulen, Kultur, Medien etc. zu sichern, eigene Interessen legal zu verfolgen. Faktisch aber bedeutet sie eine Entmündigung der Angehörigen der Minderheit, weil damit ihre Rechte als Staatsbürger außer Kraft gesetzt werden. Sie gehören der "Volksgruppe" als Subjekt des Staatsrechts wie einer Zwangsgemeinschaft an. Diese aber wird nicht durch Regelungen des jeweiligen Staatsbürgerrechts, sondern nach "völkischen" Prinzipien konstituiert.

Politisch war und ist diese Konstruktion ein Instrument zur legalisierten Einmischung jenes Staates, der die Rechte von Volksgruppen innerhalb des anderes Staates durchzusetzen beansprucht. Die Tätigkeit des Staatssekretärs Waffenschmidt in Rußland und anderswo ist geradezu ein Musterbeispiel für diese Praxis.

Hier sei auf einige Beispiele bundesdeutscher Außenpolitik gegenüber Polen verwiesen:

Das Auswärtige Amt und die polnischen Ortsnamen

Dr. Bettzuege vom Auswärtigen Amt hat in einem Schreiben vom 4. Februar 1994 alle amtlichen Stellen des Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, in der Dienstkorrespondenz der Länder, Kreise und Gemeinden mit polnischen, aber auch tschechischen Dienststellen den deutschen Namen der Ortschaft zu verwenden. Eine Ausnahme bilden jene Namen, die die faschistischen Okkupanten polnischen oder tschechischen Ortschaften gaben. Die Möglichkeit, den polnischen oder tschechischen Namen "hinzuzufügen" wird zugelassen.

Zur Begründung beruft sich Dr. Bettzuege auf das polnisch-deutsche Übereinkommen vom 6. November 1992 über die Grenzübergänge sowie auf die polnisch-deutsche Übereinkunft über den kleinen Grenzverkehr vom 6. November 1992. Die Interpretation dieser Dokumente durch das Auswärtige Amt erweitert diese Praxis auf beinahe das ganze Territorium Polens.

Mit kritischem Auge müssen auch die Karten-Anhänge zu diesem Schreiben von Dr. Bettzuege gesehen werden. Sie sollen als Hilfsmittel dienen, die Anschriften in Polen "auf neue Art" zu schreiben. Auf diesen Karten sind selbst die Namen jener Ortschaften, die mit Ausnahme der faschistischen Okkupation niemals unter deutscher Herrschaft standen, z.B. Czestochowa, Piotrków Trybunalski oder Lódz, an erster Stelle mit deutscher Benennung wiedergegeben und mit polnischer an zweiter. Im Sinne der Anordnung ist daher die Korrespondenz nach Tschenstochau, Petrikau oder Lodsch zu richten, wenn auch vorerst nicht nach "Litzmannstadt". Es gibt auch keine Hemmungen, entsprechend der ausgegeben Weisung die Post nach Zabrze nach "Hindenburg" zu adressieren. (31)

Die Anordnung vom 4. Februar 1994 einschließlich ihrer Anhänge verstößt gegen den Görlitzer Vertrag vom 6. Juli 1950 zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen (PRL), gegen den Vertrag der PRL mit der BRD vom 7. Dezember 1970, gegen die Resolution des Bundestages zur polnisch-deutschen Grenze vom Juni 1990, gegen den Vertrag zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Bestätigung der zwischen ihnen existierenden Grenze, den Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit und zahlreiche weitere ein- oder mehrseitige Erklärungen und Verpflichtungen. Hinzugefügt sei, daß die Anordnung vom 4. Februar 1994 jenen Grundsätzen widerspricht, die der Welt-Post-Verband angenommen hat.

Bedürfnisse deutscher "Heimatreisender" nach "historischer Orientierung"

In Parenthese sei an dieser Stelle ein privates Seitenstück zur genannten Staatspolitik benannt: In Torun gibt es ein Reisebüro unter dem Namen "HPN Tours GmbH". Chef der Firma ist Andreas Swobodzinski. Die Firma organisiert "Heimatreisen", vorzüglich für jene Deutschen, die seinerzeit ihre Jugendjahre in der Stadt Thorn zwischen Hitlerbrücke und Göringstraße verbracht haben. Um die emotionalen Bedürfnisse jener "Heimatreisenden" zu befriedigen - und sie zugleich von Zumutungen geistiger oder nur sprachlicher Art zu verschonen - gab das Reisebüro einen Stadtplan heraus. Mit seiner Hilfe kann sich endlich jeder Käufer vergegenwärtigen, wo die Hermann-Göring-Straße verläuft, wo der Adolf-Hitler-Platz an die Adolf-Hitler-Brücke grenzt und wo das Haus der deutschen Kultur steht. Von besonderer Pikanterie dürfte natürlich die Albert-Forster-Straße sein, welche die Stadtväter so rührend nach ihrem NSDAP-Gauleiter benannt haben. Ob die "Heimatreisenden" wohl noch wissen, daß Gauleiter Forster für seine Verbrechen am polnischen Volk gehenkt wurde?

"Volksgruppenschutz" und "Volksgruppenrecht"

Bei seinem Besuch in Polen 1990 traf Kanzler Kohl mit dem damaligen Premier Tadeusz Mazowiecki auf dem Annaberg in Schlesien zusammen. War schon der ausgewählte Ort eine Provokation, die Bitburgs würdig ist, so ist die Tragweite von manchen dort getroffenen Entscheidungen bisher kaum benannt worden. Es geht um die Absprachen über die Stellung der deutschen Minderheit in Polen. Dabei handelt es sich keineswegs bloß um die rechtliche Anerkennung einer deutschen Minderheit in Polen, sondern um den Rechtsanspruch der Bundesrepublik auf sie als "Deutsche". Zur rechtlichen Seite der Tätigkeit offizieller staatlicher Stellen der Bundesrepublik in dieser Hinsicht sei hier nur ein einziges Beispiel benannt: Die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren eine sehr große Zahl bundesdeutscher Pässe an polnische Staatsbürger ausgegeben, vor allem

in Schlesien. Dies verletzt eindeutig das polnische Staatsbürgerrecht und ist auch nicht mit dem polnischen Staat vereinbart. Unter dem wirtschaftlichen Druck hat Polen diese illegale Praxis bisher geduldet.

Die Ausgabe dieser Pässe an polnische Staatsbürger aber folgt ebenso wie die Anerkennung eingereister Polen als Deutsche jenen Maßstäben, die einst die deutschen Okkupanten für die "Deutsche Volksliste" aufstellten. (32)

Die überaus rege und umfangreiche Tätigkeit deutscher Organisationen in Polen hat zunächst das Ziel, die deutsche Minderheit zu organisieren. Dabei soll vom Jugendwerk über den Caritasverband ein vielfältiges "Betreuungsnetz" auf- und ausgebaut werden, das die einbezogenen Menschen politisch zu regulieren erlaubt. (33) Die meisten der dabei tätigen privaten Organisationen bewegen sich in einer Grauzone tolerierter Nicht-Legalität. Daher beschäftigten sich die "Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen" und die "Studiengruppe für Politik und Völkerrecht" Anfang 1994 auf einer Tagung in Bonn gerade mit "rechtlichen und praktischen Fragen des Volksgruppen- und Minderheitenschutzes". (34)

Es gibt viele Bereiche der Politik, in denen eine Jahrhundertkontinuität deutscher imperialistischer Expansion bis in die Details unübersehbar ist. Die "Deutschtums"-Politik gehört zu ihren für den Frieden und die Völkerverständigung gefährlichsten Strängen. (35)

50 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation

Abschließend sei an einige Tatsachen erinnert, die in den zahlreichen Artikeln und Serien aus Anlaß des Jahrestages, auf den Sessionen und Konferenzen kaum erwähnt werden.

1. Die übergroße Mehrzahl jener Personen, die in den von Deutschland überfallenen und okkupierten Ländern Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Massenumfang begangen haben, ist niemals angeklagt, geschweige denn bestraft worden. Für Polen, auf dessen Territorium die Vernichtungsfabriken errichtet wurden, und von dessen Bevölkerung ein Viertel ermordet wurde, kann davon ausgegangen werden, daß über 90% der Mörder und Folterknechte dafür niemals auch nur angeklagt worden sind.

2. Trotz aller Kriegsschäden durch Bombardierungsverluste war das Bruttoanlagevermögen der großen Rüstungskonzerne 1945 erheblich größer als 1939. Für sie hatte sich also im Unterschied zum deutschen Volk und zum deutschen Staat der Krieg trotz der Niederlage doch noch gelohnt. Die Verwertung der aus den Völkern Europas gepreßten Ressourcen im Bruttoanlagevermögen zählte übrigens mit zu den Grundlagen des "Wirtschaftswunders" der Bundesrepublik.

3. Obwohl die deutschen Faschisten die Sowjetunion von allen besetzten Ländern am meisten verheert haben, erbrachte Frankreich mit 42% der Leistungen aller okkupierten Staaten den größten Anteil an der wirtschaftlichen und finanziellen Sicherung der deutschen Kriegsfähigkeit. Den nackten Raub und die Arbeitsleistungen von Kriegsgefangenen wie Zwangsarbeitern noch nicht einmal eingerechnet, hatte Deutschland am Ende des Krieges rund 42,5 Milliarden Reichsmark an Besatzungskosten und Clearingguthaben aus dem Lande gepreßt. Allein die deutschen Clearingschulden gegenüber den okkupierten westlichen Industrieländern betrachtet, stehen die Niederlande mit 6 Milliarden Reichsmark und Belgien mit 5,4 Milliarden Reichsmark nahe bei Frankreich mit 8,5 Milliarden Reichsmark.

Diese deutschen Schulden wurden nie bezahlt. Die Reparationsentnahmen nach dem Kriege deckten nur einen Bruchteil, und sie betrafen nur die dazu berechtigten Länder. Aber alle von Hitlerdeutschland ausgebeuteten und ausgeplünderten Länder zahlten für den Ruin ihrer Wirtschaft mit einem Währungsverfall ohnegleichen.

4. Die Folgen von Krieg und Okkupation waren für die Völker Europas mit dem 8. Mai 1945 noch lange nicht beendet. So wie bei den Wirkungen der deutschen Kriegsniederlage zwischen zeitweiligen und dauerhaften unterschieden werden muß, so auch bei den Folgen deutscher Aggression und Okkupation für die Völker Europas. Inflation und Hungersnot konnten im Laufe einiger Jahre meist überwunden werden. Die ungeheuren Zerstörungen zu beseitigen erforderte oft Jahrzehnte und außerordentliche Anstrengungen, so sie denn reversibel waren. Irreversible Folgen hatte in jeden Fall die demographische Veränderung durch Völkermord, Massenmord und Kriegsverluste. Die von den Okkupanten verhängte und exekutierte Rangordnung ihrer Opfer und der Völker Europas wirkt so in den veränderten demographischen Strukturen weiter. Um so

entschiedener ist allen Versuchen zu wehren, auch heute die Opfer des Mordterrors in höherwertige und weniger wertige zu selektieren.

5. Dieses Ende des Krieges verweist auf seinen Anfang zurück, es verweist auf die Kriegsziele dieses Deutschland und seine Kriegsführung. Und voraus verweist es auf den Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg. Erstmals in der Geschichte wurde in Nürnberg der Angriffskrieg als Verbrechen strafrechtlich verfolgt und das Verbrechen gegen den Frieden zu einen Anklagepunkt gemacht. Damit wurde internationales Recht geschaffen, das für alle gleichartigen Verbrechen anwendbar bleibt. (36)

Quellen und Anmerkungen

1) Erschienen im Siedler-Verlag, Berlin 1994.

2) So sollte der Titel des Buches von Schwarz ursprünglich lauten.

3) H.P. Schwarz, Die Zentralmacht Europas, S. 13.

4) So auf der Konferenz "Zwischen Auschwitz und Kolyma" im Dezember 1993 in Auschwitz. Vgl. dazu: W. Röhr, Zwischen Auschwitz und Kolyma, in: BULLETIN - Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V., Nr. 5, Berlin 1995 (in Vorb.).

5) So heißt es im Manifest des Nationalkomitees Freies Deutschland vom Juli 1943: "Wenn das deutsche Volk sich weiter willenslos und widerstandslos ins Verderben führen läßt, dann wird es mit jedem Tag des Krieges nicht nur schwächer, ohnmächtiger, sondern auch schuldiger (...) Dann wird Hitler nur durch die Waffen der Koalition gestürzt. Das wäre das Ende unserer nationalen Freiheit und unseres Staates, das wäre die Zerstückelung unseres Vaterlandes. Und gegen niemanden können wir dann Anklage erheben als gegen uns selbst."

6) Vgl. D. Murswiek, Das Staatsziel der Einheit Deutschlands nach 40 Jahren Grundgesetz, Privatdruck der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung, Heft 45, München 1989.

7) Zum Verhältnis der Rechtsfiktion der Bundesrepublik, das am 18. Januar 1871 gegründete Deutsche Reich bestehe in Gestalt der Bundesrepublik weiter, wie sie das Bundersverfassungsgericht in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 über den Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD noch einmal autorisiert hatte, und dem Rechtscharakter des "Einigungsvertrages" vgl.: Juristische Weltanschauung und deutsche Lebenslüge, Konkret-Gespräch mit Helmut Ridder, in: Konkret, 10/1994, S. 38 -43 und 11/1994, S. 35-42.

8) K. Stern/B. Schmidt-Bleibtreu, Verträge und Rechtsakte zur Deutschen Einheit, Bd. 3: Zwei-plus-Vier-Vertrag, Partnerschaftsverträge, EG-Maßnahmenpaket mit Begründungen und Materialien, München 1991.

9) Vgl. zur Struktur dieses Vertrages: Gregor Schirmer. "Die Sache ist gelaufen ...". Der Zwei-plus-Vier-Vertrag. Versuch einer Vivisektion, in: Siegfried Prokop (Hg), Die kurze Zeit der Utopie. Die "zweite DDR" im vergessenen Jahr 1989/90, Berlin S. 187-206.

10) Vgl. Ulrich Albrecht, Die Abwicklung der DDR, Opladen 1992, besonders den Abschnitt "Polnische Etüden", S. 101 ff.

11) Vgl. über den "Einigungsvertrag" hinaus vor allem die "Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung und Auslegung des Einigungsvertrages" vom 18. September 1990, abgedruckt in BGBl. 1990, II, S. 1239 sowie in zahlreichen Dokumentensammlungen, z.B. Verträge und Rechtsabkommen zur Einheit Deutschlands, Bd. II Einigungsvertrag und Wahlvertrag, München 1990, S. 181-183.

12) Schwarz, Die Zentralmacht Europas, S. 17.

13) a.a.O., S. 13.

14) a.a.O., S. 23.

15) Vgl. Hans Peter Schwarz, der gezähmte Riese. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Berlin 1985.

16) Vgl. auch Klaus Naumann, Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch, Berlin 1994, Siedler.

17) Abgedruckt in: Lizenz zum Töten. Ein Kommentar zu den Verteidigungspolitischen Richtlinien, hg. von der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Hamburg/Schleswig- Holstein, Hamburg 1993.

18) "Wie soll sich der Verbund der westlichen Demokratien am Rande der Chaos-Welten behaupten, wenn nicht auch in der Bundesrepublik Bereitschaft besteht, neben den vorrangig einzusetzenden Mitteln der Dialogpolitik, der Wirtschaftshilfe, der humanitären Hilfe oder anderer Einwirkungsmöglichkeiten notfalls auch die eigene Militärmacht multilateral einzusetzen?" H.P. Schwarz, Die Zentralmacht Europas, S. 177.

19) Helmut Kohl bei seiner Ansprache im Juli 1994 am Brandenburger Tor.

20) CDU/CSU-Fraktion: "Überlegungen zur europäischen Politik", 1.9.1994.

21) Zum Herabspielen des Papiers nach in- und ausländischen Protesten vgl. FAZ vom 6.9.1994 und SZ vom 8.9.1994.

22) Wurden in den 50er Jahren jährlich durchschnittlich 12 Kriege geführt, so in den 60er Jahren 22 Kriege, in den 70er Jahren jährlich 32 Kriege und in den 80er Jahren über 40. Vgl. Klaus Jürgen Gantzel/Torsten Schwinghammer, Die Kriege nach dem zweiten Weltkrieg bis 1992. Daten und Tendenzen, Münster/Hamburg 1994.

23) Noam Chomsky, Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur Neuen Weltordnung, Lüneburg 1993, S. 62.

24) Vgl. Jens Siegelberg, Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft, Münster/Hamburg 1994.

25) Um so fataler ist es, wenn Friedensforscher die "politische Kultur legitimer Interventionen" konstatieren wollen. Vgl. Dieter Senghaas, Wohin driftet die Welt?, Frankfurt/Main 1994, S. 182.

26) So Senghaas, a.a.O. S. 124.

27) Vgl. Klaus Jürgen Gantzel/Klaus Schlichte, Das Kriegsgeschehen 1993. Daten und Tendenzen, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1994.

28) Zum Verhältnis der Friedensbewegung angesichts der neuen Legitimität des Krieges vgl. Dieter Kraft, Deutschlands Großmachtambitionen und die Lage der Friedensbewegung, in: Weißenseer Blätter. Hefte zu Fragen aus Theologie, Kirche und Gesellschaft, Berlin 1994, H. 5, S. 19-27.

29) Vgl. Wolfgang Zank, Mit den Waffen der Wirtschaft, in: Die Zeit, 18.1.1991, S. 22.

30) Vgl. Walter von Goldendach/Hans Rüdiger Minow, "Deutschtum erwache". Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, Berlin 1994.

31) Unter anderem dokumentiert in: Gazeta Lubuska, 29.4. 1994.

32) Vgl. Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945), Band 2: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945), Berlin 1989, Dok. 101, S. 213.

33) Vgl. Piotr Madajczyk, Mniejszosc niemiecka w RP w latach 1992- 1993, in: Instytut Studiów Politycznych Polskiej Akademii Nauk, Rocznik polsko-niemiecki, 2 (1993), Warszawa 1994, S. 207-219.

34) Vgl. redaktion. Mediendienst für Deutsche in Polen, Hg. wbpr München/Bonn, März/April 1994, S. 5 f.

35) Vgl. Manfred Weißbecker, Die nationalistisch-revanchistische "Deutschtumspolitik" in der Geschichte des deutschen Imperialismus - Thesen, in: BULLETIN des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg", Berlin 1986, H. 1-4, S. 161-188.

36) Vgl. Telford Taylor, Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1994.

19. Nationale Mobilmachung zum 50. Jahrestag in Dresden. Tränen lügen - nicht?

Autor: M. und mb., Berlin · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:19

"1995 jährt sich zum fünfzigsten Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Zerstörung Dresdens, jenes apokalyptische Ereignis, das wie kein zweites zum Symbol des Untergangs, des Grauens und des Leidens wurde, das jener Krieg über die Menschheit brachte."

Geleitwort von Prof. Dr. Michael Hampe, Intendant der Dresdner Musikfestspiele 1995 "Apokalypse"

"Die Zerstörung Dresdens bedeutet eine Schuld, die bleibt - wer namens der Moral Krieg führt, muß sich daran messen lassen."

Friedrich Karl Fromme (FAZ, 11.2.95)

"Fundament unseres Selbstvertrauens kann heute und hier nur die Versöhnung der Gegner von damals sein: sie waren vor fünfzig Jahren Täter und Opfer, Opfer und Täter, können sich heute in der gemeinsamen Trauer begegnen, einig sein."

Arnulf Baring ("Welt am Sonntag", 19.2.95)

Mit den drei hier wiedergegebenen Zitaten wurde im deutschen Blätterwald in etwa der ideologische Rahmen für die Dresdener Gedenkfeiern, die Ouvertüre für den 50. Jahrestag der Befreiung, abgesteckt. Ziel dieses Unterfangens war es, mit dem Gedenken an die Opfer der Bombardierung Dresdens einen Schritt weiter in Richtung "Normalisierung" der deutschen Geschichte zu gehen. Dabei werden - wie in der Auseinandersetzung um die "Neue Wache" in Berlin - Täter und Opfer des Faschismus und des Krieges gleichgestellt.

Der antifaschistische Publizist Ralph Giordano war einer der wenigen, die sich im Vorfeld der Dresdener Gedenkfeierlichkeiten gegen diese ideologische Stoßrichtung zu Wort meldeten. Er warnte in einem vorab an das deutsche Staatsoberhaupt gerichteten Offenen Brief vor "jener Spezies von Zeitgenossen", die "keineswegs nur aus der rechten Ecke kommend, sondern generationsübergreifend bis in die Mitte unserer Gesellschaft reichend", von ihm die "Dresden-Ankläger" genannt werden. "Vorgeschichte wird grundsätzlich ausgeblendet, NS-Vergangenheit, wenn überhaupt, nur zur Aufrechnung bemüht: ‚Auschwitz gegen Dresden!` heißt die Relativierungsthese derer, die ansonsten bekanntlich den Massentod in den Gaskammern von Birkenau leugnen..." Giordano zeigte sich besorgt darüber, daß die "unsägliche ‚Wir sind quitt`-Mentalität" auch in der Rede des Bundespräsidenten kolportiert oder zumindest unwidersprochen bleiben würde. (taz, 2.1.95)

In seiner Dresdener Rede ging Herzog direkt auf die mahnenden Worte Giordanos ein: "Wir verwahren uns dagegen, daß irgend jemand unsere Trauer so auslegt, als wollten wir die Verbrechen, die Deutsche begangen haben, gegen die eigenen Kriegs- und Vertreibungsopfer aufrechnen!" wies er den von den Nazis verfolgten Giordano brüsk zurecht, um dann zu seinem eigentlichen Anliegen, der Trauer um die "Opfer von Krieg und Willkürherrschaft", zu kommen. Unter dieser ideologischen Prämisse wird dann am Projekt der Gleichsetzung von Opfern und Tätern weitergestrickt. Denn es soll aus deutscher Sicht gleichgültig sein, ob man Soldat, also Täter, oder Verfolgter des Naziregimes war, getrauert wird um jedeN gleichermaßen - im Tod seien alle gleich.

Die Rede Herzogs - in der das Schicksal der "heimatvertriebenen" Deutschen mit nicht weniger als sechs Erwähnungen wie kein anderes beklagt wurde - gipfelte in dem Satz: "Dresden zeigt die ganze Sinnlosigkeit und Perversität moderner Kriege." In einer bemerkenswerten Replik auf Herzogs Rede hielt Ralph Giordano fest: "Der Krieg gegen Nazideutschland war notwendig und lehrreich." Wer wie der Bundespräsident in diesem Zusammenhang von der "Sinnlosigkeit moderner Kriege" spreche, der entkonkretisiere die Situation und ihre historischen und politischen Zusammenhänge. Giordano wendet sich deshalb entschieden dagegen, "alle Toten des Zweiten Weltkrieges, die Erschossenen von Lidice und die Verbrannten von Oradour mit ihren SS-Mördern posthum in ein gemeinsames Grab beizusetzen." (taz, 15.2.95)

"Wachsamkeit gegen die falschen leisen Töne" empfahl auch die "Frankfurter Rundschau" am 13.2. - zu Recht. "Intelligente Räsonneure" - wie Herzog - "suchen ihre Verrechnungseinheiten auf der weniger verfänglichen Gefühlsebene. Quittiert wird in etwa so: meine Trauer gegen deine." Und das heißt konkret, daß nicht mehr nur ganz allgemein Täter und Opfer miteinander verglichen werden. Nun werden - im Gedenken - auch noch die Kriegsverbrechen des deutschen Faschismus mit dem Abwehrkampf der Anti-Hitler-Koaltion auf eine Stufe gestellt.

Die herrschende Klasse zeigt sich durchaus - wenn auch keineswegs einheitlich - dazu imstande anzuerkennen, daß Dresden "im Rahmen eines Kriegs zerstört wurde, den die deutsche Regierung vom Zaun gebrochen hat." Bei diesem - unzweifelhaft richtigen - Schluß blieb Herzog in seiner Rede allerdings stehen. Das Eingeständnis, daß "das, was das deutsche Kriegsprogramm ausmachte - der rassistische und antisemitische Vernichtungsfeldzug -, nie nach Deutschland zurückgekehrt ist" - wie die "Antideutschen/Antinationalen" ("Bahamas" u.a.) in ihrem Aufruf zu Dresden zutreffend festhalten - kam dem Bundespräsidenten nicht über die Lippen. Denn dann dürfte eben nicht Dresden "zum Fanal gegen den Krieg" (Herzog über Dresden) werden, sondern z.B. die deutsche Blockade Leningrads, durch die 700.000 SowjetbürgerInnen verhungerten; oder die über 9.200 vernichteten Dörfer in Belorußland, darunter 432 Dörfer, in denen fast alle Einwohner erschossen oder verbrannt wurden.

"Keine Träne für Dresden"

Gegen die sich speziell in Dresden "auf dem emotionalen Höhepunkt befindliche Opferwerdung Deutschlands" - will sagen: Relativierung der Verbrechen des deutschen Faschismus - versuchten "antinationale" Kräfte um die Zeitungen "Junge Welt", "Bahamas" und "17 Grad Celsius" frühzeitig zu mobilisieren. Die ideologischen Prämissen des von der herrschenden politischen Klasse in der BRD mit den 50-Jahresfeiern "zelebrierten Opferkultes" werden in einem Ende November verteilten "Einladungsschreiben zur Vorbereitungen einer antinationalen Aktion am 8. Mai" (im Dezember in Berlin) folgendermaßen zusammengefaßt:

"Der Bitburg-Gedanke der Versöhnung wird als Drohung neu akzentuiert: Das an ihnen vollzogene Unrecht der Vertreibung und Verfolgung können die Deutschen überhaupt nur verzeihen, wenn im Gegenzug endlich auch Schluß mit dem Gerede der deutschen Schuld sei." In dem Aufruf-Entwurf "Keine Träne für Dresden" wurde bekannt: "Der Krieg der Anti-Hitler-Koalition war gerecht!" (im Aufruf selber fehlt dieser Satz). Die antinationale Gruppe "ak-kassiber" aus Berlin begründete ihre Haltung so: "bis zum letzten tag wurde hier gequält und getötet, auch als alles schon zu ende war. dieses ausmaß von gehorsam und eigeninitiative war es, das auch den bombenangriff auf dresden rechtfertigt ... die frage also, war dresden richtig, ist unseres erachtens falsch gestellt."

Jürgen Elsässer, einer der Wortführer der "Antinationalen", führt hierzu ergänzend aus, daß es "in Deutschland keine nennenswerten Widersprüche zwischen Führer und Geführten gab - von individuellen Ausnahmen abgesehen" ("konkret" 2/95). Das faschistische Dogma - "Im totalen Krieg gibt es keine Zivilbevölkerung mehr" - wird somit von den "Antinationalen" übernommen, aber gegen den deutschen Aggressor umgedreht. Daß eines der Ziele des Dresdener Luftangriffs - die Demoralisierung der deutschen Bevölkerung und der deutschen Soldaten - leider nicht erreicht wurde, sei nicht den alliierten Streitkräften anzulasten. Im Gegenteil verrate diese Tatsache viel über die unverbrüchliche Treue der Deutschen zu ihrem "Führer", von der sie selbst auf dem "Scheiterhaufen Dresden" ("Süddeutsche Zeitung", 10.2.) nicht lassen wollten.

Turbulenter Streit

mit den Autonomen

Auf die Vorstöße der "Antinationalen" reagierten einige Autonome sichtlich nervös. Zeitweilig wurden die "Antinationalen" mit einem Veröffentlichungsverbot in der Hauptstadt-Postille "interim" belegt sowie aus einem Berliner autonomen 8.-Mai-Plenum rausgeschmissen.

Die autonome Kritik an dem "antideutschen" Ansatz zu Dresden und dem 8. Mai macht sich an zwei Punkten fest:

Zunächst am Begriff der Volksgemeinschaft, wie ihn die "Antinationalen" in bezug auf Dresden verwandten: "In Nazi-Deutschland gab es nicht nur Täter. Die globalisierende Sicht der Bomberpiloten, ‚alle unter mir sind Täter`, ist falsch" (Steinke, JW-Interview, 11.2.95). Diese Sicht auf das deutsche Volk des Jahres 1945

resultiert aus einem eigentümlichen Verständnis dessen, was von autonomer Seite alles als Widerstand gegen den Nationalsozialismus angesehen wird: "Die These von der ‚Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum totalen Krieg` ignoriert die unterschiedlichen Formen individuellen und kollektiven Widerstandes ... Die Wenigen, die sich dazu bereit fanden, unsererseits totzuschweigen, würde bedeuten, das faschistische und deutsch-nationale Bild vom ‚deutschen Volk` zu stabilisieren." ("interim", 2.2.95) Wenn schon als Widerstandshandlung ausreichen soll, "Grüß Gott" gemurmelt, anstatt "Heil Hitler" gebrüllt zu haben, dann ist das deutsche Volk 1945 fürwahr "ein Volk von aktiven WiderstandskämpferInnen" gewesen.

Auf der anderen Seite kritisieren die Autonomen, die "Antinationalen" würden argumentieren, daß - auch insbesondere im Hinblick auf Dresden - im Krieg gegen den Hitlerfaschismus "alle mittel erlaubt" ("ak-kassiber") gewesen seinen. Der schon zitierte Steinke im JW-Interview: "Wir Linksradikalen dürfen nicht aus taktischen Gründen den Mund halten. Wir müssen schon kritisieren, daß auch Soldaten der Roten Armee zirka tausend Berliner Frauen vergewaltigt haben. Auch wenn das ein rechter Diskurs ist." (Daß Steinke das Beispiel Berlin herausgreift, ist im übrigen völlig willkürlich; auch dürfte die von ihm behauptete Zahl von Vergewaltigungen erheblich zu niedrig angesetzt sein.)

Michael Vennedey von der Friedenskoordination Berlin hat auf die sozialrevolutionären Einwände geantwortet: "Die globalisierende Sicht (der alliierten Bomberpiloten; Anm. d.A.) war historisch berechtigt. Man konnte in der damaligen Situation nicht zwischen guten und schlechten Deutschen unterscheiden." ("JW"-Interview, 11.2.95).

Dies festzuhalten ist nicht nur in Richtung der Autonomen wichtig. Vennedeys Argumentation aus der militärischen Situation und Logik heraus wendet sich auch gegen die antinationale Herangehensweise. Die versucht nämlich einen von der konkreten Betrachtung abstrahierenden - übergeschichtlichen - Begriff vom deutschen Volk als generelle "Nation der Täter" zu konstruieren.

Der "Lackmus-Test"

des Antifaschismus

"Die Kollektivschuldthese ist der Nationalismus der Linken". Dies wurde den "Antinationalen" auf dem Berliner Vorbereitungstreffen vorgehalten. Bei dem deutschen Volksgemeinschafts-Begriff der "Antinationalen" wird es faktisch vollkommen unnötig, eine materialistische Untersuchung über tatsächlich differenzierte Machtverhältnisse und Verantwortlichkeit im deutschen Faschismus anzustellen.

Die Gruppe "ak-kassiber" möchte die Haltung der Linken zur Bombardierung Dresdens zu "einem lakmustest für die haltung zu diesem land und seinen bewohnerInnen." machen. Die "Antinationalen" agieren hierbei nicht in die gesellschaftliche Mitte hinein - dort wo der Geschichtsrevisionismus maßgeblich betrieben wird. Der "antinationale" Rigorismus polarisiert ausschließlich in der Linken und macht mittlerweile auch nicht mehr vor den antifaschistischen WiderstandskämpferInnen halt.: "(Daß wir uns) die Sicht der Opfer der deutschen Politik in Erinnerung rufen ... reicht als politische Orientierung auf den 8. Mai 1995 auf keinen Fall aus." (Einladungsbrief) Historisch gesehen ist es nicht nur verdächtig - aus "antinationaler" Sicht stellt es praktisch einen Ausschlußgrund dar -, wenn "selbst emigrierte WiderstandskämpferInnen sich vehement gegen das alliierte Kriegsziel der bedingungslosen Kapitulation" ausgesprochen haben sollen (Aufruf).

Nach einer kontroversen Debatte einigte mensch sich auf dem Berliner Vorbereitungstreffen im Dezember auf die Formel: "Auf die Kritik an der politischen Position ehemaliger KZ-Häftlinge dürfe nicht ... verzichtet werden"; allerdings solle dabei eine Form gewählt werden, "die den Respekt vor den leidvollen Erfahrungen der Überlebenden mit der Masse der Deutschen nicht vergißt." ("Bahamas" Nr.16)

Es soll hier nicht bestritten werden, daß auch im Exil lebende GenossInnen der KPD Probleme damit hatten, die Kriegsziele der Alliierten, selbst die der Sowjetunion, zu akzeptieren (z.B. die Oder-Neiße-Grenze), und die sich gegen eine Zerschlagung Deutschlands wandten. Trotz der Kritik an einer solchen nationalistischen Haltung bleibt der politisch aktiven Linken dennoch nichts anderes übrig, als historische Analysen und Wertungen des antifaschistischen Widerstands aus dem damaligen Kontext anzustellen. Ebenso muß auch weiterhin mit den GenossInnen des antifaschistischen Widerstands bündnispolitisch unvoreingenommen zusammengearbeitet werden. Konkret auf die Dresden-Mobilisierung hätte dies heißen können, der VVN z.B. eine Kampagne gegen den Geschichtsrevisionismus anzubieten. Damit hätte mensch ohne große

Anstrengung in einer konkreten Untersuchung nachweisen können, wie neofaschistische und neurechte Argumentationen hinsichtlich der Bombardierung Dresdens denen des politischen Establishments ähneln. An konkreten Punkten wäre so ggf. auch eine Debatte über Differenzen innerhalb eines antifaschistischen Bündnisses möglich gewesen. Von den "Antinationalen" war aber der Eklat beabsichtigt, ja geradezu aus programmatischen Gründen erwünscht.

Die Antinationalen sind dabei, auf ihre Art ein "unverkrampftes Verhältnis zur eigenen Geschichte" - hier dem antifaschistischem Widerstand - zu entwickeln. Und das bedeutet dann auch, daß die überlebenden Opfer des Faschismus sich den Ansprüchen der "Antinationalen" zu beugen haben.

M. und mb., Berlin

Am 13. und 14. Februar 1945 wurde Dresden zum Ziel des strategischen Luftkrieges der britischen und amerikanischen Luftstreitkräfte. Bei zwei Angriffen in der Nacht vom 13. auf den 14.2. wurde die Stadt von 244 bzw. 529 Lancaster-Flugzeugen des RAF Bomber Command mit insgesamt 2.659 Tonnen Sprengkraft bombardiert. Am Mittag des 14.2. wurde der Angriff durch 311 B17-Bomber der 8. S-Army Air Force, die 771 Tonnen Bomben abwarfen, fortgesetzt. Das Bombardement zerstörte weite Teile der Stadt. Das Modell für den Angriff auf die sächsische Metropole hatte die deutsche Luftwaffe im Bombenkrieg gegen England 1940 entwickelt. Insbesondere die Mischung von Spreng- und Brandbomben, wie sie im November 1940 in der historischen Altstadt des mittelenglischen Coventry große Verwüstungen angerichtete hatte, wurde von den Luftstreitkräften der USA und Großbritanniens aufgenommen und modifiziert und auch in Dresden zur Anwendung gebracht. Nachdem in der Vergangenheit aus propagandistischen Gründen von mindestens 135.000 bis einer halben Million Toten gesprochen wurde, haben neuere Forschungen die Zahl der Toten auf 25.000 bis 35.000 quantifiziert.

Die Zerstörung Dresdens wird gerade in Deutschland als Symbol für die Unmenschlichkeit des Krieges im allgemeinen und der alliierten Bombardements im besonderen bezeichnet. Auch zum 50. Jahrestag der Bombardierung Dresdens sind wieder Stimmen laut geworden, die mit dem Verweis auf die "deutschen Zivilopfer" des Bombenkriegs den Vernichtungskrieg Nazideutschlands zu relativieren versuchen, indem sie auf die angebliche Sinnlosigkeit der allierten Bombenangriffe zu diesem Zeitpunkt, kurz vor Kriegsende, verweisen. Doch der Luftangriff auf Dresden läßt sich weder aus dem Kriegskontext 1945 noch aus dem Gesamtzusammenhang des Luftkriegs im Zweiten Weltkrieg herauslösen. Wer von der militärischen Sinnlosigkeit des Dresdener Bombardements spricht, tut das aus der Perspektive des 8. Mai, dem Tag der militärischen Niederlage und der endgültigen Zerschlagung des deutschen Faschismus.

Hauptziel der Flächenbombardements werde "die allmähliche Vernichtung und Störung des deutschen militärischen, industriellen und wirtschaftlichen Systems sein sowie die Unterhöhlung des Kampfgeistes des deutschen Volkes bis zu dem Punkt, an dem seine Fähigkeit zum bewaffneten Widerstand entscheidend geschwächt ist", heißt es in der Casablanca-Direktive vom 21.1.1943. Zur gleichen Zeit, als die Regierungs- und Stabschefs der USA und Großbritanniens auf der Casablanca-Konferenz diese Bestimmung zum Charakter des strategischen Luftkrieges verabschiedeten, erklärte NS-Propagandaminister Goebbels, die Okkupation fast ganz Europas habe Nazideutschland in die vorteilhafte Lage versetzt, den Krieg tausende von Kilometern von seinen Grenzen entfernt führen zu können.

Zum Jahresbeginn 1945 hatte sich das Blatt für die Nazis gewendet. Die alliierten Streitkräfte standen an der Westgrenze Deutschlands, die Rote Armee begann ihre Offensiven zwischen der Ostsee und den Karpaten. Bis Anfang März erreichten die sowjetischen Truppen fast überall die Oder-Linie. Nichtsdestotrotz galt: "Obwohl die Kampfkraft der faschistischen Wehrmacht 1944 bedeutend zurückgegangen war, stellten die unter einer ebenso gewissenlosen wie fanatischen Führung kämpfenden deutschen Streitkräfte Anfang 1945 noch einen beachtlichen Kampffaktor dar. Die endgültige Zerschlagung der militärischen Kräfte des faschistischen deutschen Imperialismus verlangte von den Armeen der Antihitlerkoalition noch einmal große Anstrengungen." (1)

Eine britische Geheimdienststudie vom 21. Januar 1945, die die Folgen der sowjetischen Offensive für die Widerstandsfähigkeit Deutschlands analysierte, beweist, daß sich die Alliierten eines schnellen Kriegsendes nicht sicher waren. Falls es der Roten Armee gelänge, den Aufbau einer neuen deutschen Front im Osten zu verhindern, könne zwar mit dem Kriegsende für April gerechnet werden. Doch wenn es der deutschen

Wehrmacht möglich sein sollte, die oberschlesischen Industriegebiete zu halten, könne sich der Krieg auch bis Ende 1945 hinziehen, stellte diese Studie fest. (2) Gestützt auf diese Erkenntnisse fragte der britische Premierminister Winston Churchill am 25. Januar 1945 beim Bomber Command an, welche Pläne es gäbe, um "den Deutschen beim Rückzug aus Breslau das Fell zu gerben." Ob direkte militärische oder eher militär- bzw. machtpolitische Erwägungen für die Bombardierung Dresdens ausschlaggebend waren, ist umstritten.

Einerseits war der Luftangriff auf Dresden eine direkte Unterstützung für die Truppen der Roten Armee unter Marschall Konjew, die, nachdem sie Breslau erreicht hatten, sich anschickten, nach Sachsen vorzustoßen. Andererseits sollte die Intensivierung des Luftkriegs von seiten des Bomber Command und der 8. US-Air Force wohl auch die ausbleibenden Offensivtätigkeiten der britischen und amerikanischen Streitkräfte im Westen wettmachen: Nach der Ardennen-Offensive der faschistischen Wehrmacht im Dezember 1944 hatten die westalliierten Streitkräfte immer noch keine größeren Landgewinne machen können. Gleichzeitig stieß aber die Rote Armee immer weiter nach Westen vor. Auch aus inneralliierter Überlegung lag es deshalb nahe, daß die britische und amerikanische Kriegführung weiterhin "eines ihrer wirksamsten Kriegsmittel" (2) gegenüber dem Feind einsetzte.

Götz Bergander, Autor des westdeutschen Standardwerks zu Dresden, stellt fest, daß die Zerstörung der Stadt nicht ohne Wirkung auf die deutsche Bevölkerung war. "Zwar glaubten die meisten Deutschen nicht mehr an den Sieg, aber sie konnten sich trotzdem die bedingungslose Kapitulation nicht vorstellen. Der Schock von Dresden trug wesentlich zu einer Sinneswandlung bei." (3) Dieser Sinneswandel bei Teilen der deutschen Bevölkerung hatte aber nicht den von den Alliierten erwarteten Einfluß auf die "Fähigkeit zum bewaffneten Widerstand" der deutschen Wehrmacht. Beispielsweise verloren "in der Zeit vom 16. April bis zum 8. Mai die Truppen der 1. und 2. Bjelorussischen und der 1. Ukrainischen Front an Gefallenen, Verwundeten und Vermißten 304.887 Mann. Die meisten Opfer kosteten der Durchbruch der Verteidigung an Oder und Neiße und die Kämpfe in Berlin." (4)

Dresden kann weder, was die Zahl der Opfer, noch was die Quantität der Zerstörung anbelangt, ein einzigartiges Schicksal zugesprochen werden. Andere Städte in Deutschland wurden ebenso oder sogar stärker zerstört. Nimmt mensch die Vernichtungsleistungen der faschistischen Wehrmacht beispielsweise in der Sowjetunion hinzu, relativiert sich das Schicksal Dresdens erheblich. Dresden isoliert als Symbol der Zerstörung zu zelebrieren, verbietet sich ebenso wie die Diskussion, wer der Urheber des vornehmlich gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Luftkriegs war. "Die Verbrecher sind jene, die den Krieg vom Zaune brachen und nicht jene, die sich dessen erwehrten. Der englische Slogan, wer Wind sät, wird Sturm ernten, entbehrte auch noch in Dresden nicht seiner Berechtigung, besonders dann, wenn man im Auge behält, daß London noch im Februar 1945 unter dem Beschuß der blind zuschlagenden deutschen Fernraketen lag." (5)

M. und mb., Berlin

Anmerkungen:

(1) Gerhard Förster, Heinz Helmert, Helmut Schnitter: Der Zweite Weltkrieg. Militärhistorischer Abriß, Berlin/DDR 1974

(2) Olaf Groehler: Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990

(3) Götz Bergander: Dresden im Luftkrieg, Köln 1977, vgl. auch: "Übrig blieb nur ein Berg aus Asche", Die Welt, 11.2.95

(4) Geschichte des großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Band V, Berlin/DDR 1967

(5) Olaf Groehler: Ein deutsches Opferdrama, ND, 10.2.1995

20. Unbequeme Erinnerungen ... Zur Autobiographie Raul Hilbergs

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:29

Raul Hilberg ist umstritten. Für die einen gilt er als "der" Holocaust-Forscher, für andere als Erfinder der Behauptung, die Juden seien "wie die Schafe zur Schlachtbank" in die Vernichtung gegangen. "Die Vernichtung der europäischen Juden" des US-Amerikaners zählt heute, umstritten oder nicht, zu den dokumentarischen Grundlagenwerken über die Shoa. Seine 1994 auf deutsch erschienene Autobiographie "Unerbetene Erinnerung" gibt einen hochinteressanten Einblick über die Entstehungsgeschichte dieser Arbeit.

Hilberg wurde 1926 in Wien geboren. Er ist Jude. Viele seiner Verwandten haben die Shoa nicht überlebt. 1939 emigrierten seine Eltern mit dem 13jährigen Schüler über Frankreich und Kuba in die USA. Dort studierte er am Brooklyn College Chemie und arbeitete nebenbei für seinen Lebensunterhalt. 18jährig ging er zur US-Armee und erlebte das Ende des Krieges in Deutschland.

Zurück in den USA studierte er Geschichte und Politikwissenschaften und begann sich, gegen den Rat der Eltern, aber auch vieler Professoren, mit dem Thema zu beschäftigen, das sein Lebenswerk werden sollte: Die Vernichtung der europäischen Juden. "Das ist Ihr Untergang", kommentierte sein damaliger Lieblingsprofessor.

Es waren nicht nur von außen diktierte Bedingungen, die Hilbergs Entscheidung beeinflußten, die Archive nach den Aufzeichnungen und Absichten der Täter zu durchforsten. In seinen Erinnerungen begründet er sein Vorgehen: "Die Judenvernichtung war ein deutsches Werk, ausgedacht in deutschen Amtsstuben, in einer deutschen Kultur. Für mich stand von Anfang an fest, daß man diese Geschichte nicht in allen ihren Ausmaßen begreifen kann, ohne die Maßnahmen der Täter nachzuvollziehen: Der Täter hatte den Überblick ... Durch seine Augen mußte ich die Vorgänge betrachten..." (Seite 54)

Er habe Tätergeschichte geschrieben, sich an den nationalsozialistischen Dokumenten festgehalten und deshalb die Opfer falsch dargestellt, ist einer der Vorwürfe, mit denen Hilbergs Arbeit - auch bei uns - bedacht wird. Ein genaueres Hinsehen auf diese Kritik, deren Zeitpunkt und Absender ist angebracht. Vom heutigen Diskussions- und Forschungsstand aus Hilbergs Akribie, die Dokumente der Täter zusammenzutragen, zu kritisieren, ist sicherlich vermessen. Denn dies war in der Zeit ihrer Entstehungsgeschichte durchaus dem Zeitgeist - und ganz besonders dem in der BRD - entgegengesetzt und ein politischer Affront.

Über die Zeit seiner Dissertation, die sich Ende der 40er Jahre bereits mit dem Thema beschäftigte, schreibt Hilberg: "In einer Atmosphäre, die das Augenmerk der amerikanischen Juden auf Israel und die Araber richtete, während die breite Masse der Amerikaner hauptsächlich den Kalten Krieg mit der Sowjetunion verfolgte, wurde mein Thema rigoros in die Vergangenheit verbannt. Damals riet man allen, die von Erinnerungen geplagt wurden - wie die Überlebenden -, möglichst schnell zu vergessen, was geschehen war. So wurden die Nürnberger Prozesse weniger geführt, um die deutsche Geschichte aufzuarbeiten, als um etwas Unerledigtes abzuschließen, damit man Deutschland angesichts der kommunistischen Bedrohung als ‚ehrbares` Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses wiederaufbauen konnte. Unter solchen Umständen hütete ich mich, meine Zielsetzung in Gesprächen mit Fremden zu erwähnen." (Seite 61)

In den 50er Jahren kämpfte Hilberg um Anstellungen, seinen Lebensunterhalt und die Veröffentlichung seiner Arbeit. Aus einem Schreiben des damaligen Verlages: "Der Gutachter erkennt an, daß die Abschnitte ‚viel wichtiges, gut dokumentiertes Material enthalten`, dachte aber, daß viele Ihrer Kommentare eher von einem ‚polemischen Ankläger` zu stammen scheinen, als von einem Historiker, so daß sie unmöglich in einem wissenschaftlichen Werk unter dem Impressum der University Press erscheinen können." (Seite 98)

Erst 1961 erschien die erste Auflage von "Die Vernichtung der europäischen Juden" in den USA und blieb relativ klein. Dies lag keineswegs nur an der Kritik, sondern vor allem an einem grundlegenden Desinteresse am Thema. Hilberg: "Themen mögen unterdrückt oder in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückt werden, doch in den Gründen spiegeln sich stets gesellschaftliche Tabus oder Bedürfnisse wider. Das inzwischen als ‚der Holocaust` bezeichnete Phänomen schlug in den Vereinigten Staaten erst Wurzeln, als die

Qualen des Vietnam-Krieges aufgehört hatten, als eine neue Generation von Amerikanern nach moralischen Gewißheiten suchte und der Holocaust zum Symbol für etwas absolut Böses wurde, an dem man alle anderen Ausschreitungen von Nationen messen und einschätzen konnte. Für Deutschland war es erst in den achtziger Jahren soweit, als die Täter entweder tot waren oder in den Altersheimen saßen, so daß die Kinder und Kindeskinder zum erstenmal offen fragen konnten, was die Alten in der Nazizeit getrieben hatten." (Seite 107)

Hilberg hatte durchaus an Tabus gerührt. Es kam zum - bis heute andauernden - Eklat über seine Einschätzung insbesondere der Rolle der Judenräte bei den Deportationen und seiner These, daß die jüdischen Menschen in der Regel keinen Widerstand geleistet hätten. Daran hält er bis heute fest, doch sind seine Absichten und Begründungen ernster zu nehmen, als es in vielen Kritiken behauptet wird. Hilberg in seiner Autobiographie: "Wenn relativ vereinzelte, episodische Widerstandsakte als typisch dargestellt werden, dann verschwimmt ein Grundmerkmal der deutschen Maßnahmen. So stellt man sich die Judenvernichtung kaum noch in ihrer Entwicklung vor, sondern die krasse Wirklichkeit der gnadenlosen Tötung von Männern, Frauen und Kindern verwandelt sich in das eher vertraute geistige Bild eines - wie immer ungleichen - Kampfes zwischen Gegnern. Für das Selbstbild der Täter kam es sehr darauf an, sich die Juden als Feinde vorzustellen." (Seite 117f.)

Doch es gab noch anderes in seinem Werk, das zum Zeitpunkt der ersten Auflagen durchaus tabuisiert war. Während die BRD zum engsten Bündnispartner der USA avanciert war, an deren Spitze sich bald ehemalige NS-Täter tummeln sollten und in deren Schulen Hitler als der "böse Verführer" dargestellt wurde, hatte Hilberg eine sehr viel grundsätzlichere Darstellung des deutschen Nationalsozialismus und der Judenverfolgung gegeben. Eine unbequeme: "Immerhin hatte ich behauptet, daß der Vernichtungsprozeß ein bürokratischer Vorgang war, der nur zum Erfolg führen konnte, weil alle möglichen Fachleute ihre Ideen und Kenntnisse dazu beigetragen hatten; daß Bürokraten zu Tätern wurden vermöge ihrer Stellung und Kompetenz in genau der Entwicklungsphase, die ihr Eingreifen erforderlich gemacht hatte; daß sie denkende Menschen gewesen waren; und vor allem, daß sie verfügbar blieben, also weder ihren Dienst quittiert, noch Maßnahmen der Verwaltung behindert hatten. Diese allumfassende Bereitschaft, die tief verwurzelt sein mußte, besagte einiges darüber, was in Deutschland eigentlich vor sich gegangen war." (Seite 108)

1967 lehnte der Rowohlt-Verlag die Herausgabe einer deutschen Übersetzung ab, 1980 der Münchner Verlag C.H. Beck. Anfang der 80er Jahre erschien Hilbergs Arbeit dennoch - in kleiner Auflage - auf deutsch in dem heute nicht mehr bestehenden Westberliner Klein-Verlag Olle & Wolter.

Erst 1990 gab sie - endlich - der Fischer-Verlag in der ihm angemessenen Ausgabe heraus, gefördert und gesponsert von einer Privatperson und dem Zentralrat der Juden in Deutschland. Diese dreibändige Neuauflage von "Die Vernichtung der europäischen Juden" ist überarbeitet und aktualisiert und dank des Sponserings sehr preiswert. Walter Pehle kommt das Verdienst zu, sich für die deutsche Ausgabe des Standardwerks eingesetzt zu haben.

Hilbergs Autobiographie schließt mit einem Besuch, den er Anfang der 90er Jahre gemeinsam mit seinem Lektor Pehle in Wien machte. Sie besuchten auch das Haus, in dem Hilberg seine Kindheit bis 1938 verbracht hatte. Die Ehefrau des Mannes, der damals die Familie Hilberg aus der Wohnung geschmissen und diese "arisiert" hatte, lebte offensichtlich noch dort, seit 45 Jahren...

Im rückseitigen Einbandtext des Buches heißt es: "Hilberg beschreibt in seiner Autobiographie den Weg, den er - entgegen dem damaligen Zeitgeist - ab 1948 mit der Erforschung der Vernichtung der europäischen Juden zu gehen begonnen hat. Damit konnte er einen wichtigen Zweig der Geschichtsschreibung prägen. Gleichzeitig blickt er auf die politische Dimension der Verdrängung zurück und auf die Erinnerung, die nach dem Zweiten Weltkrieg unerbeten gewesen war."

Einiges in Hilbergs Autobiographie ist mit Sicherheit auch heute noch unerbeten; die Passagen über die schwierigen Bedingungen, unter denen er arbeitete, lassen seine Arbeit und auch manche Kritik in einem anderen Licht erscheinen.

Katja Leyrer

Raul Hilberg: Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers, 175 Seiten, gebunden, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M 1994, DM 34,-

Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Kassette mit 3 Bänden, 1.351 Seiten, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M 1990, DM 39,80

21. Hamburg: "Auschwitz-Mythos" straffrei?

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:27

Hat Hamburg nun auch seinen Justizskandal? Die ersten Reaktionen auf ein Urteil des Amtsgerichts, in dem zwei Neonazis vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen wurden, waren dementsprechend. Angefangen von der GAL, über Morgenpost bis hin zu BILD sowie Michael Friedman und Ignaz Bubis vom Zentralrat der Juden war von "Skandalurteil", von Hoffnung auf Korrektur und ähnlichem zu hören. Parallelen zu Mannheim und zum Richter Orlet wurden gezogen, der wegen seines Urteils im Fall Deckert weltweite Aufmerksamkeit erregte. Doch während im Falle Mannheim Richter Orlet sich als Sympathisant eben jenes "rechtschaffenen, verantwortungsbewußten" Menschen Deckert outete, dem deshalb Bewährung zu gewähren sei, gilt dies für Amtsrichter Kob in Hamburg nicht. Kein Mensch hat ihn bisher als Sympathisanten der rechten Szene beschuldigt. Und dennoch erscheint es erst einmal als verkehrte Welt, wenn der eine Richter, der verurteilt, Orlet, im Feuer der Kritik steht, während der, der freispricht, nach ersten Protesten auch durchaus ernstzunehmende und liberale Zustimmung bekommt (so z.B. Horst Meyer in der taz vom 10.2.1995).

Worum ging es in Hamburg? Die beiden Angeklagten hatten über ihr "Nationales Infotelefon" folgenden Text verbreiten lassen: "Wie nicht anders zu erwarten ist, ist die Hollywood-Seifenoper des Juden Steven Spielberg 'Schindlers Liste' mit Oscar-Auszeichnungen überhäuft worden. Ein Film von Spielberg erhält grundsätzlich einen Oscar. Richtet er sich gegen Nazi-Deutschland, kommen weitere dazu, und hält er den Auschwitz-Mythos am Leben, wird er mit sieben Oscars zum Film des Jahres ... " Diese Ansage führte zur Anklage wegen Volksverhetzung. Kern des Freispruchs war die Auffassung des Richters, daß dem Angeklagten Andre Goertz nicht zu beweisen sei, daß er mit diesem Text den Mord an den Juden geleugnet habe, also die zum Zeitpunkt der Tat unter Strafandrohung gestellte "Auschwitz-Lüge" verbreitet habe; außerdem habe der Angeklagte vor Gericht den Völkermord an den Juden ja selbst als Tatsache dargestellt. Und der Begriff "Auschwitz-Mythos" sei durchaus ambivalent, da er nicht nur als "Lüge", sondern eben auch als emotionale Überhöhung eines ansonsten nicht geleugneten Tatbestandes interpretiert werden könne. Zum Zeitpunkt der Tat aber sei allein die Leugnung und nicht - wie nach jetzt geltendem Recht - schon die Verharmlosung des Mordes an den Juden unter Strafe gestellt gewesen.

Richter Kob hat sich in der Urteilsbegründung ausführlich damit beschäftigt, ob mit der inkriminierten Telefon-Propaganda die "Auschwitz-Lüge" gemeint sei. Er hat die Person des Andre Goertz in seiner Urteilsbegründung ausführlich gewürdigt, ihn der neonazistischen Szene zugeordnet und als Anhänger einer Ideologie bezeichnet, "die ganz wesentlich auf der Leugnung der historischen Verbrechen von Auschwitz beziehungsweise des Holocausts an den Juden basiert und daß die Anhänger dieser menschenverachtenden Ideologie das Wort ‚Auschwitz-Mythos' im Sinne von ‚Auschwitz-Lüge' verwenden." Dennoch sei Goertz in dem konkreten Fall nicht mit der erforderlichen Sicherheit nachzuweisen, daß er das in diesem Sinne getan habe. Das Gericht könne nicht aus der bloßen Mitgliedschaft in der FAP schließen, das Goertz die "Auschwitz-Lüge" gemeint habe. Dies sei im Fall Deckert ganz anders gewesen.

Über diese Einschätzung kann mensch sich mit dem Hamburger Amtsrichter sicher streiten. Der politische Kontext der Ansage im Nationalen Infotelefon kann anders bewertet werden, als dieser es getan hat. Auch die Frage, ob dem Angeklagten Goertz geglaubt werden könne, wenn er vor Gericht die "Auschwitz-Lüge" abstreitet, kann durchaus anders beurteilt werden. Immerhin ist Goertz damals ein Funktionär der FAP gewesen, deren Interpretation des Begriffs "Auschwitz-Mythos" völlig unstrittig als "Auschwitz-Lüge" zu sehen ist. "Auschwitz-Mythos" ist im übrigen der Titel eines der ersten Bücher, die die Judenvernichtung in Auschwitz öffentlich leugneten - herausgebracht vom ehemaligen Hamburger Richter Wilhelm Stäglich. In anderen Verfahren wurden - wenn es gegen Linke ging, z.B. im Falle der Berufsverbote - die offiziellen Meinungen der politischen Gruppierung den Funktionsträgern regelmäßig als ihre eigene unterstellt, auch wenn sie sich vor Gericht davon distanzierten. Dies wurde ihnen häufig als unglaubwürdiger Selbstschutz und moralisch als persönliche Feigheit vorgehalten. Gegen dieses Verfahren einer Gesinnungsjustiz hat sich nicht nur die Linke, sondern auch die liberale Öffentlichkeit damals gewendet.

Von einem besonderen Justizskandal zu sprechen, ist im Hamburger Fall der freigesprochenen Neonazis sicher unangemessen. Die Besonderheit des Falls Orlet in Mannheim ergibt sich aus dem persönlichen

Verhalten des Richters, der über das gesellschaftlich akzeptierte Maß hinaus seine Sympathien für Deckert bekundet hatte und dafür heute mit entsprechender Ächtung zu kämpfen hat. Orlet hat Deckert die Strafe deshalb zur Bewährung ausgesetzt, weil er Deckert trotz erwiesener Volksverhetzung für einen verantwortungsbewußten Mann hält. Damit hat er die Leugnung des Holocausts zu einem (immerhin strafwürdigen) Kavaliersdelikt herabgewürdigt.

Der Skandal in Hamburg ist in diesem Sinne kein besonderer, sondern der allgemeine Skandal einer Justiz, die mit Neonazis und insbesondere ihrer Propaganda nur sehr schwer umgehen kann. Es gibt gute Gründe, den Freispruch für falsch zu halten. In diesem Sinne reiht sich das Hamburger Urteil in die ganz alltäglichen Skandale ein, die es beispielsweise einem Gerhard Frey erlauben, die Nationalzeitung ungestraft herauszubringen oder die es einem CDU-Politiker erlauben, Ignaz Bubis zu fragen, warum er nicht in Israel wohne, ohne daß dieser sofort Mandat und Amt verliert. Es ist der Skandal einer Justiz, die es gegenüber den alten Nazi-Verbrechern nicht verstanden hat, Recht zu sprechen, sondern diese - völlig rechtsstaatlich selbstverständlich - hat laufen lassen. Und angesichts dieser Skandale ist der Hamburger Vorfall allenfalls ein ziemlich kleiner Stein im Mosaik.

ES, Hamburg

22. Nachrichten von Rechts

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:21

Ein Wechselbad der Gefühle erlebte der Autor dieses Artikels, als er am Donnerstag, den 23. Februar, vom Radiowecker geweckt wurde: Das BVG hat den Antrag der Bundesregierung auf Verbot der FAP zurückgewiesen. Sch...., war die erste Reaktion, doch bevor der Fluch vollständig heraus war, kam die Beruhigung: Die FAP, so das BVG, sei keine Partei, sondern beanspruche diesen Status nur zur Tarnung. Für ein Verbot der FAP sei der Bundesinnenminister direkt zuständig. Dieser, nicht faul, setzte das Verbot sofort in Kraft und ließ die bekannten Adressen der FAP ausheben. Sein Hamburger Kollege Wrocklage, SPD, folgte auf dem Fuß und verbot mit der Hamburger Nationalen Liste die Hauspartei der bundesweit berüchtigten Nazis Christian Worch und Thomas "Steiner" Wulff. Mit erfrischender Klarheit hat das BVG damit klargemacht, daß das jahrelange Gerede der verschiedenen Bundesinnenminister vom Parteienprivileg, das auch die terroristischsten Nazibanden angeblich schütze, keinerlei Grundlage hatte, sondern letzten Endes nur den Neonazis bei ihrer Organisierung nützte. Verbunden mit dem Verbot von FAP und NL war die Durchsuchung von mindestens 30 Wohnungen im ganzen Bundesgebiet, die erneute Beschlagnahmung von NS-Material und Waffen. Die Zeitschrift "INDEX" der "Nationalen Liste", in der die Nazis zur bundesweiten "AntiAntifa"-Arbeit aufgerufen hatten, wurde ebenfalls verboten.

Ob nun, wie von Sicherheits"experten" befürchtet, der rechte Untergrundterror einsetzen wird, oder ob die vielen Verbote insgesamt einschüchternd auf die Nazi-Bewegung wirken werden, ist dabei offen. Nicht offen aber ist die Tatsache, daß alle Aktivisten der NS-Szene, und insbesondere auch diejenigen, denen eine organisierte Untergrundarbeit zuzutrauen wäre, den Sicherheitsbehörden allesamt namentlich bekannt sein müssen. Die polizeilichen Maßnahmen der letzten Zeit haben dies erneut deutlich gemacht.

Nach dem Verbot der neonazistischen Wikingjugend und dem nun endlich vollzogenen Verbot der FAP sind weitere staatliche Maßnahmen schon angekündigt. Im Gespräch ist dabei als nächstes das Verbot der neonazistischen "Hilfsgemeinschaft Nationaler politischer Gefangener" (HNG), die seit Jahren über alle übrigen Zerwürfnisse der Neonaziszene hinweg ein Ort der Zusammenarbeit aller Fraktionen gewesen ist. Die Bedeutung der HNG geht dabei über die Bundesrepublik hinaus. In den Mitteilungen der HNG wurde z.B. im Herbst 1993 der Brief eines einsitzenden österreichischen Neonazis veröffentlicht, der für jedes Jahr, das der Neonazi-"Führer" Gottfried Küssel aufgebrummt bekäme, einen Anschlag gefordert hatte. Küssel bekam damals 10 Jahre und prompt explodierten 10 Briefbomben im Winter 1993/94. Ähnliches wurde im Herbst 1994 erneut angedroht, als Küssels Strafe in der Revision auf elf Jahre erhöht wurde.

Die Nazis ihrerseits verlegen angesichts des zunehmenden Verfolgungsdrucks ihre Aktivitäten in weniger formelle Zusammenhänge, die - so die Warnung aus VS-Kreisen - dann schwieriger zu observieren und kaum mehr zu kontrollieren seien. Diese Zwickmühle versuchte schon die zaristische Ochrana mit der Methode des "Übrigbleibens zur Aufzucht" zu lösen. Verschiedene Nazi-Organisationen wie das "Förderwerk mitteldeutsche Jugend" oder "Direkte Aktion" haben sich angesichts eines drohenden Verbots selbst aufgelöst und ihre Mitglieder in die "vollständige Autonomie" entlassen. Andere Nazi-Größen wollen verstärkt vom Ausland aus operieren. Immer wieder genannt wird dabei die belgische "Wiking-Jugend". Wieder andere, die den Weg in den Untergrund nicht propagieren, suchen Unterschlupf bei der NPD oder der "Deutschen Liga". In diesem Umgruppierungsprozeß ist dabei die Herausbildung terroristischer, im Untergrund operierender Strukturen angelegt. Insbesondere die etwa 50 auf seiten der Kroaten kämpfenden Neonazis werden als potentielle Kader eines solchen Untergrunds genannt.

Die derzeitigen Aktionen der Polizei zeigen, daß sie sehr genau über die Vernetzung der Szene Bescheid weiß und in der Lage ist, bandenmäßige Strukturen auszuheben - ganz im Gegensatz zu der propagandistischen Behauptung, es sei außerordentlich schwierig, in die rechte Szene einzudringen. Dabei gelingt es immer wieder, auch hochkarätige Kronzeugen zu gewinnen: So den ehemaligen Kühnen-Rivalen in der ANS/NA, Jürgen Mosler, der gegen seine "ehemaligen"(?) Kameraden auspackt oder den Berliner Neonazi und Bombenbastler Bendix Wendt, der über beide Ohren in die terroristische Szene verstrickt ist und Kontakte bis hin zu den österreichischen Bombenattentätern vom Winter 93/94 hat. Auch er befindet sich in Polizeigewahrsam und ist offenbar bereit auszupacken.

Eine unter anderem vom NPD-Vorsitzenden Günter Deckert für das Wochenende vom 11./12.2.95 geplante Kundgebung in Dresden anläßlich des 50. Jahrestags der Bombardierung der Stadt durch alliierte Bomber ist nicht genehmigt worden. Deckert und mehrere andere Nazis wurden vorsorglich aus dem Verkehr gezogen. Weil er auf einem Flugblatt den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignaz Bubis, der "Deutschenhetze" bezichtigt hatte, erhob die Staatsanwaltschaft Mannheim Anklage. Bubis hatte Anzeige gegen Deckert erstattet. (FR, 16.2.95) Am Abend der Veranstaltung, auf die sich das inkriminierte Flugblatt bezog, wurde der NPD-Vorsitzende in polizeiliches Gewahrsam genommen. Noch im Januar hatte das Amtsgericht Frankfurt die Eröffnung eines Prozesses wegen Volksverhetzung gegen Deckert abgelehnt. Dieser hatte das Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden, Michael Friedman, in einem offenen Brief aufgefordert, Deutschland zu verlassen: "...das Land der Juden ist schon seit Jahrzehnten Israel und nicht Deutschland! Was suchen Sie also noch in unserem Land." Das Amtsgericht war der Ansicht, daß dieser an Friedman persönlich adressierte Brief nicht wirklich öffentlich verbreitet worden sei und daher den öffentlichen Frieden nicht gestört habe.

Ende Januar durchsuchte die Polizei das Parteibüro der NPD in Stuttgart, ein der NPD vererbtes Haus in Eningen bei Reutlingen auf der Schwäbischen Alb und die Wohnung Deckerts. Dabei wurde eine größere Menge neonazistischen Schrifttums beschlagnahmt und ein Kleinkalibergewehr, für das Deckert keinen Waffenschein vorweisen konnte, sichergestellt. Neben den Durchsuchungen in Weinheim, Stuttgart und Eningen wurden die Wohnungen von "Kontaktleuten" in Viernheim (bei Heidelberg), Ramstein (Pfalz), Schneeberg, Bad Reichenhall und Johannesberg durchsucht. Die Neuauflage des Deckert-Prozesses, der im Sommer 1994 für internationales Aufsehen gesorgt hatte, ist mittlerweile auf den 21. April 1995 vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe festgesetzt worden.

Gegen den Berliner Neonazi Wilfried Arnulf Priem wurde jetzt, nachdem Priem schon ein halbes Jahr in Untersuchungshaft gesessen hatte, Anklage wegen mehrerer Straftaten erhoben. Darunter u.a. das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Verstoß gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz und Verunglimpfung des Staates. In seiner Wohnung waren am 13. August 1994 200 Gramm Sprengstoff, eine scharfe Pistole und andere Waffen gefunden worden. Gemeinsam mit 26 weiteren Nazis soll Priem geplant haben, Teilnehmer einer Antifa-Demonstration bewaffnet anzugreifen. Ob er deshalb - wie ursprünglich angegeben - wegen des Staatsschutzdelikts "Bildung bewaffneter Haufen" angeklagt wird, ist unklar. Priem, ein von der Bundesregierung Ende der 60er Jahre freigekaufter DDR-Häftling, hatte Anfang der 70er Jahre in Freiburg mit seiner Kampfgruppe Priem durch Überfälle auf Antifaschisten von sich reden gemacht. Seit seiner Übersiedlung nach Berlin ist er dort führend in die Nazi-Szene eingebunden. Er gilt als einer der drei Führer der "Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front", ist Chef eines "Gauschulungsamtes Wotans Volk" und Chef der Nazi-Truppe "Die Vandalen". Sein Name taucht auch immer wieder im Zusammenhang mit den Briefbombenattentaten in Österreich im Winter 1993/94 auf und erneut im Herbst 94 anläßlich der Verurteilung seines Gesinnungsfreundes Gottfried Küssel zu elf Jahren Haft wegen "Wiederbetätigung". Unstrittig ist, daß Priem mit den führenden Naziterroristen Österreichs in Berlin engsten Kontakt gepflegt hat, mit ihnen Waffen beschafft hat etc.

Zu zwei Jahren auf Bewährung wurde in Stuttgart der Nazi Jürgen Mosler verurteilt. Er hatte zugegeben, ab 1983 auf Geheiß von Michael Kühnen die damals völlig unbedeutende rechte "Freiheitliche Arbeiterpartei" (FAP) des Martin Pape unterwandert zu haben, um dort die verbotene Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Alternative (ANS/NA) fortzuführen. Außerdem sei das "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" ebenfalls eine Nachfolgeorganisaton der ANS/NA gewesen. Mosler "verdiente" sich das milde Urteil durch sein umfassendes Geständnis und dadurch, daß das Gericht seine Loslösung aus der Nazi-Szene als glaubhaft wertete. Dieses Urteil kann möglicherweise als ein Präjudiz für kommende Verfahren gegen ANS-Aktivisten, die in der FAP tätig wurden, angesehen werden. Jetzt wird damit gerechnet, daß Mosler sich seine Bewährung durch umfassende Aussagen in weiteren Verfahren verdienen wird. Insbesondere das seit Jahren anhängige Verfahren gegen den Mosler-Flügel der ANS, das erst im Sommer 1994 wegen Erkrankung einer Schöffin geplatzt war, könnte nun zügig zu Ende gebracht werden. Zunächst war hier auch gegen den FAP-Vorsitzenden Friedhelm Busse und gegen Mosler als Hauptangeklagten verhandelt worden, später trennte man ihre Verfahren jedoch ab. Busse wurde zu drei Jahren auf Bewährung verurteilt. Übrig geblieben sind nun Christian Malcoci, Chef der verbotenen

"Heimattreuen Vereinigung Deutschlands", Andreas Rossiar und Michael Swierczek, Vorsitzender der ebenfalls verbotenen "Nationalen Offensive", die mit Mosler das "Komitee..." geleitet hatten. Zu den von Sicherheitsexperten befürchteten Auseinandersetzungen kam es nicht. Neonazis hatten per Fax und Rundschreiben dazu aufgerufen, möglichst zahlreich zum Prozeß zu erscheinen.

Gegen Jürgen Rieger, den ehemaligen Anwalt Moslers, will nun die Hamburger Anwaltskammer endlich ein Ehrengerichtsverfahren einleiten. Damit folgt die Kammer einem Ersuchen der Stuttgarter Generalstaatsanwaltschaft. Rieger hatte dort in der Erstauflage des Prozesses gegen die Nazis um Mosler nach Ansicht der Staatsanwaltschaft durch Beweisanträge unablässig für Verzögerung gesorgt, bis er wegen "Prozeß-Sabotage" als Pflichtverteidiger abgelöst wurde. Riegers weitere Karriere als Nazianwalt scheint damit ernsthaft gefährdet. Schon im Herbst 1994 war er vom Amtsgericht Hamburg-Blankenese wegen der Verwendung nationalsozialistischer Symbole verurteilt worden. Daß Rieger überhaupt Anwalt hatte werden können, verdankte er im übrigen der sozialdemokratischen Amnestie für Demonstrationsdelikte der Jahre 1967-70. Damals hatte Rieger beim Besuch des DDR-Ministerpräsidenten die DDR-Fahne heruntergerissen und später zusammen mit dem rechtsradikalen Professor Rubin dessen Selbstentführung zur Beeinflussung der schleswig-holsteinischen Landtagswahl zugunsten der NPD inszeniert.

Ende Dezember 1994 wurden in Südhessen und Bayern bei Hausdurchsuchungen in zwölf Wohnungen von Neonazis in Hanau, Offenbach, dem Raum Darmstadt und in Unterfranken umfangreiches Propagandamaterial, Waffen und Munition beschlagnahmt. Unter anderem wurden Hakenkreuzfahnen, Computersoftware mit rechtsextremem Inhalt, Schlagwerkzeuge, Stich- und Schußwaffen sichergestellt. Gegen die Gruppe, zu der etwa 20 Jugendliche der Skinheadszene zwischen 16 und 21 Jahren, sowie ein 13jähriger Schüler und ein 50jähriger Mann gehören sollen, wurde seit September ermittelt. Demnach sollen sie Kontakte zu verbotenen rechtsextremen Organisationen im Ausland unterhalten sowie zahlreiche Gewaltakte verübt haben. Vorgeworfen werden ihnen der Brandanschlag auf das Auto eines Asylbewerbers, Farbschmierereien an einer Flüchtlingsunterkunft und die Zerstörung eines Kerzenarrangements in einer ehemaligen Synagoge in Großkotzenburg am Jahrestag der Reichspogromnacht.

In einer bundesweiten Durchsuchungsaktion wurden Mitte Februar insgesamt 66 Objekte, zumeist Wohnungen von Mitgliedern der FAP durchsucht. Betroffen waren Wohnungen in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland, Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Westberlin. Anlaß der Aktion war der FAP-Parteitag vom November 1994 in Friesenhagen/Westerwald, bei dem mehrere Teilnehmer uniformiert erschienen waren, der Saal mit Hakenkreuzfahnen ausstaffiert war und mehrere Teilnehmer sich mit dem Hitlergruß begrüßt hatten. Gegen 57 Teilnehmer wird derzeit ermittelt. Auch die Bundesgeschäftsstelle der FAP war von der Aktion betroffen, obwohl der Bundesvorstand selbst nicht zu den Beschuldigten gehört.

Ende Januar 1995 haben 50 Beamte des baden-württembergischen LKA und der Polizeidirektion Heidelberg bei einer Durchsuchung der "Europaburschenschaft Arminia zu Zürich" in Heidelberg nationalsozialistische Schriftstücke sichergestellt. Die Schriftstücke waren von einer Buchhändlerin aus Balingen (Südwürttemberg-Hohenzollern), gegen die gemeinsam mit ihrem Mann und Sohn vom LKA seit Monaten wegen Verbreitung derartiger Schriften ermittelt wird, dort ausgestellt worden. Sie war immer wieder auf neonazistischen Versammlungen observiert worden. Die Burschenschaft erklärte, sie habe der Buchhändlerin Gastrecht gewährt, ohne den Inhalt ihres Standes zu kennen.

Ebenfalls Ende Januar wurden in Lindau am Bodensee zwei Männer festgenommen, die neonazistisches Material bei sich hatten und dem Ku-Klux-Klan angehören sollen. In Thüringen und Sachsen-Anhalt wurden 21 Häuser und Wohnungen von Neonazis durchsucht und umfangreiches Material beschlagnahmt. Dabei wurde ein 22jähriger, gegen den ein Haftbefehl vorlag, verhaftet. Gegen ihn und die übrigen 21 Personen, gegen die die Aktion gerichtet war, besteht der Verdacht, daß sie als Gruppe (d.h. als Bandendelikt!) bewaffnete Überfälle auf Linke vorbereitet, bzw. dazu aufgerufen haben.

ES, Hamburg

23. Die Akteure und ihre Hintermänner. Der "Einblick"-Prozeß in Groß-Gerau

Autor: Bildungswerk Anna Seghers, Wiesbaden · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:18

Die Tür zu einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem organisierten Neofaschismus wurde nicht aufgestoßen, als das Jugendschöffengericht Groß-Gerau im Januar 1995 über angeklagte MacherInnen der Nazi-Hetzschrift Der Einblick zu Gericht saß. Die Veröffentlichung von 250 Adressen politischer GegnerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet - verbunden mit der Aufforderung, diese durch Einschüchterung und Angriffe - mindestens mundtot zu machen, wurde als lokales Jugendgruppendelikt verhandelt. Daß unter den vier Angeklagten eine Heranwachsende war, ebnete den Weg, die Anklage für alle Beschuldigten vor dem Jugendschöffengericht zu erheben. Prozessual wäre es durchaus möglich gewesen, das Verfahren gegen die Heranwachsende abzutrennen und die Verhandlung gegen die restlichen Angeklagten vor einer Strafkammer durchzuführen. War schon diese verfahrenstechnische Entscheidung darauf gerichtet, die öffentliche Aufmerksamkeit an der Angelegenheit in Grenzen zu halten, so blieb die Anti-Antifa als Struktur, die den Einblick zu verantworten hat, in den Ermittlungen und im Verfahren weitestgehend ausgespart.

Im Groß-Gerauer Prozeß wurden als Akteure vorgestellt:

Stephane Cumic, Betreiber des ersten von Wiesbaden aus geschalteten Nationalen Infotelefons (NIT). Er gilt als geistiger Urheber des Einblick, der selber an der praktischen Umsetzung der Idee wenig Interesse hatte, aber in dem Rüsselsheimer Norman W. Kempken, einem langjährig aktiven Nazi-Kader, einen begeisterten Realisierer des Projekts fand. Der 65jährige Hans Eberhard Hefendehl, der auf eine 20jährige Karriere als Nazi-Aktivist zurückblickt, wurde wegen einfacher Beihilfe angeklagt und verurteilt. Er beschrieb sich in Groß-Gerau als naiver Drucker, der auch Druckaufträge von der SPD erhalte. Karin Mayer, die Rüsselsheimer Heranwachsende, sagte aus, sie hätte beim Versand des Einblick geholfen wie sie genauso bereitwillig beim Versand von Werbeprospekten Hand angelegt hätte.

Das Drehbuch für diese Version hatte einer der Angeklagten geschrieben: Stephanie Cumic.

Polizei und Staatsanwaltschaft tappten nach eigenem Bekunden nach Erscheinen des Einblick im dunkeln. In einer Presseerklärung des "Bildungs- und Solidaritätswerks Anna Seghers" vom Januar 1994 wurde Cumics Beteiligung am Einblick nachgewiesen. Auf die Spur führte die Nummer einer Postlagerkarte, die in rechten Organen sowohl als Postadresse der Anti-Antifa Wiesbaden, des NIT Wiesbaden wie der vorläufigen Einblick-Redaktion publiziert wurde. Inhaber der Postlagerkarte war Stephane Cumic.

Nach der Veröffentlichung dieser Spur in der Wiesbadener Presse flüchtete Cumic nach vorn und gab öffentlich bekannt, den Einblick erfunden, dann aber das Projekt abgegeben zu haben. Nachdem der Stein so ins Rollen gekommen war, waren Festnahme und Vernehmungen unvermeidlich. Cumic packte aus und belastete weitere Personen, u.a. die Mitangeklagten Kempken, Mayer und Hefendehl.

Der Rollenverteilung, die Cumic in seinen Vernehmungen vornahm, folgte dann die Anklage. Kempken verweigerte jede Aussage. Der Drucker zeichnete sein harmloses Bild mit eigenständigen Beiträgen. Cumics Aussagen waren nicht mit denen der anderen Angeklagten abgesprochen. Er versuchte durch seine Aussagen, den eigenen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Das NIT Hamburg hatte ihn schon im Frühjahr 1994 als Verräter gebrandmarkt; das NIT Rheinland bezeichnete ihn in einem Bericht zum Groß-Gerauer Verfahren als Aussteiger und Verräter. Im Gericht erschien Cumic mit drei Polizeibeamten in Zivil als Begleitschutz.

Cumics Prozeßaussage zufolge hat er Kempken 1992 auf Vermittlung von Rene Friedmann kennengelernt. Dieser kommt aus der Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten (ANS), war Bundesvorsitzender der Nationalen Sammlung (NS) und Mitglied der Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP).

Cumic räumte ein, die Rhein-Main-Adressen und die Texte zum Rhein-Main-Teil beigesteuert zu haben, die auf ein vor dessen Verbreitung bei Cumic beschlagnahmtes Anti-Antifa-Blatt der Nationalen Aktion zurückgingen.

Die Verlegung der Redaktionsadresse von Wiesbaden nach Dänemark sei auf Vermittlung des Garry Lauck (NSDAP/AO) aus den USA erfolgt. Kempken sei zur Abklärung der Details mindestens einmal nach Dänemark gefahren. Das Postfach in Randers, das als Versandadresse des Einblick in der Berichterstattung immer wieder erwähnt wurde, gehört der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB).

Viele neue Fakten kamen im Prozeß nicht zu Tage, im großen und ganzen wurde bestätigt, was das Bildungswerk Anna Seghers in der Broschüre "Die Anti-Antifa und der Einblick" im April 1994 zusammengetragen hatte: Mit dem wesentlichen Unterschied, daß die Hintermänner und die gesamte organisatorische Struktur im Hintergrund des Einblick vor Gericht nicht ins Visier genommen wurden.

So wurde insbesondere der Frage nach einer vermutlich auch im Widerspruch zu Cumcis Schilderungen bestehenden Organisationsstruktur nicht nachgegangen. Dabei lagen einige Dinge auf der Hand: Allen genannten Personen kann eine Mitgliedschaft in der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) nachgewiesen werden oder mindestens ein persönliches Verhältnis zur HNG-Vorsitzenden Ursula Müller.

Im Gegensatz zu der oft unter Beweis gestellten Fähigkeit der Bundesanwaltschaft, gegenüber linken Verdächtigen Vereinigungsdelikte konstruieren zu können, wurden die - nach den ersten von großer Empörung getragenen Pressemeldungen - zum Einblick aufgenommenen Ermittlungen zu einer "kriminellen Vereinigung" in Karlsruhe bald eingestellt, und das Verfahren wurde an die Staatsanwaltschaft Darmstadt abgegeben.

Die Ermittlungen wiesen darüberhinaus markante Versäumnisse auf: Bei dem Drucker Hans Eberhard Hefendehl wurden ein neuer halbeingepackter Computer und über 100 Disketten gefunden. Der Computer wurde nicht untersucht. Grund: er war ja noch nicht ausgepackt. Die 100 Disketten wurden nicht beschlagnahmt, denn ein Polizist hielt sie nicht für verfahrensrelevant. Die Frage der Anwältin der Nebenklage, woran man denn bei einer Diskette von außen ersehen kann, daß sie nicht verfahrensrelevant sei, blieb unbeantwortet.

Nicht alle Kontobewegungen auf den bekannten Konten von Norman W. Kempken wurden geklärt; so wurden beispielsweise Überweisungen von über 10.000 DM nicht auf AbsenderInnen, EmpfängerInnen oder Verwendungszweck untersucht. Ermittlungen zu möglichen weiteren Konten von Kempken wurden nicht unternommen.

Kempken saß nach den ihn belastenden Aussagen von Cumic für einige Monate in Köln-Ossendorf im Hochsicherheitstrakt. Für das erste Gespräch mit seinem Anwalt hatte der Ermittlungsrichter Genehmigung für einen BKA-überwachten Besuch erteilt. Der Besuch fand dann ohne Überwachung statt, die Anstalt erklärte später, man habe den entsprechenden Vermerk des Ermittlungsrichters übersehen.

Der einzige Nazizeuge, der im Prozeß vorgeladen wurde, war das Mitglied der Nationalistischen Front (NF) Andreas Gängel aus Bruchsal. Er soll laut Cumic zusammen mit Kempken die Einblick-Hefte aus der Hefendehlschen Druckerei abgeholt haben. Bis Mitte 1994 betrieb er den Endsieg-Versand, eine der ersten Adressen für den Vertrieb neofaschistischer Musik. Vor Gericht behauptete er, Hefendehl nie gesehen und zu Kempken einen allenfalls sporadischen Kontakt unterhalten zu haben. Dabei bewies ein vor Gericht verlesener Briefwechsel zwischen ihm und Kempken eindeutig sein enges persönliches Verhältnis zu dem Einblick-Macher. Obwohl Kempken selber Kader der NF ist, spielte die NF keine Rolle in dem Verfahren.

Die mitangeklagte 20jährige Karin Mayer aus Rüsselsheim hat den Einblick gefaltet, geheftet und verschickt. Sie wurde in der Verhandlung als unselbständige Mitläuferin bezeichnet. Laut Cumic wußte sie gar nicht, was sie tat: "Die hätte auch Massa-Hefte gefaltet." Karin Mayer ist keinesfalls ein unbeschriebenes Blatt. Sie kommt ebenso wie ihr Ehemann Thomas Mayer aus der Skinheadszene. Obwohl sie mit dem Versand des Einblick eine wesentliche Funktion innehatte, wurde sie lediglich wegen "Beihilfe" angeklagt und verurteilt. Über rechtsextremistische Aktivitäten und Mitgliedschaften war den Behörden nichts bekannt. Dabei haben die Eheleute Mayer in den Nachrichten der HNG vom Juni 1993 per Anzeige die Geburt ihres Sohnes bekannt gegeben. Sie hoffen "auf die Mithilfe der germanischen Götter, um unser Kind im Geiste des nationalistisch und sozialistisch erwachenden Deutschlands zu einem tapferen Sohne seines Volkes zu erziehen." Die Datumsangabe des Geburtsjahres 104 steht für das 104. Jahr nach Hitlers Geburt.

Sogar der Richter rügte das Vorgehen der Polizei in scharfem Ton und gab zu, daß die weiteren Hintermänner des Einblick unerkannt blieben. Ermittlungen in diese Richtung, die von der Nebenklagevertreterin gefordert wurden, lehnte er allerdings ab, da das Gericht polizeiliche Versäumnisse nicht kompensieren könnte.

Die Hintermänner

Ein paar Hintermänner des Einblick und damit der Anti-Antifa-Struktur sind klar auszumachen, auch wenn sie im Gerichtssaal teilweise nicht anwesend waren:

Mit Christian Worch aus Hamburg, Anführer und geistiger Kopf der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), beginnt die Anti-Antifa-Kampagne. Er stellt sie in einem Artikel im Index vom August 1992 vor; es ist die Anleitung, wie Anti-Antifa Arbeit ungefähr auszusehen hat.

Der Drucker Hans Eberhard Hefendehl ist Eigentümer des Odal-Druck-Verlages in Rodach. In seiner Druckerei werden vielerlei neonazistische Publikationen hergestellt, u.a. die Nachrichten der HNG. Hefendehl ist unter anderem Herausgeber der Zeitschrift Der Scheinwerfer, das Pendant zur internationalen Nazizeitung Spotlight, einem Blatt der NSDAP/AO.

Kai Dalek, Computerfachmann aus dem Dorf Oberrodach, nur wenige Kilometer von der Hefendehlschen Druckerei entfernt. In der Hierarchie der GdNF rangiert Dalek gleich hinter Christian Worch. Er steht nur ungern im Vordergrund und versucht vielmehr, aus "dem ruhigen Hinterland" heraus ungestört und ohne viel Rummel um seine Person zu arbeiten. Innerhalb der Anti-Antifa ist Dalek eine der Kristallisationsfiguren. Er leitete schon 1988 die GdNF-Vorfeldorganisation Antikommunistische Aktion (ANTIKO), die als eine der Vorläuferorganisation der Anti-Antifa gesehen werden kann. Für ihn war der Job des Layouters vorgesehen, hatte er diesen doch schon für das Einblick-Vorläuferblatt von Cumics Nationaler Aktion gut gemacht. Im oberfränkischen Steinwiesen unterhält er ein "Computer-Grafik-Design-Studio", ein logistischer Stützpunkt für die GdNF und Ansprechpartner, wenn es etwas zu publizieren gibt. Über jenes Studio betreibt Dalek auch die Kraftwerk.BBS, eine Mailbox die der bundesweit aktiven Thule-Mailbox angeschlossen ist. Aus dem Kraftwerk.BBS können sich Kameraden beispielsweise Fotos von antifaschistischen JournalistInnen ziehen.

Der technische Hauptmacher des Einblick war wohl tatsächlich - wie Cumic behauptet - Norman Wolfgang Kempken aus Rüsselsheim. Eine seiner Hauptkontaktpersonen in Nürnberg ist der Neonazi Harald Hohe, der ebenfalls aus Rüsselsheim stammt und ca. 1992 seinen Wohnsitz in den Nürnberger Raum verlegte. Hohe war in den 80er Jahren einer der aktivsten und militantesten Neonazis im Rhein-Main-Gebiet, ein Schläger, der wegen Folterung und Scheinerschießung eines mißliebigen Kameraden (Femegericht) 1985 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Hohe gehörte seinerzeit der ANS/NA-Gruppe um Arndt-Heinz Marx an, die dann wegen jenem eigenmächtig durchgeführten "Femegericht" aus allen von Michael Kühnen dominierten Gruppen der Bewegung ausgeschlossen wurde. Cumic behauptete im Prozeß, daß Kempken dem seinerzeit mit Kühnen konkurrierenden Mosler-Flügel angehört habe. Norman W. Kempken ist erstmals 1986 als Mitglied der damals überwiegend rechtsorientierten Eintracht-Frankfurt-Hooligantruppe Presswerk aufgefallen. Später schloß sich Kempken der rechtsradikalen Gruppe Taunusfront an und unterhielt intensiven Kontakt zur Nationalistischen Front (NF) und zur NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Ungefähr 1988 gelangte Norman W. Kempken in den Führungskreis der Taunusfront, und spätestens zu diesem Zeitpunkt engagierte er sich fest in der NF. Kempken ist ein geschulter Nazikader. In Helden für Deutschland meint er: "Wir haben mit zunehmenden politischen Aktionen erkannt, daß sich diese Themen, die so vermeintlich linke Gruppen besetzt haben, Sozialthemen oder Umweltthemen, an sich ja auch in unseren Bereich hineingehen. Das läuft schon allein darauf hinaus, daß alles, was unser Volk bedroht, beängstigt, eigentlich auch unser Thema sein muß, und deswegen sehen wir auch nicht ein, irgendwelche Themen unseren Gegnern zu überlassen. Wir sind der Meinung, daß die Bonzen und die Multis sich derart am Volk versündigt haben, daß es da auch keine Versöhnung mehr geben kann. Dr. Joseph Goebbels hatte mal gesagt, wer sich am Volk versündigt, verliert den Kopf, und das Großkapital hat sich am Volk versündigt." Auch nach dem Verbot der Partei 1992 gab es bei ihm nicht einmal eine Hausdurchsuchung, während im gesamten Bundesgebiet Nazi-Wohnungen aufgesucht wurden.

Stephane Cumic, Betreiber des ersten NIT, unterhielt enge Kontakte zu Christian Worch, Heinz Reisz (Deutsches Hessen (DH)) aus Langen, Garry Lauck (NSDAP/AO) aus den USA und Michael Petri, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Alternative (DA) bis zu ihrem Verbot und jetzigen

Bundesvorsitzenden der Deutschen Nationalisten (DN) aus Darmstadt-Dieburg. Wie im Prozeß bekannt wurde, faxte Cumic verschiedene Entwürfe eines Flugblattes der Anti-Antifa mit dem Titel "Linke Radikale in Wiesbaden" nach Hamburg zu Worch, der es korrigierte und überarbeitete Fassungen zurückfaxte, die nach Worchs Meinung nicht strafbar seien. Cumic war Kader der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) und sowohl DA- als auch DH-Mitglied. Bei seiner öffentlichen Erklärung im Wiesbadener Kurier im Februar 1994 behauptete er seinen Ausstieg aus der neofaschistischen Szene, machte aber in keiner Weise deutlich, daß er sich von nationalsozialistischem Gedankengut gelöst hat. Im Gegenteil bemängelt er die "subkulturellen Züge" und die fehlende inhaltliche Auseinandersetzung innerhalb der Neonazizusammenhänge. Ob man sein achtjähriges Engagement für die Sache des Faschismus als "innerfamiliäre Revolte" abtun kann, so wie es Rainer Fromm in einem Artikel tut, ist mehr als fraglich. Immerhin bestellte er schon am Anfang seiner Karriere die interne GdNF-Zeitung Die Neue Front auf seinen Namen und veröffentlichte Anzeigen in der Nationalzeitung, um Aufnäher zu verkaufen. Fakt ist aber auch, daß es zum Bruch mit der GdNF gekommen ist. Nach dem Groß-Gerauer Verfahren dürfte Cumic in Teilen der organisierten Rechten geächtet sein. Wie weit er gleichwohl weiterhin als rechter Aktivist sich betätigen wird, ist einstweilen nicht abzusehen.

Heinrich Berger aus Wien, polizeibekannter Neonazi und guter Bekannter von Kempken. Er soll laut Aussage von Cumic nicht nur die Zeichnungen für den Einblick sondern auch für andere in Deutschland vertriebene Gazetten angefertigt haben. Er war zudem Teilnehmer an Treffen auf dem Gelände der Gärtnerei der Nazi-Müller in Mainz. Berger wurde nicht ein einziges Mal vorgeladen, weder als Zeuge noch als Beschuldigter.

Ein kurzer Blick auf die Anwälte soll hier nicht vergessen werden. Sie waren allesamt keine Unbekannten:

Cumic ließ sich von Horst Loebe aus Wiesbaden vertreten, der früher schon Michael Kühnen verteidigte.

Karin Mayer wählte Ludwig Bock zu ihrem Vertrauten. Bock ist als langjähriger Funktionär und Kandidat der NPD bekannt und verteidigte u.a. den NPD-Chef Deckert.

Jürgen Rieger aus Hamburg wurde von Hefendehl als Verteidiger angegeben, erschien aber nie vor Gericht. Rieger ist der prominenteste Nazianwalt und wurde erst kürzlich wegen "Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole" verurteilt.

Rechtsanwalt Hans-Otto Sieg aus Frankfurt verteidigte eigentlich Norman Kempken, erschien aber auch nie. Er wird vom Deutschen Rechtsbüro als nationaler Anwalt für Kameraden aus dem Rhein-Main-Gebiet empfohlen.

Das Urteil gegen Kempken war - gemessen an der Anklage, ziemlich hart: Zwei Jahre ohne Bewährung für den Nichtvorbestraften wegen Nötigung und Beleidigung.

Cumic erhielt ein Jahr auf Bewährung, wobei ihm sein Geständnis ausdrücklich zugute gehalten wurde.

Hefendehl muß 3.600 DM Strafe zahlen und Karin Mayer als Jugendliche 100 Stunden gemeinnützige Arbeit ableisten. Die Beteiligung der beiden letzteren am Einblick wurde als Beihilfe gewertet!

Die prozeßbegleitende Antifa-Arbeit hat sich auf das Verfahren positiv ausgewirkt. Insbesondere das kluge und nachdrückliche Agieren der Nebenklage-Vertreterin hat ProzeßbeobachterInnen deutlich gemacht, daß die Anti-Antifa nur unvollständig auf der Anklagebank saß. In der Presseberichterstattung zum Groß-Gerauer Verfahren blieb diese zielgerichtete Begrenzung nicht unerwähnt. Ohne die antifaschistische Zuarbeit wäre es weder zu dem Prozeß gekommen, noch wären die Hintermänner wenigstens öffentlich genannt worden. Dieses Beispiel belegt, daß antifaschistische Recherchearbeit Resultate bringen kann und notwendig bleibt.

Bildungswerk Anna Seghers e.V.,

Wiesbaden, März 1995

Eine nach dem Groß-Gerauer Prozeß aktualisierte Auflage der Broschüre "Die Anti-Antifa und der Einblick" ist seit Ende Februar 1995 beim Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers (Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden gegen 4 DM + 2 DM Porto) erhältlich.

24. Seemannsgarn. Nachträgliche Überlegungen über das Ende einer "Antifa"-Soliarbeit im Fall der Tötung des Faschisten K.

Nachträgliche Überlegungen über das Ende einer "Antifa"-Soliarbeit im Fall der Tötung des Faschisten K. - von Tom Sailor

Autor: Tom Sailor · Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:14

Den folgenden Artikel übernahmen wir mit freundlicher Genehmigung des Autors sowie der Redaktion aus der "links", 1/2-95. Er wurde von uns etwas gekürzt und an wenigen Stellen redaktionell leicht überarbeitet.

Im November 1994 ging vor einer Jugendkammer des Moabiter Landgerichts ein sogenannter Antifa-Prozeß gegen sieben Angeklagte wegen der Tötung des Faschisten K. im Frühjahr 1992 zu Ende. Während ein Angeklagter wegen erwiesener Unschuld nach der Verbüßung einer elfmonatigen Untersuchungshaft freigesprochen werden mußte, wurden die anderen wahlweise zu Bewährungsstrafen und Haftstrafen von bis zu drei Jahren Knast verurteilt. Alle Angeklagten wurden spätestens nach der Urteilsverkündung aus der Haft entlassen. Gegen zwei weitere, zu diesem Zeitpunkt noch flüchtige Beschuldigte dieses Verfahrens wurde der Haftbefehl aufgehoben. Er bleibt jedoch für einen weiteren flüchtigen Beschuldigten in Kraft, von dem durch Aussagen der allermeisten anderen Angeklagten implizit oder explizit behauptet wurde, die tödlichen Stiche gegen den Faschisten K. geführt zu haben.

Im Verlaufe des Gerichtsverfahrens wandelte das Gericht die von der Staatsanwaltschaft erhobene Mordanklage in den Strafvorwurf einer "schweren Körperverletzung mit Todesfolge" um. (...)

Die folgenden Überlegungen kreisen vor allem um den durchaus schillernd zu verstehenden Begriff der "politischen Verantwortung" und haben in diesem Zusammenhang hauptsächlich die Nicht-Diskussionen und (soweit überhaupt von außen erkennbar) Positionierungen innerhalb der Antifa-Solidaritätsarbeit in diesem Prozeß zum Gegenstand. (...) Sie basieren hinsichtlich des nicht unwichtigen Kriteriums einer autonomen Praxis seitens des Autors auf folgenden Voraussetzungen: 1. Teilnahme an mehreren Antifa-Solidemos für die Verhafteten. 2. Der Besuch zweier öffentlicher Solidaritätsveranstaltungen. 3. Regelmäßige Lektüre diverser Erklärungen und Mitteilungen des Solikreises sowie anderer in diesem Zusammenhang agierender Gruppierungen. 4. Zweimal sprühen gegangen. 5. Geld gespendet.

Eine verworrene Vorgeschichte

Etwas über ein halbes Jahr nach dem Pogrom in Hoyerswerda treffen sich im April 1992 Funktionäre einer kurz zuvor gegründeten faschistischen Gruppierung namens "Deutsche Liga" in einem China-Restaurant in Kreuzberg. Sie werden plötzlich von einer Gruppe Vermummter überfallen und mit Knüppeln und Messern attackiert. Einer wird dabei schwer verletzt und derjenige, der am nächsten zum Ausgang sitzt, der Faschist K., getötet. Die Täter können unerkannt entkommen.

Im Unterschied zu den in diesem Land normal gewordenen rassistischen Morden gegen Menschen, die nicht Privateigentümer eines deutschen Personalausweisdokumentes sind, reagieren die Bullen prompt, bilden eine Sonderkommission und setzen die ungewöhnlich hohe Summe von 20.000 DM Kopfgeld aus.

Der Überfall und die Tötung eines Faschisten werden nach dem Bekanntwerden in der Öffentlichkeit in einer Zeit des alltäglichen mörderischen Rassismus in einen politischen Zusammenhang gestellt. Wie genau ist dieser "politische Zusammenhang" beschaffen?

Wurde der Überfall von einer fest organisierten Gruppe von Antifaschisten gemeinsam vorbereitet, politisch bestimmt und dann überlegt mit einem gewünschten Ergebnis durchgeführt? War die Aktion im gesamten Ablauf zuvor innerhalb der Gruppe abgesprochen worden? Oder hat es im Verlauf mehrere Aktionen gegeben, die nur noch bedingt dem Zusammenhang der handelnden Gruppe zugeordnet werden können?

Diese Fragen waren (in unmittelbarer Folge jener Aktion/en im China-Restaurant) auch deshalb nicht zu beantworten, weil weder ein Bekennerschreiben noch eine Selbstbezichtigung irgendeiner Gruppe zu Ziel,

Ablauf und dem beabsichtigten Ergebnis des Überfalls auf die Nazi-Funktionäre auftauchte. Im Prinzip wußte also niemand etwas über den konkreten "politischen Zusammenhang" jenes Ereignisses. Unsere diesbezüglichen Überlegungen und Spekulationen waren daher zunächst auf die Hergangs- und Ereignisschilderungen aus der bürgerlichen Presse angewiesen.

Im Tagesspiegel und in der taz wurde in den Tagen nach den ersten Verhaftungen notiert, daß nach Angabe der Ermittlungsbehörden der "Mordfall Kaindl" kurz vor der Aufklärung stehe. Beide Blätter setzten den doch eigentlich juristisch erst zu beweisenden "Mordfall" nicht in Anführungsstriche, den sie ganz im Sinne der Bullen als Tatsache behandelten. Die Soliarbeit war demzufolge von Beginn seitens der Justiz und der bürgerlichen Presse mit dem Vorwurf des Mordes an die Adresse derjenigen konfrontiert, mit denen Solidarität gefordert wurde.

Der Vorwurf des Mordes ist eine der dicksten Keulen, die die Justiz gegen eine Bewegung, eine linke allemal, schwingen kann. Dieser nicht ganz alltägliche Vorwurf beinhaltet neben immensen strafrechtlichen Konsequenzen auf der politischen Seite eine denunziatorische moralische Zuschreibung über den Charakter der Beschuldigten, inklusive der Bewegung, der sie angehören bzw. zugerechnet werden. (...) Es war offenkundig, daß mit dem Vorwurf des Mordes an die Antifaschisten der antifaschistischen Bewegung als potentielle Mörderbande - im Sinne der bürgerlichen Gleichung: links gleich rechts - die Legitimität ihres Anliegens abgesprochen werden sollte.

Bemühungen der Soli-Arbeit

Freunde, Bekannte und GenossInnen der Verhafteten beginnen, sich um die Soli-Arbeit zu kümmern. Sie schreiben ein Flugblatt und organisieren eine Kundgebung vor den Knästen in Plötzensee und Alt-Moabit. Kurze Zeit später findet eine Soli-Demonstration für die verhafteten und verfolgten Antifas durch SO 36 statt. Die Mobilisierungen zu den Knastkundgebungen und der Demo stehen unter den beziehungsreichen Slogans "Wer Wind sät, wird Sturm ernten!" und "Wir holen sie raus!" Der Solikreis macht also nicht von seinem Schweigerecht Gebrauch.

In den Flugis, auf Plakaten und Redebeiträgen wird darauf verzichtet, den "Mordvorwurf" der bürgerlichen Justiz zurückzuweisen. Keine Probleme also? Statt dessen beklagt ein Flugi (interim Nr. 263) ganz allgemein die Vorverurteilung durch die Behörden und Medien und die Kumpanei von Justizverwaltung und Nazis. Zum Schluß wird unter Bezug auf die Umstände der Ermordung Silvios (1) die heroische Aussage "Wir werden auch in Zukunft nicht weglaufen" hingeschrieben. Das Demo-Plakat fordert u.a.: "Offensiver Widerstand gegen Faschisten/Faschistinnen und Sexisten", kurz vor dem Hinweis "Keine Aussage bei den Bullen". In einem Kundgebungsbeitrag führt ein Redner aus, daß, da die Nazis in den letzten drei Jahren über 60 Menschen ermordet hätten, es schon "mal passieren kann, wenn einer von ihnen liegen bleibt". Diese Aussage, bei der man vergeblich darauf wartete, dafür noch eine genauere Erklärung zu bekommen, beklatschen die allermeisten DemonstrationsteilnehmerInnen.

In der Szene kursieren nach diesem Ereignis Plakate, die davor warnen, "Gerüchte" in die Welt zu setzen oder gar Aussagen bei den Bullen zu machen. Auch diesmal galt: "Anna und Arthur halten's Maul!" Doch worüber eigentlich genau das Maul gehalten werden soll, wird in diesem Slogan nicht gesagt. Immerhin gehen die Wirkungen des gewaltsamen Todes eines Faschisten nicht nur wegen der Bullenreaktion, sondern auch in den Gedanken- und Gefühlswelten der autonom-antifaschistischen Szenerie quer durch alle Köpfe und Bäuche. (...) Soll gerade über die Fragen, was die Wirkungen jenes Todes eines Faschisten mit uns eigentlich machen und wie wir das sowohl konkret als auch abstrakt finden, ebenfalls das "Maul gehalten" werden?

Diese Fragen unter Hinweis auf die tatsächlich existierende staatliche Repression zu umgehen, kann - wohlwollend betrachtet - den Verdacht aufwerfen, allgemeine und im schlechten Sinne abstrakte Benimmregeln für andere nach dem Motto "Das gehört sich aber nicht!" aufzustellen. Das ist ein in jeder Hinsicht autoritäres Unterfangen. Böswillig betrachtet ist nicht auszuschließen, daß sich hinter dem leeren Slogan "Keine Gerüchte" eine Position verbirgt, die zwar "keine Gerüchte" sagt, aber die Zerstörung der für eine politisch kontroverse Diskussion notwendige Form der Öffentlichkeit meint.

Die Aktionen gegen die Nazis im China-Restaurant waren dadurch gekennzeichnet, daß Leute, von denen zunächst nur die Bullen behaupteten, es seien Antifaschisten gewesen, nicht irgendwohin weggelaufen, sondern ganz konkret dorthin gegangen waren, um dem Treiben der Nazis an diesem Ort zu jenem Zeitpunkt

ein Ende zu bereiten. Das ist im Ansatz zu begrüßen, weil es einem politischen Selbstverständnis entspricht, welches (nicht nur) von vielen Antifas und Autonomen geteilt wird. Das ist weder als "defensiv" noch als "offensiv" zu beschreiben, weil eine derartige Haltung einfach nur selbstverständlich ist - oder sagen wir: sein sollte.

Diffuses Schlagwort

Wie haben wir dann aber eine Aussage, in der zunächst richtig darauf hingewiesen wird, daß die Faschisten in der Tat böse sind, zu bewerten, die im zweiten Teil zu dem Schluß gelangt "Da kann es schon mal passieren, daß einer von ihnen liegen bleibt"? Soll diese Beschreibung Ausgangspunkt dafür sein, sie zum Gegenstand der Kritik über die Reichweite und Grenzen unseres Handelns zu machen? Oder bleibt es lediglich bei der als "banal" verkleideten Beschreibung eines nicht von der Hand zu weisenden konkreten Sachverhalts? Dann ist sie - in jeder Hinsicht - unpolitisch, weil jeder zu rätseln hat, was damit eigentlich gesagt werden soll.

Sollte diese "Da kann schon mal einer liegen bleiben"-Bemerkung jedoch tatsächlich "politisch" gemeint sein, aus taktischem Geschick natürlich auch "versteckt", dann ist sie in jeder Hinsicht für die von einer Solibewegung zu formulierenden politischen Ansprüche eine im wahrsten Sinne des Wortes demoralisierende Bankrotterklärung.

Was ist dann aber unter der Forderung "offensiver Widerstand" gegen FaschistInnen zu verstehen? Von welchem Begriff des "defensiven Widerstandes" soll er abgegrenzt werden? Abgesehen davon, daß diese Unterscheidung als völlige Abstraktion wenig mehr ausdrückt als einen kompletten Unsinn, verhöhnt sie diejenigen, die im Falle eines konkreten Rassisten-Angriffs versuchen, sich irgendwie zu wehren. Die Leute, die in das China-Restaurant hineingegangen sind, waren in der ganz konkreten Situation, frei ihr Tun zu kalkulieren und zu bestimmen. In diesem Falle war der Ansatz der Aktion konkret nicht Verteidigung, sondern Angriff. Und soweit daran ein antifaschistischer Zusammenhang geltend gemacht wird, muß genau das politisch verteidigt werden, anstatt in Begriffen über eine Realität zu sprechen, die in diesem Fall so nie existiert hat. Wenn man alles, was getan und nicht getan wird, unter dem diffusen Begriff des "Widerstandes" subsumiert, wird man bezogen auf die Realität blind und kann nichts mehr über konkrete Handlungsmöglichkeiten im tatsächlichen Widerstand gegen diese Verhältnisse aussagen. Deshalb ist es nur selbstverständlich, öffentlich zu vertreten, daß wir die Faschisten, wo immer sie sich zusammenrotten wollen, angreifen werden. Klar ist bei einer derartigen Positionierung, daß wir uns dann nicht mehr unter einem Begriff von "Widerstand" als sogenannte Opfer gegen Kritik immunisieren können. Wer angreifen will, muß sich öffentlich als Täter ganz anders erklären und begründen können als ein Opfer. Und zwar in einer Form, die sich einer ständigen Selbst-Kritik ausgesetzt sieht, was überhaupt erst die Voraussetzung dafür ist, daß alle, die sich an diesem Angriff beteiligen, hinterher in die Lage versetzt sind, diese Aktion mit allen ihren Konsequenzen politisch zu tragen. Das ist doch gerade die politische Herausforderung: Opfer, namenlose allemal, gibt es schon zu viele. Wir haben statt dessen selbst-bewußte, verantwortliche TäterInnen zu werden.

Unzweifelhaft nährte die Forderung nach "offensivem Widerstand" die Spekulation, daß damit eine politische Position vertreten werden sollte, die die gesamte/n Aktion/en inklusive der damit verbundenen Folgen im Prinzip für "ganz in Ordnung" befindet.

Nun, ein Strategieentwurf, der halböffentlich damit kokettiert, daß in ihm auch die Tötung von Faschisten eingeschlossen ist, hat durch die Erwägung desjenigen Mittels, das für alle Beteiligten die gravierendsten Konsequenzen nach sich zieht, gegenüber anderen Strategien zunächst einmal den Vorteil, auf den ersten Blick am mutigsten und radikalsten zu erscheinen. (...) Jede Kritik an derartigen Strategien kann dabei mit dem Verweis auf die faschistischen Greuel zurückgewiesen werden, verbunden mit dem doppeldeutigen Unterton, die Kritiker der Inkonsequenz und Feigheit zu beschuldigen. Wer nicht wie die Faschistentöter-Strategen kämpfen will, ist unter Umständen nicht nur an diesen abgelehnten Verhältnissen interessiert, sondern womöglich sogar noch verantwortlich im Sinne von "Schuld an ihnen". Die Diskussion über verschieden Formen von Widerstand verlagert sich so auf die Ebene der hochaufgeladenen Moral des latent schlechten Gewissens und wird hier von individuell gedachten Mutproben zu einem bloßen abstrakten Bekenntnis von autoritär abverlangten Mutproben. Dabei verkommt die Militanz auch gegen Faschisten, die sich von den Mühen einer politischen Begründung glaubt abkoppeln zu können, zur bloßen Gewalt derjenigen, die unkontrolliert und auf eigene Rechnung machen wollen, was sie - und nur sie - wollen. (...)

Ein vorläufiges Resümee

1. Die politisch verstandene Soliarbeit für die Verhafteten im Fall der Tötung des Faschisten K. zeigte sich zu keinem Zeitpunkt in der Lage, diejenigen Fragen und Widersprüche der zur Solidarität aufgeforderten Menschen zum Gegenstand einer freien und dadurch emanzipatorischen Diskussion zu machen. Dabei ist es erst einmal egal, ob dies aus Unfähigkeit oder aus erklärtem Unwillen geschehen ist.

2. Insgesamt betrachtet haben antifaschistische Solikreise den gescheiterten Versuch unternommen, ein vielleicht aus vielen Gründen verständliches, jedoch niemals politisch erklärtes Ereignis, welches zufällig zum Tode des Faschisten K. führte, nachträglich mit einem politischen Sinn zu versehen, der zu keinem Zeitpunkt existierte. Und das war nicht nur einfach barer Unsinn, sondern schlicht und einfach gelogen.

3. Im Prinzip spricht natürlich nichts dagegen, wenn eine Bewegung versucht, die herrschende Macht zu belügen. Will sie aber eine sein, sollte sie sich hinsichtlich ihrer Fähigkeit, so gut als möglich lügen zu können, auch auf diese Adresse beschränken. Die konkrete Antifa-Soliarbeit hat jedoch in diesem Fall die (zurecht!) zur Solidarität mit den Verhafteten gebetenen Leute vollständig und umfassend belogen. Hoffentlich gelingt es wenigstens für die Zukunft, über die gesellschaftlichen Ursachen dieser insbesondere auf einigen Soliveranstaltungen als Erscheinung zu erleidende "Heckenschützenkultur" gründlicher als bisher nachzudenken - und sie vielleicht zu verändern.

4. Wenn der Solikreis mit seiner Arbeit einen Sinn und auch relativen Erfolg gehabt hat, dann besteht er darin, konsequent verhindert zu haben, daß irgend jemand der zur Solidarität aufgerufenen Leute konkret aus einer komplett falsch gelaufenen Aktion für die doch als gemeinsam zu formulierende Zukunft etwas im Sinne von "So nicht!" hat lernen können. Deshalb ist es auch richtig zu sagen: Keine so "politisch verstandene Soliarbeit" wäre besser gewesen als so eine.

5. Bis auf zwei Angeklagte haben alle anderen sowohl vor der Aktion, bei der Aktion, in der Aktion, nach der Aktion und nachfolgend in Gesprächen bei den Bullen und im Gericht gemacht, was sie und nur sie machen und sagen wollten. Das mag aus vielen Gründen erklärbar und vielleicht auch verständlich sein; ein wie auch immer "politisch" begründetes Verhalten ist es jedoch nicht. Zwei Angeklagte haben es vorgezogen - aus Gründen, die wir nicht im letzten Detail kennen -, ihre Widersprüche zu jenem Ereignis im China-Restaurant und zur Gruppe lieber mit der Polizei und dem Gericht zu besprechen als mit den Leuten, mit denen sie gemeinsam (?) zum China-Restaurant gegangen sind. Drei andere sich selbst wohl noch immer als "politisch" verstehende Angeklagte haben nicht der unentwegt zur Solidarität aufgeforderten Bewegung Rede und Antwort gestanden. Statt dessen haben sie die Entscheidung getroffen, erst einmal mit Vertretern der staatlichen Repressionsorgane eine Verständigung zu erreichen. Das sagt im Grunde genommen fast schon alles nicht nur über die "Politik" jenes niemals politisch erklärten Ereignisses, sondern auch über die reale Schwäche der Solibewegung: In letzter Instanz wird doch als erste Adresse mit dem Staat, anstatt mit den zur Solidarität Herbeizitierten kommuniziert.

6. Diese Verhaltensweise ist den Angeklagten als den ohnehin schwächsten Gliedern einer antifaschistischen Bewegung nicht individuell im Sinne irgendeiner "Schuld" anzulasten. Mit dieser Betrachtungsweise ist ohnehin keine Erkenntnis möglich. Unhintergehbar ist aber für die Zukunft die Erkenntnis, daß dieser bemerkenswerte Vorgang eigentlich nur illustriert, was auch schon vorher mit einem entschiedenen selbstkritischen Nachdenken zu haben gewesen wäre: Ein in der halböffentlichen politischen Praxis mit Militanz kokettierendes Maulheldentum führt im Falle des Eintretens von Gefahr und höchster Not eher zu einer freundlichen Plauderei mit Bullen, Gericht und Staatsanwaltschaft denn zu einem selbstkritischen Kommunikationsprozeß innerhalb einer Bewegung.

7. Sowohl die Aktion/en im China-Restaurant, die nachfolgende Nichtbewältigung durch die teilnehmenden Gruppenmitglieder, die nach deren Verfolgung einsetzende "politische" Soliarbeit als auch das konkrete Verhalten der meisten Angeklagten während des Gerichtsverfahrens waren - und das im wahrsten Sinne des Wortes gemeint -: verantwortungslos. Nur auf der Basis dieser ganz konkret in diesem Fall zu erleidenden Erkenntnis würde überhaupt den Versuch einer neuen Diskussion lohnen, wenigstens dem Anspruch eines Begriffes von Solidarität nach. Alles andere ist - so oder so - dem Vergessen anheimgestellt. Vernünftigerweise.

Anmerkung:

1) Der Antifaschist Silvio Meyer wurde im November 1992 bei einer Auseinandersetzung mit Nazis in einem Berliner U-Bahnhof erstochen. (Anm. ak)

25. Der Klimagipfel in Berlin: Mehr als ein Überlebenskampf absaufender Inseln

Autor: Ann Stafford · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:23

Von Ann Stafford

Der Artikel erschien zuerst in den blättern des iz3w, Nr. 204, März 1995.

Die Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen im Juni 1992 verabschiedete eine "Agenda 21", die für UNO-Verhältnisse revolutionär erscheint: "Voraussetzung für die Verwirklichung von Umweltqualität und nachhaltiger Entwicklung ist eine größere Effizienz der Produktion und eine Veränderung der Verbrauchsgewohnheiten, damit eine Optimierung der Ressourcennutzung und eine Minimierung des Abfallaufkommens stärker zum Tragen kommen kann. In vielen Fällen bedeutet dies, daß es zu einer Umorientierung der augenblicklichen Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten kommen muß, die sich in den Industriegesellschaften entwickelt haben und in einem großen Teil der übrigen Welt nachgeahmt werden." (1)

Neben der "Agenda 21" waren in Rio folgende Dokumente verabschiedet worden: "Deklaration von Rio", "Artenschutzkonvention", "Waldkonvention" sowie die "Klimarahmenkonvention". Die Rahmenkonvention über Klimaänderungen (FCCC) wurde in Rio von 166 Staaten unterzeichnet und von weit mehr als den notwendigen 50 Staaten ratifiziert, so daß sie am 21.3.1994 in Kraft trat. Damit ist sie geltendes internationales Recht. Hauptziel der Klimakonvention ist es, "die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird. Ein solches Niveau sollte innerhalb eines Zeitraums erreicht werden, der ausreicht, damit sich die Ökosysteme auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können, die Nahrungsmittelerzeugung nicht bedroht wird und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortgeführt werden kann." (2) Senken und Speicher (3) aller nicht durch das Montrealer Protokoll geregelten Treibhausgase sollen geschützt und erweitert werden. Im weiteren sollen die anthropogenen Treibhausgasemissionen auf das Niveau von 1990 zurückgeführt werden. Auf Druck der USA wurden in Rio keine verbindlichen Angaben über den Zeitraum der Reduktionsziele vereinbart.

Als sich im Herbst 1994 die Vertragsstaaten der Klimakonvention in Genf trafen, präsentierte die Bundesrepublik als zukünftige Gastgeberin kurz vor Torschluß eine Verhandlungsvorlage, in der die Zeiträume und Reduktionsziele lediglich mit "x" und "y" umschrieben waren. Vor allem die OPEC-Staaten und die USA stellten sich bei den Genfer Verhandlungen quer. Allein die Alliance of Small Island States (AOSIS) schaffte es noch, fristgerecht ein Protokoll für die "COP 1" (Erste Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Berlin) zu erstellen. Die AOSIS-Staaten fordern die Beschließung des sogenannten "Toronto-Targets", eine CO2-Reduktion um 20% bis zum Jahre 2005 (bezogen auf das Jahr 1990) für "Annex-1-Staaten". (4) Dieses Ziel wurde im Juni 1988 auf der Weltkonferenz über Veränderungen der Atmosphäre in Toronto gefordert. Die Inselstaaten wären von Überschwemmungen und Hurrikanen infolge von Klimaveränderungen direkt betroffen.

Einen Rückschlag bedeutete das letzte Vorbereitungstreffen auf den Berliner Klimagipfel (Mitte Februar 1995 in New York): Die Delegierten konnten sich weder auf eine Geschäftsordnung noch auf Verhandlungsregeln (Abstimmungsquoren mit 2/3 Mehrheit oder Konsens) für Berlin einigen. Die bisherigen Verpflichtungen wurden als "ein erster Schritt" beschrieben, weitergehende Verpflichtungen nicht für notwendig erachtet. Folgerichtig kam es zu keiner Empfehlung für die Aushandlung eines Protokolls, das dann in Berlin hätte beschlossen werden können. Der AOSIS-Protokollentwurf ist als Tischvorlage weiterhin verhandelbar, seine Beschließung jedoch unwahrscheinlich.

Nachhaltige Augenwischerei

Nicht nur im Bereich der "Klimarahmenkonvention" ist inzwischen überdeutlich geworden, wie unkonkret die Konventionen von Rio geblieben waren. Zwar war damals der Zusammenhang von Entwicklung und Umwelt konstatiert und mit dem Zauberwort "nachhaltige Entwicklung" in der "Agenda 21" berücksichtigt worden. Nirgends jedoch wurde diese "nachhaltige Entwicklung" genauer definiert. Daher können sich sowohl die Weltbank wie auch die NGOs mit dieser Leerformel anfreunden. (5) Die Gegensätze hinter dem Begriff bleiben verschleiert. So ist die Forderung "wir im Norden müssen unser Konsumverhalten und unsere

Produktionsweise ändern" selbst bis zum ehemaligen Umweltminister Töpfer vorgedrungen. Es gilt jedoch genau darzulegen, was unter Nachhaltigkeit im Norden zu verstehen ist. "Sustainable Netherlands" kann zum Beispiel bedeuten, nur noch einmal in 20 Jahren nach Rio fliegen zu dürfen ... (6)

Laut Artikel 4 der Klimakonvention tragen die Vertragsparteien "der Notwendigkeit, ein starkes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten", Rechnung. Daß "Nachhaltige Entwicklung" nicht mit "Nachhaltigem Wirtschaftswachstum" gleichgesetzt werden darf und den Interessengegensätzen zwischen Nord und Süd nur mit einschneidenden Veränderungen des Entwicklungsmodells begegnet werden kann, wird spätestens dann deutlich, wenn die inzwischen weitgehend bekannten Zahlen betrachtet werden. Danach sind die Industrieländer für etwa 92% der CO2-Emissionen verantwortlich, die in den 35 Jahren von 1950 bis 1984 produziert wurden, die Entwicklungsländer zusammengenommen nur für 8%.

Die ökologischen Grenzen weiterer "Entwicklung" sind längst erreicht. Die Konsequenz daraus ist aber eben nicht, was die wohlklingenden Konventionen und der Begriff der "nachhaltigen Entwicklung" vermitteln sollen, nämlich eine völlig andere Entwicklung, sondern vielmehr die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung. Denn vor dem Hintergrund, daß "die Modernisierung der ganzen Welt zum ökologischen Kollaps führen würde, sind Regionen mit unterschiedlichen sozialen Standards erwünscht ...". (7)

Angesichts dieser Übertünchungstaktiken könnte die Klimakonferenz in Berlin zum Anlaß genommen werden, den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung wieder verstärkt in die Diskussionen der NGOs zu tragen. Statt dessen hat die technische Machbarkeitsmentalität heutzutage Konjunktur. Aber auch technologisch gesehen reicht eine geringfügige CO2-Reduktion nicht aus, um eine Temperaturerhöhung durch Treibhausgasemissionen zu verhindern. So hat der International Panel on Climate Change (IPCC), eine internationale Konferenz von 300 KlimatologInnen, 1990 eine Verringerung der CO2-Emmissionen um 60-80% bis zum Jahr 2020 gefordert. Nur so sei eine Erwärmung der Erde um 0,3 Grad Celsius je Jahrzehnt zu vermeiden. Auf politischer Ebene müssen Armut aufgrund ungleicher Verteilung, die Ausbeutungs- und Dominanzverhältnisse zwischen und innerhalb der Länder im Norden und Süden sowie zwischen den Geschlechtern wieder vermehrt zur Sprache gebracht werden.

Konsens für Toronto

Viele NGOs betreiben heutzutage Lobbyarbeit bei UNO-, Weltbank- und anderen Konferenzen und werden dort mittlerweile als ernstzunehmende Stimmmen zur Kenntnis genommen. Doch häufig kommt dabei eine entschiedene Kritik der selben Institutionen und der gängigen Entwicklungspolitik zu kurz. Um anläßlich der Klimakonferenz NGO-Forderungen zu stellen, haben sich zahlreiche Umwelt- und Entwicklungsorganisationen auf den Minimalkonsens geeinigt, das "Toronto-Ziel" durchzusetzen. Daß sich aber viele NGOs - aus lauter Angst, daß gar nichts passiert - nur einzig und allein auf die Forderung stürzen, daß in Berlin ein Protokoll für eine 20%-Reduktion verabschiedet wird, greift zu kurz (auch wenn laut NGO-Forderungskatalog weitergehende Reduktionen davon unberührt bleiben). Schließlich hieß es früher einmal: "Seid realistisch, fordert das Unmögliche!" Hier wird von den NGOs das minimalst Mögliche gefordert und vergessen, was das Unmögliche (?) war: eine gesellschaftliche Veränderung zu erreichen, welche das Überleben des Planeten und das Leben aller Menschen sichert.

Anmerkungen:

1) Agenda 21, dt. Übers. hrsg. vom Bundesumweltministerium, S. 23

2) Art. 2, UN FCCC, New York, 9.5.92, dt. Übers. hrsg. v. Bundesumweltministerium, S. 197.

3) "Senke" bedeutet einen Vorgang, eine Tätigkeit oder einen Mechanismus, durch die ein Treibhausgas, ein Ärosol oder eine Vorläufersubstanz eines Treibhausgases aus der Atmosphäre entfernt wird. "Speicher" bedeutet ein oder mehrere Bestandteile des Klimasystems, in denen ein Treibhausgas oder eine Vorläufersubstanz eines Treibhausgases zurückgehalten wird.

4) "Annex I": Im 1. Anhang der Klimakonvention genannte Staaten: nördliche Industrieländer (OECD) und osteuropäische Staaten (inkl. Russische Föderation und Ukraine).

5) Vgl. hierzu Lélé, S. M.: Sustainable Development. A Critical Review, in: "World Development" 19(6), Juni 1991, S. 607-621. Siehe auch: Daly, H. E. 1990: "Towards some operational principles of sustainable development." In: "Ecological Economics, Jg.2, Nr.1/April, S. 1-6.

6) siehe hierzu: Brakel, M. van/Buitenkamp, M. "Sustainable Netherlands. Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande.", dt. Übers.; sowie Brakel, M. 1993: "Ressourcen weltweit neuverteilen", in: "Politische Ökologie", Sept./Okt.1993, S. 14-18. Siehe auch ak 372, Sustainable Development - ein Zukunftsthema?

7) Altvater, E. 1992: "Der Preis des Wohlstands", S. 166/167. Vgl. auch: Altvater 1991: "Die Zukunft des Marktes", S. 67: Industrialisierung als "positionelles Gut".

26. Klimaschutz als universelles Anliegen? Die Länder des Südens und des Ostens sind keine Verbündeten im Kampf ...

Die Länder des Südens und des Ostens sind keine Verbündeten im Kampf um Emissionsverminderungen

Autor: Peter Schott · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:32

Die UN-Klimakonferenz in Berlin wird sich in die Serie von Umweltkonferenzen einreihen, deren klimaschädigende Wirkungen durch die Anreise der TeilnehmerInnen größer sein wird als der umweltschützende Effekt der Konferenzergebnisse. Daß PolitikerInnen zusammentreffen, um über das Problem Klimaerwärmung nur zu reden, kann angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse und des Standes der politischen Diskussion heute nicht mehr als Erfolg gewertet werden. Von einer Reihe von Staaten wird die Klimaerwärmung mit all ihren katastrophalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen als Problem nicht erkannt. So verhinderten auf den Vorbereitungskonferenzen für den Klimagipfel die Industrieländer zusammen mit den Staaten, aus denen ein Großteil der Rohstoffe für den Konsum im Norden kommt, Entscheidungen für einen globalen Klimaschutz.

Vor allem Saudi-Arabien, Kuwait, China, Iran und Nigeria - Staaten mit 22% der Weltölförderung und 44% der sicher abbaubaren weltweiten Erdölreserven - betonten, daß die negativen Folgen der Klimaerwärmung nicht sicher abzuschätzen seien. Diese Einstellung hat inzwischen eine rund 25jährige Tradition. Da monokausale Zusammenhänge bei Umweltproblemen nur in Ausnahmefällen nachzuweisen sind (stets wirkt eine Anzahl von Faktoren und Stoffen auf ein Lebewesen oder ein Stück Natur ein), bietet diese Tatsache immer die Möglichkeit, gegen wirksame Maßnahmen für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu argumentieren.

Die nunmehr zehnjährige weltweite Debatte um die Folgen der von den Menschen verursachten Klimaerwärmung zeigt eindeutig, daß es wirkungsvolle Gegenmaßnahmen unter den gegenwärtig herrschenden weltweiten gesellschaftlichen Bedingungen nicht geben wird. Dagegen stehen wirtschaftlichen Interessen der Industriestaaten und der erdölexportierenden Länder des Südens und des Ostens. Doch hinter und vor diesen Staaten stehen die multinationalen Konzerne, deren Interesse an einer maximalen Profitrate den ökologischen Erfordernissen entgegensteht. Zu nennen sind:

- das im Süden und Osten der Erde durch niedrige Arbeitslöhne, enorme Steuervorteile und eine auf Kosten der Förderländer bereitgestellte Infrastruktur preisgünstig gewonnene Erdöl, wodurch der Beginn eines ökologischen Umbaus der Energiewirtschaft verhindert wird,

- die Abholzung der tropischen Hölzer für eine Handvoll Dollar und mit hohen Gewinngarantien im konsumorientierten Norden, wodurch stets der erste Schritt zu einer völligen Vernichtung des tropischen Regenwaldes in der Region getan wird und

- die Ausbeutung der Mineralien, die die immer stärker verschuldeten Länder im Süden und Osten verscherbeln müssen, um ihre Schulden zu begleichen.

Wie können wir dieser Entwicklung eine andere Richtung geben? Sicher nur dadurch, daß wir den geforderten Konsumwandel im Norden in einen Zusammenhang mit dem ökologischen Umbau der Gesellschaft stellen. Dieser Umbau muß sich an dem Modell eines demokratischen Sozialismus orientieren, in dem Profit- und monetäre Nutzenmaximierung als Grundlagen wirtschaftlicher Entwicklung keine Rolle mehr spielen.

Fallbeispiel Nigeria

Das Verhalten der erdölexortierenden Länder des Südens im Zusammenhang mit klimarelevanten Maßnahmen macht die schwierige Lage der Entwicklungsländer im Spannungsfeld zwischen ökonomischer Entwicklung, sozialer Situation und ökologischen Erfordernissen deutlich. Das Beispiel Nigeria zeigt deutlich, wie koloniale Ausbeutung in eine neokoloniale Abhängigkeit überführt wurde, bei der heute die multinationalen Konzerne die Rohstoffe ausbeuten und mit Hilfe der Industriestaaten, der Weltbank und des IWF's die

Geschicke des Landes bestimmen. In dem westafrikanischen Land bleibt so kein Spielraum, für den Schutz des Weltklimas oder gar für einen ökologischen Umbau zu kämpfen.

In Nigeria waren Anfang der 80er Jahre 60% des tropischen Regenwaldes vernichtet, heute sind es 95%. Bis in die 80er Jahre hinein zählte es zu einem der Hauptexportländer von Tropenholz. Die Erlöse vom Ausverkauf der Hölzer sind vollständig an der Masse der Bevölkerung vorbeigegangen. Sie sind bei den multinationalen Konzernen, bei den Banken (in Form von Schuldzahlungen) und bei der kleinen nigerianischen Oligarchie hängengeblieben. Wer sollte also heute in Nigeria Interesse an Maßnahmen zum Schutz der tropischen Wälder und damit zum Schutz des Weltklimas haben?

Seit 1958 wird in Nigeria Rohöl gefördert, in den letzten Jahren erbrachte der Export von Erdöl und Erdölprodukten etwa 80% der Staatseinnahmen und fast die gesamten Devisenerlöse. Die Ausbeutung des "schwarzen Goldes" durch die multinationalen Konzerne ist Voraussetzung für Schuldentilgung und Zinszahlungen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Weltwirtschaft können von Nigeria also keine Initiativen für einen weltweit bedeutenden Rückgang der Erdölverbrennung erwartet werden.

Die verhängnisvolle Entwicklung begann mit dem Erdölboom. Ab 1974 nahm die Wirtschaft dank der Zunahme der Ölproduktion und aufgrund der durch die OPEC-Preispolitik gestiegenen Devisenerlöse einen raschen Aufschwung. Für die Entwicklung des Industriesektors und für die Realisierung mehrerer Großprojekte ging Nigeria umfangreiche finanzielle Verpflichtungen gegenüber ausländischen Kreditgebern ein. Die Folgen blieben nicht aus. Die Auslandsschulden stiegen allein von 1985 bis 1990 von 19,6 auf 36,0 Mrd. Dollar an, während die Staatseinnahmen 1990 3,5 Mrd. Dollar betrugen. In jenem Jahr mußte Nigeria 3,0 Mrd. Dollar an Schuldzahlungen leisten, davon 1,2 Mrd. für Schuldentilgung und 1,8 Mrd. für Zinszahlungen.

Weltbank und IWF übten gemeinsam mit dem Privatkapital Nigerias Druck auf die Regierung aus, ab 1987 etwa 100 der 260 Staatsunternehmen, darunter den Agrarexport, die Häfen, die Staatsbahn und die staatliche Luftfahrt, zu privatisieren. In Zukunft wird sich die starke Abhängigkeit Nigerias von den multinationalen Konzernen noch weiter erhöhen. Die Programme der Weltbank und des IWF sehen eine Stärkung des Agrarsektors vor, um die Nahrungsmittelimporte des ehemaligen Exportlandes zu reduzieren. Diese an sich sinnvolle Maßnahme wird jedoch dadurch fragwürdig, daß dem Land die Anwendung bestimmter landwirtschaftlicher Produktionsmittel, von Hochertragssorten, Kunstdünger, Herbiziden und Pestiziden vorgeschrieben wird. Die Weltbank beteiligt sich bei entsprechenden Projekten mit mehr als 1 Mrd. Dollar. Groß dimensionierte Kunstdüngerfabriken sind im Entstehen, für die japanische und US-amerikanische Konzerne 364,3 Mio. Dollar bereitstellen.

Die nigerianischen BäuerInnen sollen also die Hochertragssorten verwenden, deren Saatgut zu einem großen Teil aus den Zuchtanstalten - und in Zukunft wohl aus den Genlabors - der multinationalen Konzernen kommt und teuer bezahlt werden muß. Dafür müssen neue Kredite aufgenommen werden, die wiederum Entwicklungsprogramme durch die Weltbank und den IWF nach sich ziehen. Und die Gewinne für den Verkauf von Kunstdünger und Pestiziden werden ebenfalls zu den ausländischen Konzernen fließen. So können aufgrund der ökonomischen Abhängigkeit von den umweltschädigenden Entwicklungsstrategien des Nordens auch aus dem landwirtschaftlichen Sektor keine Impulse für den Kampf gegen eine weitere Klimaerwärmung kommen.

Wie in Nigeria stellt sich die Situation in fast allen Ländern des Südens dar. Doch diese Länder müssen in den Kampf für den ökologischen Umbau miteinbezogen werden, was im internationalen Maßstab unter anderem bedeutet:

- Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen,

- partielle Schuldenstreichung,

- keine Nötigung durch Weltbank- und IWF-Programme, sondern Beachtung der Spezifik und des Zustandes der nationalen Volkswirtschaften unter Berücksichtigung einer Entwicklung, die die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig schützt.

Dr. Peter Schott

Der Autor ist umweltpolitischer Sprecher der PDS.

27. England goes to Ireland. Fußballrandale in Dublin

Fußballrandale in Dublin - von Dietrich Schulze-Marmeling

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:02

Es sollte ein Fußballfest werden, ein noch größeres als gewöhnlich. Denn Länderspiele in Dublin sind stets ein Fest. Selbst dann, wenn es sich nicht um den Ernstfall, sondern nur um ein sogenanntes "Testspiel" handelt. In der Regel sind auch diese ausverkauft. Während hierzulande Freundschaftsspiele der Berti-Truppe nur ein gelangweiltes Gähnen provozieren und die nominierten Spieler händeringend nach Entschuldigungen für ihre Abwesenheit suchen lassen, sieht dies auf der grünen Insel noch ganz anders aus. Ein Länderspiel ist unverändert ein besonderes Ereignis. Sicherlich hängt dies auch damit zusammen, daß die irische Liga, in der nicht ein einziger der aktuellen irischen Nationalspieler kickt, wenig zu bieten hat. Wenn die Nationalmannschaft antritt, dann reisen ihre Spieler vor allem aus England und Schottland an. Und nicht wenige von ihnen kennen die grüne Insel überhaupt nur dank des Fußballs.

Irland gegen England, das ist natürlich selbst als freundschaftliche Begegnung eine Angelegenheit voller Brisanz. Mit 45.000 Zuschauern war das ziemlich altmodische Rugby-Stadion (eine internationalen Ansprüchen genügende Fußballarena gibt es in der Republik nicht) an der Dubliner Lansdowne Road erneut ausverkauft; der irische Fußballverband hätte gut und gerne die doppelte Anzahl von Tickets an den Fan bringen können.

Der letzte Sieg der Engländer über die Iren ist bereits fast zehn Jahre alt. Am 26. März 1985 besiegte England Irland im Londoner Wembley Stadion mit 2:1. Aber das war vor der Ära Jack Charlton. Unter dem englischen Trainer, der 1966 als Spieler Weltmeister wurde, avancierten die Iren innerhalb von wenigen Jahren zu einer festen Größe im europäischen Fußball. 1988 konnten sie sich erstmals für die Endrunde der Europameisterschaft (EM) qualifizieren, wo sie im ersten Spiel England sensationell mit 1:0 schlugen. Die "Hitzeschlacht von Stuttgart" hat seither einen festen Platz in den Annalen des irischen Fußballs. 1990 erfolgte die Premiere bei der Weltmeisterschaft (WM), wo Irland erst im Viertelfinale gegen Gastgeber Italien ausschied. Der Versuch einer englischen Revanche mißlang in der Vorrunde: Die Mannschaften trennten sich unentschieden. Während der Qualifikation für die EM in Schweden 1992 wurden beide Teams der gleichen Gruppe zugelost. Beide Begegnungen endeten unentschieden, erneut wurde aus der englischen Revanche nichts. In London schlitterten die Engländer mit viel Glück an einer Heimniederlage vorbei. Auch bei der WM 1994 in den USA waren die Iren dabei - im Gegensatz zu den Engländern, Schotten, Walisern und Nordiren - schieden allerdings bereits im Achtelfinale aus.

Jack Charlton, zunächst skeptisch beäugt, zählt heute zu den populärsten Promis auf der grünen Insel. Trikots mit seinem Konterfei und dem des Papstes sowie der Aufschrift "Wer ist der Mann neben unserem Jackie?" finden reißenden Absatz. Des Trainers Erfolgsgeheimnis ist denkbar einfach: Aus der Not der Emigration wird eine Tugend gemacht. Seit über 150 Jahren ist Emigration ein Bestandteil der nationalen Kultur Irlands. Noch immer verlassen Jahr für Jahr Tausende von Menschen die Insel, um in England, den USA oder anderswo ihr Glück zu versuchen. Dies galt und gilt auch für talentierte Fußballer.

So begann Charlton, die englische und schottische Liga nach Kickern zu durchforsten, die irgendeine Form von familiärer Beziehung zu Irland nachweisen konnten. Zum Teil nahm dies skurrile Formen an. Der Stürmer John Aldridge darf für Irland spielen, weil seine Urgroßmutter eine gebürtige Irin war. Weder Aldridge noch Ray Houghton, Torschütze des legendären 1:0 von Stuttgart, besaßen einen irischen Paß, als Charlton sie rief. Alan Kernaghan ist zwar in Irland geboren, aber in Nordirland, was bekanntlich (noch) zu Großbritannien gehört und eine eigene Nationalmannschaft besitzt, die bis Mitte der 80er Jahre deutlich erfolgreicher war als die südirische. Da seine Großeltern aber bereits lebten, bevor die Insel von den Briten geteilt wurde, war Kernaghan, im übrigen der einzige Protestant im Team der Republik, nach Auffassung der Football Association of Ireland (FAI, südirischer Verband) für Charlton verfügbar. Der Kicker willigte ein, und der nordirische Verband (Irish Football Association/IFA) war zutiefst empört. Allerdings mußten von den seit 1986 zum Einsatz gekommenen Spielern weniger als ein Fünftel die sogenannte "granny rule" strapazieren. Der Rest konnte mindestens ein irisches Elternteil aufweisen, knapp die Hälfte waren sogar gebürtige Iren.

Für chauvinistische und rassistische Instrumentalisierungsversuche taugt das von einem Engländer trainierte englisch-schottisch-irische "Völkergemisch", das die irische Nationalmannschaft darstellt, nicht. Vielleicht auch ein Grund, warum die irischen Fans international einen so ausgezeichneten Ruf genießen. Sie gelten als die friedlichsten und originellsten Fans der Welt.

In der aktuellen Popularität von Soccer in der Republik (die Wiege des irischen Fußballs befand sich ursprünglich im "britischeren" Belfast) manifestieren sich auch die Modernisierung der irischen Gesellschaft und ein zunehmender kultureller Pluralismus. Die gesellschaftlichen Gründe, aus denen die liberale "Feministin" Mary Robinson per Plebiszit zur Staatspräsidentin gewählt wurde, sind mit denen des Soccer-Popularitätsschubs teilweise identisch. Jene katholisch-nationalistischen Puristen, die Soccer stets als "fremd" und "englisch" denunzierten, befinden sich längst auf dem Rückzug. Die Verbindung zwischen traditionellem Nationalismus und organisiertem Sport, institutionalisiert durch die Gaelic Athletic Association (GAA), der letztlich die Aufgabe zufiel, die junge irische Republik mit Symbolen auszustatten, wurde in den letzten Jahren zusehends unterminiert.

Dublin, 15. Februar 1995

Doch zurück zur Begegnung an der Lansdowne Road. Die Stimmung war von vornherein aufgeheizt. Ein erster Höhepunkt wurde erreicht, als die Nationalhymnen gespielt wurden. Doch es blieb zunächst bei Schmähgesängen. Ein Teil der englischen Fans rief "Sieg Heil!", "No surrender to the IRA" ("Keine Kapitulation vor der IRA") und sang "God save the Queen". Die irischen Schlachtrufe nahmen sich dagegen eher harmlos aus: "Ihr werdet die Iren niemals besiegen", lautete ihre Antwort.

Bereits zu diesem Zeitpunkt war offensichtlich, daß sich innerhalb der ca. viertausendköpfigen englischen Anhängerschaft ein harter Kern von Rechtsradikalen aufhielt. Die "offizielle" englische Reisegruppe, die während der Anreise streng überwacht wurde, zählte ca. 2.000 Fans. Wie der Rest an Karten kam, ist bislang noch nicht vollständig geklärt. Eine Vermutung lautet, daß nordirische Loyalisten in Dublin vorstellig wurden, um als Strohmänner für ihre englischen Kameraden Tickets zu erwerben. Außerdem befanden sich am Tag des Spiels noch Tickets im freien Verkauf.

In der (falschen) Annahme, das Schlimmste überstanden zu haben, zogen die Sondereinheiten der Polizei nach dem Hymnenspektakel ab. In der 27. Minute ging die irische Mannschaft mit 1:0 in Führung. Nun begannen ca. 1.500 englische Fans zu randalieren. Bänke wurden aus den Halterungen herausgerissen und auf das Spielfeld wie den unteren Teil der Tribüne, wo irische Fans saßen, geworfen. Glücklicherweise befand sich vor den Tribünen kein hoher Zaun (wie hierzulande noch immer üblich), so daß die irischen Fans auf das Spielfeld flüchten konnten. Das Spiel wurde zunächst für zwölf Minuten unterbrochen, bevor der niederländische Schiedsrichter die Partie für beendet erklärte. Alle Versuche, auf die Fans beschwichtigend einzuwirken, waren erfolglos geblieben. Der englische Kapitän David Platt wurde dabei beinahe von einer Holzstrebe getroffen. Es war das erste Mal in der Geschichte der englischen Nationalmannschaft, daß ein Spiel wegen Ausschreitungen abgebrochen wurde. 50 Verletzte lautete die blutige Bilanz. Ein älterer Zuschauer erlag beim Verlassen des Stadions einem Herzinfarkt.

Die Sondereinheiten der Polizei befanden sich auf dem Weg in die Dubliner Innenstadt, als sie ein Hilferuf ereilte. Als die Unruhen ausbrachen, befanden sich lediglich 51 Polizisten im Stadion. Die Sondereinheiten kehrten zur Lansdowne Road zurück, trafen dort jedoch auf verschlossene Tore, die sie erst aufbrechen mußten.

Die englische Rechtspresse - die Boulevardblätter ebenso wie die "Times" - thematisierten in den Tagen danach immer wieder die Fehler und Versäumnisse der irischen Veranstalter und Sicherheitskräfte, die die Warnungen aus England nicht befolgt hätten. Daß die irische Seite mit ihrer fast schon liebenswürdigen Naivität das Chaos geradezu heraufbeschwor, soll nicht bestritten werden. Hauptursache der Ausschreitungen war aber, daß ein englisches Problem nach Dublin exportiert wurde, ohne daß dies die englischen Behörden verhinderten.

Zur Entlastung der irischen Organisatoren und Sicherheitsbehörden sei außerdem angeführt, daß Ausschreitungen anläßlich von Fußballspielen in der Republik Irland (nicht in Nordirland) weitgehend unbekannt sind. Die Ligaspiele ziehen nur geringe Zuschauerzahlen an, und Länderspiele waren bislang - wie erwähnt - große Feste. Die letzten großen Ausschreitungen ereigneten sich vor mehr als zehn Jahren. 1984

spielte der Dubliner Klub Bohemians im Europacup gegen Glasgow Rangers. Die Rangers sind berüchtigt für ihre sektiererische, anti-katholische Vereinspolitik und erfreuen sich deshalb bei den militanten Protestanten/Loyalisten Nordirlands großer Popularität. Aus Belfast kamen ca. 2.500 Rangers-Fans angereist, die die Gegend um Dalymount (Stadion des FC Bohemian) in ein Schlachtfeld verwandelten.

Combat 18

Mittlerweile gilt als bewiesen, daß die Ausschreitungen vom 15. Februar von Rechtsradikalen gesteuert wurden - Aktivisten der paramilitärischen Organisation Combat 18 (die Zahlen 1 und 8 stehen für den ersten und achten Buchstaben des Alphabets: 1 für A wie Adolf, 8 für H wie Hitler), die Unterstützung von loyalistischen Extremisten aus Nordirland erhielten. Daneben dürften aber auch noch klassische Hooligan-Gruppen beteiligt gewesen sein.

Combat 18 begann ursprünglich als Ordnertruppe der faschistischen British Nationalist Party (BNP). Die Gruppe bemüht sich bereits seit einiger Zeit um Einfluß auf die englische Fan-Szene. Ihre Hochburgen hat sie in London (Chelsea), Glasgow (Rangers), Leeds und Portsmouth.

Die Aktion in Dublin diente den Rechtsradikalen und Hooligans als Ersatz für das ursprünglich für den 20. April 1994 anberaumte, dann aber vom englischen Verband abgesagte "Hitler-Gedächtnisspiel" zwischen Deutschland und England in Berlin. Des weiteren war sie als Störmanöver gegen den gegenwärtigen "Friedensprozeß" in Nordirland gedacht, den die englischen Rechtsradikalen und die nordirischen Loyalisten als Verrat an den britischen Interessen betrachten.

Welchen Geistes die Täter von Dublin waren, dokumentieren aufschlußreich einige Interviews, die der "Guardian" durchführte. Die Interviewten gehörten nicht zu den Initiatoren der Randale und waren eher Fußballfans als knallharte Combat-18-Aktivisten, aber die Trennlinien verschwimmen bei ihnen offensichtlich. Es gehört halt zu den unangenehmen Wahrheiten, daß auch "echte" Fußballfans rechts sein können. Ein 20jähriger Fan von Newcastle United, dessen Anhang für seine rassistischen Schmährufe berüchtigt ist: "Es war alles politisch. Vor dem Spiel gab es ein kleines Drama, einige Auseinandersetzungen auf der Straße. Die irischen Fans sangen IRA-Lieder. Wir gingen nicht dorthin (nach Dublin), um zu kämpfen. Aber wenn sich die Chance dazu bot, wollten wir sie nutzen. (...) Zunächst ging das nicht, aber als sie das Tor schossen, hatten wir die Schnauze voll. (...) Man muß auf sein Team stolz sein. Es ist England, das wir unterstützen. Ich kenne zwei Kameraden, die in Combat 18 sind, die an England glauben - ‚es gibt die Farbe Schwarz nicht im Union Jack` und alle diese Sachen. Ich gehe wirklich nur wegen des Fußballs ins Stadion, aber ich stimme mit ihnen überein." Ein ebenfalls 20jähriger Fan "irgendwo aus dem Norden Englands": "Ich liebe die BNP. Ich bin seit meiner Kindheit ein England-Fan." Ein 18jähriger Chrystal-Palace-Fan arbeitete sich insbesondere an Jack Charlton ab: "Jack Charlton ist ein verdammter Judas. Er hat einen von uns gepackt und ihm gesagt, er solle aufhören. Charlton hat doch selbst für England gespielt, oder?" Und schließlich noch ein 21jähriger Fan aus Peterborough: "Wenn jemand ein echter britischer Spieler ist, dann ist er okay. Das ‚Sieg Heil` richtet sich gegen alle anderen, also gegen alle, die fremd sind. England hat einmal drei Viertel der Welt beherrscht, nicht wahr. Es ist unser verdammter Stolz. Die Neger und Pakis besitzen viele Geschäfte - warum? Ich hasse die Iren."

Europameisterschaft 1996

Der Spielabbruch von Dublin provozierte zwangsläufig Spekulationen über England als Austragungsort für die EM 1996, zumal es auch in England selbst in der letzten Zeit nach einer längeren Phase der Ruhe wieder zu Ausschreitungen gekommen war.

So populär es auch sein mag: Man sollte der Versuchung widerstehen, die englischen Fans nun kollektiv zu denunzieren. Gerade seitens der Fans - genauer: der neuen Fan-Bewegung - wurde in den letzten Jahren enorme Arbeit gegen Gewalt und Rassismus geleistet. Ende der 80er Jahre befand sich das Image des englischen Fußballs, vor allem aufgrund einer Reihe von Zuschauerkatastrophen, auf einem absoluten Tiefpunkt. Daß es sich in den 90ern wieder erholen konnte, war nicht zuletzt den Fans zu verdanken, die als erste und am entschiedensten die eklatanten Mißstände, von denen der Zuschauersport Fußball in seinem "Mutterland" aufgefressen wurde, thematisierten.

Wann immer das Stattfinden eines großen sportlichen Ereignisses als gefährdet erscheint, kommt Deutschland als Alternative ins Gespräch, aufgrund des "angeborenen Organisationstalents" der Deutschen. Bezüglich der EM sei jedoch darauf hingewiesen, daß deutsche Fans in den letzten Jahren im Ausland weitaus deutlichere Spuren (Göteborg, Luxemburg, Wien) hinterließen als ihre englische Kollegen.

28. Der Streit um die Bananen

Autor: Rudi Pfeifer, BanaFair · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:11

Seit dem 1. Juli 1993 ist nun in der Europäischen Union (EU) die Gemeinsame Marktorganisation (GMO) für Bananen in Kraft (1). Die vor allem in der Bundesrepublik Deutschland schon lange geführte Diskussion um dieses System zur Regulierung des Bananenmarktes hat sich seither keineswegs gelegt, im Gegenteil, der Streit tobt unvermindert heftig.

Die Bundesregierung brachte das Thema vor den Europäischen Gerichtshof, mehrere lateinamerikanische Produzentenländer konnten ein GATT-Panel durchsetzen, und seit kurzem befaßt sich gar der US-Handelsbeauftragte nach einer Intervention des Bananen-Multis Chiquita mit dem Komplex und droht wegen der angeblichen Benachteiligung amerikanischer Firmen handelspolitische Vergeltung an.

Immerhin haben all diese Auseinandersetzungen dem Kolonialprodukt Banane eine bisher nicht gekannte öffentliche Aufmerksamkeit beschert. Es scheint, daß hier doch mächtigere Interessen im Spiel sind als die so banale Frucht vermuten lassen könnte. Das legen auch die diversen Vernebelungsstrategien nahe, die mit vereinfachenden Erklärungsmustern operieren ("die EU macht den Deutschen die Bananen teurer") und bei den BürgerInnen den Eindruck erwecken, die Brüsseler Agrar-Bürokratie habe erneut einen Schildbürgerstreich größten Ausmaßes fabriziert.

Ein bißchen mehr (entwick-lungs-)politische Sorgfalt und Genauigkeit könnten der Diskussion sicher nicht schaden. Sie sind auf jeden Fall gefordert, wenn es um eine Bilanzierung der Auswirkungen der GMO auf die verschiedenen Interessensgruppen und Beteiligten geht. Einige Aspekte des Bananenstreits sollen im folgenden Beitrag beleuchtet werden.

Der europäische Markt

vor der GMO ...

Bananen sind nach Zitrusfrüchten das bedeutendste Frischobst im Welthandel, und Europa gilt als der wichtigste Absatzmarkt. Von den 3,7 Mio. Tonnen Bananen, die 1992 in Europa verkonsumiert wurden, stammten rund 2,4 Mio. Tonnen, also etwa 65%, aus der sogenannten Dollarzone, d.h. vor allem Lateinamerika, und davon wiederum ging weit mehr als die Hälfte allein nach Deutschland. Die restlichen 35% des EU-Bedarfs wurden je etwa zur Hälfte aus den AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten bzw. aus EU-eigener Produktion gedeckt. (2)

Vor Inkrafttreten der GMO gab es, historisch bedingt, eine Reihe von Unterschieden in der Importpolitik der einzelnen EU-Staaten. Der "gemeinsame" Markt war zersplittert, durch verschiedene nationale Besonderheiten und Regularien unter- bzw. gegeneinander abgegrenzt.

Großbritannien garantierte über eine spezielle Verordnung den zollfreien Import von Bananen aus den früheren karibischen Besitzungen der Krone, d.h. vor allem von den vier Windward-Inseln, St.Lucia, St.Vincent, Dominica und Grenada, während die Einfuhr von Bananen aus Lateinamerika im Rahmen einer Quotenregelung genehmigungspflichtig und mit 20% Zoll belegt war.

In Frankreich übte die Regierung eine vollständige Kontrolle über den Bananenimport aus, und zwar zugunsten ihrer Überseegebiete. In der Praxis bedeutete dies, daß auf jeden Fall die gesamte Exportproduktion von Martinique und Guadeloupe ins "Mutterland" verschifft (knapp 70% Marktanteil) und der restliche Bedarf aus dem Angebot ehemaliger Kolonien innerhalb der Franc-Zone gedeckt wurde.

Auch Italien bot seiner früheren Kolonie Somalia einen präferentiellen Marktzugang. Spanien (Kanarische Inseln), Portugal (Madeira) und Griechenland (Kreta) dagegen versorgten sich überwiegend aus eigener Produktion.

Innerhalb der EU galten somit lediglich die Benelux-Staaten, Dänemark, Irland und die Bundesrepublik als "freie Märkte", wenn auch im fast vollständigen Griff der Bananen-Multis, deren agroindustriell, mit enormem Chemie-Einsatz, auf Groß-Plantagen produzierte Chiquita, Dole und Del Monte sich nur durch den Aufkleber

voneinander unterscheiden. Die Einfuhren unterlagen dabei einem im GATT konsolidierten Zollsatz von 20% für Importe aus Drittländern.

Hiervon wiederum war lediglich die BRD befreit. Ein Zusatzprotokoll zu den Römischen Verträgen von 1957 garantierte die zollfreie Einfuhr im Rahmen eines mengenmäßig festgelegten Kontingentes, das zudem jährlich dem tatsächlichen Import angeglichen wurde. Die bundesdeutschen VerbraucherInnen hatten sich über lange Jahre an die billige Massenware gewöhnt.

... und die Notwendigkeit

der Vereinheitlichung

Es ist unerläßlich, sich diese Ausgangsvoraussetzungen immer wieder vor Augen zu führen. Die GMO muß als direkte Folge der Errichtung des europäischen Binnenmarktes begriffen werden. Dessen wichtigstes Ziel, die Freizügigkeit des Warenverkehrs im Inneren, setzt eine Vereinheitlichung der Einfuhrregelungen für solche Waren voraus, die von außen zugeführt werden. Es war allen Beteiligten seit Jahren klar, daß die verschiedenen einzelstaatlichen Sonderregelungen nicht hätten weiterbestehen können, ohne das Funktionieren des Binnenmarktes zu gefährden. Nur gingen offenbar nicht alle davon aus, daß in Zeiten der allseits triumphierenden Philosophie vom "freien Markt", ausgerechnet bei Bananen Reste planwirtschaftlichen Denkens die Oberhand behalten könnten.

Die EU-Kommission stand in der Tat vor einer Aufgabe, die sie im Nachhinein selbst als "besonders schwierig und politisch heikel" bezeichnet.(3) Die Neuregelung sollte, im Einklang mit den Grundsätzen der generellen EU-Agrarpolitik, einer klaren Gemeinschaftspräferenz Ausdruck verleihen, dabei bestehende vertragliche Verpflichtungen, etwa im Rahmen der Lomé-Abkommen, berücksichtigen, ohne am Ende den Handel mit Drittländern allzusehr zu behindern. Im Geflecht international bindender Verträge (EU-Vertrag, GATT, Lomé-Abkommen) wurde mit der klaren Zielvorgabe, EU- und AKP-Produzenten als "traditionellen Bananenlieferanten der Gemeinschaft" weiterhin den Absatzmarkt zu sichern, ein Spagat versucht. (4)

Wie sieht

die Marktordnung aus?

Der angestrebte Schutz der EU-eigenen Bananenproduktion wird durch ein Geflecht von mehreren handelspolitischen Instrumenten erreicht. Neben dem selbstverständlichen zollfreien Marktzugang für EU-Bananen gehören hierzu vor allem eine Beihilferegelung sowie eine Prämienzahlung bei Stillegung unrentabler Anbauflächen. Die Grundverordnung 404/93 legt pro Anbauregion innerhalb der Gemeinschaft eine Höchstmenge fest, die beihilfeberechtigt erzeugt werden kann. Zusammengerechnet sind dies in der EU 854.000 Tonnen. Die Beihilfe soll Einbußen ausgleichen, die EU-Produzenten aufgrund ihrer strukturell benachteiligten Lage in den Randregionen der Gemeinschaft nach Einführung der neuen Marktordnung erleiden. Dazu wird als Berechnungsgrundlage die Differenz zwischen dem "pauschalen Referenzerlös" (für in der EU vor dem 1. Januar 1993 produzierten Bananen) und dem "durchschnittlichen Erlös aus der Bananenerzeugung" im jeweiligen Vermarktungsjahr nach Inkrafttreten der GMO herangezogen. Für das Jahr 1993 wurde aufgrund dieser Regelung eine Beihilfe von 245 ECU pro Tonne gezahlt.

Eine Flächenstillegungsprämie von 1000 ECU/ha steht EU-Produzenten zu, die ihre Plantagen endgültig entweder gänzlich aufgeben (bei Betrieben unter 5 ha) oder mindestens um die Hälfte reduzieren (bei größeren Betrieben). Dazu fördert die EU die Bildung von Erzeugerorganisationen zur Stärkung gemeinsamer Vermarktung, Programme zur Qualitätssteigerung oder umweltgerechter Produktionsmethoden. Die EU-(Bananen-)Bauern können zufrieden sein.

Die AKP-Staaten, denen bislang das "Bananen-Protokoll" in den Lomé-Verträgen einen präferentiellen Marktzugang sicherte, wären über derartige Unterstützungsmaßnahmen sicher froh. Zumindest für die karibischen Staaten gilt, daß sie der übermächtigen Konkurrenz der Großplantagen-Produktion der Bananen-Multis nicht gewachsen sind. Hier überwiegen (noch) kleinbäuerliche Familienbetriebe, die sich auf den zerklüfteten Inseln meist mit weniger als einem Hektar Land begnügen müssen. Die Produktionskosten sind entsprechend höher, die Produktivität geringer. Dafür gilt der Bananenanbau in der Karibik bislang als sozial und ökologisch verträglicher. In den afrikanischen Produktionsländern haben sich längst die US-Multis sowie europäische Firmen festgesetzt, die Produktionsstrukturen ähneln denen in Lateinamerika.

Diesen Unterschieden trägt die GMO in keiner Weise Rechnung, statt dessen unterscheidet sie zwischen "traditionellen" und "nicht-traditionellen" AKP-Bananen. (5) Die "traditionellen" AKP-Einfuhren sind auf 857.700 Tonnen festgesetzt (jeweils mengenmäßig auf insgesamt zwölf AKP-Staaten aus der Karibik und Afrika aufgeteilt, ermittelt nach dem Höchstwert in den fünf Jahren vor 1992) und können zollfrei eingeführt werden. Darüberhinausgehende Einfuhren werden durch einen Prohibitiv-Zoll von 750 ECU pro Tonne praktisch verhindert. "Nicht-traditionelle" AKP-Bananen, also solche aus anderen als den "traditionellen" Lieferländern, werden dem Zoll-Kontingent für "Drittlandsbananen" zugeschlagen, innerhalb dessen sie allerdings zum Null-Zollsatz eingeführt werden können.

Der zollfreie Marktzugang ist also der einzige Schutz, der den AKP-Staaten zugestanden ist. Weitere Stützungsmaßnahmen, wie die Beihilfen oder Prämienzahlungen für EU-Produzenten, sind in der GMO nicht vorgesehen. Ein Vorschlag der Kommission zur Schaffung eines Sonderfonds für Diversifizierungsmaßnahmen in den traditionellen AKP-Ländern ist mehr als zwei Jahre alt und noch immer nicht durch den Brüsseler Instanzenweg.

Kernstück der GMO, im Sinne der Durchsetzung der Gemeinschaftspräferenz, ist die Begrenzung von Importen aus sogenannten Drittländern. Diese Regelung, die vor allem Lateinamerika betrifft, sieht kurzgefaßt so aus: Die EU eröffnet ein Zoll-Kontingent von zunächst zwei Mio. Tonnen, bei einem Zollsatz von 100 ECU/Tonne. Dieses Kontingent kann der jährlichen Bedarfsentwicklung angepaßt werden und wird nach einem bestimmten Schlüssel über ein System von Einfuhrlizenzen unter europäischen Marktbeteiligten (Importeuren und Reifereien) aufgeteilt. (6) So stehen 66,5% denjenigen Firmen zur Verfügung, die früher ausschließlich Drittlandsbananen und/oder nicht-traditionelle AKP-Bananen vermarktet haben (Marktbeteiligte Gruppe A), 30% sind Unternehmen vorbehalten, die früher auch EU- bzw. traditionelle AKP-Bananen vermarktet haben (Marktbeteiligte Gruppe B), und 3,5% sind für sogenannte Newcomer reserviert, also Firmen, die neu mit dem Handel von Drittlandsbananen beginnen wollen (Marktbeteiligte Gruppe C). Importe außerhalb des Zollkontingentes kann sich kein Unternehmen leisten, sie sind mit einem Strafzoll von 850 ECU/Tonne belegt.

Der Kampf geht weiter

Die mengenmäßige Begrenzung der Einfuhren unserer heißgeliebten Dollar-Bananen, die Verteuerung durch den Zoll und vor allem das beschriebene System der Vergabe von Einfuhrlizenzen haben in der BRD zu einem Sturm der Entrüstung geführt. Es ist schon richtig, daß die GMO diejenigen Marktbeteiligten bevorteilt, die im Geschäft mit EU- und AKP-Bananen sind. Das liegt in der Logik der Marktordnung und zieht sich als Gemeinschaftspräferenz und Stützung der eigenen Erzeuger auch durch andere Bereiche der EU-Agrarpolitik. Natürlich sind die deutschen Fruchtimporteure zunächst einmal benachteiligt, weil sie früher den weitaus größten Anteil der Lateinamerika-Bananen bewegt haben und nun auf eigene Lizenz nur noch Zugang zu einem Zwei-Drittel-Kontingent von einer Gesamtmenge haben, die gegenüber den beiden unmittelbar vorausgehenden Jahren deutlich gekürzt ist. Im Gegenzug haben plötzlich EU- und AKP-Händler Zugang zu einer Menge von Dollar-Bananen, die sie vorher nie in diesem Umfang gehandelt haben.

Der europäische Markt ist also kräftig durcheinandergewirbelt worden. Etliche deutsche Fruchthandelsunternehmen, etwa die in der COBANA/Fruchtring-Gruppe zusammengeschlossenen Betriebe, sind aber mittlerweile wieder ganz zufrieden. (7) Sie haben ihre ursprünglichen Mengenverluste durch frühzeitige Kooperationsabsprachen mit britischen und französischen Unternehmen (Fyffes, Geest, Pomona u.a.) weitgehend wettgemacht. Das hält den Bundesverband Deutscher Fruchthandelsunternehmen, den Chiquita-Alleinimporteur Atlanta/Scipio (Bremen) und andere nicht ab, weiter mit allen (vor allem publizistischen) Mitteln gegen die Marktordnung vorzugehen. Bislang war sich dafür auch noch kein Bonner Regierungsmitglied zu schade, trotz aller Niederlagen, die seit zwei Jahren in sämtlichen politischen und juristischen Gefechten zu verkraften waren. Selbst nach dem jüngsten Urteilsspruch des Europäischen Gerichtshofes, der am 5.10.1994 die Klage der Bundesrepublik Deutschland in allen Punkten abgewiesen hatte, kündigte Wirtschaftsminister Rexrodt, sekundiert von Entwicklungshilfeminister Spranger, weiteren Widerstand gegen die GMO an. (8) Alle Hoffnungen richten sich jetzt auf neue rechtliche Möglichkeiten im Rahmen der World Trade Organisation, die ab 1995 in die GATT-Nachfolge tritt sowie auf Schützenhilfe von den zum 1.1.1995 der Europäischen Union neu beigetretenen skandinavischen Ländern und Österreichs.

Von den traditionellen Interessensverbänden hat bisher offenbar nur der Deutsche Bauernverband den Kern des Gerichtsentscheides des EU-Gerichtshofes erfaßt und das Urteil begrüßt, weil es "die Gemeinschaftspräferenz, also eine Bevorzugung der landwirtschaftlichen Erzeuger innerhalb der Europäischen Union" bestätige, die bei anderen landwirtschaftlichen Produkten auch aus deutscher Sicht zwingend geboten sei. (9)

Die eigentlichen Verlierer: Kleinbauern und kleinere Produzenten

Es gibt schon eine Reihe unsinniger und ärgerlicher Auswirkungen der GMO. Das blühende Geschäft mit den Importlizenzen, die sich zu einem begehrten Handelsgut entwickelt haben, gehört sicher dazu, ist aber auch aus anderen Agrar-Bereichen bekannt. Zumindest im Newcomer-Bereich (Marktbeteiligte Gruppe C) hat die Kommission mit einer ergänzenden Verordnung dem Mißbrauch durch private Geschäftemacher Einhalt geboten. (10) Zwischen den Marktbeteiligten der Gruppen A und B allerdings geht der Lizenzhandel schwunghaft weiter. Vor allem französische und spanische Unternehmen, die aufgrund des Lizenzvergabesystems über mehr Einfuhrlizenzen für Drittlandsbananen verfügen, als sie tatsächlich handeln, bieten ihre überschüssigen Lizenzmengen auf dem "freien Markt" an, wo eine rege Nachfrage herrscht, besonders von deutschen Firmen, denen die Lizenzmengen weggekürzt wurden.

Bei Lizenz-Preisen von ca. 8 Dollar pro Karton(!), die Ende November 1994 verlangt wurden, ist es für viele Lizenzinhaber immer noch lukrativer, mit diesem Papier statt mit Bananen zu handeln. Auf diese Weise findet letztlich ein gewaltiger Finanztransfer an EU/AKP-Bananenhändler statt, der auf die VerbraucherInnen umgelegt wird. (11) Auch dies trägt zu der von der GMO beabsichtigten Angleichung der Verbraucherpreise innerhalb der Gemeinschaft bei (und fällt trotzdem bei der Festlegung der Teuerungsrate in der BRD nur mit etwa einem Tausendstel ins Gewicht).

Die eigentlichen negativen Folgen haben weltweit die kleineren, unabhängigen Produzenten und die abhängig beschäftigten ArbeiterInnen auf den Großplantagen zu tragen.

Der britische Multi Geest z.B., der als langjähriger Monopolvermarkter von Bananen der Windward-Inseln zu den Gewinnern der Marktordnung zählt, hat sein Operationsgebiet nach Zentralamerika ausgedehnt. Auf neu angelegten eigenen Plantagen in Costa Rica, denen in großem Stile tropischer Primärwald zum Opfer gefallen ist, produziert Geest nun seine eigenen Dollarbananen, unter für die ArbeiterInnen teilweise schlimmeren Bedingungen als die US-Multis zu verantworten haben. Es gab bereits mindestens einen Todesfall durch Pestizid-Vergiftung, Massenentlassungen vor allem von gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen und als Gegenreaktion mehrere Streiks. Der Absatz ist dem traditionellen AKP-Vermarkter durch Zugang zu der 30%-Quote gesichert. Mit diesem zusätzlichen Angebot von billigen Bananen drückt Geest die Ankauf-Preise bei den karibischen Kleinbauern, die sich einem rasanten Preisverfall auf dem britischen Markt gegenübersehen. Ende 1993 kam es auf den Windward-Inseln zu ersten Unruhen mit Toten und Verletzten, ein Novum in der karibischen Bananengeschichte.

Auch andere traditionelle AKP-Absatzmärkte werden überschwemmt mit billigeren Dollar-Bananen, was zu einem generell niedrigeren Preisniveau führt, zu Lasten der AKP-Produzenten; auf den traditionellen Dollar-Bananenmärkten (vor allem Deutschland) sind die Mengen dagegen eher knapp und die Preise höher. Die lateinamerikanischen Produzenten sehen davon allerdings wenig. Wiederholt haben Gewerkschaften aus Lateinamerika beklagt, daß das Quotensystem der EU-Marktordnung von den Multis gerne als Vorwand zur Senkung des Lohnniveaus und für Entlassungen benutzt wird. (12)

Auch die kleineren nationalen Produzenten, die keinen eigenen Marktzugang haben, sondern über Verträge an die Multis gebunden sind, haben das Nachsehen. Da vor allem die transnationalen Unternehmen vor Inkrafttreten der GMO ihre Produktionsflächen enorm ausgeweitet hatten, regulieren sie die nun vorhandene Überproduktion, indem die sogenannten unabhängigen Produzenten als Puffer eingesetzt werden. Obwohl eigentlich vertraglich dazu verpflichtet, wird deren Produktion nur abgenommen, wenn der Bedarf durch die eigenen Plantagen nicht gedeckt werden kann. Das läßt sich leicht über angebliche Qualitätsmängel regeln, die auch zur Reduzierung des pro Kiste gezahlten Preises herangezogen werden. Der durchschnittliche Produktionspreis einer Kiste Bananen liegt in Lateinamerika bei ca. 5 Dollar, gezahlt werden von den Multis oft nur drei oder weniger.

Neben Costa Rica vermeldete nun auch Ecuador (überraschend?) einen neuen Exportrekord für 1994. (13) Davon profitiert vor allem die größte Produzentengruppe des Landes, die Familiendynastie Noboa, die allein über 40% der ecuadorianischen Bananen exportiert. Kleinbäuerliche Betriebe, die in Ecuador (im Gegensatz zum übrigen Lateinamerika) die große Mehrheit darstellen, sind von den finanziellen und mengenmäßigen Bedingungen der Vermarktungsunternehmen abhängig. Weil ihre Produktionsstruktur als unrentabel gilt, haben sie keinen Zugang zu staatlichen Kreditprogrammen mehr. Nach Angaben einer ecuadorianischen Kleinbauernorganisation mußten bereits mehrere tausend Bauern aufgeben. (14)

Die Marktordnung

muß verändert werden

Anläßlich des einjährigen Bestehens der GMO konstatierte im Juli 1994 ein breites Bündnis von europäischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), im Verbund mit Gewerkschaften und Kleinbauernorganisationen aus Lateinamerika und der Karibik, ein Scheitern der Marktordnung aus entwicklungspolitischer Sicht. In der Erklärung heißt es: "Es hat sich gezeigt, daß die EU-Bananen-Marktordnung weder die Interessen der verarmten Plantagen-ArbeiterInnen, die Dollar-Bananen produzieren, noch die der AKP-Produzenten, die von dem bevorzugten Markt unter den Lomé-Verträgen profitieren sollen, schützt." (15) Gefordert wird dennoch nicht die Abschaffung der GMO, sondern eine Revision und die baldige Etablierung sozialer und ökologischer Produktions- und Vermarktungsstandards zur Förderung einer "nachhaltigen Entwicklung". Lateinamerikanische Gewerkschaften und Umweltorganisationen sind durchaus mit einer Importbegrenzung in Europa einverstanden. Immerhin hat dieses System der unkontrollierten Expansion der Bananenindustrie in ihren Ländern, mit allen bekannten negativen Auswirkungen für Mensch und Natur, erstmal einen Riegel vorgeschoben. Völlig zu Recht verlangen sie jedoch in ihrem eigenen Interesse Nachbesserungen zugunsten der kleineren, nationalen Produzenten, u.a. eine stärkere Kontrolle der Macht der Multis sowie eine Verknüpfung der Quotenvergabe mit der Respektierung von Arbeits- und Menschenrechten.

Die Übereinkunft der Kommission mit den vier lateinamerikanischen GATT-Mitgliedern Costa Rica, Nicaragua, Kolumbien und Venezuela im Rahmen der Uruguay-Runde vom März 1994 zur Modifizierung der Lizenzregelung und Erhöhung der Einfuhrquoten trifft sich mit den Forderungen von Gewerkschaften, das System der Importlizenzen in den Händen von europäischen (und amerikanischen) Handelsunternehmen durch Exportlizenzen unter Kontrolle ihrer nationalen Regierungen abzulösen und ist wohl ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Verbesserungsvorschläge fallen einem reichlich ein: Der Schutz der AKP-Produzenten ist bislang völlig unzureichend, Diversifizierungsfonds müßten eingerichtet werden, sowohl im AKP-Bereich wie vor allem in Lateinamerika, wo die Bananenproduktion an ihre ökologischen Grenzen gestoßen ist.

An der Umsetzung solcher Vorschläge und Forderungen arbeiten eine Reihe von NGOs europaweit in verschiedenen Bündnissen und Kampagnen. Für sie bleibt in der Tat zur Verbesserung der Marktordnung noch genug zu tun, solange sich der Qualitätsbegriff für Bananen in technischen Details wie Länge (14 Zentimeter), Dicke (27 Millimeter) und Krümmung ("nicht anormal") erschöpft (16), statt die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards zur Norm zu erheben.

Rudi Pfeifer, BanaFair

BanaFair e.V.,

Langgasse 41, 63571 Gelnhausen

Tel. 06051-16350, Fax: 06051-16260

Anmerkungen:

(1) Verordnung (EWG) Nr. 404/1993 des Rates vom 13. Februar 1993 über die gemeinsame Marktorganisation für Bananen

(2) 1991: Gesamteinfuhr ca. 3,6 Mio Tonnen, davon knapp 2,4 Mio Tonnen aus Lateinamerika; 1990: Gesamteinfuhr ca. 3,3 Mio Tonnen, davon rund 2 Mio Tonnen aus Lateinamerika

(3) vgl. die Ende Juli 1994 von der Kommission vorgelegte "Bilanz der EG-Bananenregelung"

(4) Wörtlich heißt es in der Verordnung 404/93: "Im Rahmen dieser Marktorganisation soll es ... möglich sein, Bananen aus der Gemeinschaft und aus den AKP-Staaten, den traditionellen Bananenlieferanten der Gemeinschaft, zu Preisen auf dem Gemeinschaftsmarkt abzusetzen, die sowohl den Erzeugern angemessene Erlöse gewährleisten als auch für die Verbraucher angemessen sind, ..."

(5) Die "traditionellen" AKP-Lieferanten im Sinne der GMO sind: Elfenbeinküste, Kamerun, Surinam, Somalia, Jamaika, St.Lucia, St.Vincent, Dominica, Belize, Kap Verde, Grenada und Madagaskar. Zu den "Nicht-traditionellen" AKP-Lieferländern gehören z.B.: die Dominikanische Republik, Kenia, Ghana und Togo

(6) wie im Herbst 1994 mit einer Erhöhung um gut 100.000 Tonnen geschehen

(7) Lebensmittelzeitung, 02.12.1994

(8) Süddeutsche Zeitung, 06.10.1994

(9) Süddeutsche Zeitung, 07.10.1994

(10) Verordnung (EU) Nr. 2444/94 der Kommission vom 10. Oktober 1994

(11) Schätzungen belaufen sich auf 40-50 Mio. DM in 1994

(12) vgl. Schlußdokument der 2. Konferenz der Bananengewerkschaften Zentralamerikas und Kolumbiens vom 6.-8. Mai 1994 in San José, Costa Rica

(13) Fruchthandel, Nr. 47/1994

(14) auf einem Hearing zur Bananenmarktordnung Anfang November 1994 in Holland

(15) vgl. "Gemeinsame Erklärung europäischer Nichtregierungsorganisationen zur Bananenmarktordnung" vom 14.07.1994

(16) im September 1994 von der Kommission beschlossen; die Etablierung einer Qualitätsnorm ist in der Grundverordnung 404/93 vorgesehen und Voraussetzung für die Beihilferegelung an EU-Erzeuger

Diesen Artikel haben wir, in leicht überarbeiteter Form, dem Kritischen Agrarbericht 1995, zu beziehen über den ABL Bauernblatt Verlag, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Weidenbruch, entnommen. Wir danken dem Autor, der Redaktion des Kritischen Agrarberichtes 1995 und dem ABL Bauernblatt Verlag für die Nachdruckgenehmigung dieses Artikels.

29. Bombenzensur bei "Özgür Ülke"

Autor: ja. · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:39

Nach einer Sitzung des "Nationalen Sicherheitsrates", einem Gremium, dem die Spitzen des Militärs, der Sicherheitsorgane und der politischen Exekutive der Türkei angehören und das seit dem Militärputsch von 1980 immer wieder die Linien der türkischen Politik festgelegt hat, verfaßte die Ministerpräsidentin Tansu Ciller ein Rundschreiben an verschiedene staatliche Stellen. Auf dem Papier war das Wort "gizli" (geheim) vorgedruckt und jemand drückte dazu auch noch einen Stempel mit dem Wort "gizli" darauf. In dem Rundschreiben wurde das Mißfallen der Ministerpräsidentin über die linke, prokurdische Zeitung Özgür Ülke zum Ausdruck gebracht. Es enthielt die Feststellung, daß alle bisherigen Versuche, rechtlich gegen Özgür Ülke vorzugehen, nicht den gewünschten Erfolg hatten, und die Aufforderung, in Kürze über neue Maßnahmen nachzudenken.

Irgendjemand hat dann auch im Sinne der Ministerpräsidentin gehandelt. Drei Tage nach der Abfassung des Schreibens zerrissen Bomben das dreistöckige Redaktionsgebäude von Özgür Ülke in Istanbul, sowie ein Büro in Istanbul und in Ankara. Ein Mitarbeiter der Zeitung wurde getötet, 18 wurden zum Teil schwer verletzt. Die gesamte technische Einrichtung und das Archiv wurden zerstört. Mit Hilfe kleiner linker Zeitschriften, die ihre winzigen Büros als Produktionsorte zur Verfügung stellten, konnte Özgür Ülke jedoch weiterhin erscheinen.

Die Bomben waren nicht das einzige Problem von Özgür Ülke. In neun Monaten waren nur fünf Ausgaben der Zeitung nicht beschlagnahmt worden. Erst konfiszierte die Polizei die Zeitung nach Gerichtsbeschluß an den Kiosken, einzelne Gouverneure schickten die Polizei auch schon mal ohne Gerichtsbeschluß los. Ab Anfang Januar kam die Polizei morgens in die Druckerei, zuletzt schon um 1 Uhr früh. Die Beschlagnahmeformulare füllten die Beamten der Einfachheit halber nun selbst aus. Am 3. Februar erschien die Polizei wieder einmal im Hauptbüro von Özgür Ülke. Ein Gericht habe das weitere Erscheinen der Zeitung, die die verbotene Özgür Gündem fortsetze, untersagt. Damit werden nicht mehr einzelne Artikel wegzensiert, ohne die die Zeitung dann jeweils mit einem Tag Verspätung und etlichen leeren Seiten noch erscheinen konnte. Jetzt wird die gesamte Zeitung, gleich in welcher Form, schon an der Druckmaschine beschlagnahmt.

Voraussichtlich noch Jahrzehnte werden ehemalige Redakteure der Zeitung im Gefängnis sein. Die längste Einzelstrafe betrug bisher 32 Jahre, die übergroße Mehrzahl der Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Andere Mitarbeiter wurden ermordet, verschwanden auf ungeklärte Weise nach ihrer Festnahme, leiden unter den Folgen der Folter oder sind ins Ausland geflohen.

Mit Özgür Ülke ist die wichtigste Quelle über das Geschehen in Kurdistan zum Schweigen gebracht worden. Wie wichtig diese Zeitung für die Presselandschaft der Türkei war, zeigt unter anderem der Umgang der türkischen Presse mit dem Fall Özgür Ülke selbst. Als der Zeitung eine Woche nach den Bomben der geheime Brief der Ministerpräsidentin Tansu Ciller zugespielt wurde und sie ihn veröffentlichte, brach kein Sturm der Entrüstung in den Medien der Türkei los. Dabei wird die Echtheit des Schreibens nicht einmal bestritten. Es blieb bei der Unterstützung durch einige Journalisten anderer Zeitungen, die die Redaktion privat besuchten und solidarische Artikel in Özgür Ülke schrieben. Auch diese Möglichkeit besteht jetzt nicht mehr.

ja.

30. Krieg im Flüchtlingscamp. Deutsche Politik zwischen Halabja und Main-Aschaff

Autor: Thomas Uwer, WADI · Rubrik: Ausländerpolitik; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:15

Seit dem 23. Dezember herrscht wieder Krieg zwischen den beiden größten Parteien Irakisch-Kurdistans - der Demokratischen Partei Massoud Barzanis und der Patriotischen Union Jalal Talabanis. Die Waffenruhe, von beiden Parteiführern erst im November vergangenen Jahres in einem Allianz-Abkommen bestätigt, hat nicht lange gehalten. Nur einen Monat nach Unterzeichnung des Abkommens haben beide Parteien ihr Versprechen gebrochen und ihr Konzept zur Aussöhnung nach den Kämpfen des Sommers wieder einmal zerstört.

Bei diesem fünften innerkurdischen Konflikt innerhalb der letzten anderthalb Jahre steht inzwischen weit mehr auf dem Spiel als ein Gebietsverlust der einen oder anderen Partei - vier Jahre nach dem Golfkrieg ist die befreite kurdische Region derartig destabilisiert, daß die jüngsten Auseinandersetzungen das Ende des demokratischen Experiments und der kurdischen Selbstverwaltung bedeuten könnten.

Daß "der nächste Krieg zwischen den Parteien nur eine Frage der Zeit" war, wie ein kurdischer Friedensaktivist im vergangenen Herbst sagte, "sofern sich die internen und externen Bedingungen für Irakisch-Kurdistan nicht grundlegend ändern", ist den meisten Kurdinnen und Kurden und auch den Vertretern der Hilfsorganisationen längst klar geworden. Die katastrophalen Rahmenbedingungen, unter denen die kurdische Autonomie existieren muß, haben die regelmäßig ausbrechenden Feindseligkeiten zwischen den Parteien extrem verschärft und zum Dauerzustand werden lassen. Trotz mehrerer temporärer Waffenstillstände brechen die Auseinandersetzungen nicht ab. Infolgedessen versuchen immer mehr Menschen die fast aussichtslose Flucht über die geschlossene türkische Grenze oder über die Flüchtlingslager des Iran.

Die Tatsache, daß der dauerhafte Krisenzustand vor allem ein Produkt der Irak/Kurdistan-Politik der involvierten internationalen Regierungen ist, wird hingegen weiterhin gerne zur angeblichen "Unfähigkeit der Kurden zur Autonomie" umgemünzt. Die USA versuchen noch, mit einer Verhandlungsdelegation in den Konflikt einzugreifen, und signalisieren damit, daß sie sich eventuell die Option "Irakisch-Kurdistan" offenhalten. Offensichtlich erübrigt hat sich dagegen die Frage, welche Politik die BRD gegenüber dem kurdischen Nordirak zukünftig einschlagen wird. Gleichzeitig mit der "Normalisierung" ihrer Beziehungen zum irakischen Diktator Saddam Hussein bemüht sich die Bundesregierung in jüngster Zeit verstärkt darum, eine umfassende Abschiebung irakisch-kurdischer Flüchtlinge möglich zu machen.

Im Januar traten 13 irakische Kurden in einem Erstaufnahmelager bei Aschaffenburg in den Hungerstreik. Die Flüchtlinge sahen keine andere Möglichkeit mehr, auf ihre unhaltbare und aussichtslose Situation aufmerksam zu machen. Besuche wurden ihnen verweigert, wochenlang lebten sie in einem ungeschützten Pavillon mehr oder weniger im Freien und sahen sich den Schikanen des Personals ausgesetzt. Einem Arzt, der einen akut herzkranken Kurden behandeln wollte, wurde der Zutritt verweigert. Alle 13 hatten einen ablehnenden Bescheid auf ihren Asylantrag erhalten. Den Hungerstreik brachen sie schließlich ab, nachdem ihnen die Erfüllung von Forderungen seitens der Anstaltsleitung zugesichert worden war. Einmal mehr stellten sich diese Zusicherungen als Lügen heraus: Schon am folgenden Tag wurde die Gruppe getrennt und auf mehrere andere Anstalten verteilt - in Dachau, München, Nürnberg und Main-Aschaff.

Bereits im Dezember waren in Aschaffenburg kurdische Flüchtlinge aus dem Irak in den Hungerstreik getreten. In beiden Fällen wurden den Flüchtlingen - über die Ablehnung ihres Asylantrages hinaus - nicht einmal mehr die bisher übliche Aufenthaltsbefugnis als Bürgerkriegsflüchtlinge (nach § 51 des Ausländergesetzes) gewährt. Dies obwohl die anhaltenden Kämpfe in Kurdistan schon mehrere hundert Menschen das Leben gekostet haben.

Für die Flüchtlinge, die größtenteils aus den kurdischen Regionen außerhalb der UN-Schutzzone stammen, bestehe laut Bundesamt die "innerstaatliche Fluchtalternative" Irakisch-Kurdistan. Da dort staatliche Strukturen nicht existierten, sei von einer staatlichen Repression nicht auszugehen. Die Geschichten allein dieser 13 Flüchtlinge zeugen vom Gegenteil. Diejenigen, die mit einer der kurdischen Parteien in Konflikt geraten waren,

haben erfahren, daß durchaus staatsähnliche Repressionen bestehen: Regional haben die Parteien Regierungsfunktionen übernommen.

Einige der Flüchtlinge stammen aus der von Saddam kontrollierten kurdischen Region bei Kirkuk. Ohne daß dies internationalen Protest ausgelöst hätte, finden dort wieder Deportationen von Kurden und Zerstörungen ihrer Stadtteile und Dörfer statt. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen und der UN-Sonderbeauftragte für Menschenrechte im Irak haben wiederholt von extremen Repressionen vor allem gegenüber der kurdischen Bevölkerung berichtet.

Aber auch innerhalb der Schutzzone sind die Menschen nicht vor den Übergriffen der irakischen Zentralregierung sicher. Regelmäßig kommt es zu Anschlägen gegen Einrichtungen und Einzelpersonen. Nachdem sich die Überfälle des irakischen Geheimdienstes anfangs vorrangig gegen das UN-Personal und die europäischen Mitarbeiter der Hilfsorganisationen richteten, weiteten sich spätestens seit März 1993 die Angriffe auch auf deren kurdische Mitarbeiter aus. Diesen Anschlägen fielen bis heute immer wieder Menschen zum Opfer. Nachweislich wurden Flüchtlinge aus den nicht befreiten Gebieten innerhalb der Schutzzone angegriffen oder verschleppt. Die Ernte wurde wiederholt in Brand geschossen und kurdische Städte nördlich der Demarkationslinie bombardiert. Dennoch stellt das Bundesamt fest: "In der gegenwärtigen Lage gilt für Kurden der Norden des Iraks nach wie vor als sicher."

Derzeit können die kurdischen Flüchtlinge nicht abgeschoben werden, da der Weg über Bagdad nicht möglich ist. Eine dauerhafte Sicherheit bedeutet dies jedoch nicht. Bemühungen, irakische Kurden über die Türkei abzuschieben, wurden in jüngster Zeit forciert. Sollte dies möglich werden, stünde allgemein der Rückführung kurdischer Flüchtlinge in den Irak nichts mehr im Wege. Deren Gefährdung dort jedenfalls dürfte für das Bundesamt kein Hindernis darstellen. Parteienkriege und ständige militärische Übergriffe auch der Nachbarstaaten werden in einem Bescheid als landestypische Normalität dargestellt: "Wenn auch innerirakische (besser innerkurdische) Auseinandersetzungen zwischen diversen Clans, Parteien und Privatarmeen hin und wieder zu Todesfällen führen, darf bei der Bewertung der Zustände nicht vergessen werden, daß in einem Land, in dem fast jeder mit der Waffe in der Hand am sozialen Leben teilnimmt, andere Risiken als in Europa herrschen."

Daß die Bundesregierung in den durch das Bundesinnenministerium ergangenen Ablehnungsbescheiden gerade die befreiten kurdischen Gebiete bemüht, scheint paradox. Die Irakpolitik der Bundesregierung nämlich zielt immer eindeutiger auf eine Rehabilitierung Saddam Husseins ab und gefährdet damit in extremem Maße die angebliche "Sicherheit" Irakisch-Kurdistans. Die Bemühungen des ehemaligen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Hans Stercken (CDU), der als einer der ersten internationalen Gäste Saddam Hussein die Hand schüttelte, werden konsequent weitergetrieben. So hat die Bundesrepublik mittlerweile den Vorsitz des UN-Sanktionsausschusses gegen den Irak übernommen, nachdem sie im Vorfeld jegliche Tätigkeit, die ihre Beziehungen zu Bagdad trüben könnte, kategorisch ausgeschlossen hatte. Ende Januar wiederum gastierte eine Delegation irakischer Regierungsvertreter in Bonn, um die Verhandlungen über zukünftige Beziehungen fortzusetzen.

Mit dieser Politik steht die Bundesregierung allerdings nicht allein. Vier Jahre nach Ausbruch des Golfkrieges gibt es international Bemühungen, den Fall "Saddam Hussein" wieder zu den Akten zu legen. Die Zeit, in der die irakischen Kurden willkommen waren, um den Golfkrieg rückwirkend moralisch zu legitimieren, scheint endgültig vorbei zu sein. Eine funktionierende kurdische Eigenständigkeit oder eine demokratische Enklave inmitten der nahöstlichen Regime war von Anfang an nicht vorgesehen. Kurz vor dem Jahrestag des Giftgasangriffs durch die irakische Armee ist das Gebiet um die kurdische Stadt Halabja von iranischer Seite bombardiert worden. Die irakische Armee bombardierte jüngst Kifri und Taqtaq. Türkische Militärs starteten Ende Februar erneut eine Offensive gegen angebliche PKK-Stellungen in Irakisch-Kurdistan. Die Bundesregierung billigt und unterstützt mit ihrer neuen Linie gegenüber irakisch-kurdischen Flüchtlingen diese Politik.

Von der Anti-Irak-Koalition des Golfkrieges verweigern einzig noch die USA konkrete Schritte hin zu einer Aufhebung des UN-Embargos unter Beibehaltung der irakischen Diktatur.

Vor diesem Hintergrund gewinnt der herrschende Parteienkrieg in Irakisch-Kurdistan eine neue Qualität. Bisher gingen die Kämpfe vorrangig um die Vormachtstellung innerhalb der befreiten kurdischen Region. Deren Abschaffung muß - nach der zu erwartenden Rehabilitierung Saddam Husseins - einkalkuliert werden.

Die aktuellen Auseinandersetzungen könnten daher schnell zum Kampf um einen Sitzplatz am Verhandlungstisch werden, auch wenn sich herausstellen sollte, daß der ein Schleudersitz ist.

Thomas Uwer (WADI - Verband für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V.)

31. "Sozialismus" mit Dschutsche-Prägung. Biographische Mitteilungen über Kim Il Sung, Teil 3

Autor: nyg., Berlin · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Korea (Nord) · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:36

In den beiden vorangegangenen ak-Artikeln (1) über das Leben Kim Il Sungs wurde versucht, die politisch-persönliche Geschichte des verstorbenen "Großen Führers" von seiner Geburt bis zum Beginn des Koreakrieges nachzuzeichnen. Sein Weg führte aus Korea über das chinesische Exil, wo er Kommunist und antijapanischer Guerillaführer wurde, über das sowjetische Exil, wo er - aus nach wie vor ungeklärten Gründen - als politischer Führer Nachkriegs-Koreas auserkoren wurde, zurück nach Korea. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß Stalin in Korea einen absolut zuverlässigen Verbündeten, eine Marionette der Sowjetunion installieren wollte. Ohne das permanente Eingreifen des Oberkommandos der Roten Armee wäre es Kim wohl auch unmöglich gewesen, Staats- und Parteichef Nordkoreas zu werden.

Wer auch immer den Koreakrieg angezettelt hat (es spricht durchaus einiges dafür, daß es die südkoreanische Regierung war (2)): Kim Il Sung scheiterte zwar mit seinem vordergründigen Kriegsziel, die Gelegenheit zur Wiedervereinigung Koreas zu nutzen, es gelang ihm jedoch, seine schon beinahe aussichtslose Zwangslage in der zweiten Phase des Krieges, als im November 1950 US-Truppen an einigen Punkten das Ufer des Amnok (Yalu), die Grenze zu China, erreicht hatten, in einen doppelten Erfolg zu verwandeln: Zum einen relativierte das militärische Eingreifen Chinas (3) die bis dahin totale Abhängigkeit von der UdSSR und eröffnete der nordkoreanischen Regierung einen neuen Handlungsspielraum, den Kim Il Sung später geradezu meisterhaft gebrauchen sollte. Zum anderen ermöglichte ihm die Existenzkrise der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR/Nordkorea) und der Partei der Arbeit Koreas (PdAK), mit den noch verbliebenen innerparteilichen Gegnern und Konkurrenten abzurechnen. In der Krise des Koreakrieges fand er die Möglichkeit, sich vom politischen Zombie, als der er bisher international erschienen war, zu einer unabhängigen Größe, zu einem relativ selbständigen Faktor im "sozialistischen Lager" und - regional - in Ostasien zu entwickeln. Eine derart grundlegende Veränderung fand natürlich auch ihren ideologischen Ausdruck, und der hieß "Dschutsche", (4) der Traum von nationaler Größe.

Erstmals (5) wurde der Begriff "Dschutsche", der nur schwer zu übersetzen ist (6), wohl am 28.12.1955, kurz nach Stalins Tod, von Kim Il Sung in einer Rede vor Mitarbeitern für Parteipropaganda und -agitation verwendet.(7) Der Verlag für Fremdsprachige Literatur Pjöngjang sagt uns in seinem Vorwort zu Bd. 9 der Kim Il Sung-Werksausgabe, was es damit auf sich hatte: "...die wertvolle Wahrheit der Revolution, die Notwendigkeit der Durchsetzung des Dschutsche in der ideologischen Arbeit der Partei, die vor allem darin besteht, das Eigene unseres Landes aufrichtig zu studieren und sich dadurch einen hohen Nationalstolz und nationale Würde anzuerziehen sowie konsequent mit dem Dogmatismus und Kriechertum Schluß zu machen, die darin zum Ausdruck kommen, das Fremde (9) als Ganzes aufzunehmen oder sich nur auf die anderen zu stützen." (10)

Der internationalen Öffentlichkeit wurde die Dschutsche-Ideologie allerdings erst am 12.8.1966 in einem Leitartikel des Zentralorgans der PdAK, "Rodong Shinmun", präsentiert. Nachträglich wurde versucht, die Dschutsche-Idee an den Beginn der revolutionären Tätigkeit Kim Il Sungs überhaupt zu setzen, (11) und auch der Begriff wurde in frühere Schriften hineinredigiert. (12)

Das Treiben der Ratten

Um "das Dschutsche durchzusetzen" mußten die verbliebenen Konkurrenten Kim Il Sungs, die verschiedene de-facto-Fraktionen in der Partei repräsentierten und noch eine Bedrohung für seine Alleinherrschaft sein konnten, beseitigt werden. Kim Il Sungs Haltung zu seinen Opponenten läßt sich am besten mit einem Zitat vom ZK-Plenum am 4. April 1955 illustrieren: "Die Querelen solcher Fraktionsmacher erinnern sehr an das Treiben von Ratten. Wie Sie alle gut wissen, kriechen Ratten, diese Nagetiere, im ganzen Haus herum und nagen nur dann, wenn die Menschen schlafen, brauchen aber nur Stimmen zu hören und schon verschwinden sie irgendwohin. Wenn sich diese schädlichen Ratten einfach nur herumtreiben und alte Beutel zerfleddern, mag das noch angehen, aber es ist sehr abträglich, wenn sie einen guten Kleiderschrank annagen. Und wenn

man diese schädlichen Ratten nicht rechtzeitig beseitigt, setzen sie viele Junge in die Welt, nagen überall Löcher und können letzten Endes sogar das Haus zerstören." (13)

Die Geschichte der koreanischen kommunistischen Bewegung, die von Beginn an tragische Züge hatte, trat jetzt in ihren letzten Akt. Da es im Rahmen der "biographischen Mitteilungen" nicht möglich ist, sich mit der ökonomischen Entwicklung der KDVR, mit der politischen Haltung der PdAK während und nach der großen Auseinandersetzung zwischen KPdSU und KPCh und einigen anderen wichtigen politischen Aspekten, z.B. den Details des spezifischen "Dschutsche-Überbaus" des Staates zu beschäftigen, bleiben sie notgedrungen fragmentarisch und beleuchten nur einen Aspekt, die politische Parteigeschichte. So sollten sie gelesen werden als Stichpunkte einer Tragödie, deren Ursachen nach wie vor einer wissenschaftlichen Analyse harren. Jedoch schon die oberflächliche Beschäftigung mit der neueren koreanischen Geschichte legt die Vermutung nahe, daß hier zwei Faktoren zusammentrafen: Zum einen die von Stalin geprägte Politik der SU, die sich einen politischen Zombie in Fernost schaffen wollte, sicher auch als Faktor in der Auseinandersetzung mit dem "unzuverlässigen" Mao Zedong, sich aber bei der Wahl der "Marionette" täuschen ließ. Zum anderen die Rückständigkeit der koreanischen Gesellschaft, geprägt vor allem von der reaktionären Ideologie des Konfuzianismus, dessen Verkörperung Kim Il Sung in vielen Aspekten seines Handelns und vor allem seiner Selbstdarstellung immer war, die ihn aber, gepaart mit dem xenophoben (Anm. ak: Xenophobie = Fremdenfurcht) Agrar-Nationalismus einer lange unterdrückten Nation, gerade dazu befähigte, eigene Wege zu gehen und ohne Rücksicht auf seine beiden Hauptverbündeten, die Sowjetunion und China, alle zu liquidieren, die ihn auf diesem Weg behindern wollten.

Ausschaltung aller Fraktionen

Es folgen die wichtigsten Etappen dieses Weges:

- Auf dem 3. Plenum des ZK der PdAK, das vom 21. bis 23.12.1950 in Kanggye, nahe der chinesischen Grenze tagte, wurde Mu Chông, eine führende Persönlichkeit der "Yan'an-Fraktion" (China-orientiert) und Kommandeur des 2. Armeekorps gestürzt. Er wurde hauptsächlich für die militärische Niederlage der KVA nach der Landung der US-Truppen in Inchon verantwortlich gemacht. China versuchte wenigstens, sein Leben zu retten und bestand auf seiner Auslieferung. Kurz nach seiner Ankunft in China starb er, als gebrochener Mann, "an einer Krankheit". (14) Neben ihm wurde eine Reihe anderer hoher Funktionäre abgesetzt.

- Auf dem 4. Plenum wurde am 2.11.1951 Hô Ka-i, Parteisekretär seit dem 3. Plenum und prominenter Vertreter der sowjetischen Fraktion, gestürzt. Er wurde beschuldigt, durch die "Politik der verschlossenen Tür", d.h. die restriktive Aufnahmepolitik der PdAK, die in Wirklichkeit vom 3. Plenum auf Drängen von Kim Il Sung beschlossen worden war, der Partei den Massencharakter genommen zu haben. Der wahre Grund für seinen Sturz ist wahrscheinlich, daß er alle Kommunisten mit südkoreanischem Parteiausweis in die PdAK übernommen hatte. Aus der Sicht Kim Il Sungs hatte er dadurch gezeigt, daß er nicht in der Lage war, den steigenden Einfluß der südkoreanischen "Heimat-Fraktion" in der Partei zu begrenzen bzw. ihre Mitglieder zu kontrollieren. Hô beging wenig später "Selbstmord".

- Durch die freizügige Zulassung vieler neuer Parteimitglieder wurde nun, nach dem 4. Plenum, der Einfluß der "Heimat-Fraktion" weiter gemindert. Da zu diesem Zeitpunkt bereits abzusehen war, daß im Ergebnis des Krieges bestenfalls der status quo ante mehr oder weniger gehalten werden konnte, die südkoreanischen Kommunisten also ohne eigene Basis im Norden bleiben würden, hatten die Reste der Yan'an- und der sowjetischen Fraktion mit Kim Il Sungs eigener "Kapsan"-Fraktion der ehemaligen Guerillakämpfer aus der Mandschurei eines gemeinsam: Eine annähernd gerechte Aufteilung der Posten unter allen Fraktionen hätte bedeutet, daß alle anderen Einfluß zugunsten der Südkoreaner hätten abgeben müssen. Diese Situation war eine der Grundlagen für Kim Il Sungs nächsten Schritt.

- Wahrscheinlich am 15.2.1953 wurde Pak Hôn-yông, Ministerpräsident und "großer alter Mann" der südkoreanischen Kommunisten seines Amtes enthoben und unter Hausarrest gestellt. An diesem Tag erschien in der "Rodong Shinmun" ein Angriff auf "Fraktionsmacher". Genannt wurden Chu Nyông-ha, (15) Yim Hwa (ein südkoreanischer Dichter), Kim Nam-ch'ôn, Cho Il-hae "und andere". Als nach dem Waffenstillstandsabkommen am 25.7.1953 der Staatsbanner-Orden 1. Klasse an Kim Tu-bong (Yan'an-Fraktion), Pak Chông-ae (Kapsan) und Pak Ch'ang-ok (Sowjet-Fraktion) verliehen und Ch'oe Yong-gôn zum Vize-Premier ernannt wurde, fehlte Pak Hôn-yông erstmals auch öffentlich sichtbar. Der Angriff

auf die Heimatfraktion hatte schon auf dem 5. Plenum des ZK (15.-18.12.1952) begonnen, das von heimlichen Verhaftungen (Yim Hwa u.a.) begleitet wurde und auf dem Kim Il Sung der Fraktionsmacherei den Kampf ansagte. Im August 1953 kam es zum Schauprozeß gegen zwölf Angeklagte, alles hohe Funktionäre, aber Pak Hôn-yông war nicht darunter. Hauptangeklagter war Yi Sûng-yôp (ex-Politbüromitglied, ZK-Sekretär und Justizminister). Sie wurden u.a. der Spionage für den US-Imperialismus und seine südkoreanischen Marionetten "überführt". Bis auf zwei, die 60 bzw. 33 Jahre Haft bekamen, wurden alle zum Tode verurteilt und hingerichtet. Weitere 16 hohe Funktionäre wurden ihrer Posten enthoben.

- Pak Hôn-yông bekam, wie es einer Persönlichkeit seines Ranges entsprach, einen eigenen Schauprozeß, der am 15.12.1955 stattfand und nur einen Tag lang dauerte. Vorsitzender Richter war geschmackvollerweise sein Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten, Ch'oe Yong-gôn. Das einzig mögliche Urteil wurde sofort vollstreckt.

- Nach dem Ende der Heimat-Fraktion wurde die Parteiführung unterhalb des Vorsitzenden Kim Il Sungs und seines Stellvertreters Kim Tu-bong zwischen den Fraktionen aufgeteilt: Pak Chông-ae (Kapsan), Ch'oe Yong-gôn (China-Kapsan), Pak Ch'ang-ok (Sowjet), Kim Il (Kapsan), Ch'oe Ch'ang-ik (Yan'an). Die Sowjet- und die Yan'an-Koreaner versuchten in den folgenden Jahren, ein Bündnis zu schließen und Kim Il Sung abzusetzen. Ein erster Showdown fand auf dem August-Plenum 1956 statt, auf dem Kim offen kritisiert wurde. Zuvor hatten sich die Fraktionen Unterstützung bei der chinesischen und der sowjetischen Botschaft gesichert. Pak Ch'ang-ok und Ch'oe Ch'ang-ik wurden freilich auf dem Plenum aller ihrer Posten enthoben, jedoch gelang es vier hohen Funktionären der Yan'an-Fraktion, nach China zu fliehen. Dafür wurden sie zwar aus der PdAK ausgeschlossen, sie erreichten jedoch bei der Führung in Peking eine chinesisch-sowjetische "diplomatische" Intervention, (16) die dazu führte, daß ein weiteres Plenum am 23.9. Ch'oes und Paks ZK-Sitz und die Parteimitgliedschaft der vier wiederherstellen mußte.

- Natürlich konnte sich Kim mit dieser Verletzung des Dschutsche-Prinzips nicht abfinden und startete 1957 eine Kampagne gegen das "Sektierertum", die in Form einer organisierten "Massenbewegung" die Basispositionen der beiden gegnerischen Fraktionen weiter schwächte. Zum Höhepunkt kam es auf einer Parteikonferenz der PdAK im März 1958, auf der alle "Sektierer" und "Fraktionalisten" heftig angegriffen wurden. (17) Die Beschlüsse des August-Plenums von 1956 wurden als richtig bezeichnet und alle hohen Vertreter der Yan'an- und der Sowjet-Fraktion wurden von ihren Posten entfernt. Mit eingeschlossen in die Kritik wurde nun auch Kim Tu-bong, der Senior der Yan'an-Fraktion. Pak Ch'ang-ok gelang vermutlich die Flucht in die Sowjetunion, Ch'oe Ch'ang-ik verschwand spurlos und Kim Tu-bong endete als Hilfsarbeiter auf einer staatlichen Geflügelfarm. Noch bis 1961 dauerte es, bis die letzten namentlich bekannten Anhänger der Yan'an-, Sowjet-, und die allerletzten der Heimat-Fraktion von ihren Posten entfernt waren und verschwanden. Die meisten von ihnen zweifellos in der "Produktion", d.h. im Bergbau oder auf den Staatsfarmen in entlegenen Gebieten, beide Varianten etwa von Arbeitslager-Qualität.

Die Partei

als Kim Il Sung-Verein

Auf dem 4. Parteitag der PdAK, im September 1961 wurde der Sieg über alle alten Fraktionen gefeiert und die Partei konnte sich erstmals wirklich als "monolithisch" darstellen, ein Anspruch, den sie bis heute aufrechterhält. Sie hatte aufgehört, historische Erbin der koreanischen kommunistischen Bewegung zu sein und begonnen, ihre neue Funktion als "Kim-Il-Sung-Verein" zu erfüllen. In den 60er und 70er Jahren folgten noch eine ganze Reihe von "Stürzen", plötzlichen und oft statutenwidrigen Entlassungen und Verfolgungen hoher Funktionäre. Es ging aber nicht mehr um Fraktionen im alten Sinne. Gestürzt wurde "man" als Sündenbock für irgendein Mißlingen in irgendeinem Bereich der Politik oder im Rahmen der hin und her schwankenden "Neutralität" der PdAK zwischen KPdSU und KPCh, wobei Kim Il Sung mal ein bißchen mehr zur einen, mal zur anderen Seite tendierte, oder aufgrund irgendeiner Intrige. All das diente aber nur noch zur Perfektionierung des Systems, das in seinen Fundamenten 1961 bereits gefestigt war.

Ein neuer Aspekt war die zunehmende Einbeziehung von Kim Il Sungs Familie in die höchste Staats- und Parteiführung. Sie begann in den 60er Jahren mit dem Aufstieg Kim Yông-jus, dem jüngeren Bruder Kims, der mit dem Aufstieg Kim Dschong Ils, dem ältesten Sohn des "großen Führers", in den 70er Jahren (für die Öffentlichkeit erst seit Anfang der 80er Jahre) wieder verschwand. Erst kurz vor dem Tod Kim Il Sungs tauchte

er wieder auf und ist heute stellvertretender Staatspräsident. Die Familiengeschichte im einzelnen darzulegen ist hier nicht der Platz. Das kann möglicherweise nachgeholt werden, wenn die Nachfolge in der Staats- und Parteiführung Nordkoreas auch offiziell und institutionell geregelt ist, und wir ausreichenden Anlaß haben, uns hier mit einigen biographischen Mitteilungen über Kim Dschong Il zu beschäftigen.

nyg., Westberlin

Anmerkungen:

1) vgl. ak 369, ak 371

2) vgl. ak 371

3) die sogenannten "Volksfreiwilligen" unter dem Kommando von Peng Dehuai

4) in der englischen Schreibweise "Juche"

5) laut Yang, Ho-min, "Juche Idea: North Korean Ideological Setting", in: Chung, Chong-Shik & Kim, Gahb-chol, "North Korean Communism. A Comparative Analysis", Seoul 1980, S. 126ff.

6) etwa "Subjekt"; "Dschutsche-Ideologie" demnach "Subjekt-Ideologie", die Beantwortung der Frage, wer das Subjekt der Revolution, des sozialistischen Aufbaus usw. usf. sei; Antwort: "der Mensch" (d.h.: Kim Il Sung)

7) "Über die Beseitigung des Dogmatismus und des Formalismus sowie über die Durchsetzung des Dschutsche in der ideologischen Arbeit", in: Kim Il Sung, Werke Bd. 9 (Pjöngjang 1982), S. 457-484

8) entfällt

9) gemeint ist hier vor allem die Sowjetunion und die KPdSU, aber auch schon der Marxismus-Leninismus als Ideologie, die nur bedingt auf Korea anzuwenden sei.

10) Kim Il Sung, Werke Bd. 9, S. II (Hervorhebungen: ak)

11) Yang 1980, S. 127f.

12) z.B. Kim Il Sung, Werke Bd. 9, S. 281: "Dschutsche-Kräfte unseres Landes" (4.4.1955), vgl. dazu Yang 1980, S. 127

13) Kim Il Sung, Werke Bd. 9, S. 288f.

14) diese und die weiteren Angaben aus Scalapino, Robert A. & Lee, Chong-sik, "Communism in Korea, Part I", Berkeley 1972

15) Chu gehörte zur südkoreanischen Heimat-Fraktion, hatte aber eng mit der Kapsan-Fraktion paktiert (vgl. ak 371), was ihm jetzt nichts mehr nützte.

16) Peng Dehuai und Mikojan, der zufällig gerade in Peking war, flogen heimlich nach Pjöngjang und bewegten Kim Il Sung in einem "Gespräch" zu einer Änderung seiner Haltung.

17) Rede Kim Il Sungs in Werke Bd. 12 (Pjöngjang 1983), S. 99ff., v.a. S. 120ff.

Nachtrag zur Biographie Kim Il Sungs vor 1945

In ak 369 hieß es, daß die chinesischen Quellen, die genauere Auskunft über die Aktivitäten Kim Il Sungs in der antijapanischen Guerilla Nordost-Chinas geben, "wohl aus Rücksicht ... nur intern verbreitet werden". Dabei war eine Veröffentlichung aus dem Jahre 1991 übersehen worden, die zeigt, daß es mit der Rücksichtnahme der VR China gegenüber der KDVR, auch was die "offizielle Geschichtsschreibung" angeht, inzwischen ein Ende hat. (1)

Kurz gesagt geht aus dem chinesischen Buch hervor, daß Kim Il Sung etwa seit 1931 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Chinas war, im April 1932 in die KPCh aufgenommen wurde und in dieser Partei bis mindestens September 1942, also über zehn Jahre lang ein überaus aktives Mitglied war, das eine Fülle von Funktionen wahrnahm. Kim hatte während dieser Zeit immer chinesische (z.T. auch ethnisch koreanische) militärische und politische Vorgesetzte. Davon, daß er führend oder gar allein den Guerillakampf einer "Koreanischen Revolutionären Volksarmee" organisiert hätte, kann überhaupt keine Rede sein. Sein

militärisches Talent und sein Erfolg als Kommandeur muß jedoch anerkannt werden. Bis er mit den Resten seiner 2. Feldarmee im November 1940 in die Sowjetunion floh, war er vorwiegend im Nordosten Chinas, der "Mandschurei", aktiv, unternahm aber immer wieder auch militärische Aktionen die sich auf koreanisches Gebiet erstreckten. Von den Basislagern in der SU aus leitete er ab April 1941 mehrere kurzzeitige Kommandounternehmen auf chinesischem Territorium. Sie dienten jedoch mehr der Aufklärung als der Aufrechterhaltung des Guerillakrieges. Was zwischen September 1942 und August 1945 geschah, wo sich Kim Il Sung aufhielt, welche Funktionen er hatte und an welchen Fronten er kämpfte, darüber gibt das chinesische Buch leider keine Auskunft. Wir können nur hoffen, daß bald eine Öffnung der entsprechenden Archive in der Russischen Föderation erfolgt und den Spekulationen und Mythen (2) über diese Zeit ein Ende gesetzt wird. Irgendwann in dieser Zeit muß Kim Il Sung das Vertrauen der zuständigen sowjetischen Stellen gewonnen haben, die ihn dann im Herbst 1945 dafür ausersehen sollten, zum "Großen Führer" Nordkoreas zu werden.

Anmerkungen:

1) Dongbei Kangri lianjun douzheng shi ("Geschichte des Kampfes der Vereinigten Antijapanischen Armeen des Nordostens"), Renmin Chubanshe (Volksverlag), Beijing 1991. Das Buch hat quasi "offiziellen" Charakter, da es im Volksverlag, dem wichtigsten Parteiverlag, erschienen ist und sein Titel von Peng Zhen kalligraphiert wurde.

2) vgl. dazu ak 369

32. Die Zunge hat keine Knochen. Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:04

Was unterscheidet das Regime des Generals Pinochet oder das südamerikanischer Militärjuntas von den gewählten Zivilregierungen Kolumbiens? Zum einen, daß erstere in den siebziger und achtziger Jahren ihr Unwesen trieben, während der sozialdemokratisch ausgerichtete Präsident Samper sein Amt erst im August 1994 antrat. Zum anderen, und nur davon soll hier die Rede sein, werden unter den gewählten Zivilregierungen Kolumbiens die Menschenrechte weitaus schwerwiegender verletzt, als dies beispielsweise in den 17 Jahren der Pinochet-Diktatur je der Fall war. Überrascht? Beweise gefällig?

Kolumbien hat eine für lateinamerikanische Verhältnisse ungewöhnlich lange Tradition gewählter Regierungen. Während der Subkontinent in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren nahezu flächendeckend unter die Knute von Militärregimes geriet, behielt Kolumbien seine parlamentarisch-demokratischen Spielregeln bei. Die Zivilregierungen, die abwechselnd von Präsidenten aus der konservativen oder der liberalen Partei gebildet wurden, verpflichteten sich öffentlich dazu, die Menschenrechte zu verteidigen und Mechanismen einzurichten, um deren Verletzung einzudämmen. Sie erklärten sich auch mehrfach zu Verhandlungen mit den Guerillabewegungen des Landes bereit, die seit den sechziger Jahren aktiv sind, jedoch zu keinem Zeitpunkt eine ernsthafte Gefahr für den Fortbestand des politischen Systems darstellten. Ein der Chile-Solidarität oder der Sympathie für die uruguayanischen Tupamaros vergleichbares Interesse für die kolumbianische Opposition gab es weder hierzulande noch in anderen Ländern Europas.

Diese Faktoren dürften dafür ausschlaggebend sein, daß im öffentlichen Bewußtsein zwar die Herrschaft Pinochets oder der übrigen süd- und mittelamerikanischen Diktaturen mit Folter, politischem Mord und "Verschwindenlassen" in Zusammenhang gebracht wird, jedoch nicht die Zivilregierungen Kolumbiens. Dabei werden schon seit zehn Jahren außer in Peru in keinem anderen Land Lateinamerikas die Menschenrechte so massiv mit Füßen getreten, wie eben in Kolumbien. Die ehemals starken oppositionellen sozialen Bewegungen sowie die verschiedenen Strömungen der Linken wurden in einem mehrere Jahre währenden Prozeß im wahrsten Sinne des Wortes enthauptet. So verlor, um nur zwei Beispiele anzuführen, der bedeutende und kämpferische Gewerkschaftsdachverband CUT zwischen 1986 und 1994 über 1.700 Angehörige. Die Patriotische Union (UP), die 1985 von ehemaligen FARC-Guerilleros als Wahlpartei gegründet wurde, mußte den Tod von etwa 2.500 Mitgliedern beklagen. Unter ihnen vier Parlamentsabgeordnete sowie dutzende Bürgermeister und Gemeinderäte. Daß die Gewerkschaftsbewegung stark geschwächt und die linke Wahlpartei UP nahezu zerstört wurde, dürfte angesichts dieser Zahlen nicht überraschen. Daß dies in Europa außer einer kleinen Zahl von Spezialistinnen und Spezialisten niemand weiß, ist als Erfolg des kolumbianischen Modells der politischen Unterdrückung zu bewerten. Hinter seiner Fassade regelmäßiger Wahlen wurde lange Zeit nicht wahrgenommen, daß legale Organisationen zumindest von der tonangebenden Armee als "innere Feinde" eingestuft und mit allen Mitteln bekämpft werden. Bis vor einem Jahr, als der Boß des Medellín-Kartells, Pablo Escobar, erschossen wurde, erweckten die Massenmedien hierzulande zudem den Eindruck, als stehe die Gewalt ausschließlich oder nahezu ausschließlich im Zusammenhang mit dem Drogengeschäft. Wenngleich die Drogenmafia in einigen Regionen ein relevanter Gewaltfaktor ist, so hat diese Sichtweise mit der Realität des 1,2 Mio km2 großen und von 36 Millionen Menschen bewohnten Landes dennoch nicht allzuviel zu tun.

Zahlen und Fakten

Am 9. und 10. Februar 1995 fand im Europaparlament in Brüssel eine Konferenz über die Lage der Menschenrechte in Kolumbien statt, zu der zahlreiche nichtstaatliche Organisationen (NGOS), darunter auch die kirchlichen Hilfswerke "Brot für die Welt" und "Misereor" sowie das Kinderhilfswerk "Terre des Hommes" aufgerufen hatten. Sie wurde außerdem von mehr als 500 Einzelpersonen unterstützt, unter ihnen die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú sowie Abgeordnete des Europaparlaments. Diese Konferenz war der Höhepunkt einer Kampagne von über 30 kolumbianischen und europäischen Organisationen, mit Hilfe derer die schweren Verstöße gegen die grundlegendsten Rechte in dem südamerikanischen Land international bekannt gemacht werden sollten. Aus den dort präsentierten Stellungnahmen sowie aus der 42 Seiten

umfassenden Tischvorlage für die derzeit in Genf tagende UNO-Menschenrechtskommission scheinen mir folgende Fakten bemerkenswert:

- Drastische Zunahme von Gewalttaten: In Kolumbien wurden 1980 etwa 10.000 Morde verübt, 1988 waren es bereits 20.000. 1994 betrug die Zahl beinahe 30.000. Es gibt nur ganz wenige Staaten, in denen die Zahl ähnlich hoch war. Im Durchschnitt haben etwa 10% dieser Todesfälle politische Hintergründe, bei den restlichen 90% handelt es sich um Fälle gewöhnlicher Kriminalität.

- Anhaltend hohe Zahl von politischen oder mutmaßlich politisch motivierten Morden: Zwischen 1986 und 1994 verloren 20.000 Menschen ihr Leben aufgrund politischer Konflikte - mehr als in den siebzehn Jahren der Pinochet-Diktatur. Allein zwischen Juni 1990 und Juni 1994 starben 9.497 Personen aus politischen oder ideologischen Gründen. Tag für Tag verlieren mindestens fünf Personen ihr Leben aufgrund politischer oder mutmaßlich politischer Gründe. Besonders gefährdet sind Aktivisten und Aktivistinnen politischer, sozialer und humanitärer Organisationen sowie die Landbevölkerung, die in Konfliktgebieten lebt und von der Armee pauschal der Sympathie mit den Aufstandsbewegungen verdächtigt wird.

Für die "außergerichtlichen Hinrichtungen" waren unabhängigen Institutionen zufolge zu 50% staatliche Sicherheitskräfte, zu weiteren 20% paramilitärische Gruppen (Todesschwadronen), zu 25% Guerillagruppen und zu 5% Milizen verantwortlich. Vereinfacht gesagt würde das bedeuten, daß der Staat für 70% aller Toten die Verantwortung zu tragen hat, die bewaffnete Opposition für 30%. Dabei ist einschränkend hinzuzufügen, daß bei 70% aller politisch motivierten Morde keine sicheren Aussagen über die Täter getroffen werden können. Die obigen Angaben sind also lediglich ungefähre Anhaltswerte. Einig sind sich alle Beobachter darüber, daß in den letzten Jahren die Schwere der Übergriffe zugenommen hat.

Pro Tag sterben drei weitere Menschen infolge militärischer Kampfhandlungen zwischen Regierungsstreitkräften und Aufständischen. Die drei Strömungen der in der "Guerillakoordination Simón Bolívar" (CGSB) zusammengeschlossenen UntergrundkämpferInnen, die laut regierungsoffiziellen Angaben derzeit zusammen etwa 16.000 Personen unter Waffen haben sollen, agieren in der einen oder anderen Form in etwa 50% aller Gemeinden und üben in einigen größeren, abgelegenen und dünnbesiedelten Landstrichen eine umfassende Kontrolle aus. Die der kommunistischen Partei nahestehenden FARC-EP (gegründet 1964) unterhalten 70 Fronten mit 10.000 Bewaffneten. Die von ihren Wurzeln her pro-kubanische UC-ELN (gegründet 1965) kann auf 5.000 Guerillas an 30 Fronten zählen. Das ursprünglich pro-chinesische und später pro-albanische EPL (gegründet 1968) kann etwa 1.000 Leute und 13 Guerillafronten aufbieten.

- Folter als übliche Verhörpraxis: "Es scheint eine übliche Praxis zu sein, daß Angehörige der Armee und der Sicherheitskräfte Personen ohne Haftbefehl festnehmen, sie Verhören unterwerfen und erst einige Tage später einem Richter vorführen, nachdem sie unterschreiben mußten, daß sie gut behandelt wurden", heißt es in der UNO-Tischvorlage. Unter Folter erzwungene Aussagen werden vor Gericht als Beweismittel akzeptiert. Die Folter hat zwei Ziele: Informationen über Guerillagruppen zu erhalten und unter der Landbevölkerung Angst zu verbreiten. In einer detaillierten Studie konnte nachgewiesen werden, daß in der Stadt Barrancabermeja 93% von insgesamt 183 Gefangenen gefoltert wurden. 143 der Befragten wurden körperlich gequält. Diesbezügliche Anzeigen wurden von der zuständigen Staatsanwaltschaft in keinem einzigen Fall bearbeitet. In einem einzigen Fall wurden von einer anderen Behörde disziplinarrechtliche Untersuchungen eingeleitet. Globalzahlen über Folter liegen nicht vor. Lediglich ein kleiner Teil der Opfer erstattet Anzeige. Außerdem wird vielfach erst gefoltert und dann getötet. So konnte bei 654 Mordfällen (Januar 1993 - März 1994) nachgewiesen werden, daß die Opfer zuerst gefoltert wurden.

- "Verschwindenlassen" und politische Gefangene: 700 Personen gelten weiterhin als "verschwunden". In allen Fällen konnte nachgewiesen werden, daß daran staatliche Organe beteiligt waren. Im Falle Kolumbiens dauert das "Verschwindenlassen" meist nicht lange. In der Regel werden die Verschwundenen kurze Zeit später tot aufgefunden. Einige wenige werden in Gefängnisse überstellt.

Derzeit sitzen etwa 1.200 politische Gefangene ein. Sie gelten als "gefangene Guerilleros" und wurden in 2/3 aller Fälle willkürlich verhaftet. Sei es im Rahmen militärischer Operationen oder sei es aufgrund unüberprüfbarer Geheimdienstbeschuldigungen.

- Paramilitärische Gruppen: Mindestens 130 (einhundertdreißig!) paramilitärische Gruppen gehen derzeit allein nach offiziellen Angaben ihrem blutigen Geschäft nach. Diese Todesschwadronen agieren in enger

Koordination mit Großgrundbesitzern, Drogenkartellen und Armee. Die Zusammensetzung der Killertruppen, ihre Rekrutierungsmechanismen, ihre Bündnisse und die Formen der Arbeitsteilung mit den anderen bewaffneten Kräften sind regional unterschiedlich. In den sog. "roten Zonen", den heißen Kriegsgebieten, sind die Todesschwadronen besonders aktiv und auch besonders grausam. So nennt sich eine 1993 in der Gemeinde Sabana de Torres (Mittleres Magdalenatal) erstmals registrierte Gruppe "Motorsägen": Sie verstümmeln und zerteilen die Körper ihrer ermordeten Opfer mit Motorsägen. Die zuletzt aufgetauchten Gruppen "Kolumbien ohne Guerillas" (COLSINGUE) oder "Tod den Kommunisten und Guerillas" (MOCAGUER) zeichnen sich im Unterschied zu den meisten anderen paramilitärischen Truppen dadurch aus, daß sie im ganzen Land aktiv sind. Die UNO-Berichterstatter resümieren: "Von Seiten der Sicherheitskräfte gab es nie ernsthafte Versuche, die Aktivitäten derartiger Gruppen einzudämmen, sie aufzulösen oder zu entwaffnen."

- "Soziale Säuberungen": Seit Anfang der achtziger Jahre richtet sich die paramilitärisch organisierte Gewalt nicht mehr nur gegen politische Gegner bzw. gegen deren mutmaßliche zivile Unterstützer. In einigen Ländern Lateinamerikas, hier sind vor allem Guatemala, Brasilien und eben auch Kolumbien zu nennen, gehen die von staatlichen Agenten durchsetzten Todesschwadronen mittlerweile auch gegen "sozial unerwünschte" Personenkreise vor. Zu den besonders gefährdeten Gruppen gehören AIDS-Kranke, Bettler, Drogenabhängige, Geisteskranke, Homosexuelle, gewöhnliche Kriminelle, Obdachlose, Prostituierte und Straßenkinder. Menschen, die häufig auf der Straße leben müssen, keine Lobby haben und sich ihrem Elend selbst überlassen bleiben. Diese Menschen werden heute in Kolumbien umgangssprachlich üblicherweise "Desechables", "die Wegwerfbaren", genannt. Zeitungen benutzen diesen Begriff ohne Anführungszeichen. Parallel zum drastischen Abbau der bescheidenen Ansätze von Sozialstaatlichkeit nahm in den letzten 15 Jahren dieser Personenkreis zahlenmäßig immer mehr zu.

1979 wurden in der Stadt Pereira zum ersten Mal Morde registriert, die heute von Menschenrechtsorganisationen unter der Rubrik "soziale Säuberungen" zusammengefaßt werden. Damals ermordete eine Todesschwadron mehrere Kriminelle. Dieses Tatmuster breitete sich in den Folgejahren schnell aus. Ab 1983 wurden im ganzen Land derartige Taten festgestellt. Zwischen 1988 und 1992 registrierten kirchennahe Einrichtungen insgesamt 1.900 Todesfälle. Seither stirbt in Kolumbien pro Tag durchschnittlich eine Person, die zu den genannten gefährdeten Gruppen gehört. Diese Morde an Menschen, die vom herrschenden Wirtschaftssystem ganz nach unten geschleudert werden und deshalb bei den Gewinnern des Systems als "sozial unerwünscht" gelten, bleiben ungesühnt. Es wird, wie die UNO-Berichterstatter hervorheben, von Seiten staatlicher Organe überhaupt nichts unternommen, um gegen die verantwortlichen Todesschwadronen vorzugehen, deren Mitglieder zum Teil sogar bekannt sind. Bei aller Vorsicht vor unpassenden Vergleichen kann doch gesagt werden, daß die den "sozialen Säuberungen" zugrundeliegende Ideologie und Praxis an die von den Nazis betriebene "Vernichtung lebensunwerten Lebens" erinnern. Wobei es sich in Kolumbien heute, das sei als entscheidender Unterschied hervorgehoben, um keine von staatlichen Stellen offen legitimierten, planmäßig vorbereiteten und durchgeführten Aktionen handelt.

- Straffreiheit: Die Täter für die oben genannten Delikte gehen in aller Regel (97%) straffrei aus. Das geben sogar die Regierungen zu. Handelt es sich um politische Delikte, ist die Quote der Bestrafungen sogar noch geringer. Handelt es sich bei den Tätern um Staatsdiener in Uniform ist die Straffreiheit so gut wie total. Es gibt lediglich Einzelfälle, in denen verantwortliche Militärs oder Polizisten verurteilt werden und ihre Strafe auch absitzen müssen. Gerade in diesem Punkt hat die neue Regierung von Präsident Samper, der im Unterschied zu seinen Vorgängern in offiziellen Reden anerkennt, daß in Sachen Menschenrechte vieles im argen liegt und wichtige Einschnitte nötig sind, entscheidende Schritte unternommen, um das System der Straffreiheit aufrechtzuerhalten. Im vergangenen November wurde nämlich mit seinem Segen ein Gesetz verabschiedet, daß Soldaten, die wegen "Verschwindenlassens" angeklagt werden, weiterhin vor Militärgerichten und nicht, wie von der Opposition gefordert, vor Zivilgerichten zu erscheinen haben. Der Hintergrund: Militärgerichte sprechen Soldaten in aller Regel frei, wenn es um Fälle wie Folter, politischer Mord oder "Verschwindenlassen" geht.

Druck von außen

Die Verfolgung der Opposition hält auch unter der Regierung des sich selbst als Sozialdemokraten verstehenden Präsidenten Samper an. Samper übernahm im vergangenen August sein Amt und versprach bei

dieser Gelegenheit neben einer Reihe anderer Reformen unter anderem, daß er sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen werde. Er lud internationale BeobachterInnen ein, ließ innerhalb der Sicherheitsapparate Menschenrechtseinheiten schaffen, ratifizierte internationale Abkommen, übernahm die volle Verantwortung für ein 1990 verübtes Massaker und wirbt damit bei den internationalen Menschenrechtsorganisationen um Vertrauen. In diesem Zusammenhang ist es auch zu sehen, daß an der eingangs erwähnten Brüsseler Konferenz höchste Regierungsfunktionäre teilnahmen, an ihrer Spitze der Verteidigungsminister Fernando Botero Zea. Er berief sich am zweiten Konferenztag auf die Anstrengungen zum Schutz der Grundrechte und geißelte angebliche Greueltaten der Guerilla. Er wehrte sich jedoch mit Händen und Füßen gegen die von der Konferenz verabschiedete Forderung nach einem UNO-Sonderberichterstatter, weil dies "einer Vorverurteilung" gleichkäme. Außerdem würden damit die "ernsthaften Bemühungen der Regierung gefährdet".

Die kritischen Fragen und Einwände aus dem sachkundigen Publikum zeigten, daß weder die europäischen noch die kolumbianischen Delegierten seinen Worten Glauben schenkten. Denn zu oft und zu lange hatten Regierungen mit vielversprechenden Worten lediglich Imagepflege betrieben, statt die Lage real zu verbessern. Denn daß in Kolumbien die grundlegendsten staatlichen Rechtsgarantien systematisch mißachtet werden, ist in internationalen Fachgremien längst bekannt. Dies stellten UNO-Beobachter bereits in den Jahren 1987, 1988 und 1989 fest. Die Empfehlungen der UNO-Vertreter, welche die massiven Übergriffe eindämmen sollten, "wurden nicht umgesetzt", wie die letzte UNO-Mission konstatieren mußte, die im vergangenen Oktober in Kolumbien weilte und Mitte Januar in Genf ihren Bericht vorlegte. Was nun die Realität unter der neuen Regierung betrifft, so ist festzuhalten, daß nach Angaben der "Andinen Juristenkommission" (CAJ) allein von August bis Dezember 1994 weitere 674 Menschen aus politischen oder mutmaßlich politischen Gründen getötet wurden, es 2.018 weitere ungeklärte Mordfälle gab, daß 93 Menschen "verschwanden", 73 ihr Leben bei "sozialen Säuberungen" verloren, insgesamt 1.705 Tote bei einer Vielzahl von Massakern zu registrieren waren etc. Dafür hat letztlich Präsident Samper die Verantwortung zu übernehmen, dessen Liberale Partei Mitglied der "Sozialistischen Internationale" (SI) ist. Schöne Worte allein sind da zuwenig. Denn die Zunge hat keine Knochen, wie unlängst einer treffend zusammenfaßte, der in der Bundesrepublik Asyl suchen mußte, um sein Leben zu retten. Da taugen Anstrengungen wie die Kampagne "Menschenrechte jetzt!" oder die erwähnte Konferenz in Brüssel schon eher, um den Bedrohten einen gewissen Schutz zu gewähren. Osiris Baythe r, Vorsitzende der regionalen Menschenrechtsgruppe CREDHOS, faßte es so zusammen: "Daß wir und andere bisher überlebt haben, verdanken wir nicht zuletzt dem Einsatz internationaler Organisationen. Er trägt mit dazu bei, daß wir mal durchatmen können. Die Kampagne kam genau in einem Augenblick, als wir dachten, daß sie uns alle umbringen würden. Aber wir bekamen wieder Luft und konnten weitermachen."

Al., Nürnberg

33. Uruguay. Präsident Lacalle übergibt Tupamaro-Radio an Freund

Autor: Boris Scharlowski · Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:10

Die Schließung von CX 44 Radio Panaméricana hat in Deutschland - zumindest in den Medien der Soliszene - ein breites Echo gefunden. Am 24. August 1994 wurde in Montevideo eine erneute Demonstration gegen die Auslieferung baskischer Flüchtlinge an den spanischen Staat zusammengeschossen (vgl. ak 370, S. 18 ff., Anm. ak). Tausende von DemonstrantInnen, die z.T. selbst lange Jahre im Exil verbracht hatten, verkündeten ihre Solidarität mit den ETA-Aktivisten. Sie forderten die Regierung auf, die von der spanischen Regierung mit einem Millionen-Dollar-Kredit erkaufte Abschiebung zu stoppen. Drei Menschen starben an ihren Verletzungen, 60 weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Radio Panaméricana - ‚Radio de la Gente` (Radio der Leute) - hatte kontinuierlich über die Situation der Basken informiert. Bei Beginn der Demonstrationen hatte es sich sofort zum Sprachrohr der DemonstrantInnen gemacht, informierte ununterbrochen über den Fortgang der Geschehnisse und forderte die ZuhörerInnen zur Hilfe für die Verletzten auf. Am 26. 8. erfolgte dann die Schließung des Senders durch die konservative Regierung Lacalle Herrera, die sich dafür eines Gesetzes aus der Zeit der Militärdiktatur bemächtigte. Im gleichen Zuge wurde der Radiosender CX 44 Centenario für zwei Tage geschlossen.

Radio Panaméricana wird seit 1988 von den Tupamaros betrieben. Im Sinne der Comunicación Popular (1) verstehen sich die 70 MitarbeiterInnen als ein Sprachrohr der Menschen und ihrer Basisorganisationen. Das Konzept des Senders geht auf. Innerhalb weniger Jahre mauserte er sich zum Radio mit der zweithöchsten Einschaltquote Uruguays. Nur deshalb ist es möglich, daß sich das Radio fast ausschließlich durch Spenden von UnterstützerInnen aus der ganzen Welt finanzieren kann. Das Radio wird außerdem von der linken Frente Amplio (2) und dem Gewerkschaftsdachverband PIT-CNT unterstützt.

Die Schließung des Radios ist zum einen auf die politische Nähe des Senders zu den Tupamaros, seine große Beliebtheit bei der Bevölkerung und sein Engagement für die verfolgten Basken zurückführen. Aber auch die Parlamentswahlen am 27. November 1994 spielten eine wichtige Rolle. Denn im Laufe der Jahre konnte sich der Sender in einem Land, dessen Kommunikationsmedien zum allergrößten Teil in der Hand einiger weniger Familien sind, zu dem Sprachrohr einer politischen Opposition mausern. Das Ausstrahlungsverbot stellte somit nicht nur einen massiven Eingriff in die Pressefreiheit dar, sondern bedeutete einen tiefen Einschnitt in das politische System des Landes.

Die Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, bei denen das linke Encuentro Progresista (3) nur äußerst knapp der konservativen Colorado-Partei unter Julio María Sanguinetti unterlag, ließen wenig Hoffnung auf eine Regelung zugunsten des Radios. Es schien allerdings gewiß, daß der Fall von CX 44 Teil der Verhandlungsmasse der neuen Regierungsabsprachen würde. Doch das Schicksal des Senders scheint nun besiegelt. Ende Januar gab die scheidende Regierung Lacalle bekannt, daß die Frequenz des Radios an Nelson Marroco, einen persönlichen Freund des Präsidenten, übergeben werde. (4) Ein Schock für die MitarbeiterInnen, die überlegt hatten, eine Kooperative zu gründen und sich für die Übernahme der Lizenz zu bewerben.

Radio Panaméricana wird vom Solidaritätsfonds "Demokratische Medien in der Welt" des Arbeitskreises Dritte Welt, Gelnhausen, der IG Medien und einigen kirchlichen entwicklungspolitischen Einrichtungen unterstützt.

Boris Scharlowski

Spenden an: AK Dritte Welt e.V. Gelnhausen, Ökobank Frankfurt, BLZ 500 901 00, Kto. 10 002 800. Stichwort Radio Panaméricana.

Der Artikel wurde redaktionell bearbeitet.

Anmerkungen:

1) Zum Begriff der Comunicación popular, der Basiskommunikation, s. u.a. Schwarzer Faden I/93 und II/94.

2) Die Frente Amplio stellt ein Bündnis linker Parteien dar, wobei die MLN Tupamaros gemeinsam mit UNIR und der KP den linken Flügel des Bündnisses repräsentieren.

3) Encuentro Progresista ist ein links-fortschrittliches Bündnis und schließt das Frente Amplio-Spektrum sowie die MLN Tupamaros mit ein (Anm. ak).

4) Nelson Marroco ist nicht nur persönlicher, sondern auch Parteifreund des scheidenden Präsidenten Lacalle. Er war früher selbst Mitarbeiter von Radio Panaméricana, wechselte aber 1989 als Staatsfunktionär in die Presseabteilung von Präsident Lacalle (Anm. ak, nach POONAL 178, 31.1.95).

Anzeige

Die im Text angesprochenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom November 1994 in Uruguay verliefen für die dortige Linke recht erfolgreich.

Encuentro Progresista, ein links-fortschrittliches Bündnis inklusive Frente Amplio-Spektrum und MLN Tupamaros, erreichte bei den Präsidentschaftswahlen 29,6% der Stimmen, jeweils knapp weniger als die alte (Partido Nacional) und die neue (Partido Colorado) Präsidentenpartei. Im Senat stellt das Bündnis 9 von 31, im Abgeordnetenhaus 30 von 99 Sitzen. Im Abgeordnetenhaus sitzen zudem erstmals Parlamentarier der Tupamaros.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Bürgermeisterwahlen gelang es der Linken, mit 45% der Stimmen das Bürgermeisteramt in der Hauptstadt Montevideo zu verteidigen - es gilt nach der Präsidentschaft als zweitwichtigstes Staatsamt.

Die Wahlergebnisse im einzelnen:

Präsidentschaftswahlen Partido Nacional 30,1%, Partido Colorado 31,2%, Encuentro Progresista 29,6%; Senat PN 10 Sitze, PC 11 Sitze, EP 9 Sitze; Abgeordnetenhaus PN 31 Sitze, PC 34 Sitze, EP 30 Sitze; Bürgermeisterwahlen PN 11 Bürgermeister, PC 7, EP 1 (in Montevideo!).

Quelle: El Tiempo, 29.11.94

34. Rwanda: Nach dem Ende

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Rwanda · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:45

In den Monaten April bis Juni des vergangenen Jahres fand in dem kleinen afrikanischen Staat Rwanda einer der großen Völkermorde der Menschheitsgeschichte statt. Innerhalb von rund 90 Tagen wurden mindestens 500.000 Menschen ermordet. Die Getöteten gehörten zum allergrößten Teil der Bevölkerungsgruppe der Tutsi an; wo die Mörder ihrer habhaft werden konnten, wurden sie ohne Ausnahme vom Säugling bis zum alten Menschen umgebracht. Außerdem wurde eine nicht bekannte Zahl von Angehörigen der mehrheitlichen Bevölkerungsgruppe der Hutu ermordet; politisch Oppositionelle, aber auch solche, die sich geweigert hatten, beim organisierten Massenmord an der Tutsi-Minderheit selbst Hand anzulegen oder Verfolgte versteckt hatten.

Die Opfer wurden erschossen, erschlagen oder mit Macheten zerhackt. Es liegen Berichte vor, daß Menschen Geld zahlten, um auf eine weniger grausame Weise getötet zu werden. Oft hatten sich die in Lebensgefahr befindenden Menschen zu hunderten in Kirchen geflüchtet, die für sie jedoch zu tödlichen Fallen wurden. In manchen Fällen hatten sich die Verfolgten dort verschanzt; dann wurden sie von außen beispielsweise mit Handgranaten solange angegriffen, bis ihre Mörder zu ihnen vordringen konnten. In Fällen, in denen die Opfer zu hunderten oder tausenden an einem Ort konzentriert waren, dauerte es oft Tage, bis auch die letzten umgebracht waren.

Noch während der Schreckenswochen zeichnete sich in ersten Berichten ab, daß der Massenmord systematisch und von einem organisierenden Zentrum - dem unmittelbaren Umfeld des bei dem Abschuß seines Flugzeuges am 6. April 1994 umgekommenen Staatspräsidenten Habyarimana - gesteuert wurde. Dabei bedienten sich die Drahtzieher in erster Linie der in den Monaten zuvor aufgebauten Milizen der früheren Staatspartei MRNDD und der rassistischen Hutu-Partei CDR. Örtliche Funktionäre der MRNDD unterstützten das Morden dieser Kräfte, indem sie über die örtlichen Tutsi informierten oder selbst Mördertrupps zusammenstellten. Inwieweit die frühere rwandische Armee in die Durchführung des Völkermords einbezogen war, ist unklar; jedenfalls ist sie nicht gegen die Schlächtereien eingeschritten und war wahrscheinlich an vielen Massakern selbst beteiligt.

In einem UN-Bericht werden 55 Hauptverantwortliche für den Völkermord genannt. Schon früh sprach darüber hinaus der neue rwandische Ministerpräsident Twagiramungu von 30.000 Kriegsverbrechern, die sich verantworten müßten. (FR, 5.8.94) Ein großer Teil dieser (oft jugendlichen) Mörder dürfte sich freilich in den Flüchtlingslagern in Tansania und vor allem in Zaire aufhalten. In Rwanda selbst befinden sich 7.000 mutmaßliche Mörder in Haft, darunter auch über hundert Minderjährige im Zentralgefängnis von Kigali. Ende Februar rief der UN-Sicherheitsrat alle Staaten auf, die Verantwortlichen für die Kriegsverbrechen zu inhaftieren, bis sie dem geplanten internationalen Kriegsverbrechertribunal überstellt werden können. Vermutlich halten sich die verantwortlichen Drahtzieher des Völkermords in sogenannten frankophonen Staaten Afrikas oder in Frankreich selber auf. Es wird sich in den nächsten Monaten zeigen, ob Frankreich seine alten Verbündeten, die Machtträger aus dem (Familien-)Kreis des früheren Diktators Habyarimana, welche nach ihrer Vertreibung aus Rwanda in Frankreich Aufnahme fanden, dem internationalen Gericht überstellen wird.

Um die Einrichtung dieses Gerichts, das vermutlich gegen Ende des Jahres die ersten Prozesse im tansanischen Arusha durchführen wird, hatte es Differenzen zwischen dem UN-Sicherheitsrat und Rwanda gegeben. Die rwandische Regierung, die erklärt hat, daß sie keine Kriegsgerichte und keine geheimen Verfahren abhalten wird, hatte zunächst gefordert, die Verfahren in rwandischer Regie, bei Hinzuziehung internationaler Prozeßberater, durchzuführen; unter anderem mit dem Argument, daß das internationale Gericht nicht die Todesstrafe verhängen könne. Des weiteren hatte sie verlangt, daß die Kriegsverbrecherprozesse in Rwanda selbst stattfinden müßten.

Terror in Flüchtlingslagern

Während der letztjährigen Kämpfe zwischen dem alten Regime und der rwandischen Befreiungsorganisation FPR war es parallel zu deren siegreichem Vormarsch zu einer unvorstellbaren Massenflucht der Hutu-Bevölkerung gekommen. Über 2 Millionen Menschen überschritten die Grenzen zu Zaire und Tansania

(und zu einem kleinen Teil auch zu Burundi), weitere knapp 2 Millionen wurden zu innerrwandischen Flüchtlingen, die sich vor allem in der von Frankreich vorübergehend eingerichteten sogenannten Schutzzone im Südwesten des Landes sammelten. Offensichtlich wurde auch diese Massenflucht vom alten Regime aktiv organisiert; nach vorliegenden Informationen wurden Menschen gezwungen, ihr Land zu verlassen. Trotzdem ist davon auszugehen, daß die Massenflucht in gewissem Maße freiwillig erfolgte, weil die Menschen den monatelange über den Rundfunk verbreiteten systematischen Falschinformationen über angebliche Greueltaten der FPR (die eingebettet waren in die offene Pogrom- und Mordhetze gegen die Tutsi) Glauben geschenkt hatten.

In den ersten Wochen nach der Flucht starben dann in den Flüchtlingslagern in Zaire rund 50.000 Menschen vor allem an Cholera. Die Flüchtlingslager wurden und werden in erster Linie durch internationale Hilfskonzerne versorgt. Die Lagerverwaltung hingegen befindet sich in den Lagern in Zaire (offenbar auch in Tansania) bis heute fest in der Hand der ehemaligen Armee und der Milizen, die dort die Lebensmittelverteilung in ihrem Sinne organisieren, Rückkehrwillige umbringen oder mit dem Leben bedrohen und sogar militärische Übungen abhalten. Außerdem werden aus den an der Grenze befindlichen Lagern in Zaire gelegentlich Raubzüge oder Terrorakte nach Rwanda hinein unternommen. Ein UN-Bericht vom November 1994 nannte 50.000 Soldaten, 10.000 Milizionäre und 230 Funktionsträger des alten Regimes, die sich in den Lagern aufhielten. (SZ, 23.11.94)

Die Rolle Zaires

Ausländische Hilfsorganisationen, deren Mitglieder teilweise selbst massiv bedroht wurden, haben wiederholt an die UNO appelliert, die Lager in Zaire durch eine internationale Blauhelmtruppe zu sichern. Dies scheiterte zum einen daran, daß es UN-Präsident Butros-Ghali nicht gelang, ein Kontingent von 5.000 Mann zusammenzustellen, weil nur ein einziges Land bereit war, Soldaten zur Verfügung zu stellen. Zum anderen lehnte Zaire die Stationierung von UNO-Truppen auf seinem Territorium ab. Statt dessen sind jüngst im UN-Auftrag 1.500 zairische Soldaten in die rwandischen Flüchtlingslager eingerückt und haben dort, jedenfalls nach Angaben des zairischen Außenministers, die Soldaten der früheren Regierung entwaffnet. Ihnen würde nicht gestattet, sich auf einen neuen Krieg in Rwanda vorzubereiten. (nach SZ, 3.3.95) Vermutlich liegt es tatsächlich nicht im Interesse Zaires, daß von seinem Territorium aus ein militärischer Unruheherd entsteht; so hat es auch die Bildung einer rwandischen Exilregierung in Zaire untersagt. Andererseits jedoch wußte das Land bzw. sein Diktator Mobutu den Rwanda-Konflikt bzw. das ungelöste Flüchtlingsproblem dafür zu nutzen, seine internationale Isolierung zu durchbrechen und außerdem durch die Abwicklung der Hilfslieferungen über sein Territorium sowie jetzt durch den Einsatz zairischer Soldaten einige Devisen in die leere Staatskasse zu lenken. Insofern hat Mobutu wohl derzeit kein Interesse an der Lösung des Flüchtlingsproblems, was sich auf zwei Gipfelkonferenzen der Anrainer-Staaten Anfang und Mitte Januar, die über das Flüchtlingsproblem verhandelten, zeigte, als Zaire eine substantielle Lösung verhinderte. Frankreich wiederum, das inzwischen wieder gute Beziehungen zu Zaire unterhält, dürfte daran gelegen sein, das seiner Einflußzone entglittene Rwanda durch die Existenz der Lager von außen destabilisieren zu können.

Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks UNHCR sind im Januar trotz der damit verbundenen Gefahren 34.000 Menschen aus den Lagern in Zaire nach Rwanda zurückgekehrt. Nach Angaben der rwandischen Regierung von Anfang Februar sind inzwischen 300.000 rwandische Staatsbürger aus dem Ausland zurückgekehrt. (FAZ, 4.2.) Nachdem anfänglich (im August und September) noch 200.000 Menschen den Lagern entkommen konnten, dürften sich jetzt in den Lagern in Zaire und Tansania immer noch gut anderthalb Millionen Flüchtlinge aufhalten. In innerrwandischen Lagern befinden sich derzeit noch eine Viertelmillion Menschen. Hinzuzurechnen sind aber auch noch die rund 500.000 "Alt"-Flüchtlinge, die vor allem in Uganda leben: Hier handelt es sich um Tutsi, die seit der Unabhängigkeit Rwandas im Jahr 1962 in diversen Schüben aus dem Land vertrieben worden waren. 150.000 von ihnen sind nach UNHCR-Angaben inzwischen zurückgekehrt.

Rwanda "überbevölkert"?

Allerdings wäre Rwanda vor unlösbare Probleme gestellt, würden alle seine Flüchtlinge in das Land zurückkehren, auch wenn die Regierung die Betroffenen dazu aufgefordert hat. Das kleine Land mit einer der höchsten Bevölkerungszuwachsraten der Welt gilt schon seit vielen Jahren mit einer Einwohnerdichte (Anfang 1994) von rund 300 Menschen/km2 (die höchste in Afrika) als "überbevölkert", weil es nicht mehr genug

landwirtschaftliche Anbaufläche gibt. Tatsächlich hatte es in den letzten Jahren immer mehr Heranwachsende gegeben, an die kein Land mehr zur Bebauung vergeben werden konnte. Zehntausende arbeitsloser Jugendlicher wurden in die schon erwähnten Milizen integriert bzw. für die sich seit 1990 enorm aufblähende Armee rekrutiert.

Kein Mensch würde jedoch auf die Idee kommen, etwa die Niederlande mit einer Einwohnerdichte von 443 Einwohnern/km2 Landfläche als "überbevölkert" zu bezeichnen. Dieser Hinweis soll hier genügen, um darauf hinzuweisen, daß "Überbevölkerung" keine absolute Größe darstellt. Zur fehlenden industriellen Basis Rwandas trat die hauptsächliche Ausrichtung der Landwirtschaft auf Kaffeeanbau (ein koloniales Erbe, von dem in der Gegenwart freilich auch wirtschaftlich einflußreiche einheimische Schichten profitierten, die einen Strukturwandel verhinderten). Die Landbevölkerung bzw. der rwandische Staat (der den Kaffeeanbau zuletzt in immer stärkeren Maß subventionierte) verarmten, weil die Weltmarktpreise seit den 80er Jahren um ca. 80% fielen.

Die rwandische Regierung ist heute weitgehend auf sich gestellt. Ausländische Hilfsgelder sind bisher nur in geringem Maß zur Verfügung gestellt worden, was freilich auch an der fehlenden administrativen Infrastruktur liegen könnte. Allerdings hat es bislang noch nicht einmal gereicht, um der Regierung Autos, Telefone und ähnlichen Alltagsbedarf zukommen zu lassen. Eine internationale Hilfskonferenz stellte im Januar 600 Mio. Dollar bereit, darunter von der afrikanischen Entwicklungsbank 117 Mio., von der Weltbank 75 Mio., aus der BRD 80 Mio. und aus den USA 60 Mio. Dollar. Die BRD sagte Anfang Februar aus Anlaß eines Besuches von Staatspräsident Bizimungu weitere Gelder zu, so daß Deutschland jetzt mit der relativ bescheidenen Summe von 162 Mio. DM bereits der wichtigste Geldgeber Rwandas ist. (FAZ, 4.2.95) Frankreich hingegen blockiert durch sein Veto eine Wiederaufbauhilfe der EU in Höhe von 290 Mio Mark. (Spiegel, 21.11.94)

Innenpolitisch hat die FPR ein breites Bündnis gebildet. In der Regierung und im neu berufenen Parlament sind acht Parteien vertreten, allerdings nicht MRNDD und CPR. Die Aufteilung erfolgte ansonsten gemäß der Friedensvereinbarung von Arusha von August 1993. (vgl. ak 367 vom 8.6.94) Wahlen soll es frühestens 1996 geben. Verhandlungen mit den früheren Machthabern hat die Regierung abgelehnt, allerdings bemüht sie sich um Teile der früheren Armee und hat eine Amnestie für deren Mitglieder in Aussicht gestellt. Dies geschah anläßlich der Aufnahme von 1.000 Soldaten der früheren Streitkräfte in die neue Armee und der Berufung des früheren stellvertretenden Stabschef in eben diese Funktion in der jetzigen Armee. (NZZ, 29.1.95)

J., Westberlin

35. Migration und Rassismus. Ein Kongreßbericht

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Ausländerpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:12

Vom 16. bis 19. Februar fand in Hamburg ein internationaler Kongreß statt zum Thema: "Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten". Geladen waren Menschen aus Barcelona, Hamburg, Kopenhagen, Lissabon, London, Marseille, St. Petersburg und Rotterdam. Es kamen rund 300 Leute aus der BRD und dem europäischen Ausland. Die acht europäischen Hafenstädte waren gleichsam der Aufhänger, um über den Themenkomplex Migration und Rassismus/Antirassismus zu informieren und zu debattieren. Denn diese Städte waren und sind es, die von sich das Bild der Weltoffenheit - "Tore zur Welt" - propagieren, während gleichzeitig mittels der verschiedensten EU-Verträge - Stichwort Schengener Abkommen - die Grenzen der EU dicht gemacht werden.

Die thematische Spannweite der Veranstaltung reichte von Vorträgen über die Geschichte der Migration als Geschichte des Weltmarktes Arbeitskraft, der Stadtgeschichte als Einwanderungsgeschichte über die Situation von MigrantInnen in den Hafenstädten Europas, dem Rassismus und der Flüchtlingspolitik in den Staaten der EU bis zu Arbeitsgruppen über verschiedene Formen der Diskrimierung von MigrantInnen und Anstrengungen, etwas dagegen zu unternehmen. Obwohl die beteiligten Hafenstädte historisch bedingte unterschiedliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen aufzuweisen haben, ist ihnen jedoch gemeinsam, daß MigrantInnen und Flüchtlinge in nahezu allen Lebensbereichen massiven Diskrimierungen ausgesetzt sind. Sei es die Versorgung mit Wohnraum, der Zugang zum Arbeitsmarkt, die Arbeitsbedingungen oder die Beteiligung an politischen Entscheidungen - stets treffen sie auf eine feindselige Einstellung der in der Regel weißen heimischen Bevölkerung und auf die rassistische Praxis von Behörden. Der Kongreß sah es als zwingend erforderlich an, gegen diese europaweite Gemeinsamkeit auch gemeinsame Antworten und Gegenstrategien der antirassistischen Bewegung zu finden.

Doch damit tat sich der Kongreß schwer. Denn zunächst galt es, Informationen auszutauschen, zu verstehen und einzuschätzen. Hinzu kommt, daß der Themenkomplex "Migration und Rassismus" derartig unterschiedliche Leute zusammenbrachte, daß die Sprachbarrieren noch die geringsten waren. Die wiederum wurden - den VeranstalterInnen ein dickes Lob - durch Simultan- oder Konsekutivübersetzungen weitgehend überwunden. Was blieb, waren Gegensätzlichkeiten des politischen Ansatzes und der konkreten Arbeit. MigrationsforscherInnen trafen auf örtliche Antirassismus-Initiativen, diese wiederum auf GewerkschafterInnen und Selbstorganisationen der MigrantInnen. So konnte mensch viel über die Arbeit der unterschiedlichsten Gruppen und Initiativen erfahren, doch die angestrebten gemeinsamen Antworten blieben aus. Dies sicherlich, weil es erst einmal des Erfahrungsaustausches bedurfte, bevor der Schritt in Richtung konkreter Zusammenarbeit gemacht werden konnte. Aber es wurde auch deutlich, daß gerade die Initiativen und Gruppen aus der BRD es vorzogen, mehr über die Probleme und Schwierigkeiten von MigrantInnen und Flüchtlingen zu diskutieren und weniger über die konkrete Arbeit mit ihnen zusammen. Dies führte oft zu Sprach- und Hilflosigkeit, gerade wenn es um die Frage konkreter Zusammenarbeit ging. Da tauchte dann immer der Vorschlag der "Vernetzung" auf, ohne daß immer klar wurde, warum und zu welchem Zweck dies gemacht werden sollte.

Insgesamt war es - was die ausländischen Beiträge anbelangt - eine interessante und anregende Tagung. Die Beiträge aus der BRD waren eher enttäuschend. Der Kongreß fand seinen Abschluß vor dem Abschiebeknast in Glasmoor, wo auf einer Kundgebung rund 250 TeilnehmerInnen des Kongresses ihre Solidarität mit den gefangenen Flüchtlingen in vielen Sprachen zum Ausdruck brachten. Ihre sofortige Freilassung und die Forderung nach einem sofortigen Abschiebestopp aller MigrantInnen war die Abschlußforderung des Kongresses.

Andreas Skrypietz

36. Linkes Unverständnis. Nachgedanken zum Kongreß "Migration und Rassismus"

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:13

Tagungen und Kongresse sind immer Ereignisse, bei denen Menschen nicht nur zusammenkommen, sondern sich auch auf die unterschiedlichste Weise gegenseitig informieren, sich anregen und kommunizieren wollen. Dies gilt sicherlich auch für derartige Veranstaltungen des politisch linken Spektrums. So war es auch der Anspruch des Kongresses "Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten". Zum Gelingen solcher Veranstaltungen gehört es zum einen zuzuhören, was andere zu sagen haben. Zum anderen ist aber auch die Bereitschaft gefordert, auf das Gesagte einzugehen, sich ernsthaft mit ihm auseinanderzusetzen. Leider muß gesagt werden, daß gerade die TeilnehmerInnen aus der BRD, die sich sicherlich zum linken Spektrum rechnen, es doch sehr an dieser Bereitschaft mangeln ließen. Denn statt sich mit der Frage auseinanderzusetzen, was es etwa für MigrantInnen und Flüchtlinge bedeutet, kein Wahlrecht zu haben, wurde an dieser Forderung kritisiert, sie sei nicht weitgehend genug.

Wenn mensch sich entscheidet, mit MigrantInnen und Flüchtlingen für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen, dann ist es aus meiner Sicht zwingend geboten, sich konkret zusammen mit den MigrantInnen und Flüchtlingen diesen Problemen zu stellen. Auf dem Kongreß aber war von vielen Menschen aus dem linksradikalen Spektrum zu hören, daß mensch sich für die MigrantInnen und Flüchtlinge engagieren wolle und daß dabei auch die Systemfrage nicht aus den Augen verloren werden dürfe. In dieser Auffassung kommt meines Erachtens eine gehörige Portion Paternalismus zum Ausdruck. In anderen Zusammenhängen wird auch stets davon Abstand genommen, für irgendjemanden Politik zu betreiben. Und das ist auch gut so. Zum zweiten verdeutlicht eine derartige Position auch, daß mensch es vorzieht, sich lieber um die sog. "großen" Probleme wie die "Systemfrage" zu kümmern. Dann ist es doch wohl sinnvoller, die konkrete Arbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen denjenigen zu überlassen, die das machen wollen. Sich darüber hinwegzusetzen ist nicht nur arrogant, sondern verkennt in dieser Arroganz auch, daß es die konkrete Zusammenarbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen ist, die hilft, deren Situation zu verändern.

Ein Vertreter aus Kopenhagen sagte zu diesem Problem auf dem Kongreß, daß es seine Erfahrung sei, daß mensch, wenn es um konkrete Zusammenarbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen gehe, die Linke getrost vergessen könne. Leider muß ich nach diesem Kongreß sagen, die dort anwesende Linke aus der BRD hat nicht dazu beigetragen, dieses Urteil zu korrigieren. Im Gegenteil.

Andreas Skrypietz

37. Generalstab in spe? Das "Führungszentrum" der Bundeswehr

Autor: Markus Kemper · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:09

Seit Beginn des neuen Jahres gibt es erstmals ein "Führungszentrum" der Bundeswehr. Es soll unter dem Dach des Verteidigungsministeriums vorerst für ein Jahr die Planung, Führung und Koordination von Auslandseinsätzen übernehmen. Dann wird Generalinspekteur Naumann seinen Erfahrungsbericht liefern. Bisher existiert "nur" ein "Führungsstab der Streitkräfte", der zwar ähnlich einem Generalstab organisiert ist, aber keine operative Kommandogewalt hat. Diese haben bis heute die NATO-Stäbe SHAPE in Belgien und AFCENT in den Niederlanden inne. Schafft sich die Bundeswehr mit dem neuen Führungszentrum einen Generalstab durch die Hintertür? Welche Folgen ergeben sich daraus für den Primat der Politik?

Somalia '93: Probelauf

Diskussionen über Kommando- und Führungsstrukturen der Bundeswehr gibt es seit deren Bestehen. Verstärktes Kopfzerbrechen darüber setzte mit der deutschen Beteiligung an der UNO-Mission in Somalia ein (vgl. ami 9/93, D-29; ami 2/94, D-5). Dort gab es Schwierigkeiten mit dem Nachschub und dem Transport von Material. Kompetenzen waren selten geklärt, Absprachen mit und unter den Bündnispartnern verliefen mangelhaft.

Deutsche Militärs sprechen heute von "Friktionen und Überlappungen" zwischen den Teilstreitkräften (1) und nennen hierfür zwei Gründe: die "zusammengewürfelte Truppe" (2) und zögerliche politische Entscheidungen, mit denen die Militärs bisher fertig werden mußten. Entsprechend fordern sie eine neue Kommandostruktur mit militärisch-operativer Befehlsgewalt, die die Gefechtsführung "garantiert", nachdem die Politiker ihre Grundsatzentscheidung für einen Bundeswehreinsatz getroffen haben. (3)

Koblenz '94: Erster Etappensieg

Am 21. März 1994 stellte Verteidigungsminister Volker Rühe in Koblenz das Heeresführungskommando (HFüKdo) mit 400 Mitarbeitern unter dem Kommando von Generalleutnant Klaus Reinhardt in Dienst. Es ging aus dem früheren Einsatzstab für Somalia hervor. (4) Es soll bei Auslandseinsätzen genau das leisten, was bisher nicht klappte: teilstreitkraftübergreifend Truppen führen. Dem Heer kommt dabei die Führungsrolle zu, da die Bodentruppen bei "out of area"-Einsätzen in der Regel das Hauptkontingent stellen. Luftwaffe und Marine haben bereits Verbindungskommandos zum Heer in Koblenz eingerichtet und ihrerseits eigene Führungskommandos aufgebaut. (4) War die Bundeswehr bisher voll in die NATO-Befehlsstrukturen eingebunden, so hat sie nun eine eigene nationale Führungsfähigkeit außerhalb der NATO-Strukturen erreicht. (5) Ein "General für Nationale Aufgaben" soll die Verbindung zu NATO-Stäben aufrechterhalten. (6)

In der Militärpostille "loyal" wurde dem Führungskommando eine verheißungsvolle Zukunft prophezeit: Mittelfristig könne es sich zu einem operativen Heeres-Generalstab entwickeln, langfristig zu einem Bundeswehrführungskommando ausweiten. (6)

Berlin '94: Boxenstopp

Am 7. September kündigte der Generalinspekteur Klaus Naumann bei einem Treffen der Generalität in Berlin an, schon zum 1. Januar 1995 ein "Führungszentrum" aufzustellen, um die Führungsfähigkeit des Inhabers der (politischen) Befehls- und Kommandogewalt (IBuK) zu verbessern. Dieser ist in Friedenszeiten und bei "out of area"-Einsätzen der Bundesverteidigungsminister, im Verteidigungsfall der Bundeskanzler. Naumann stellte zum "Führungszentrum" fest: "Die Befehlslinie geht von dort zu einem noch einzurichtenden zentralen teilstreitkraftübergreifenden Führungselement zur Planung, Führung und Koordination von Einsätzen im Frieden außerhalb von Bündnisstrukturen." (7) Naumann behauptete zwar, daß diese Planungen die eindeutige Zuständigkeit des IBuK nicht veränderten, maßte sich aber gleichzeitig dieselbe operative Rolle wie der amerikanische Generalstabsvorsitzende (Chairman of the Joint Chiefs of Staff) an. (7)

Bonn '95: Zweiter Etappensieg

Seit Jahresbeginn entwickeln rund 60 Soldaten unter Brigadegeneral Moede Operationspläne und bereiten Einsatzentscheidungen vor. (8) Organisatorisch ist das "Führungszentrum" eine Abteilung im Führungsstab der Streitkräfte. (9) Dieser wiederum ist ein "dem Generalinspekteur unmittelbar zugeordneter Arbeitsstab." (10) Damit gehört der neue Geschäftsbereich des IBuK zugleich zum alten Arbeitsbereich Naumanns!

Der frühere Flottillenadmiral Elmar Schmähling sieht im "Führungszentrum" ein Mittel zur Vorbereitung eines neuen Generalstabs: "Führungszentrum - das ist ein zivilerer Anstrich, ein anderer Name für dieselbe Sache, um im Ausland keine schlafenden Hunde zu wecken." (1)

Das Verteidigungsministerium sah Erklärungsbedarf und behauptete, daß es sich beim "Führungszentrum" nicht um eine "Kommandozentrale" und erst recht nicht um einen "Generalstab" handele (8). Immerhin war der Verzicht auf einen deutschen Generalstab eine Konsequenz aus dem nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg.

Zudem gibt es rechtliche Bestimmungen, die eindeutig die alleinige Befehlsbefugnis des Verteidigungsministers festlegen. Nach Art. 65a Grundgesetz hat der Bundesminister der Verteidigung die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte. Somit ist der Politik der Primat zuerkannt. (10) Generalinspekteur Naumann ist zwar nach dem "Blankeneser Erlaß" von 1970 "höchster militärischer Repräsentant der Bundeswehr" (11) und militärischer Berater des Ministers wie der Bundesregierung, aber gleichzeitig "lediglich" Bürokrat und Befehlsempfänger. Er ist "die unmittelbar dem Minister nachgeordnete Instanz", jedoch gesamtverantwortlich für die Bundeswehrplanung im Bundesministerium der Verteidigung. (12)

Bonn '96: Sieg für Naumann?

Naumann hat als Generalinspekteur offiziell eine ausschließlich beratende Funktion, konnte aber militärpolitische Planungen forcieren, die über seine Amtskompetenzen hinausreichen. So übte er maßgeblichen Einfluß auf politische Entscheidungsprozesse aus. Beispielsweise ist die Tornado-Anfrage der NATO an die Bundeswehr von ihm lanciert worden. (vgl. ami 1/95, D-2)

Im Oktober 1994 warnten Vertreter verschiedener Forschungsinstitute der Bundeswehr (Militärgeschichtliches Forschungsamt und Sozialwissenschaftliches Institut), daß die Zukunft der Sicherheitspolitik zu sehr von der militärischen Führung des Verteidigungsministeriums definiert werde. (13)

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) sprach von "bis hart an die Grenze einer Verletzung des Primats der Politik gehenden öffentlichen Reden des Generalinspekteurs Naumann" und warnte vor einer "verheerenden Entwicklung". (14)

Ex-Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer (CDU) kritisierte, daß sich "der Apparat verselbständigt" habe. (14)

Offensichtlich zeigen die IBuKs, Bundeskanzler Kohl und Verteidigungsminister Rühe, politische Führungsschwäche.

Markus Kemper

Quellen:

1) junge Welt, 26.11.94

2) SZ, 8.3.94

3) Wehrausbildung 4/1994, S.195

4) Soldat und Technik 5/1994, S.252 f.

5) Information für die Truppe 1/95, S.17

6) loyal 4/94, S.14

7) "Standortbestimmung" des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Klaus Naumann, anläßlich der 13. Informationstagung für pensionierte Generale und Admirale am 7. September 1994 in Berlin, S.40/41

8) FR, 17.1.95

9) FAZ, 12.1.95

10) Emil Obermann: Verteidigung. Idee, Gesellschaft, Weltstrategie, Bundeswehr. Ein Handbuch, Stuttgart 1970, S. 215, 582+717

11) BMVg (Hg.), Weißbuch 1985, S.170

12) BMVg (Hg.), Weißbuch 1973/1974, S.158

13) FR, 17.10.94

14) Wolfram Wette: Von neuer "militärischer Normalität" und "gewachsener Verantwortung" Deutschlands, in: Hanne-Margret Birckenbach u.a. (Hg.), Jahrbuch Frieden 1994, München 1994, S.26f.

Dieser Artikel ist ursprünglich in der Februar-Ausgabe der antimilitarismus information (ami) Berlin erschienen. Markus Kemper ist Redakteur und Mitherausgeber der ami.

38. Bundestag für Atomwaffenbesitz der Großen. Der Atomwaffensperrvertrag muß in eine ...

Der Atomwaffensperrvertrag muß in eine Konvention zur Ächtung der Nuklearwaffen überführt werden!

Autor: Komitee für Grundrechte und Demokratie · Rubrik: Rüstungskontrollverhandlungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:05

Mit der Bundestags-Entschließung vom 16.2.1995 hat eine "große Koalition" von CDU/CSU, FDP und SPD für eine "unbefristete und unkonditionierte" Verlängerung des 1970 in Kraft getretenen Atomwaffensperrvertrages (Nicht-Weiterverbreitungsvertrag/NVV bzw. Non-Proliferation-Treaty/NPT) gestimmt.

Bei der vom 17.4. bis 12.5.1995 in New York anstehenden Konferenz zur Verlängerung des Vertrages werden sich nach bisherigen Verlautbarungen viele Nicht-Atomwaffen-Staaten weigern, einer schlichten Verlängerung des Vertrages zuzustimmen. Wie viele Friedensorganisationen in der ganzen Welt fordern auch sie, den Atomwaffensperrvertrag in eine Konvention zur schrittweisen Abschaffung aller Atomwaffen und deren Ächtung umzuwandeln. Statt den Atomwaffenbesitz der offiziellen Nuklearmächte zu zementieren, gälte es, die Weichen zu der Beseitigung aller Atomwaffen zu stellen.

Die fünf großen Atommächte sind ihrer Verpflichtung aus Artikel VI des Nichtverbreitungs-Vertrages, eine umfassende Nuklearabrüstung auszuhandeln, bis heute - 25 Jahre nach Abschluß des Sperrvertrages - nicht nachgekommen. In dem Bundestagsbeschluß vom 16.2.1995 wird lediglich auf die START-Verträge verwiesen, die jedoch bei weitem keine umfassende Nuklear-Abrüstung zum Ziel haben. Die sonst von Ordnungspolitikern so gern zitierte Maxime "pacta sunt servanda" ("Verträge sind einzuhalten") gilt anscheinend dem Hohen Hause in Bonn nichts, wenn es um die Sicherung des Nuklearwaffenpotentials der Großen geht.

Die Bundesregierung hat sich bisher gegen die von der Friedensbewegung geforderte Konvention zur Abschaffung aller Nuklearwaffen gewandt. Als NATO-Mitglied hat sie sogar - wie im Strategiepapier von Rom 1991 vereinbart - ihr Festhalten an Nuklearwaffen bestätigt. Damit liegt die Vermutung nahe, daß sich die Bundesregierung einer Konvention zur Ächtung aller Atomwaffen verweigert, da diese die NATO-Nuklearstrategie und die nukleare Teilhabe Deutschlands (Atomwaffen und Trägersysteme auf deutschem Boden sowie Mitsprache bei der Strategie- und Zielplanung) in Frage stellen würde.

Mit der Nichterfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtung aus dem Sperrvertrag gehen die fünf Atomwaffenmonopolisten USA, Rußland, England, Frankreich und China, die ihre Nuklearwaffen ständig modernisieren, einen gefährlichen, internationale Konflikte provozierenden Weg. Schon heute wird in den USA an einer verschärften "Counter-Proliferation"-Politik gearbeitet, deren Bestandteil auch militärische Interventionen gegen Staaten sein sollen, die sich um eigene Atomwaffen bemühen. Die damit verbundenen Gefahren für die internationale Gemeinschaft liegen auf der Hand.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie fordert Bundestag und Bundesregierung auf, ihre Haltung zum Atomwaffensperrvertrag zu ändern und

- sich für eine internationale Konvention zur Abschaffung aller Atomwaffen einzusetzen;

- in der NATO darauf hinzuwirken, daß diese ihre Nuklearwaffenstrategie aufgibt;

- ihre "nukleare Teilhabe" im Rahmen der NATO und womöglich der WEU zu beenden;

- alles zu unterlassen und zu unterbinden, was durch Lieferung von Material, Know-how oder Produktionsanlagen die Möglichkeiten zur Weiterverbreitung von Atomwaffen befördert.

Nur ein Vertragswerk, das die Atommächte einbezieht und auf die vollständige Beseitigung der die Menschheit bedrohenden Atomwaffen gerichtet ist, ist friedens- und zukunftsträchtig.

Komitee

für Grundrechte und Demokratie

Anfang des Jahres haben sich eine Reihe von friedenspolitisch engagierten Gruppen und Organisationen auf die Durchführung einer Kampagne geeinigt: "Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen!" Die Kampagne zielt insbesondere auf die für April/Mai anstehende Konferenz über die Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages. Unterschriftenlisten für eine Petition an den Bundestag, eine vierseitige "Massenzeitung" und die neueste Ausgabe des Rundbriefs der Friedensbewegung, "FriedensForum" Nr. 1/95, können bestellt werden beim Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn. Dort werden auch ReferentInnen für Veranstaltungen vermittelt.

39. "Feministinnen sind wirklich heimatlos." Gespräch mit Christina Schenk über feministische Politik in der PDS ...

Gespräch mit Christina Schenk über feministische Politik in der PDS, den UFV und das Verhältnis von Ost- zu Westfrauen

Autor: kuk · Rubrik: PDS; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:17

Christina, Du sitzt jetzt seit drei Monaten als Nicht-Parteimitglied für die PDS im Bundestag. In der Bundestagsgruppe hast Du es neben Parteimitgliedern auch mit Leuten zu tun, die aufgrund ihrer Prominenz auf der offenen Liste kandidiert haben. Man kann da wohl von einer sehr heterogenen Zusammensetzung ausgehen. Hast Du in der relativ kurzen Zeit einen Eindruck bekommen, ob Du - im Gegensatz zu der Zeit bei den Bündnisgrünen - mit Deinen politischen Zielsetzungen einen größeren Rückhalt genießt, ja vielleicht sogar ein gemeinsames Arbeiten mit anderen Abgeordneten möglich ist?

Der Rückhalt ist enorm - so daß es mich schon wieder überrascht. Das ist mit der Atmosphäre bei Bündnisgrünen überhaupt nicht zu vergleichen. Ich habe jetzt einen Spaß an der Arbeit und fühle mich in einem Maße wohl, wie das in den ganzen letzten vier Jahren nicht der Fall war. Mein politischer Ansatz, feministische Politik nicht als Ressort- oder Nischenpolitik, sondern wirklich übergreifend zu machen, findet nicht nur viel Verständnis - es ist eine wirkliche Bereitschaft da, sich mit solchen Gedanken auseinanderzusetzen. Das ist ein ganz gravierender Unterschied zu den Bündnisgrünen. Andererseits hast Du natürlich recht, wir sind eine sehr heterogene Gruppe und es sind auch ein oder zwei Leute dabei, mit denen ich nicht unbedingt näheren Kontakt pflegen möchte, weil sie total kritiklos in das DDR-System integriert waren und auch heute noch keinen kritischen Abstand zu ihrer Mittäterschaft bei dem, was ich an der DDR heftig kritisiert habe, erkennen lassen. Aber ansonsten ist das Klima in dieser Gruppe aus meiner Sicht außerordentlich gut.

Die PDS-Bundestagsgruppe hat sich eine Struktur gegeben, in der Frauenpolitik, feministische Politik, in allen Politikfeldern sichtbar werden soll. Kannst Du das näher erläutern?

Die inhaltliche Arbeit der gesamten Bundestagsgruppe ist in vier Bereiche aufgegliedert: Der erste Bereich ist Außenpolitik, wirtschaftliche Zusammenarbeit; der zweite befaßt sich mit Wirtschaftspolitik, Haushalt, Finanzen; der dritte umfaßt Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie die Familien- und Jugendpolitik; und dann gibt es noch den Bereich, in dem Innenpolitik, Rechtspolitik, ImmigrantInnen usw. aufgehoben sind. Der Knackpunkt ist nun der, daß bei uns das Thema Frauen, wie das ja sonst die Regel ist, nicht bei Familie, Jugend oder Soziales eingeordnet ist, sondern von einem eigenständigen Arbeitskreis Feministische Politik bearbeitet wird. Dieser steht nicht einfach neben den vier genannten Bereichen, sondern ist diesen quasi übergeordnet. Die Aufgabe der Frauen, die im Arbeitskreis arbeiten, ist es, darauf zu achten, das der politische output der PDS-Gruppe im Bundestag einen feministischen, also patriarchatskritischen Gesichtspunkt enthält. Ob es sich nun um Außen-, Wirtschafts- oder sonstige Politik handelt, die im Arbeitskreis arbeitenden Frauen mischen sich ein und passen auf, was da abläuft. Es ist schon so eine Art Supervision. Wir versuchen, bei Anträgen und Gesetzentwürfen stets auch den gleichstellungspolitischen Aspekt einzubringen und gegebenenfalls Vorschläge zu machen, einige Dinge anders zu formulieren oder Vergessenes hinzuzufügen.

In der Wirtschaftspolitik ist es beispielsweise längst überfällig, daß man die Förderinstrumentarien und die Subventionspolitik auf ihre geschlechtsspezifische Wirkungsweise hin untersucht. Es wird immer so getan, als sei die Wirtschaftspolitik geschlechtsneutral. Dem ist aber nicht so, man subventioniert z.B. die Steinkohle, aber nicht die Textilindustrie. Ich will damit nicht sagen, daß ich für Subventionen bin. Ich möchte nur klarmachen, daß da mit unterschiedlichem Maß gemessen wird. In der Wirtschaftsförderung spielen Kriterien eine Rolle, die an der realen Situation von Frauen vorbeigehen. Ich meine, daß nicht nur Wasserver- und entsorgung, Kommunikationsleitungen und Straßenanbindungen wichtig sind, um einen Wirtschaftsstandort neu zu erschließen, sondern daß auch berücksichtigt werden muß, inwieweit öffentlicher Nahverkehr, Kinderbetreuungseinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten usw. bereitgestellt werden, damit diese Arbeitsstätte, die dort mit Landes- oder Bundesmitteln entsteht, auch für Frauen bzw. für Leute, die Kinder oder auch

Pflegebedürftige betreuen, relevant und interessant, ja überhaupt annehmbar wird. Daß man also die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Männern und Frauen in die Förderinstrumentarien mit einberechnet. Das hat bis jetzt noch niemand gemacht.

Wie sehen die ersten Erfahrungen des Arbeitskreises aus?

In den Bereichen Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik haben wir uns schon mit eigenen Formulierungsvorschlägen und Diskussionsbeiträgen eingemischt. Bis jetzt haben wir damit auch wirklich gute Erfahrungen gemacht - oft entsteht da so ein Aha-Effekt. Der feministische Aspekt wurde bisher oft einfach nicht mitgedacht, weil er in der PDS keine Tradition hat. Zu DDR-Zeiten gab es ihn als Denkansatz überhaupt nicht. Das war westliche Dekadenz und nichts weiter. In Wörterbüchern und Lexika der DDR stand unter Feminismus: ‚Hormonstörung; die Verweiblichung von Männern'. Ich denke, das ist auch mit denunziatorischer Absicht so falsch dargestellt worden. Insofern ist das wirklich eine ganz neue Geschichte, ähnlich der Ökologie oder der Minderheitenpolitik. Da ist sehr vieles im Fluß in der PDS. Wir werden sehen, wo das hinläuft.

Zum wiederholten Mal befaßt sich der Bundestag mit der Neufassung des § 218. Du hast für die PDS einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Welche Zielsetzung wird damit verfolgt?

Vor vier Jahren ist in der PDS auf einem Parteitag über die ersatzlose Streichung der § 218, 219 - wohlgemerkt: nicht über eine Fristenregelung! - diskutiert worden. Ich kann mir das heute noch immer ganz schlecht vorstellen, aber es ist den Frauen damals gelungen, diesen Parteitag dahin zu kriegen, daß er sich zu einer ersatzlosen Streichung dieser Paragraphen bekennt. Die PDS hatte schon in der vergangenen Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes eingebracht: "Jede Frau hat das Recht, selbst darüber zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht." Nach dem Urteil von Karlsruhe, das nach unserer Ansicht das Grundgesetz in unzulässiger Weise interpretiert hat, ist nun erst recht eine Klarstellung im Grundgesetz notwendig. Daher haben wir diesen Gesetzentwurf nochmal eingebracht, dabei allerdings die Begründung sehr stark überarbeitet. Wir wollten die Situation allgemeinverständlich analysieren und klar aufzeigen, warum jetzt nur noch eine Grundgesetzänderung weiterhilft - und das in einer Sprache, die auch wirklich viele verstehen können. Ich denke, mit diesem Gesetzentwurf kann man jetzt gut arbeiten, z.B. an Infoständen. Das ist wirklich politisches Arbeitsmaterial.

Könntest Du Eure Kritik an dem vermutlichen Kompromißentwurf erklären?

Es ist klar, daß dieser Bundestag, so wie er jetzt zusammengesetzt ist, sich an den Vorgaben des Verfassungsgerichtsurteils orientieren wird, obwohl er das keineswegs müßte. Es wird also die grundsätzliche Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen geben, es wird eine Zwangsberatung geben und es wird nur noch in bestimmten Fällen eine Kostenübernahme geben, aber wir werden in all diesen Punkten sehr genau hinschauen, inwieweit die Rechte von Frauen so weit wie möglich gestärkt werden. Bei der Zwangsberatung heißt das z.B., daß Frauen von Anfang an auf ihr Recht hingewiesen werden müssen, nicht zu sagen, warum sie einen Schwangerschaftsabbruch wollen. Enorm wichtig ist auch, daß eine Kriminalisierung des familiären Umfeldes unterbleibt.

Abgesehen von der § 218-Debatte: An welchen weiteren parlamentarischen Themen arbeitest Du gegenwärtig oder in Zukunft?

Die Themen, die originär aus meinem Büro kommen, haben alle mit der Selbstbestimmung von Frauen zu tun. Die nächsten Vorhaben, die in der Gruppe beraten werden müssen, sind die § 177, also Vergewaltigung bzw. § 178 Sexuelle Nötigung und § 179 Sexueller Mißbrauch von Behinderten. Da hatte die PDS in der vergangenen Legislaturperiode keinen eigenen Vorschlag. Den habe ich sozusagen mitgebracht aus der bündnisgrünen Zeit. Damit der auch wieder als politisches Material verwendbar ist, haben wir noch einmal an dem Begründungstext gearbeitet. Mein nächstes Vorhaben ist der §19 Ausländergesetz, der das Aufenthaltsrecht von Ehefrauen einreisender Ausländer regelt. Gegenwärtig gibt es erst nach vier Jahren ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehefrauen. Wir wollen diese Frist aufheben, weil dies u.U. unzumutbare Zustände mit sich bringen kann. Wenn eine Frau in einer gewaltförmigen Beziehung mit ihrem Ehemann lebt, dann hat sie nach gegenwärtigem Recht keine Chance, sich gegen ihn zu wehren. Läßt sie sich innerhalb der ersten vier Ehejahre scheiden, besteht die Gefahr, daß sie ausgewiesen wird. Wenn es nach mir ginge, begänne das eigenständige Aufenthaltsrecht am Tag der Einreise.

Kannst Du die wesentlichen Kritikpunkte an der vorliegenden Rechtslage des Vergewaltigungsparagraphen 177 zusammenfassen?

Die gegenwärtige Rechtslage hat in fünf Punkten einen Reformbedarf. Erstens: Vergewaltigung gibt es gegenwärtig nur außerhalb der Ehe, innerhalb der Ehe nicht. Das Wort außerehelich ist also zu streichen, damit außerhalb und innerhalb der Ehe gleiches Recht gilt. Der zweite Punkt, wo Reformbedarf besteht, ist die Formulierung: "Wer eine Frau mit Gewalt oder mit Androhung für Gefahr von Leib und Leben..." usw. Dies hat dazu geführt, daß frau in Prozessen nachweisen muß, daß tatsächlich Gewalt angewendet wurde. Das wird an dem Maß der Gegenwehr gemessen, so nach dem Motto: "Wenn der Mann Ihre rechte Hand festhielt, was haben Sie dann mit der linken getan?" Ich denke, das kann kein Kriterium sein. In so einer Schrecksituation, in so einer Bedrohungssituation, in so einer Angstsituation kann es passieren, daß eine Frau unfähig ist zu einer körperlichen Gegenwehr. Deswegen wollen wir das Kriterium "Gegen den Willen der Frau" hinzufügen. Wenn eine Frau also Nein sagt und das irgendwie bewiesen werden kann, daß sie Nein gesagt hat, dann ist der Tatbestand der Vergewaltigung oder der sexuellen Nötigung erfüllt.

Ein dritter Punkt betrifft den sogenannten minderschweren Fall. Nach der jetzigen Rechtslage liegt das Mindeststrafmaß für Vergewaltigung bei zwei Jahren, es sei denn, es liegt ein minderschwerer Fall vor. Im Kommentartext des Gesetzes stehen die Kriterien für das Vorliegen eines solchen Falls: wenn das Opfer zu leicht bekleidet war, den Täter vorher schon gekannt hat, wenn sie einer Einladung zu einer Tasse Kaffee gefolgt ist, wenn sie Prostituierte ist (Prostituierte können demzufolge gar nicht vergewaltigt werden), oder wenn der Täter eine echte Liebesbeziehung anstrebte, all das steht im Kommentar des Gesetzbuches. Der minderschwere Fall ist geeignet, sowohl eine Mitschuld der Frau als auch eine Täterentschuldigung zu konstruieren: Die Beziehung zwischen Täter und Opfer kann doch unmöglich ein Kriterium für die Schwere der Tat sein! Wir wollen deshalb den minderschweren Fall ersatzlos gestrichen haben.

An diesem Punkt scheiden sich die Geister. Denn wenn er wegfiele, gäbe es keine Chance mehr, bei Vergewaltigung unter die Mindeststrafe von zwei Jahren zu gehen. Da fällt dann einigen Grünen ein, daß sie schon immer für die Reduzierung von Haftstrafen waren - man kann sicher gut darüber diskutieren, ob Haftstrafen wirklich etwas sinnvolles sind - aber ausgerechnet an diesem Punkt damit anzufangen, finde ich doch schon sehr merkwürdig. Der vierte Reformpunkt ist unter den Parteien unstrittig, daß nämlich nicht nur der klassische Geschlechtsverkehr als Vergewaltigung gilt, sondern auch die anale und orale Penetration, da gibt es keine Debatten drüber. Fünftens muß das Strafmaß für die Vergewaltigung und sexuelle Nötigung von Behinderten und Nicht-Behinderten gleich sein.

Die SPD hat in ihrem Entwurf noch zusätzlich eine sogenannte Versöhnungsklausel. Wenn das Opfer im Interesse der Aufrechterhaltung der Beziehung die Anklage zurückzieht, wenn beide sagen, daß sie sich wieder vertragen, dann kann das Gericht von Strafe absehen. Ich meine, das ist eine Einladung zum Mißbrauch. Wenn er dann zu ihr sagt: ‚Du sagst jetzt vor Gericht, daß wieder alles in Ordnung ist - sonst.... ' - Pistole an der Schläfe - das setzt die Frau einer Erpressungssituation aus, die ich unbedingt verhindern möchte. Wenn eine Frau eine Anzeige gegen ihren Ehemann wegen Vergewaltigung macht, dann ist da schon derartig viel passiert, daß man da von einer Beziehung oder Rettung einer Beziehung nicht mehr reden kann.

Du bist nach wie vor im Unabhängigen Frauenverband. Läßt Dir die Parlamentsarbeit noch Zeit für die Verbandspolitik? Wenn ja, dann skizziere doch bitte einmal die Doppelrolle von parlamentarischer Arbeit auf der einen und Verbundenheit mit einer außerparlamentarischen Bewegung auf der anderen Seite.

Bis jetzt habe ich mich immer bemüht, den Kontakt zum UFV zu halten, teilzunehmen an den Versammlungen, mich einzubringen, Beiträge zu liefern z.B. für den UFV-nahen "weibblick" usw. Die Frauen wollten ja auch wissen, was so läuft im Bundestag, was ich gerade mache, worüber diskutiert werden sollte oder sie haben Aufträge formuliert - Kleine Anfragen zu diesem oder jenem Problemkreis einzubringen usw. Die Zeit bei BündnisGrün wäre für mich kaum aushaltbar gewesen ohne den Rückhalt aus meinem politischen Freundinnenkreis im UFV. Ich habe die parlamentarische und die Verbandsarbeit nie als Gegensatz empfunden - auch wenn aus Zeitgründen natürlich Abstriche unvermeidlich sind.

Wie ist die gegenwärtige Verfassung des UFV? Wo sieht er die Schwerpunkte seiner Arbeit? Wie sieht die aktuelle Zielsetzung aus?

Im UFV hat mittlerweile ein Generationswechsel stattgefunden. Diejenigen, die wie ich von Beginn an dabei waren, schauen sich das jetzt mit viel Sympathie als Mitfrauen an, aber es ist wirklich an der Zeit, daß andere Frauen diese Sache weiterführen. Wir haben - ähnlich wie andere BürgerInnenbewegungen - einen drastischen Mitfrauenschwund hinnehmen müssen. Daher ist eine Neuorientierung notwendig. Wie kann man als feministischer Frauenverband in dieser Gesellschaft Politik machen, sich einmischen, wie kann man außerparlamentarisch arbeiten, so daß Wirkungen erzielt werden? Da finden seit einem halben Jahr sehr intensive Prozesse statt; Neubesinnung, Abschied von alten Strukturen, vom alten Selbstverständnis. Unsere bisherige Struktur paßt jetzt nicht mehr. Wir hatten in jedem ostdeutschen Bundesland ein Büro mit einer bezahlten Stelle, doch ich denke, daß das angesichts der Zahl von Frauen, die wir jetzt noch sind, ein gewisses Mißverhältnis darstellt. Wir wollen jetzt frauenbewegte Schwerpunkte definieren, um die Mittel, die wir noch haben, dort hinzulenken, wo etwas gut läuft bzw. aufgebaut wird.

Das Verhältnis des UFV zu Westfrauen war lange Zeit gestört. Bis 1991 blieb ihnen auf Kongressen des Verbandes das Rederecht verwehrt. Auch Du hast in der Vergangenheit mehrmals den schwierigen Umgang mit Westfeministinnen beklagt. Kannst Du die Differenzen noch einmal benennen? Hat sich inzwischen etwas daran geändert?

Ich denke, es trifft nicht den Kern, wenn die Beziehungen als gestört bezeichnet werden. Ost- und Westfrauen sind ja nach der Maueröffnung mit großem Interesse und viel Neugier aufeinander zugestürzt. Dann gab es ziemlich bald den großen Knall, als deutlich wurde, daß wir von ganz anderen Ausgangspunkten herkommen, ganz andere politische Schwerpunkte setzen und nicht zuletzt eine andere Sprache sprechen. Das ist lange verdeckt worden durch die Tatsache, daß wir Deutsch sprechen. Aber einige Begriffen sind anders besetzt, haben unterschiedliche Bedeutungen und Gewichtungen. Beispiele hierfür sind das unterschiedliche Verhältnis zur Erwerbsarbeit von DDR-Frauen und Westfrauen, die sich sehr unterscheidenden Erfahrungen und Ausgangspunkte bei der Kinderbetreuung oder das differierende Verhältnis zum Staat und auch zur institutionalisierten Politik.

Was uns damals bewogen hat, Westfrauen vorerst nicht an den Debatten teilnehmen zu lassen, war die Tatsache, daß das Verhältnis zwischen beiden Seiten ganz klar ein Dominanzverhältnis von West nach Ost war. Schließlich hatten Westfrauen uns DDR-Frauen 20 Jahre Frauenbewegung voraus. Da gab es durchaus einige, die gesagt haben: "Schwestern, jetzt zeigen wir Euch Ostmuttis mal, wie das hier geht mit der Frauenbewegung." Und das nun uns, die wir innerhalb kurzer Zeit eine politisch wirklich schlagkräftige Frauenvereinigung auf die Beine gestellt hatten. Uns, denen es gelungen ist, innerhalb kurzer Zeit in die Institutionen der Politik vorzudringen, an den Runden Tisch. Das war ein ziemlicher Affront. Es stimmt, daß es viele Diskussionen zu DDR-Zeiten nicht gegeben hat, nicht geben durfte, vieles eben unthematisiert, vieles unreflektiert geblieben ist. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Der andere Teil hängt mit den Erfahrungen in der DDR zusammen, die patriarchalen Strukturen dort waren ziemlich verschieden von denen der Bundesrepublik, sie hatten einfach auch nicht diese Dimensionen.

Auf einer Podiumsdiskussion zum Thema Verständigungsschwierigkeiten zwischen Ost- und Westfrauen hast Du einmal den im Westen vorhandenen Konsens mit dem zutiefst patriarchalen System kritisiert. Könntest Du das genauer erläutern?

Ich habe das sehr merkwürdige Phänomen beobachtet, daß Westfrauen, die ein sehr kritisches Verhältnis zur ihrem Staat hatten, plötzlich gegenüber Ostfrauen, die nun auch in dieser FDGO (Freiheitlich-demokratische Grundordnung) einen eklatanten Mangel an Demokratie konstatieren, anfangen, diese Bundesrepublik Deutschland zu verteidigen. Ich denke, Feministinnen sind wirklich heimatlos. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn man sich als Feministin versteht - als linke Feministin zudem - daß man dann mit dieser Gesellschaft Frieden schließen kann. Das wäre Salonfeminismus - bloß brauchbar für das Gefühl, die richtige Weltsicht zu haben und ansonsten von der gleichen Saturiertheit wie diese ganze BRD-Gesellschaft. Andererseits ist es natürlich sehr schwer auszuhalten, sich permanent im Widerstand zum mainstream zu definieren, so daß ich zum Teil schon Verständnis dafür habe, wenn Frauen da ihren partiellen Frieden schließen.

Du hast in der Vergangenheit oftmals Deiner Skepsis über die Möglichkeiten parlamentarischer Arbeit Ausdruck verliehen. Immer wieder hast Du die Frauen zu außerparlamentarischen Aktionen aufgefordert und Formen direkterer Demokratie, z.B. Runde Tische verlangt. In der PDS, die ja nicht Deine Partei ist, wird zur Zeit über das grundsätzliche Politikverständnis (fundamentale Opposition oder Regierungsbeteiligung) heftig

debattiert. Wie sieht Dein eigener Standpunkt in dieser Frage aus? Wie beurteilst Du die Diskussion innerhalb der PDS?

Ich bin nicht skeptisch gegenüber der parlamentarischen Arbeit, aber ich bin skeptisch, wenn man das als alleiniges Hauptfeld der politischen Arbeit sieht. Sie allein wird hier nicht viel weiter helfen. Ich denke, es geht immer nur beides: In der parlamentarischen Diskussion die eigenen Standpunkte deutlich machen, wie wir das auch immer versuchen und auf der anderen Seite muß es eine starke außerparlamentarische Arbeit geben, die für den nötigen Druck sorgt.

Aber da gibt es ja nun mal die bittere Realität, daß man/frau sich eine starke außerparlamentarische Kraft wünscht, aber leider existiert die nicht...

Die Frage, warum die nicht existiert, ist sehr schwer zu beantworten. Für Frauen spielt sicher eine sehr große Rolle, ob sie die gegenwärtigen Strukturen und Verhältnisse als veränderbar erleben und ansehen, unabhängig davon, ob sie das nun sind oder nicht. Frauen, die immer unter Effektivitätszwängen stehen - die müssen immer alles mögliche unter einen Hut bringen: Kinder und Kinderbetreuung, Familie usw. - die überlegen sich immer sehr genau, wo sie hingehen, wo sie sich engagieren bzw. ob sie es überhaupt tun. Wenn es sich nicht zu lohnen scheint, tun sie es nicht. Und gegenwärtig scheint es sich nicht zu lohnen. Das ist wohl der Grund, warum es keine außerparlamentarische Frauenbewegung, als richtige bundespolitisch relevante Bewegung, gibt.

Die Debatte über das Politikverständnis in der PDS sehe ich anders. Es gibt zwar diese Schlagworte "Opponieren, Tolerieren, Koalieren", aber eine richtige Auseinandersetzung hat dazu bisher nicht stattgefunden. Der letzte Parteitag hat sich elegant an dieser Frage vorbeigemogelt bzw. vorbeimogeln lassen. Ich bin mir sicher, daß die PDS ihre Existenzberechtigung verliert, wenn sie sich auf der Landesebene auf das Koalieren einläßt - für die Bundesebene müssen wir das glücklicherweise nicht diskutieren. Dann wird es zu einer mehr oder weniger schnellen Sozialdemokratisierung kommen und eine sozialdemokratische Partei gibt es schon. Aber vielleicht löst sich das Problem ja auf eine Weise, an die jetzt offenbar noch niemand in der PDS denkt. Ich glaube, als moderne linke Partei ist die PDS in Ostdeutschland überhaupt noch nicht begriffen und verstanden worden. Das Indiz dafür ist für mich das Wahlergebnis. Solange die PDS bei Wahlen 20% bekommt, stimmt irgend etwas nicht. In keinem Land dieser Erde gibt es für eine kapitalismuskritische, emanzipatorische, ökologische, feministische, also für eine wirklich linke Partei ein Stimmenpotential, was größer ist als etwa 10%. In diese Wahlentscheidungen im Osten spielt vieles hinein. Einmal natürlich Systemopposition, auf jeden Fall. Es spielt aber auch dieses Gefühl der Demütigung als Ostdeutsche bei diesem Anschluß eine Rolle.

Vieles, was Bestandteil eines wirklich linken Programms sein muß, wie zum Beispiel feministische und ökologische Aspekte oder ein wirksamer Minderheitenschutz, ist gegenwärtig, so glaube ich, in der Mitgliedschaft der PDS noch nicht wirklich mehrheitsfähig. Da besteht eine Riesendiskrepanz zwischen Anspruch bzw. Programm und Basismeinung. Ich würde es schon gerne sehen, wenn man den Antrag der AG Junge GenossInnen, der merkwürdigerweise auch auf dem letzten Parteitag angenommen wurde und der die PDS auf ein grundsätzliches Oppositionsverständnis festschreibt, wenn man diesen Beschluß ernst nähme.

Die PDS hat große Chancen, in einer konsequenten Systemkritik, in einem konsequenten Aufzeigen von Utopien und Alternativen, diese weithin anerkannten und akzeptierten Normalitäten zu hinterfragen. Wieso wird es als normal hingenommen, daß je nach Region 5-50% der Leute arbeitslos sind? Wieso findet man es hier normal, daß so viel Leute obdachlos sind? Wieso ist es normal, daß die einen nicht mal genug Geld haben zum Leben und die anderen nicht wissen, wohin mit dem Geld? Wieso ist es völlig in Ordnung, daß im Westen nur etwa 50% der Frauen einen Erwerbsarbeitsplatz haben? Die weitverbreitete Akzeptanz dieser gesamten menschenverachtenden Situation hier aufzubrechen, das wäre eine wichtige Aufgabe für die PDS. Gleichzeitig dürfen konkrete Schritte in eine positive Richtung nicht blockiert werden, selbst wenn die eigenen Forderungen nicht vollständig durchgesetzt werden.

Hast Du Dir nach über vierjähriger Bundestagszugehörigkeit Utopien bewahren können? Wenn ja, welche?

Ich bin seit dem Erleben der Brutalität dieses Anschlußprozesses sehr skeptisch geworden, was das Überleben der Population Mensch auf dem Planeten Erde angeht. Da habe ich eigentlich nur noch wenig Hoffnung, weil offensichtlich längerfristiges, vernunftbestimmtes Denken keine Rolle spielt in der Politik. In

einem kapitalistischen System gibt es nur eine von Einzelinteressen geleitete Politik, Entwicklung ergibt sich aus dem Kampf verschiedener Interessengruppen und nicht aus einem demokratischen Verständigungsprozeß in der Gesellschaft, wohin es wie und in welchem Tempo gehen sollte. Insofern habe ich keine Utopien mehr. Ich glaube, Robert Jungk hat einmal gesagt: "Wenn es nur 5% Hoffnung gibt, dann sollte man so leben, als ob diese 5% mal Realität werden könnten." Unter dem Aspekt mache ich auch die Arbeit im Bundestag. Ich will mir selbst nicht vorwerfen und mir auch nicht vorwerfen lassen, nicht genug dafür getan zu haben, daß ein alternatives, kritisches Verhältnis zu dieser Gesellschaft mehrheitsfähig wird.

Mit Christina Schenk sprach kuk

Christina Scheck: 42 Jahre, Physikerin, Feministin, Lesbe. Sieben Jahre Mitglied der SED. Anfang der 80er Jahre geriet sie wegen ihrer Beurteilung der politischen Krise in Polen in Widerspruch zur Parteilinie und gab 1981 ihr Mitgliedsbuch zurück. Im November 1989 gehörte Christina Schenk zu den Gründerinnen der lila offensive (Lilo). Ostberlinerinnen aus der Frauen- und Lesbenszene verfolgten das Ziel einer "politischen Frauenbewegung" in der DDR. Zu den theoretischen Fundamenten zählten Marxismus und Feminismus, über deren Verhältnis zueinander - die leidige Haupt- und Nebenwiderspruch-Diskussion inbegriffen - frau sich Klarheit zu schaffen versuchte. Als der Anschluß an die BRD unausweichlich wurde, sah Lilo die Auswirkungen der ökonomischen und sozialen Veränderungen auf die Frauen voraus und mischte sich in die Wende ein.

Lilo gehörte zu den Gruppen, aus denen sich am 3.12.1989 der Unabhängige Frauenverband (UFV) gründete. Christina Schenk wurde eine seiner Sprecherinnen. Das schwache Abschneiden des lilagrünen Bündnisses (2%) bei den letzten Volkskammerwahlen ließ jegliche Hoffnung schwinden, Einfluß auf den Anschlußprozeß zu nehmen. In den ersten gesamtdeutschen Bundestag zog Christina Schenk 1990 auf der gemeinsamen Liste der Bürgerbewegungen (später Bündnis 90/Die Grünen) ein.

Als am 23.4.1994 bei den Berliner Bündnisgrünen die Listenplätze für die kommende Bundestagswahl vergeben wurden, scheiterte Christina Schenk bei den Wahlen für die aussichtsreichen vorderen Plätze. Ihr linkes, feministisches Politikverständnis fand, zumindest in Berlin, nicht mehr die Zustimmung der grünen Basis. Wenige Tage später bot ihr Christiane Ostrowski im Namen des sächsischen PDS-Landesvorstands einen vorderen Platz auf der offenen Liste an. Unter Zeitdruck und nach vielen Gesprächen mit Freundinnen und UFV-Frauen nahm sie das Angebot an und zog auf Platz drei der sächsischen Landesliste für die PDS in den Bundestag ein.

40. Presseerklärung von Birgit Hogefeld: ... eine der schlimmsten Fehlentscheidungen der RAF

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:38

Presseerklärung von Birgit Hogefeld (2.3.1995)

... eine der schlimmsten Fehlentscheidungen der RAF

Vor kurzem hat die Beweisaufnahme zu den Anklagekomplexen Air-Base und Pimental angefangen und ab dieser Woche sollen Zeugen vernommen werden, die an dem Abend, als Pimental erschossen worden ist, mit ihm zusammen in der Kneipe waren.

Die Erschießung des GI Edward Pimental war eine der schlimmsten Fehlentscheidungen der RAF.

Ich denke, daß das, was damals abgelaufen ist: einen einfachen US-Soldaten zu erschießen, um an dessen Ausweis zu kommen, in keiner Weise mit revolutionärer Moral und Utopien von einer menschlichen Gesellschaft vereinbar ist. Eine Aktion wie diese ist aus menschlicher und moralischer Sicht ganz einfach nicht zu rechtfertigen. Nie war die Kluft zwischen dem Denken und Fühlen von linken bzw. fortschrittlichen Menschen in diesem Land und einer Aktion der RAF größer als bei dieser Erschießung - es waren zwei Welten. Meiner Meinung nach reicht es aber nicht aus, die Erschießung Pimentals einfach bloß als schlimme Fehlentscheidung zu bezeichnen, ohne zugleich eine Antwort auf die Frage zu suchen, wie es dazu kommen konnte, daß Menschen, die mit der Vorstellung aufgestanden waren, für eine bessere Welt zu kämpfen, sich so weit von ihren eigenen Idealen entfernen konnten.

Über diese Frage, darüber, was in der RAF-Geschichte falsch gelaufen ist, und was aus den Fehlern, aber auch aus den Stärken für die Zukunft zu lernen sein kann, darüber werde ich demnächst ausführlich reden.

Gerade wegen der massiven Kritik auf die die Erschießung Pimentals gestoßen ist, will die Bundesanwaltschaft unbedingt meine Verurteilung in diesem Fall. Sie will die Verknüpfung zwischen dieser Erschießung und mir nicht nur, weil sie damit das Lebenslänglich-Urteil gegen mich in der Tasche hätte, das natürlich sowieso. Die Bundesanwaltschaft will diese Verknüpfung auch deshalb, weil ich seit meiner Verhaftung sozusagen als Person für die inhaltliche Neuorientierung der RAF stehe, die 1992 zur Rücknahme der Eskalation von unserer Seite aus geführt hat - für uns war das die Entscheidung dafür, mit all denen, denen es in diesem Land darum geht, Wege für eine menschliche Gesellschaftsentwicklung zu suchen, zusammenkommen können. Die Pimental-Anklage gegen mich richtet sich auch gegen diesen Versuch. Die Anklage wegen der Erschießung des US-Soldaten, die damals zu einer tiefen Kluft zwischen großen Teilen der Linken und der RAF geführt hat, soll heute dazu dienen, alte Trennungen neu festzuklopfen und ihre Überwindung verhindern.

Die bisherigen Ermittlungen haben nicht zu dem von der Bundesanwaltschaft gewünschten Ergebnis geführt. Obwohl alle Zeuginnen und Zeugen immer wieder vernommen worden sind und ihnen dabei unzählige Lichtbildmappen und Videofilme auch mit Fotos von mir vorgelegt worden sind, sagt niemand, daß ich die Frau gewesen wäre, die mit Pimental zusammen die Kneipe verlassen hat - nur einer der GI's sieht zu mir eine große Ähnlichkeit, gibt aber gleichzeitig an, daß er kurzsichtig ist und daß er an dem betreffenden Abend seine Brille nicht dabei gehabt hätte. Andere Zeugen schließen aus, daß ich diese Frau bin.

Die Bundesanwaltschaft hat also bei all ihren Versuchen, mich als die ‚Pimental-Begleiterin` zu präsentieren, ihr Ziel nicht erreicht und startet jetzt hier während der Hauptverhandlung ihren letzten Anlauf, um es doch noch zu erreichen.

In der Anklageschrift heißt es:

"Ob die Angeschuldigte tatsächlich die Frau ist, die zusammen mit Edward Pimental den ‚Western Saloon` verließ, kann erst nach einer Gegenüberstellung der Angeschuldigten mit diesen Zeugen in der Hauptverhandlung beurteilt werden."

Schon am letzten Prozeßtag hat meine Anwältin einen Beschluß dieses Senats zitiert, in dem es heißt, daß die Verläßlichkeit einer Wiedererkennung in der Hauptverhandlung "nach den gesicherten Erkenntnissen der

Wissenschaft und er kriminalistischen Praxis" fragwürdig ist, da sie durch vorangegangene Lichtbildvorlagen beeinflußt sein kann. Diesen Beschluß hat dieses Gericht natürlich nicht in einem politischen Prozeß gemacht. Den Zeugen wurden öfter Lichtbilder - auch von mir - vorgelegt, ohne daß sie mich erkannt hätten. Dem Zeugen Kalka, der heute kommt, wurde sogar der Videofilm vorgeführt. Er stellte Ähnlichkeiten mit einer Vergleichsperson fest, nicht aber mit mir.

Und es ist auch nicht verwunderlich, daß das Gericht seinen eigenen Beschluß im Prozeß gegen mich außer Kraft setzt, indem es diese Anklage auch in diesem Punkt zugelassen hat und mit den Zeugen hier eine Gegenüberstellung inszenieren will. Schon mehrmals ist in den letzten Monaten hier vorgeführt worden, daß Zeugen nach längerer Bearbeitung mit solchen Bildern und Videofilmen ihre Aussagen ändern - eine Zeugin will beispielsweise bei ihren ersten Vernehmungen "mit Sicherheit" Sigrid Sternebeck als Mieterin eines Autos erkannt haben - nachdem ihr nahegelegt wird, daß sie mich als die Automieterin identifizieren soll, behauptet sie plötzlich, daß sie nun mich wiedererkennen würde.

Aber auch die Auswahl der ZeugInnen, die geladen werden bzw. nicht geladen werden, zeigt, daß dieses Gericht nichts unversucht läßt, endlich den angeblichen Beweis für meine Täterschaft bei irgend einem der Anklagevorwürfe zu kriegen. Entlastungszeugen werden grundsätzlich gar nicht erst geladen.

In einem Fall wurde ein Autoverkäufer geladen, allerdings nicht auch seine Frau, obwohl diese laut Akten bei dem Verkaufsgespräch anwesend war. In den Akten steht auch, daß die Frau ausgesagt hat, die Käuferin des Autos hätte schlechte und lückenhafte Zähne gehabt, sie selbst würde bei allen Leuten sehr auf die Zähne achten, weil sie in einem Zahnlabor arbeitet. Wenn diese Zeugin ihre Aussage vor Gericht wiederholt hätte, wäre zumindest dieser Autokauf gegen mich vom Tisch gewesen, denn ich habe weder schlechte noch lückenhafte Zähne. Es kann kein Problem sein, einen Zahnarzt zu finden, der bestätigt, daß auch bei RAF-Mitgliedern keine dritten Zähne nachwachsen und ich also die Zähne, die heute in meinem Mund sind, von Kindheit an immer gehabt habe.

Zurück zu der Pimental-Anklage - die Personenbeschreibung dieser Frau ist derart allgemein, daß sie auf Millionen Frauen zutrifft. Nach dem bisherigen Prozeßverlauf muß ich davon ausgehen, daß, würde hier statt mir eine Schaufensterpuppe auf der Anklagebank sitzen, dann hätte diese Puppe vermutlich große Chancen, als die Frau identifiziert zu werden, die mit Pimental die Kneipe verlassen haben soll.

Aus diesem Grund rechnet sich die Bundesanwaltschaft gute Chancen für ihren letzten Versuch aus, mich doch noch als diese Frau identifizieren zu lassen.

Ich habe lange zusammen mit meinen Anwälten überlegt, wie ich dem begegnen soll - eigentlich habe ich dabei nur die Wahl zwischen verschiedenen schlechten Möglichkeiten, aber eins ist klar, ich werde mich hier nicht zum Objekt dieser Inszenierung machen lassen. Ich werde mich nicht auch noch daran beteiligen, wie dieses Gericht (entgegen seiner eigenen Rechtsprechung in nicht-politischen Prozessen) hier eine Wiedererkennungs-Inszenierung durchzieht, um sich Zeugenaussagen zu basteln, die dann als Beweis gegen mich herhalten sollen, um dieser Veranstaltung den Schein von ‚Rechtsstaatlichkeit` zu verleihen.

Die hier geplante Gegenüberstellung werde ich nicht mitmachen, ich werde mich während der Zeugenvernehmungen mit dem Rücken zu den Zeugen setzen. Das ist zwar keine gute Lösung, doch ich will mich nicht ausschließen lassen, sondern auf jeden Fall an diesem Prozeß teilnehmen.

Aber ich lasse mich hier auch nicht zum Objekt dieser Inszenierung der Bundesanwaltschaft machen.

Am 2.3. verzichtete das Gericht bei der Vernehmung des ehemaligen Diskothekenbesitzers auf eine Gegenüberstellung. Birgit Hogefeld hatte dem Zeugen, wie angekündigt, den Rücken zugewandt. (taz, 3.3.1995) Ob sich dies bei den noch folgenden ZeugInnen wiederholen wird, war bei Redaktionsschluß noch nicht abzusehen.

41. Palästina abgehakt?

Autor: Ali Qleibo-Buch und -Rundreise · Rubrik: Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:46

Mit dem Beginn der Intifada Ende 1987 rückte der israelisch-palästinensische Konflikt nach mehreren Jahren wieder in das Zentrum allgemeinen und insbesondere linken Interesses. Mit der Erschöpfung des Volksaufstands im Gazastreifen und auf der Westbank wurden jedoch auch die diversen Palästina-Komitees allmählich müder. Die Debatten, die um den Golfkrieg geführt wurden, führten in vielen Fällen zur Einstellung der Aktivitäten oder zur völligen Auflösung dieser Gruppen. Seit 1991 sind zudem eine Anzahl von Periodika, die sich auf Palästina und/oder den israelisch-palästinensischen Konflikt bezogen, eingestellt worden.

Mit der Unterzeichnung der "Declaration of Principles" durch Israel und die PLO rückte der Konflikt kurzfristig wieder in den Mittelpunkt allgemeinen Interesses, was jedoch vor allem zum Ergebnis hatte, daß der Konflikt als im wesentlichen "gelöst" abgelegt worden ist. An nennenswerterer Literatur zu der Problematik wurden, die "Anerkennung" der PLO durch Israel nutzend, lediglich noch zwei umfängliche Biografien Arafats aufgelegt.

Allerdings gibt es in dieser Informationswüstenei eine bemerkenswerte Ausnahme: Ende 1993 erschien im Palmyra-Verlag das Buch des palästinensischen Anthropologen Ali H. Qleibo Wenn die Berge verschwinden. Die Palästinenser im Schatten der israelischen Besatzung (276 S., 39.80 DM). Der Untertitel der englischen Originalausgabe lautet - präziser, aber für den deutschen Leser wohl weniger verlockend - An Ethnographic Chronicle Of The Modern Palestinians.

Anders als die sonstige in der BRD erschienene Palästinaliteratur berichtet Ali H. Qleibo aus dem Inneren der palästinensischen Gesellschaft. Qleibo ist, wie Amos Oz im Geleitwort schreibt, "eine einzigartige Mischung aus anthropologischer Dokumentation, Familiengeschichte, Reisebericht aus der eigenen Heimat und mitreißendem dichterischen Bekenntnis gelungen." Nicht steinewerfende Kids oder bombende Islamisten, auf die der Kampf der Palästinenser gemeinhin in der Presse und etlichen Publikationen reduziert wird, sind Qleibos Thema. Er macht vielmehr unverkennbar deutlich, daß die Palästinensern nicht einen abstrakten politischen Kampf um einen eigenen Staat führen, sondern für einen Raum, in dem sie sowohl ihre Kultur wahren und ohne Unterdrückung entwickeln können.

Ali Qleibo kommt im Mai/Juni zu einer dreiwöchigen Lesereise in die Bundesrepublik, die Schweiz und nach Österreich. Er wird vor dem Hintergrund der Entwicklungen seit der Unterzeichnung der Grundsatzerklärung über das vielfältige Bild des palästinensischen Alltags in den besetzten Gebieten berichten.

Die Veranstaltungen in Süddeutschland, der Schweiz und Österreich sollen etwa zwischen dem 16. und 26. Mai stattfinden, in Norddeutschland zwischen dem 27. Mai und 8. Juni. Derzeit sind für beide Regionen noch Termine frei.

Das Veranstaltungshonorar beträgt 600 DM (einschl. eines Reisekostenanteils für den Flug). Interessenten an dieser Veranstaltung, die einen Ansatz dafür bilden könnte, in der eigenen Stadt, im eigenen politischen Umfeld das Interesse an Palästina zu beleben, wenden sich möglichst noch gestern an:

Georg Stein, Palmyra-Verlag,

Hauptstr. 64, 69117 Heidelberg,

Tel. 06221-165409, Fax 06221- 167310

42. Frauen in der Resistenza. Interview mit Priama Gelati aus Reggio Emilia

Interview mit Priama Gelati (56 Jahre) aus Reggio Emilia, Juli 1994

Autor: Heike Herrberg, Sanne Kaperlat · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak376/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:01

Auf den Spuren der PartisanInnen

Eindrücke einer Studienfahrt nach Norditalien

"Wir hatten damals kein politisches Bewußtsein, nur keine Lust, den Krieg weiterzuführen. Zu den Partisanen zu gehen, war ein Akt der Selbstverteidigung." Sowie Sergio sprechen viele der alten KämpferInnen, die sich als Fünfzehnjährige den Partisanen anschlossen. Zehn ehemalige Partisanen, heute alte Herren zwischen 65 und 80, begleiten unsere Gruppe - 18 Deutsche, die in der Emilia-Romagna ihren Bildungsurlaub verbringen - zunächst für drei Tage in den Apennin und frischen dort selbst alte Erinnerungen auf.

Die Emilia-Romagna, die Region zwischen der Lombardei im Norden und der Toskana im Süden, hat eine alte "rote" Tradition. Hier hatte das Genossenschaftswesen seine Massenbasis, hier war einer der Hauptschauplätze der politischen und militärischen Auseinandersetzungen der "Roten" mit den Faschisten.

Die PartisanInnenrepublik

von Montefiorino

Unsere Tour führt durch das Gebiet der ehemaligen PartisanInnenrepublik von Montefiorino. 45 Tage - von Mitte Juni bis Ende Juli 1944 - hat die selbstverwaltete Freiheit während der 20 Monate dauernden deutschen Besetzung funktioniert. An den Selbstverwaltungsstrukturen in dem 1.200 Quadratkilometer großen Gebiet beteiligten sich etwa 6.000 PartisanInnen, bis 5.000 deutsche Wehrmachtssoldaten zusammen mit italienischen Faschisten in einem drei Tage währenden Großeinsatz alles zerstörten.

Wir halten in Monchio, einem kleinen Dorf, in dem im März 1944 deutsche und italienische Faschisten mit Kanonen, Flammenwerfern und Maschinengewehren einen Massenmord an der Zivilbevölkerung verübten. Der Terror erhöhte den Zulauf zu den PartisanInnen erheblich. Eine Brigade trug den Namen des Ortes bis zur Befreiung.

Im Widerstandsmuseum im Schloß von Montefiorino bekommt mancher Partisan leuchtende Augen angesichts der im Original ausgestellten Waffen, Uniformen, Schreibmaschinen, Flugblätter und Sabotageanleitungen.

Frauen in der Resistenza

Hier im Museum ist auch den Frauen der Resistenza immerhin eine Ecke gewidmet. Wir erfahren hier von dem einzigen Partisaninnenkommando, zu dem sich im Frühjahr 1945 180 Frauen zusammenschlossen. Viele italienische Frauen kämpften jedoch nicht auf der militärischen Ebene gegen den Faschismus, sondern stellten die Infrastruktur, ohne die die bewaffneten PartisanInnen nicht hätten überleben können. Frauen überbrachten Nachrichten, Lebensmittel und Kleidung, besorgten Quartiere, sondierten die Lage, wenn ein Angriff stattfinden sollte. Sie waren es, die sich neben ihren Aktivitäten im Widerstand auch weiterhin um das Überleben der Familie kümmern mußten.

In Ligonchio haben wir Gelegenheit, mit Frauen aus der Resistenza persönlich zu sprechen. "Wir Frauen hatten ja damals nicht nur den Kampf gegen den Faschismus zu führen, sondern auch den gegen unsere Benachteiligung", erzählt Giaconda. Die politische Arbeit in den "gruppi di difesa della donna" (Frauenverteidigungsgruppen) wurde nach dem Krieg nicht als Arbeit in der Resistenza anerkannt. Voraussetzung für diese Anerkennung war unter anderem die Beteiligung an mindestens drei bewaffneten Aktionen. Viele Frauen mußten deshalb auf die finanzielle Entschädigung, die es für ehemalige PartisanInnen gab, verzichten.

Cervarolo

Unsere Ankunft in diesem kleinen Dorf erzeugt bei einem Ehepaar, an dessen Haus wir vorbeigehen, heftige Ablehnung. Sie gehören zu den wenigen Überlebenden, die sich vor dem Massaker der Deutschen, einer "Vergeltungsaktion" am 20. März 1944, hatten retten können. "Diese jungen Deutschen kommen vielleicht in guter Absicht, aber ich bekomme schon eine Gänsehaut, wenn ich die deutsche Sprache nur von weitem höre." In Cervarolo wurden die 26 anwesenden Männer von der SS auf dem Dorfplatz zusammengetrieben und ermordet. Zwei Schwerverletzte konnten sich aus dem Leichenberg retten. Eine Gedenktafel mit italienischem und deutschem Text, die eine Berliner Gruppe Ende der 80er Jahre spendete, wurde vom Partisanenverband gegen den Widerstand der Dorfbevölkerung angebracht. Die Einwohner hatten kein Wort der verhaßten Sprache an ihrem Ort dulden wollen.

Während der Präsident des Partisanenverbandes zu uns spricht, werden in den Häusern am Platz um uns herum die Fensterläden geschlossen.

Kontinuitäten

Wir besichtigen die Stelle, wo die Partisanen erstmals im Mai 1944 von englischen Flugzeugen versorgt wurden. Per Fallschirm gab es Waffen, aber auch Schokolade, Handtücher, Seife und Tee. Die Unterstützung durch die Alliierten hielt allerdings nicht lange an. Im Winter 1944/45 wurde sie völlig eingestellt. Briten und Amerikaner wollten verhindern, daß die kommunistischen Partisanenverbände nach Kriegsende Einfluß auf die italienische Politik bekämen. Der spätere US-Präsident Truman, erinnert sich einer der Genossen, "hat gesagt, er hofft, daß der letzte kommunistische Partisan im Kampf mit dem letzten Faschisten fällt".

In den 50er Jahren wurden viele ehemalige PartisanenkämpferInnen Opfer von Verhaftungen, weil sie z.B. Streiks zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeiterInnen anführten. Einige wurden jahrelang in Untersuchungshaft gehalten. "1960, als die Christdemokraten in die Allianz mit den Faschisten gegangen sind, gab es fünf Monate lang den Zustand, daß die Leute ständig auf der Straße waren, daß sie verhaftet und geschlagen wurden, daß Leute auf der Piazza erschossen wurden, es war nahezu ein Volksaufstand", erzählt uns eine Zeitzeugin. Bei einer großen Demonstration im Juli 1960 gegen die Etablierung des Bündnisses mit den Faschisten wurden auf der Piazza in Reggio Emilia fünf Menschen erschossen, darunter drei, die die Resistenza überlebt hatten. Die Tatumstände legen die Vermutung nahe, daß es sich hierbei um gezielte Morde gehandelt hat.

Eine weitere Station unserer Reise ist das Geschichtsinstitut von Reggio, "Istituto per la storia della resistenza e della guerra die liberazione", das 1967 gegründet wurde, um den Befreiungskampf der 40er Jahre zu dokumentieren. Begrüßt werden wir vom Direktor des Instituts, einem Mitglied in der Gruppe junger Historiker. Außerdem treffen wir jüngere Leute aus zwei Gruppen. Dabei soll es um die antifaschistische Arbeit heute gehen. Die AktivistInnen einer Jugendgruppe innerhalb der anarchistischen Föderation begreifen ihren Schwerpunkt in der kulturellen Arbeit: "Das Problem ist nicht die politische Rechte, sondern die kulturelle Rechte, denn Berlusconis Propaganda kommt unkommentiert per Fernsehen jeden Abend in alle Wohnzimmer". Dem erstarkenden Nationalismus wollen sie praktischen Internationalismus entgegensetzen; so leben sie auch mit Flüchtlingen zusammen. Während der großen Schulstreiks im vergangenen Jahr holten sie im Rahmen einer selbst organisierten Aktionswoche ZeitzeugInnen der Resistenza in die Schule.

Heike Herrberg, Sanne Kaperlat

Der Bericht wurde aus Platzgründen gekürzt. Organisiert wurde die Reise vom selbstverwalteten Bildungswerk für Friedensarbeit (BF) in Bielefeld. Sie soll in diesem Jahr noch zweimal wiederholt werden: vom 21.4 bis 2.5. und vom 1.9. bis 10.9. Anfragen/Anmeldungen an BF, Alfred Bozi Str. 10, 33602 Bielefeld; Tel. 0521/179148.

Frauen in der Resistenza

Interview mit Priama Gelati (56 Jahre) aus Reggio Emilia, Juli 1994

Frage: Wie würdest du die Rolle der Frauen in der Resistenza beschreiben?

Priama Gelati: Die Frauen hatten eher eine untergeordnete Rolle in dem Sinne, daß sie kaum Entscheidungspositionen besetzt haben. Aber das heißt nicht, daß sie nicht eine ausgesprochen wichtige Funktion hatten. Ohne die Frauen in der Resistenza, da bin ich mir sicher, wäre der Faschismus nicht besiegt worden. In dem Moment, in dem der Partisanenkampf anfing, hat die Frau eine aktive Rolle in der Politik

übernommen. Das war vorher nicht der Fall gewesen. Die Frauen haben hier 1943 z.B. eine große Demonstration organisiert für Brot, Frieden und Freiheit, an der sehr viele Menschen teilgenommen haben. Ab dem 8. September 1943 haben viele Frauen sich selbst organisiert und z.B. Deserteuren aller politischen Richtungen geholfen, Zivilkleidung zu bekommen. Das war damals sehr schwierig.

Was war deiner Meinung nach der charakteristische Unterschied zwischen dem Widerstandskampf der Frauen und dem der Männer?

Die Rolle der Frauen war eine ganz andere als die der Männer. Die Männer sind entweder in den Wald gegangen oder in die Berge, und dann waren sie ganz bei den Partisanen. Sie sind also rausgegangen aus ihrer sozialen Umgebung. Die Frauen hatten dagegen ein Doppelleben auszuhalten: Sich selbst zu schützen, aber auf keinen Fall aufzufallen gegenüber ihren Kindern, den Eltern, Verwandten, Nachbarn usw. Die Frauen mußten also ständig wechseln zwischen der Welt der Partisanen und ihrem Familien- und Arbeitsumfeld, dem illegalen und dem legalen Leben. Im Extremfall war es so wie bei zwei Schwestern, die ich kannte, die beide bei den Partisanen waren, aber dies voneinander nicht wußten.

Gab es Gewalt von Seiten der Männer gegenüber den Frauen in den PartisanInnengruppen?

Ich weiß nicht, was an sexueller Gewalt zwischen den Partisaninnen und Partisanen vorgekommen ist. Ich habe es immer eher als Kameradschaft gesehen, aber tatsächlich weiß ich es nicht. Aber jeder Frau, die in die Resistenza ging und damit aus der traditionellen Rolle fiel, war klar, daß sie damit sich und ihren Körper einsetzte und mit Vergewaltigungen zu rechnen hatte. Sie setzte damit teilweise ihre Jungfräulichkeit aufs Spiel, die ja damals noch einen sehr hohen Stellenwert hier in Italien hatte.

Warum sprechen die Frauen von sich aus so wenig über ihren Kampf in der Resistenza?

Die meisten Frauen sind nach der Befreiung wieder in ihren Privatbereich zurückgegangen. Viele, z.B. auch meine Mutter, konnten weder lesen noch schreiben und so auch ihre Erinnerungen nicht festhalten. Frauen haben oft völlig isoliert ihren Widerstand geleistet im Gegensatz zu den Männern, die in den Partisanengruppen ihren Rückhalt hatten.

Wie war der Umgang mit den ehemaligen Partisaninnen und Partisanen nach Kriegsende?

Nach dem Krieg ist ein Gesetz erlassen worden, das den Partisanen eine bessere Pension oder den Verwandten der Gefallenen einen Entschädigung zubilligte. In diesem Gesetz waren Männer und Frauen gleichgestellt.

Aber viele Frauen haben sich doch gar nicht als Partisaninnen registrieren lassen.

Ja, das stimmt. Da ist die Mentalität wohl unterschiedlich.

Interview: Heike Herrberg, Sanne Kaperlat; Übersetzung: Renate Back

43. Quelldatei 24bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak376/24bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:24bu

"Eine kulturelle, nicht bloß eine soziale Bedeutung kam auch dem ‚Kaffeehaus` zu. Eintritt erlangte man durch kostenlose, jedoch nicht ganz leicht erhältliche Karten, die von alten Menschen recht begehrt wurden, während so manche jüngere Leute diesen Ort kaum besucht haben. Dem Turnus nach kam man nur einmal in einer Zeit an die Reihe, erschien pünktlich zur angegebenen Zeit, wurde von einem ‚Kellner` (in entsprechender Maskerade) an einen Platz gewiesen und saß fast schülerhaft im stets überfüllten Raum an einem Tisch mit Marmorplatte, bis man nach zwei Stunden wieder aufbrechen mußte. Ab 14 Uhr waren fast ununterbrochen Darbietungen, und war auch das Klavier besonders elend, so spielten doch oft ernste Künstler eine Stunde lang gute Musik, wenn nicht gerade Kabarettvorträge oder Unterhaltungsmusik geboten wurden. Es war das traurigste Kaffeehaus der Welt, aber den Greisen brachte es manch dankbar hingenommene bessere Stunde, es fiel kein lautes Wort, und sie lauschten in andächtiger Stille." (H.G. Adler, ehemaliger Häftling in Theresienstadt)

Fritz Taussig (Fritta), Grafiker und Zeichner politischer Karikaturen für die Zeitung "Simplicus" in Prag und der Autor dieser Zeichnung, wurde mit dem ersten "Aufbaukommando" im November 1941 nach Theresienstadt deportiert. Er wurde Leiter der Zeichenstube in der technischen Kanzlei der jüdischen Selbstverwaltung. Seine strikte Ablehnung, an der "Verschönerung" des Lagers für den Besuch der Rotkreuz-Delegation mitzuwirken, hat möglicherweise zu seiner Verhaftung wegen "Greuelpropaganda" und Internierung auf der Kleinen Festung mit seiner Frau und seinem dreijährigen Sohn im Juli 1944 geführt. Fritz Taussig wurde am 26. Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert, wo er am 8. November an Blutzersetzung starb.

(Nach "Chansons und Satiren ...", s. Quellenverzeichnis)

44. Quelldatei 25.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak376/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:25

Sudan

Der seit Jahren im Sudan tobende Krieg gehört zu den Konflikten, die hierzulande ignoriert oder aber unter der Rubrik "Moslems gegen Christen" abgelegt werden. - Seit dem Militärputsch 1989 ist über das Land der Ausnahmezustand verhängt. Die Verfassung ist außer Kraft gesetzt, politische Parteien und Gewerkschaften sind aufgelöst, unabhängige Presseorgane mußten ihre Arbeit einstellen, sämtliche nicht religiös ausgerichteten Organisationen sind verboten. Die Putschisten haben Hunderte von Menschen willkürlich in Haft genommen; in geheimen Haftzentren, den "Geisterhäusern", werden Menschen gefoltert. Menschenrechtsverletzungen auch grausamster Art sind fester Bestandteil der Regierungspolitik.

ai-info. H. 2, Februar 1995. A4, 32 S. Bezug und Abonnement über: amnesty international, 53108 Bonn.

Flucht und Migration

Die Debatte über Flucht und Migration wird von den unterschiedlichsten Interessen beherrscht. BRD-Regierung und die große Masse der Deutschen wollen die weitere Zuwanderung von MigrantInnen und Flüchtlingen verhindern, indem sie die Existenz legitimer Gründe für die Flucht in die BRD bestreiten. Viele Menschen, die Flüchtlinge unterstützen, engagieren sich vor allem für die Aufnahme und die Situation von MigrantInnen hierzulande; die Fluchtursachen sind für sie häufig nur ein Randthema. - Im thematischen Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe der blätter des iz3w werden die Ursachen der weltweiten Fluchtbewegung zunächst im Überblick anhand von Zahlen, Begriffen und den neuesten Entwicklungen dargestellt. In den folgenden Beiträgen über ethnische Konflikte und Umweltflüchtlinge werden die landläufigen Kategorien von Fluchtgründen erörtert. In einem Artikel über frauenspezifische Fluchtursachen wird ein bisher wenig beachteter Aspekt der Flüchtlingsproblematik behandelt. Am Beispiel der Philippinen werden die Folgen der Verschuldung dargestellt. Die verschränkten Fluchtursachen einer Region werden am Beispiel Mittelamerikas und El Salvadors behandelt.

blätter des iz3w. Nr. 203, Februar 1995. A4, 60 S., 7,50 DM.

Nationalsozialistische Okkupationspolitik

In dem Forschungsbericht "Die Deutsche Arbeitsfront und die Gewerkschaften in von Deutschland besetzten Ländern" behandelt Fritz Petrick einen bisher kaum beachteten Aspekt nationalsozialistischer Okkupationspolitik. Margarete Piesche legt eine Auswahlbibliographie (mit immerhin 210 Titeln) zur NS-Okkupationspolitik in Nordeuropa vor. Martin Moll informiert in einem Bericht über eine Tagung der Grenzlandakademie Sankelmark über das Kriegsende im Norden ("Vom heißen zum kalten Krieg"). Unmittelbar auf die NS-Besatzungspolitik bezogen ist ebenfalls Werner Röhrs Bericht über Martin Seckendorfs Vortrag "Griechenland in den Neuordnungsvorstellungen der deutschen Okkupanten".

Bulletin der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung ev., Nr. 4, 1995. A5, 114 S., 10 DM plus Versandkosten. Bestellungen an: ASG - Adressen- und Abonnement-Service-Gesellschaft mbH, Körnerstraße 26, 13156 Berlin.

Searchlight special

Unter dem Titel "Reunited Germany - The New Danger" hat das britische antifaschistische Magazin Searchlight in Zusammenarbeit mit dem AntiFa Infoblatt eine englischsprachige Broschüre herausgegeben, in der neonazistisches und rassistisches Treiben und das Großmachtstreben der BRD-Regierung im neuen größeren Deutschland dargestellt werden. Für den deutschsprachigen eifrigen Leser der ak und der einschlägigen antifaschistischen Periodika nichts Neues. Aber ein geeignetes Präsent für englischsprachige Freunde aus dem Ausland - etwa vor einem Besuch im "reunited Germany".

Reunited Germany. The New Danger - a Searchlight special in association with AntiFa Infoblatt. A4, 60 S, 10 DM. Bezugsadresse in der BRD: Antifa-Versand, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

Erwerbslose

Leider selten, jetzt aber einmal wieder flattert uns Siesta ins Haus, die Zeitung der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg, aber durchaus kein Lokalblatt nur für Oldenburger Erwerbslose. (Erwerbslose, liebe Siesta-Redaktion, heißt das! Denn welcher ernsthaft Erwerbslose ist arbeitslos?!) Also die Frühjahrsnummer: Über Datenschutz beim Arbeitsamt, welcher mangelhaft ist; den Dschungel Sozialhilfe, das Entgeltfortzahlungsgesetz, die dynamische Armutsforschung, staatlich eingesetzte Lohndrücker und eine exemplarische Untersuchung über 15 Jahre Arbeitslosigkeit und Beschäftigung im Arbeitsamtbezirk Oldenburg (Ergebnis des Strukturwandels seit 1985 laut Siesta: Mehr Beschäftigung, mehr Arbeitslosigkeit, mehr Frauenarbeit, mehr Verarmung).

Siesta. Zeitung der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg. Nr. 23, Frühjahr 1995. A3, 16 S., 1.50 DM (außerhalb Oldenburgs plus Porto). Bestellungen an: Arbeitslosenzentrum, Kaiserstraße 19, 26122 Oldenburg.

Autonomie

"Jetzt mit einer neuen Zeitschrift für radikale linke Kritik in die Öffentlichkeit zu treten, scheint widersinnig", bekannte die Redaktion der vor rund neun Monaten erstmals erschienenen Quartalsschrift Die Beute (Untertitel: Politik und Verbrechen). Aber solche Sätze werden gemeinhin nur geschrieben, um sie anschließend zu widerlegen. Die Verleiher eines uns bis dato unbekannten "Viva Maria"-Kritikerpreises scheinen ebenfalls vom Nicht-Widersinn dieser Publikation überzeugt, vergaben sie doch an die Beute ein Drittel dieses Preises. Die beiden anderen Drittel, und das überzeugt uns, gingen zu gleichen Teilen an die Herren Bittermann und Pohrt. Gleichviel: Zum Osterwochenende laden autonome Gruppen zu einem bundesweiten Treffen nach Berlin. Die Beute eröffnet ihre Frühjahrausgabe daher mit Gesprächen mit Vorbereitern dieses Ereignisses, mit einer "Antifa im Zürcher Unterland" und mit Aktivisten der "ersten schwarz-grün-autonomen Koalition" (was es nicht alles gibt), die allerdings gescheitert ist. Das Leitthema "Autonomie und Bewegung" wird abgeschlossen mit Texten der Berliner Hausbesetzer aus dem Jahr 1982, von Karl Heinz Roth über Massenautonomie (1978), von Karin Schrader-Klebert über die kulturelle Revolution der Frau (1969) und von Cornelius Castoriadis von der französischen Gruppen "socialisme ou barbarie" über Proletariat und Organisation (1959).

Die Beute. Politik und Verbrechen. Frühjahr 1995. A5, 144 S., 14 DM.

45. Quelldatei 31.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak376/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:31

Kalender

50 Jahre ... KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Die Programmschwerpunkte des ersten Halbjahres 1995 sind internationale Gedenkveranstaltungen und die Eröffnung der neuen Dauerausstellung zur Geschichte des KZ Neuengamme in den Walther-Werken, einem ehem. KZ-Rüstungsbetrieb. Das ausführliche Programm ist erhältlich bei der

KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Jean-Dolidier-Weg, 21039 Hamburg.

Juden im Widerstand

Nach Berlin und Hamburg ist die Ausstellung "Juden im Widerstand - Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion, Berlin 1939-45" nun in Kiel zu besichtigen. Ergänzt wird die Ausstellung mit einer Vortragsreihe von Zeitzeugen, Journalisten und Wissenschaftlern.

Ausstellung: 2.-30.3., Di-Fr 16-20 Uhr, So 14-19 Uhr. Pumpe, Haßstr. 22, Kiel.

9.3.: Eugen Hermann-Friede, ehem. Mitglied der Widerstandsgruppe "Gemeinschaft für Frieden und Aufbau".

15.3.: Walter Sack, ehem. Mitglied der kommunistischen Widerstandsgruppen um Herbert Baum.

16.3.: Heike-Cathrin Bala spricht über Jüdinnen in Widerstandsgruppen.

22.3.: Mario Keßler zum Thema "Antisemitismus und Sozialismus"

23.3.: Norbert Seidensticker stellt Bedingungen und Strukturen der Vernichtslager dar.

Alle Veranstaltungen finden in der "Pumpe" statt und beginnen jeweils um 19.30 Uhr.

Vernichtungskrieg

Die Soldaten der Nazi-Wehrmacht haben, so die Legende bis auf den heutigen Tag, einen "ganz normalen Krieg" geführt. Kriegsverbrechen und Massenmorde seien allein von der SS und den Einsatzgruppen begangen worden. Tatsächlich hatte die Wehrmacht aktiven Anteil beim Völkermord an den Juden. Sie war verantwortlich für millionenfachen Mord an sowjetischen Kriegsgefangenen, sie plünderte und verwüstete die besetzten Gebiete, sie unterstützte die Deportationen von Hunderttausenden zur Zwangsarbeit nach Deutschland. Und sie betrieb unter dem Deckmantel des Partisanenkrieges systematischen Mord an der sowjetischen Zivilbevölkerung. In der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, die Teil des vom Hamburger Institut für Sozialforschung erarbeiteten Projekts "Angesichts unseres Jahrhundert" ist, wird zum Teil bisher unbekanntes Foto- und Textmaterial aus Archiven in Riga, Minsk und Moskau gezeigt. Dokumentiert werden die Verbrechen der Wehrmacht an zwei geografischen Schauplätzen, Serbien und Weißrußland, und anhand der kollektiven Biografie der 6. Armee.

5.3.-15.4.95 auf dem Kampnagelgelände (K3), Jarrestraße, Hamburg. Di-Fr 16-21 Uhr, Sa+So 11-21 Uhr.

Kommunist in Deutschland

Emil Carlebach (Lagergemeinschaft Buchenwald) liest aus seinem Buch "Tote auf Urlaub. Kommunist in Deutschland - Dachau und Buchenwald 1937-1945" und stellt sich der Diskussion.

14.3., 19.30 Uhr, Westend-Treff, Blücherstr. 12, Wiesbaden; 22.3., 19.30 Uhr, Galerie Apex, Burgstraße, Göttingen; 23.3., 19 Uhr, Stadtsaal, Solingen-Wald, Solingen; 27.3., 18 Uhr, Stadtvorstand der PDS, Rosa-Luxemburg-Str. 26, Leipzig; 28.3., 18.30 Uhr, KIZ, Stolbergerstr. 40, Chemnitz; 29.3., 18 Uhr, Solingen-Keller, Poststr., Aue.

Konsensbruch

"17 Grad Celsius", die "Zeitschrift für den Rest" lädt im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des 8. Mai 1945 zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem Titel "Bruch, Kontinuität, Befreiung - am 8. Mai den nationalen Konsens brechen".

24.3.95, 19.30 Uhr, Stadtteiletage im Schanzenhof, Schanzenstr. 75, Haus C, 20357 Hamburg.

KZ Buchenwald

Am 11. April 1945 gelang es den Häftlingen des KZ Buchenwald, die Wachen zu überwältigen, SS-Männer gefangenzunehmen und eine große Anzahl von Häftlingen aus dem Lager herauszuführen. Aus diesem Anlaß lädt der VVN-Bund der Antifaschisten zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Willy Schmidt (Lagergemeinschaft Buchenwald) ein.

31.3., 18.30. Haus für Alle, Amandastr. 58, Hamburg.

Die internationale Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Befreiung von Buchenwald mit Gästen und ehemaligen Gefangenen aus 16 Ländern findet statt am

9.4. in Buchenwald auf dem Appellplatz.

... und außerdem AIDS-Fotografien

Erstmals in Europa zu sehen ist die Ausstellung "VISUAL AIDS: Aids-Fotografien von Brian Weil (USA)". Brian Weil, Mitarbeiter der Weltgesundheitsorganisation, hat über mehrere Jahre hinweg Frauen, Männer und Kinder aus mehreren Ländern und verschiedenen Kulturräumen fotografiert. Menschen mit HIV, Freunde und Familienangehörige HIV-infizierter Menschen, Sozialarbeiter, Gesundheitsberater - Menschen, die für das Leben kämpfen.

10.3.-8.4., KOMM, Königstr. 43, Nürnberg.

Schlanke Produktion

"Schlanke Produktion und neoliberaler Staat - Zur Spaltung der Gesellschaft und Formen des politischen Widerstands" lautet das Thema einer vom TIE-Bildungswerk und der "Express"-Redaktion angekündigten internationalen Tagung. Diskutiert werden soll, ob die bisherigen Formen von Opposition den neuen betrieblichen und gesellschaftlichen Bedingungen angemessen sind. Ebenso soll die "schöne neue Welt" des Kapitalismus genauer in den Blick genommen werden. Neben Gewerkschaftern und betrieblichen Aktivisten aus der BRD werden Referenten aus den USA, Italien, Kanada und Frankreich über die Lage in ihren Ländern und ihre Oppositionserfahrungen sprechen.

23.-26.3., Geseke-Eringerfeld. - Programm, Anmeldung über: Redaktion "Express", Postfach 102062, 63020 Offenbach.

Deutschland und Israel

Das "besondere Verhältnis" zwischen Deutschland und Israel, das während des Golfkriegs und aufgrund der rapiden Zunahme rassistischer Gewalt erneuten Belastungen ausgesetzt war, ist das Thema eines Wochenendseminars der Hamburger Volkshochschule. Es sollen die Beziehungen zwischen beiden Staaten und ihren Bürgern untersucht und hierbei insbesondere die Veränderungen seit dem Fall der Mauer erörtert werden. Geleitet wird das Seminar von einem Deutschen und einem Israeli.

25./26.3., jeweils 11-16.30 Uhr. Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr. 35 (Hofeingang), Hamburg. - Anmeldung bei der Hamburger Volkshochschule unter Angabe der Kursnummer M 51412. Teilnahmebeitrag 25 DM (50% Ermäßigung für Erwerbslose, Studenten usw.).

Schickt eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Anmeldeschluß für ak 377 ist der 28.3.95.

46. Dissidenten olé

Konrad Weiß und die sozialistische Utopie

CD-Datei: daten/aksuche/ak376/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:40

Die meisten der ehemaligen ostdeutschen Dissidenten bieten uns heute das traurige Bild gescheiterter Existenzen. Vereinigt zum "Bündnis 90" und durch Wahlniederlagen und spätere Vereinigung mit der westdeutschen grünen Partei in die Marginalität gedrängt, zeigen sie sich unfähig, sich von den Geistern der Vergangenheit zu lösen, die Veränderungen der letzten Jahre zu reflektieren und politische Konsequenzen daraus zu ziehen, die ihrer ehrenhaften Vergangenheit zumindest nahekommen. Ihr politisches Engagement erschöpft sich mittlerweile in der denunzierenden Entlarvung von Ex-Stasi-Funktionären und deren vermeintlicher Nachfolgepartei. Und so finden wir sie heute entweder auf dem rechten Rand der schon lange nicht mehr linken Grünen wieder, oder im nach ultrarechts offenen Blätterwald (Wolfgang Templin), oder, wie Anfang Februar, auf Forumsveranstaltungen der CDU-eigenen Konrad Adenauer-Stiftung, wo in trauter Eintracht CDU-Prominenz und die Ex-Dissidentenriege von Bärbel Bohley über Jürgen Fuchs, Joachim Gauck, Freya Klier, Markus Meckel bis zu Gerd Poppe über "Fünf Jahre Freiheitsrevolution 1989/90" philosophierten - einig in ihrem Feindbild "SED/PDS-Strukturen", in denen sich "die neue Rechte" verberge. Wie es der auch sonst nicht sehr anspruchsvolle Jürgen Fuchs ausdrückte: "Adenauer war gegen die Nazis. Er saß im Knast. Das gefällt mir."

Ein anderer von ihnen, der ehemalige Bundestagsabgeordnete Konrad Weiß, hat uns in der Frankfurter Rundschau vom 4.2.95 ein weiteres bemerkenswertes Beispiel dafür gegeben, daß ein verbissener Antikommunist sich nicht scheut, auch die dümmsten Vorurteile bürgerlicher Reaktionäre zu reproduzieren.

Während er und seine Freunde 1989 das DDR-Regime zum Einsturz gebracht haben, indem sie ihm die sozialistische Legitimität streitig gemacht und dem real-existierenden einen dritten Weg des freiheitlichen, nicht-stalinistischen Sozialismus entgegengestellt haben, gibt es für ihn heute nur noch einen, den ehemals realen Sozialismus, nur noch eine sozialistische Utopie, von Marx "auf dem Reißbrett entworfen" und von seinen Jüngern "mit aller Macht versucht (...), zum Leben zu erwecken". Ursache dieses Prozesses sei jenes falsche Menschenbild der Marxisten, das ökonomischen Determinismus propagiere und die Gewalt benutze, um hemmungslos ideologische Ziele zu verfolgen.

Eine bemerkenswerte intellektuelle Unredlichkeit, denn was Weiß uns hier unterschieben will - obwohl er es eigentlich besser wissen müßte -, ist das alte stalinistische Marxismusverständnis und die ebenso alte Behauptung, dieses sei das einzige und wahre Marxismusverständnis. Daß er damit die alte Bürokratenherrschaft im nachhinein als einzig wahre Repräsentantin der sozialistischen Utopie rechtfertigt und seine vorherige Dissidentenrolle ad absurdum führt, scheint ihm nichts auszumachen.

Daß er die reale Geschichte schwarz-weiß glattbügelt und dabei gerade jene breite nicht-stalinistische marxistisch-sozialistische Tradition verschweigt, die, von beiden Systemen bis aufs Blut bekämpft, die große Marx-Renaissance nach dem Zweiten Weltkrieg ausgemacht und geprägt hat, das ist offenbar der zu entrichtende Preis für die Anpassung ans herrschende System. "Die Angst, in der Minderheit zu bleiben, hat sie (die Dissidenten nach 1989; c.j.) paralysiert. (...) Sie scheuten sich vor dem Vorwurf, probolschewistische Sympathien zu hegen, und lehnten ein Zusammengehen mit Leuten aus dem ehemaligen kommunistischen Lager ab. Dabei ist doch offensichtlich, daß nach 1989, nachdem die Nomenklatura Kurs auf den Kapitalismus genommen hatte, in diesem Lager gerade die aufrichtigsten und ehrlichsten (wenn auch nicht immer vernünftigsten) Menschen geblieben waren. Im Ergebnis dessen gewannen primitivster Opportunismus und Konformismus die Oberhand", schrieb der russische Linksoppositionelle Boris Kagarlitzki 1992. Recht hat er.

Christoph Jünke, Redakteur der "Sozialistischen Zeitung" (SoZ)

47. Quelldatei dietrich.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak376/dietrich.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:dietrich

England goes to Ireland

Fußballrandale in Dublin

von Dietrich Schulze-Marmeling

Es sollte ein Fußballfest werden, ein noch größeres als gewöhnlich. Denn Länderspiele in Dublin sind stets ein Fest. Selbst dann, wenn es sich nicht um den Ernstfall, sondern nur um ein sogenanntes "Testspiel" handelt. In der Regel sind auch diese ausverkauft. Während hierzulande Freundschaftsspiele der Berti-Truppe nur ein gelangweiltes Gähnen provozieren und die nominierten Spieler händeringend nach Entschuldigungen für ihre Abwesenheit suchen lassen, sieht dies auf der grünen Insel noch ganz anders aus. Ein Länderspiel ist unverändert ein besonderes Ereignis. Sicherlich hängt dies auch damit zusammen, daß die irische Liga, in der nicht ein einziger der aktuellen irischen Nationalspieler kickt, wenig zu bieten hat. Wenn die Nationalmannschaft antritt, dann reisen ihre Spieler vor allem aus England und Schottland an. Und nicht wenige von ihnen kennen die grüne Insel überhaupt nur dank des Fußballs.

Irland gegen England, das ist natürlich selbst als freundschaftliche Begegnung eine Angelegenheit voller Brisanz. Mit 45.000 Zuschauern war das ziemlich altmodische Rugby-Stadion (eine internationalen Ansprüchen genügende Fußballarena gibt es in der Republik nicht) an der Dubliner Lansdowne Road erneut ausverkauft; der irische Fußballverband hätte gut und gerne die doppelte Anzahl von Tickets an den Fan bringen können.

Der letzte Sieg der Engländer über die Iren ist bereits fast zehn Jahre alt. Am 26. März 1985 besiegte England Irland im Londoner Wembley Stadion mit 2:1. Aber das war vor der Ära Jack Charlton. Unter dem englischen Trainer, der 1966 als Spieler Weltmeister wurde, avancierten die Iren innerhalb von wenigen Jahren zu einer festen Größe im europäischen Fußball. 1988 konnten sie sich erstmals für die Endrunde der Europameisterschaft (EM) qualifizieren, wo sie im ersten Spiel England sensationell mit 1:0 schlugen. Die "Hitzeschlacht von Stuttgart" hat seither einen festen Platz in den Annalen des irischen Fußballs. 1990 erfolgte die Premiere bei der Weltmeisterschaft (WM), wo Irland erst im Viertelfinale gegen Gastgeber Italien ausschied. Der Versuch einer englischen Revanche mißlang in der Vorrunde: Die Mannschaften trennten sich unentschieden. Während der Qualifikation für die EM in Schweden 1992 wurden beide Teams der gleichen Gruppe zugelost. Beide Begegnungen endeten unentschieden, erneut wurde aus der englischen Revanche nichts. In London schlitterten die Engländer mit viel Glück an einer Heimniederlage vorbei. Auch bei der WM 1994 in den USA waren die Iren dabei - im Gegensatz zu den Engländern, Schotten, Walisern und Nordiren - schieden allerdings bereits im Achtelfinale aus.

Jack Charlton, zunächst skeptisch beäugt, zählt heute zu den populärsten Promis auf der grünen Insel. Trikots mit seinem Konterfei und dem des Papstes sowie der Aufschrift "Wer ist der Mann neben unserem Jackie?" finden reißenden Absatz. Des Trainers Erfolgsgeheimnis ist denkbar einfach: Aus der Not der Emigration wird eine Tugend gemacht. Seit über 150 Jahren ist Emigration ein Bestandteil der nationalen Kultur Irlands. Noch immer verlassen Jahr für Jahr Tausende von Menschen die Insel, um in England, den USA oder anderswo ihr Glück zu versuchen. Dies galt und gilt auch für talentierte Fußballer.

So begann Charlton, die englische und schottische Liga nach Kickern zu durchforsten, die irgendeine Form von familiärer Beziehung zu Irland nachweisen konnten. Zum Teil nahm dies skurrile Formen an. Der Stürmer John Aldridge darf für Irland spielen, weil seine Urgroßmutter eine gebürtige Irin war. Weder Aldridge noch Ray Houghton, Torschütze des legendären 1:0 von Stuttgart, besaßen einen irischen Paß, als Charlton sie rief. Alan Kernaghan ist zwar in Irland geboren, aber in Nordirland, was bekanntlich (noch) zu Großbritannien gehört und eine eigene Nationalmannschaft besitzt, die bis Mitte der 80er Jahre deutlich erfolgreicher war als die südirische. Da seine Großeltern aber bereits lebten, bevor die Insel von den Briten geteilt wurde, war Kernaghan, im übrigen der einzige Protestant im Team der Republik, nach Auffassung der Football Association of Ireland (FAI, südirischer Verband) für Charlton verfügbar. Der Kicker willigte ein, und der nordirische Verband (Irish Football Association/IFA) war zutiefst empört. Allerdings mußten von den seit 1986 zum Einsatz

gekommenen Spielern weniger als ein Fünftel die sogenannte "granny rule" strapazieren. Der Rest konnte mindestens ein irisches Elternteil aufweisen, knapp die Hälfte waren sogar gebürtige Iren.

Für chauvinistische und rassistische Instrumentalisierungsversuche taugt das von einem Engländer trainierte englisch-schottisch-irische "Völkergemisch", das die irische Nationalmannschaft darstellt, nicht. Vielleicht auch ein Grund, warum die irischen Fans international einen so ausgezeichneten Ruf genießen. Sie gelten als die friedlichsten und originellsten Fans der Welt.

In der aktuellen Popularität von Soccer in der Republik (die Wiege des irischen Fußballs befand sich ursprünglich im "britischeren" Belfast) manifestieren sich auch die Modernisierung der irischen Gesellschaft und ein zunehmender kultureller Pluralismus. Die gesellschaftlichen Gründe, aus denen die liberale "Feministin" Mary Robinson per Plebiszit zur Staatspräsidentin gewählt wurde, sind mit denen des Soccer-Popularitätsschubs teilweise identisch. Jene katholisch-nationalistischen Puristen, die Soccer stets als "fremd" und "englisch" denunzierten, befinden sich längst auf dem Rückzug. Die Verbindung zwischen traditionellem Nationalismus und organisiertem Sport, institutionalisiert durch die Gaelic Athletic Association (GAA), der letztlich die Aufgabe zufiel, die junge irische Republik mit Symbolen auszustatten, wurde in den letzten Jahren zusehends unterminiert.

Dublin, 15. Februar 1995

Doch zurück zur Begegnung an der Lansdowne Road. Die Stimmung war von vornherein aufgeheizt. Ein erster Höhepunkt wurde erreicht, als die Nationalhymnen gespielt wurden. Doch es blieb zunächst bei Schmähgesängen. Ein Teil der englischen Fans rief "Sieg Heil!", "No surrender to the IRA" ("Keine Kapitulation vor der IRA") und sang "God save the Queen". Die irischen Schlachtrufe nahmen sich dagegen eher harmlos aus: "Ihr werdet die Iren niemals besiegen", lautete ihre Antwort.

Bereits zu diesem Zeitpunkt war offensichtlich, daß sich innerhalb der ca. viertausendköpfigen englischen Anhängerschaft ein harter Kern von Rechtsradikalen aufhielt. Die "offizielle" englische Reisegruppe, die während der Anreise streng überwacht wurde, zählte ca. 2.000 Fans. Wie der Rest an Karten kam, ist bislang noch nicht vollständig geklärt. Eine Vermutung lautet, daß nordirische Loyalisten in Dublin vorstellig wurden, um als Strohmänner für ihre englischen Kameraden Tickets zu erwerben. Außerdem befanden sich am Tag des Spiels noch Tickets im freien Verkauf.

In der (falschen) Annahme, das Schlimmste überstanden zu haben, zogen die Sondereinheiten der Polizei nach dem Hymnenspektakel ab. In der 27. Minute ging die irische Mannschaft mit 1:0 in Führung. Nun begannen ca. 1.500 englische Fans zu randalieren. Bänke wurden aus den Halterungen herausgerissen und auf das Spielfeld wie den unteren Teil der Tribüne, wo irische Fans saßen, geworfen. Glücklicherweise befand sich vor den Tribünen kein hoher Zaun (wie hierzulande noch immer üblich), so daß die irischen Fans auf das Spielfeld flüchten konnten. Das Spiel wurde zunächst für zwölf Minuten unterbrochen, bevor der niederländische Schiedsrichter die Partie für beendet erklärte. Alle Versuche, auf die Fans beschwichtigend einzuwirken, waren erfolglos geblieben. Der englische Kapitän David Platt wurde dabei beinahe von einer Holzstrebe getroffen. Es war das erste Mal in der Geschichte der englischen Nationalmannschaft, daß ein Spiel wegen Ausschreitungen abgebrochen wurde. 50 Verletzte lautete die blutige Bilanz. Ein älterer Zuschauer erlag beim Verlassen des Stadions einem Herzinfarkt.

Die Sondereinheiten der Polizei befanden sich auf dem Weg in die Dubliner Innenstadt, als sie ein Hilferuf ereilte. Als die Unruhen ausbrachen, befanden sich lediglich 51 Polizisten im Stadion. Die Sondereinheiten kehrten zur Lansdowne Road zurück, trafen dort jedoch auf verschlossene Tore, die sie erst aufbrechen mußten.

Die englische Rechtspresse - die Boulevardblätter ebenso wie die "Times" - thematisierten in den Tagen danach immer wieder die Fehler und Versäumnisse der irischen Veranstalter und Sicherheitskräfte, die die Warnungen aus England nicht befolgt hätten. Daß die irische Seite mit ihrer fast schon liebenswürdigen Naivität das Chaos geradezu heraufbeschwor, soll nicht bestritten werden. Hauptursache der Ausschreitungen war aber, daß ein englisches Problem nach Dublin exportiert wurde, ohne daß dies die englischen Behörden verhinderten.

Zur Entlastung der irischen Organisatoren und Sicherheitsbehörden sei außerdem angeführt, daß Ausschreitungen anläßlich von Fußballspielen in der Republik Irland (nicht in Nordirland) weitgehend unbekannt sind. Die Ligaspiele ziehen nur geringe Zuschauerzahlen an, und Länderspiele waren bislang - wie erwähnt - große Feste. Die letzten großen Ausschreitungen ereigneten sich vor mehr als zehn Jahren. 1984 spielte der Dubliner Klub Bohemians im Europacup gegen Glasgow Rangers. Die Rangers sind berüchtigt für ihre sektiererische, anti-katholische Vereinspolitik und erfreuen sich deshalb bei den militanten Protestanten/Loyalisten Nordirlands großer Popularität. Aus Belfast kamen ca. 2.500 Rangers-Fans angereist, die die Gegend um Dalymount (Stadion des FC Bohemian) in ein Schlachtfeld verwandelten.

Combat 18

Mittlerweile gilt als bewiesen, daß die Ausschreitungen vom 15. Februar von Rechtsradikalen gesteuert wurden - Aktivisten der paramilitärischen Organisation Combat 18 (die Zahlen 1 und 8 stehen für den ersten und achten Buchstaben des Alphabets: 1 für A wie Adolf, 8 für H wie Hitler), die Unterstützung von loyalistischen Extremisten aus Nordirland erhielten. Daneben dürften aber auch noch klassische Hooligan-Gruppen beteiligt gewesen sein.

Combat 18 begann ursprünglich als Ordnertruppe der faschistischen British Nationalist Party (BNP). Die Gruppe bemüht sich bereits seit einiger Zeit um Einfluß auf die englische Fan-Szene. Ihre Hochburgen hat sie in London (Chelsea), Glasgow (Rangers), Leeds und Portsmouth.

Die Aktion in Dublin diente den Rechtsradikalen und Hooligans als Ersatz für das ursprünglich für den 20. April 1994 anberaumte, dann aber vom englischen Verband abgesagte "Hitler-Gedächtnisspiel" zwischen Deutschland und England in Berlin. Des weiteren war sie als Störmanöver gegen den gegenwärtigen "Friedensprozeß" in Nordirland gedacht, den die englischen Rechtsradikalen und die nordirischen Loyalisten als Verrat an den britischen Interessen betrachten.

Welchen Geistes die Täter von Dublin waren, dokumentieren aufschlußreich einige Interviews, die der "Guardian" durchführte. Die Interviewten gehörten nicht zu den Initiatoren der Randale und waren eher Fußballfans als knallharte Combat-18-Aktivisten, aber die Trennlinien verschwimmen bei ihnen offensichtlich. Es gehört halt zu den unangenehmen Wahrheiten, daß auch "echte" Fußballfans rechts sein können. Ein 20jähriger Fan von Newcastle United, dessen Anhang für seine rassistischen Schmährufe berüchtigt ist: "Es war alles politisch. Vor dem Spiel gab es ein kleines Drama, einige Auseinandersetzungen auf der Straße. Die irischen Fans sangen IRA-Lieder. Wir gingen nicht dorthin (nach Dublin), um zu kämpfen. Aber wenn sich die Chance dazu bot, wollten wir sie nutzen. (...) Zunächst ging das nicht, aber als sie das Tor schossen, hatten wir die Schnauze voll. (...) Man muß auf sein Team stolz sein. Es ist England, das wir unterstützen. Ich kenne zwei Kameraden, die in Combat 18 sind, die an England glauben - ‚es gibt die Farbe Schwarz nicht im Union Jack` und alle diese Sachen. Ich gehe wirklich nur wegen des Fußballs ins Stadion, aber ich stimme mit ihnen überein." Ein ebenfalls 20jähriger Fan "irgendwo aus dem Norden Englands": "Ich liebe die BNP. Ich bin seit meiner Kindheit ein England-Fan." Ein 18jähriger Chrystal-Palace-Fan arbeitete sich insbesondere an Jack Charlton ab: "Jack Charlton ist ein verdammter Judas. Er hat einen von uns gepackt und ihm gesagt, er solle aufhören. Charlton hat doch selbst für England gespielt, oder?" Und schließlich noch ein 21jähriger Fan aus Peterborough: "Wenn jemand ein echter britischer Spieler ist, dann ist er okay. Das ‚Sieg Heil` richtet sich gegen alle anderen, also gegen alle, die fremd sind. England hat einmal drei Viertel der Welt beherrscht, nicht wahr. Es ist unser verdammter Stolz. Die Neger und Pakis besitzen viele Geschäfte - warum? Ich hasse die Iren."

Europameisterschaft 1996

Der Spielabbruch von Dublin provozierte zwangsläufig Spekulationen über England als Austragungsort für die EM 1996, zumal es auch in England selbst in der letzten Zeit nach einer längeren Phase der Ruhe wieder zu Ausschreitungen gekommen war.

So populär es auch sein mag: Man sollte der Versuchung widerstehen, die englischen Fans nun kollektiv zu denunzieren. Gerade seitens der Fans - genauer: der neuen Fan-Bewegung - wurde in den letzten Jahren enorme Arbeit gegen Gewalt und Rassismus geleistet. Ende der 80er Jahre befand sich das Image des englischen Fußballs, vor allem aufgrund einer Reihe von Zuschauerkatastrophen, auf einem absoluten Tiefpunkt. Daß es sich in den 90ern wieder erholen konnte, war nicht zuletzt den Fans zu verdanken, die als

erste und am entschiedensten die eklatanten Mißstände, von denen der Zuschauersport Fußball in seinem "Mutterland" aufgefressen wurde, thematisierten.

Wann immer das Stattfinden eines großen sportlichen Ereignisses als gefährdet erscheint, kommt Deutschland als Alternative ins Gespräch, aufgrund des "angeborenen Organisationstalents" der Deutschen. Bezüglich der EM sei jedoch darauf hingewiesen, daß deutsche Fans in den letzten Jahren im Ausland weitaus deutlichere Spuren (Göteborg, Luxemburg, Wien) hinterließen als ihre englische Kollegen.

48. Quelldatei polhh1.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak376/polhh1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:polhh1

Deutsche Polizeidenke:

Neger - Ungeziefer - Gas

"Ich hörte einen Schrei (...) und bin zum Vorraum der Sammelzelle gegangen. Ich sah dort einen nackten Farbigen stehen, der vom Hals über die Achseln bis zum Genitalbereich feucht glänzte. Ich vernahm den Geruch des Flächendesinfektionsmittels Incidur." Ähnliche Mißhandlungen mit Desinfektionsspray, das "normalerweise zum Reinigen der Toiletten gebraucht wird", gab es mehrfach. (Zit. n. HH 19) Auch daß Brechmittel verabreicht wurden, läßt sich nach den Worten von Justizsenator Hardraht beweisen.

Zu den Übergriffen habe weiter gehört, "zugeführte Personen ‚in die Tür laufen zu lassen`, jeden Mauervorsprung auszunutzen, um die Person ‚sich daran stoßen zu lassen`, oder auch persönliche Gegenstände zu vernichten". (Welt, 3.3.) In mehr als 130 Fällen wurden festgenommene Farbige nachts in den Freihafen, in die Boberger Dünen oder in die Harburger Berge verfrachtet und dort ohne Geld ausgesetzt.

Oliver Neß, einer der Autoren des Panorama-Beitrags, betonte auf einer Pressekonferenz am 3.3.95, seine Recherchen hätten ergeben, daß die Mißhandlungen sich keineswegs auf die Wache 11 beschränken, sondern auf diversen Wachen "durchgängig durch ganz Hamburg" zum "Alltag" gehören. Gegen insgesamt mindestens 80 Beamte wird ermittelt. Zehn von ihnen hätten ebenfalls gestanden, bei Mißhandlungen oder Gewaltaten gegen Ausländer "Mittäter oder Mitwisser" gewesen zu sein. (taz, 3.3.)

Deckung von ganz oben

Kein einziger der seit Frühjahr 1994 bekannt gewordenen Täter wurde aus dem Polizeidienst entlassen. Nicht einmal der als einer der übelsten Folterer beschuldigte Hauptkommissar Hermann B., Ex-Reviereinsatzführer an Wache 11 und führender Mann bei Kora, wurde suspendiert - im Gegenteil: Heute ist er Leiter Organisation und Einsatz an Wache 34 in Langenhorn. (Bild, 4.3.) Offizielle Verfahren gegen die Täter sind nach Recherchen von HH 19 bis heute nicht eingeleitet worden. Der erste, gegen den überhaupt ermittelt wurde, war - wegen "Strafvereitelung im Amt" - genau der Beamte, der die Praktiken aufgedeckt hatte.

Das ist typisch für die Art, in der die Ermittlungen geführt werden. Einerseits öffentliche Appelle von beispielsweise Bürgermeister Voscherau an alle Beamten, zur "Aufklärung der Vorwürfe vorbehaltlos beizutragen" - andererseits keinerlei Zusicherung, daß Zeugen, die bisher geschwiegen haben, nicht ihrerseits wegen Mitwisserschaft bestraft werden. Und auch keine Schutzzusagen für diejenigen, die brutalem Druck ihrer Kollegen ausgesetzt sind: Ein Beamter, der gegenüber den Tätern geäußert hatte, er halte die allnächtlichen Mißhandlungen nicht mehr aus und werde gegebenenfalls Meldung machen, wurde massiv bedroht. Das ging so weit, "daß an seinem Auto der Luftdruck in den Reifen so verringert wurde, daß er lebensgefährlich hätte verunglücken können." (Oliver Neß, Pressekonferenz, 3.3.)

Nachdem der Kronzeuge bereits 1992/93 gegenüber dem Revierleiter und im Februar 94 gegenüber dem zuständigen Polizeidirektor Peters seine Aussage gemacht hatte, wurde er von letzterem zu "höchst vertraulicher Behandlung" aufgefordert. (WamS, 5.3.)

In einem "Vertrauliche(n) Vermerk" berichtete der Leiter der Landespolizeischule ebenfalls bereits im April 94 von Erkenntnissen seiner Konflikttrainer, die es offenbar immer wieder mit Rambos zu tun hatten, die mit ihrer Form der Konfliktlösung renommierten: "von massiven und systematischen Einschüchterungsversuchen (bis zum Psychoterror) (...) über disziplinar- und strafrechtlich relevante Ereignisse wie Beleidigungen, Freiheitsberaubungen, Körperverletzungen im Amt etc. durch ‚Strafe vor Ort` (Originalsprachgebrauch von Kollegen der Basis) bis hin zu menschenverachtendem und menschenunwürdigem Verhalten gegenüber Personen oder Personengruppen mit besonders geringer Beschwerdemacht (z.B. Asylbewerber)". (Zit. n. HH 19)

Polizeispitze in den Knast?

Landespolizeidirektor Heinz Krappen und LKA-Chef Wolfgang Sielaff ließen den Vermerk - ebenso wie Peters den Kronzeugenbericht - in der Versenkung verschwinden. Den damaligen Innensenator Hackmann will

Krappen "mündlich" informiert haben - woran der sich heute nicht mehr erinnern kann ... Weder die Staatsanwaltschaft noch die interne Ermittlungsstelle der Polizei PS3 wurden eingeschaltet - was eindeutig den Tatbestand der Strafvereitelung im Amt erfüllt. Und nicht nur das: Der renommierte Kieler Strafrechtler Prof. Samson machte gegenüber Panorama darauf aufmerksam, daß "die Polizeiführung ja selbst davon ausging, daß diese Straftaten weiterlaufen würden. Und dafür gilt, daß ein Vorgesetzter, der Derartiges geschehen läßt, genauso bestraft wird, als hätte er diese Taten selbst begangen." (Zit. n. taz, 3.3.)

Aber auch über den Spitzen der Hamburger Polizeiführung schwebt noch eine schützende Hand - die des Senats und der Innenbehörde. Schon bei der Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Hamburger Polizei" hatte Innensenator Wrocklage versucht, diesem die polizeilichen Ermittlungsakten mit allen Mitteln vorzuenthalten. Aus Datenschutzgründen sollen Beamte auch nicht in öffentlicher Sitzung aussagen müssen. Weil nämlich "der Vorwurf des pflichtwidrigen Verhaltens als solcher und insbesondere seine Erörterung in öffentlicher Sitzung den Bereich der verfassungsrechtlich geschützten persönlichen Ehre berührt". (Brief Wrocklages an den PUA, zit. n. HA 3.12.94)

Nach einer ganzen Serie von Gerichtsverfahren um die Ermittlungsakten, die bis zu einem Beschlagnahmebeschluß eines vorwitzigen, aber offenbar gleich zurückgepfiffenen Amtsrichters gingen, gibt es nun eine vorläufige Entscheidung des Hamburgischen Verfassungsgerichts, die beide Seiten als Erfolg feiern: 1800 Akten muß der Senat herausgeben, erörtert werden dürfen sie aber nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Landespolizeichef Heinz Krappen - als Verantwortlicher für den Hamburger Kessel von Hackmann demonstrativ ins Amt des obersten Polizisten befördert - ist mittlerweile zurückgetreten. Sein Stellvertreter, der LKA-Chef Sielaff, ist ebenfalls mit massiven Rücktrittsforderungen konfrontiert. Ausgespart wird zumeist der "seit Jahren als Hardliner berüchtigte" (HH 19) Chef der Polizeidirektion Mitte, Richard Peters. Peters unterstehen nicht nur die Wachen 11 und 16, unter seiner Einsatzverantwortung gab es auch immer wieder sehr gezielte und brutal ausgeführte Übergriffe - bis hin zu bleibenden körperlichen Schäden - gegen polizeikritische JournalistInnen.

Ob die Verantwortlichen jemals disziplinar- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, steht in den Sternen. Innensenator Wrocklage jedenfalls sieht auch nach dem öffentlichen Bekanntwerden der Foltervorwürfe keinen akuten Handlungsbedarf. Er könne "Anschuldigungen in den Medien" nicht zur Grundlage von Entscheidungen machen. "Den Wahrheitsgehalt der jetzigen Anschuldigungen wird die Staatsanwaltschaft zu bewerten haben."

Diese Schlüsselposition wurde vorsorglich mit einem echten Spezialisten besetzt: Martin Slotty, als in den Osten entsandter Oberstaatsanwalt zuständig für die juristische Aufarbeitung des Rostocker Pogroms. Slotty hatte während der rechten Exzesse Antifaschisten inhaftieren lassen und war danach mit aller Härte gegen die "Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden" vorgegangen, die eine Gedenktafel an das Pogrom im Rostocker Rathaus anbringen wollten. Sie müßten, so Slotty, "mit Haftstrafen zwischen sechs Monaten und fünf Jahren rechnen". (Zit. n. taz, 21.10.92) Erst auf heftige internationale Proteste hin wurden die Verhafteten nach mehr als einer Woche wieder freigelassen. Das Verfahren gegen die für Rostock verantwortlichen Politiker stellte die Staatsanwaltschaft Rostock ebenso ein wie das gegen den beifallklatschenden Mob. Es gebe, so Slotty, "keinen sicheren Nachweis dafür, daß die Sympathiekundgebung der Unterstützung einer strafrechtlich relevanten Aktion galt". (Zit. n. taz, 9.1.93)

Ein an Deutlichkeit kaum zu überbietendes Signal gegen mögliche "Verunsicherung" im Apparat hat Innensenator Wrocklage ausgesendet: Die berüchtigten E-Schichten werden unter geändertem Namen, aber mit identischer Aufgabenstellung fortgeführt. Der zurückgetretene Innensenators Hackmann hatte noch ihre Auflösung angekündigt, nachdem sie wegen übler Gefangenen-Mißhandlungen mehrfach Gegenstand von amnesty-Berichten geworden waren.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

49. Quelldatei polizei.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak376/polizei.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:polizei

Deutsche Polizeidenke:

Neger - Ungeziefer - Gas

"Ich hörte einen Schrei (...) und bin zum Vorraum der Sammelzelle gegangen. Ich sah dort einen nackten Farbigen stehen, der vom Hals über die Achseln bis zum Genitalbereich feucht glänzte. Ich vernahm den Geruch des Flächendesinfektionsmittels Incidur." Ähnliche Mißhandlungen mit Desinfektionsspray, das "normalerweise zum Reinigen der Toiletten gebraucht wird", gab es mehrfach. (Zit. n. HH 19) Auch daß Brechmittel verabreicht wurden, läßt sich nach den Worten von Justizsenator Hardraht beweisen.

Zu den Übergriffen habe weiter gehört, "zugeführte Personen ‚in die Tür laufen zu lassen`, jeden Mauervorsprung auszunutzen, um die Person ‚sich daran stoßen zu lassen`, oder auch persönliche Gegenstände zu vernichten". (Welt, 3.3.) In mehr als 130 Fällen wurden festgenommene Farbige nachts in den Freihafen, in die Boberger Dünen oder in die Harburger Berge verfrachtet und dort ohne Geld ausgesetzt.

Oliver Neß, einer der Autoren des Panorama-Beitrags, betonte auf einer Pressekonferenz am 3.3.95, seine Recherchen hätten ergeben, daß die Mißhandlungen sich keineswegs auf die Wache 11 beschränken, sondern auf diversen Wachen "durchgängig durch ganz Hamburg" zum "Alltag" gehören. Gegen insgesamt mindestens 80 Beamte wird ermittelt. Zehn von ihnen hätten ebenfalls gestanden, bei Mißhandlungen oder Gewaltaten gegen Ausländer "Mittäter oder Mitwisser" gewesen zu sein. (taz, 3.3.)

Deckung von ganz oben

Kein einziger der seit Frühjahr 1994 bekannt gewordenen Täter wurde aus dem Polizeidienst entlassen. Nicht einmal der als einer der übelsten Folterer beschuldigte Hauptkommissar Hermann B., Ex-Reviereinsatzführer an Wache 11 und führender Mann bei Kora, wurde suspendiert - im Gegenteil: Heute ist er Leiter Organisation und Einsatz an Wache 34 in Langenhorn. (Bild, 4.3.) Offizielle Verfahren gegen die Täter sind nach Recherchen von HH 19 bis heute nicht eingeleitet worden. Der erste, gegen den überhaupt ermittelt wurde, war - wegen "Strafvereitelung im Amt" - genau der Beamte, der die Praktiken aufgedeckt hatte.

Das ist typisch für die Art, in der die Ermittlungen geführt werden. Einerseits öffentliche Appelle von beispielsweise Bürgermeister Voscherau an alle Beamten, zur "Aufklärung der Vorwürfe vorbehaltlos beizutragen" - andererseits keinerlei Zusicherung, daß Zeugen, die bisher geschwiegen haben, nicht ihrerseits wegen Mitwisserschaft bestraft werden. Und auch keine Schutzzusagen für diejenigen, die brutalem Druck ihrer Kollegen ausgesetzt sind: Ein Beamter, der gegenüber den Tätern geäußert hatte, er halte die allnächtlichen Mißhandlungen nicht mehr aus und werde gegebenenfalls Meldung machen, wurde massiv bedroht. Das ging so weit, "daß an seinem Auto der Luftdruck in den Reifen so verringert wurde, daß er lebensgefährlich hätte verunglücken können." (Oliver Neß, Pressekonferenz, 3.3.)

Nachdem der Kronzeuge bereits 1992/93 gegenüber dem Revierleiter und im Februar 94 gegenüber dem zuständigen Polizeidirektor Peters seine Aussage gemacht hatte, wurde er von letzterem zu "höchst vertraulicher Behandlung" aufgefordert. (WamS, 5.3.)

In einem "Vertrauliche(n) Vermerk" berichtete der Leiter der Landespolizeischule ebenfalls bereits im April 94 von Erkenntnissen seiner Konflikttrainer, die es offenbar immer wieder mit Rambos zu tun hatten, die mit ihrer Form der Konfliktlösung renommierten: "von massiven und systematischen Einschüchterungsversuchen (bis zum Psychoterror) (...) über disziplinar- und strafrechtlich relevante Ereignisse wie Beleidigungen, Freiheitsberaubungen, Körperverletzungen im Amt etc. durch ‚Strafe vor Ort` (Originalsprachgebrauch von Kollegen der Basis) bis hin zu menschenverachtendem und menschenunwürdigem Verhalten gegenüber Personen oder Personengruppen mit besonders geringer Beschwerdemacht (z.B. Asylbewerber)". (Zit. n. HH 19)

Polizeispitze in den Knast?

Landespolizeidirektor Heinz Krappen und LKA-Chef Wolfgang Sielaff ließen den Vermerk - ebenso wie Peters den Kronzeugenbericht - in der Versenkung verschwinden. Den damaligen Innensenator Hackmann will

Krappen "mündlich" informiert haben - woran der sich heute nicht mehr erinnern kann ... Weder die Staatsanwaltschaft noch die interne Ermittlungsstelle der Polizei PS3 wurden eingeschaltet - was eindeutig den Tatbestand der Strafvereitelung im Amt erfüllt. Und nicht nur das: Der renommierte Kieler Strafrechtler Prof. Samson machte gegenüber Panorama darauf aufmerksam, daß "die Polizeiführung ja selbst davon ausging, daß diese Straftaten weiterlaufen würden. Und dafür gilt, daß ein Vorgesetzter, der Derartiges geschehen läßt, genauso bestraft wird, als hätte er diese Taten selbst begangen." (Zit. n. taz, 3.3.)

Aber auch über den Spitzen der Hamburger Polizeiführung schwebt noch eine schützende Hand - die des Senats und der Innenbehörde. Schon bei der Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Hamburger Polizei" hatte Innensenator Wrocklage versucht, diesem die polizeilichen Ermittlungsakten mit allen Mitteln vorzuenthalten. Aus Datenschutzgründen sollen Beamte auch nicht in öffentlicher Sitzung aussagen müssen. Weil nämlich "der Vorwurf des pflichtwidrigen Verhaltens als solcher und insbesondere seine Erörterung in öffentlicher Sitzung den Bereich der verfassungsrechtlich geschützten persönlichen Ehre berührt". (Brief Wrocklages an den PUA, zit. n. HA 3.12.94)

Nach einer ganzen Serie von Gerichtsverfahren um die Ermittlungsakten, die bis zu einem Beschlagnahmebeschluß eines vorwitzigen, aber offenbar gleich zurückgepfiffenen Amtsrichters gingen, gibt es nun eine vorläufige Entscheidung des Hamburgischen Verfassungsgerichts, die beide Seiten als Erfolg feiern: 1800 Akten muß der Senat herausgeben, erörtert werden dürfen sie aber nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Landespolizeichef Heinz Krappen - als Verantwortlicher für den Hamburger Kessel von Hackmann demonstrativ ins Amt des obersten Polizisten befördert - ist mittlerweile zurückgetreten. Sein Stellvertreter, der LKA-Chef Sielaff, ist ebenfalls mit massiven Rücktrittsforderungen konfrontiert. Ausgespart wird zumeist der "seit Jahren als Hardliner berüchtigte" (HH 19) Chef der Polizeidirektion Mitte, Richard Peters. Peters unterstehen nicht nur die Wachen 11 und 16, unter seiner Einsatzverantwortung gab es auch immer wieder sehr gezielte und brutal ausgeführte Übergriffe - bis hin zu bleibenden körperlichen Schäden - gegen polizeikritische JournalistInnen.

Ob die Verantwortlichen jemals disziplinar- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, steht in den Sternen. Innensenator Wrocklage jedenfalls sieht auch nach dem öffentlichen Bekanntwerden der Foltervorwürfe keinen akuten Handlungsbedarf. Er könne "Anschuldigungen in den Medien" nicht zur Grundlage von Entscheidungen machen. "Den Wahrheitsgehalt der jetzigen Anschuldigungen wird die Staatsanwaltschaft zu bewerten haben."

Diese Schlüsselposition wurde vorsorglich mit einem echten Spezialisten besetzt: Martin Slotty, als in den Osten entsandter Oberstaatsanwalt zuständig für die juristische Aufarbeitung des Rostocker Pogroms. Slotty hatte während der rechten Exzesse Antifaschisten inhaftieren lassen und war danach mit aller Härte gegen die "Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden" vorgegangen, die eine Gedenktafel an das Pogrom im Rostocker Rathaus anbringen wollten. Sie müßten, so Slotty, "mit Haftstrafen zwischen sechs Monaten und fünf Jahren rechnen". (Zit. n. taz, 21.10.92) Erst auf heftige internationale Proteste hin wurden die Verhafteten nach mehr als einer Woche wieder freigelassen. Das Verfahren gegen die für Rostock verantwortlichen Politiker stellte die Staatsanwaltschaft Rostock ebenso ein wie das gegen den beifallklatschenden Mob. Es gebe, so Slotty, "keinen sicheren Nachweis dafür, daß die Sympathiekundgebung der Unterstützung einer strafrechtlich relevanten Aktion galt". (Zit. n. taz, 9.1.93)

Ein an Deutlichkeit kaum zu überbietendes Signal gegen mögliche "Verunsicherung" im Apparat hat Innensenator Wrocklage ausgesendet: Die berüchtigten E-Schichten werden unter geändertem Namen, aber mit identischer Aufgabenstellung fortgeführt. Der zurückgetretene Innensenators Hackmann hatte noch ihre Auflösung angekündigt, nachdem sie wegen übler Gefangenen-Mißhandlungen mehrfach Gegenstand von amnesty-Berichten geworden waren.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

50. Quelldatei spende-3.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak376/spende-3.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:376:spende-3

<B>P13B>SPENDEN-ERGEBNIS

Summe bis AK 375 33.427,21

Seit AK 375

G.V., Bochum 4,00

R.R., St. Ingbert 38,00

We., München 10,00

W.B., Hamburg 160,00

W.R.R., Bremerhaven 100,00

A.P., Köln 100,00

F.O.P., Bremen 100,00

O.H., Kerpen 25,00

Ph.R., Hamburg 100,00

U.S., Oldenburg 100,00

D+M.M., Frankfurt 50,00

H.M., Oberhausen 50,00

W.D., Gießen 50,00

E.F., Hamburg 50,00

N.N., Lüneburg 50,00

P.P., Hamburg 1.000,00

F.M.-K., xy 30,00

W.I., Konstanz 50,00

H-J.V., Chemnitz 100,00

A.H., Bremen 100,00

G.K., xy 200,00

S.U., Hamburg 200,00

R.N., Konstanz 50,00

R.M., Oldenburg 100,00

T.R., Hamburg 100,00

R.M., Oldenburg 50,00

M.H., Dessau 20,00

P.C., aus A. 20,00

G.P., Freising 50,00

P.B.-K., Meinerzhag. 70,00

L.M., Beckeln 100,00

R.B., Düsseldorf 50,00

U.K, Hamburg 300,00

R.Oe., xy 200,00

KB-Nürnberg 3.550,00

M.S., Hamburg 300,00

Summe seit 375 7.627,00

Summe Spenden 41.054,21